

Jugend und Politik:
Wie können Parteien die Partizipation Jugendlicher fördern?

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophie (Dr. phil.)
durch die Philosophische Fakultät der
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

vorgelegt von

Thelse Godewerth-Pollmann

aus

Bad Rothenfelde

Düsseldorf 2007

D61

Erstgutachter: Prof. Dr. Ulrich von Alemann

Zweitgutachter: Prof. Dr. Christine Schwarzer

Tag der Disputation: 07.02.2007

Persönliche Daten

Name	Thelse Godewerth-Pollmann
Geburtsdatum/-ort	24. September 1974 in Dissen a.T.W.
Nationalität	deutsch

Ausbildung

1981 bis 1985	Besuch der Grundschule in Bad Rothenfelde
1985 bis 1987	Besuch der Orientierungsstufe in Dissen a.T.W.
1987 bis 1991	Besuch der Realschule in Dissen a.T.W.
1991 bis 1994	Besuch des Gymnasiums „in der Wüste“ in Osnabrück Abschluss: Abitur
1997 bis 2001	Studium der Soziologie, Politik- und Erziehungswissenschaft an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf Abschluss: Magister
Seit 2002	Promotion am Lehrstuhl Politik II an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Berufliche Tätigkeit

Seit 2002	Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Deutsches und Europäisches Parteienrecht und Parteienforschung an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
-----------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Gliederung

	<u>Seite</u>
Abbildungsverzeichnis	I
Abkürzungsverzeichnis	III
1. Einleitung	1
1.1. Einführung in das Problemfeld	1
1.2. Zielsetzung der Untersuchung	10
1.3. Vorgehen und Methodik	14
2. Jugend	21
2.1. Gegenstandsbereich	21
2.2. Entwicklungspsychologische Aspekte	25
2.3. Demographische Aspekte	31
2.4. Zusammenfassung	36
3. Politische Sozialisation	38
3.1. Gegenstandsbereich	41
3.2. Rolle des politisch mündigen Bürgers	46
3.3. Politische Identitätsentwicklung	48
3.4. Instanzen der politischen Sozialisation	53
3.4.1. Familie	56
3.4.2. Schule	60
3.4.3. Peergroups	64
3.4.4. Medien	66
3.5. Zusammenfassung	69
4. Politische Beteiligung	71
4.1. Gegenstandsbereich	71
4.2. Dimensionen politischer Beteiligung	76
4.3. Politikverdrossenheit	89
4.4. Zum Verhältnis Jugend und Politik	95
4.4.1. Interesse und Einstellungen	97
4.4.2. Vertrauen in die Institutionen	101
4.4.3. Beispiele jugendlicher Beteiligungsformen	104
4.5. Zusammenfassung	110
5. Parteien	113
5.1. Parteiorientierte Partizipation	114
5.1.1. Partizipationstypen	114
5.1.2. Beteiligungs-Motive	117
5.2. Mitgliederentwicklung	122
5.2.1. Allgemeine Betrachtungen	122
5.2.2. Spezielle Perspektiven	125
5.2.3. Erklärungsansätze für Mitgliederverluste	128
5.3. Parteien und Jugendliche	131
5.3.1. Grundlagen	132
5.3.2. Organisatorischer Rahmen politischer Jugendorganisationen	137
5.3.3. Mobilisierung Jugendlicher zur Mitarbeit	141
5.4. Zusammenfassung	144

	<u>Seite</u>
6. Zwischenfazit und forschungsleitende Fragen	146
6.1. Theoretische Grundlegung	146
6.2. Verhältnis Jugendliche und politische Parteien: Erste Folgerungen	147
6.2.1. Ausprägung der Beziehung	148
6.2.2. Einflussfaktoren	149
7. Die empirische Untersuchung	156
7.1. Forschungsinteresse und methodischer Ansatz	156
7.2. Forschungsprinzipien	161
7.3. Struktur und Ergebnisse der Untersuchung	166
7.3.1. Vorüberlegungen	166
7.3.2. Stichprobenbildung	168
7.3.3. Erhebungsmethode	172
7.3.4. Durchführung der Befragung	175
7.3.5. Auswertungsprozess und Resultate	177
7.3.5.1. Datenaufbereitung	177
7.3.5.2. Kategorisierung des Datenmaterials	181
7.3.5.2.1. Entwicklung der Auswertungskategorien	182
7.3.5.2.2. Codierung und Kategorisierung der Interviews	184
7.3.5.2.3. Beziehungs-Phänomene und Einflussfaktoren	186
7.3.5.2.3.1. Fall-Übersichten	187
7.3.5.2.3.1.1. Politisches Bewusstsein	189
7.3.5.2.3.1.2. Isolation	200
7.3.5.2.3.1.3. Enttäuschung	208
7.3.5.2.3.1.4. Hemmungen	213
7.3.5.2.3.2. Ausgewählte Einzelfälle	221
7.3.6. Zusammenfassung	231
8. Folgerungen und Modellentwicklung	237
8.1. Modellstruktur	238
8.2. Ansatzpunkte	240
8.2.1. Vermittlung von Inhalten	241
8.2.2. Selbstbild Jugendlicher über ihre Bedeutung	243
8.2.3. Vorbildfunktion von Parteien	246
8.2.4. Parteiorganisation	249
8.3. Zusammenfassung	251
9. Fazit	253
Literaturverzeichnis	260
Anhangverzeichnis	286

Abbildungsverzeichnis

I

	<u>Seite</u>
Abb. 1: Übersicht der Untersuchung	15
Abb. 2: Erwerb rechtlich festgelegter Teilreifen nach Altersstufen	24
Abb. 3: Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland	31
Abb. 4: Lebensphasen im historischen Vergleich	34
Abb. 5: Dimensionen politischer Identitätsentwicklung	50
Abb. 6: Identitäts-Zustände	51
Abb. 7: Dimensionen politischer Beteiligung	79
Abb. 8: Legale Protestaktivitäten in West- und Ostdeutschland	84
Abb. 9: Ziviler Ungehorsam in West- und Ostdeutschland	87
Abb. 10: Gründe für politisches Engagement bei 12- bis 24-jährigen	96
Abb. 11: Vertrauen in die Reaktionsbereitschaft des politischen Systems	100
Abb. 12: Vertrauen in Institutionen	103
Abb. 13: Formen einer politischen Kinder- und Jugendbeteiligung	105
Abb. 14: Ausgewählte Gemeindeordnungen	107
Abb. 15: Merkmale des parteiorientierten Partizipationstyps	115
Abb. 16: Mitgliederentwicklung in Parteien	123
Abb. 17: Mitgliederstruktur in Parteien nach Altersgruppen	125
Abb. 18: Kreislauf der Mitgliederverluste in Parteien	127
Abb. 19: Öffentliche Zuschüsse an politische Jugendorganisationen	141
Abb. 20: Informationsquellen politischer Jugendorganisationen	142
Abb. 21: Rekrutierungsmaßnahmen politischer Jugendorganisationen	143
Abb. 22: Theoretische Grundlegung der Untersuchung	146

Seite

Abb. 23: Übersicht der Befragten	171
Abb. 24: Schulischer und beruflicher Hintergrund der Eltern	172
Abb. 25: Transkriptionsregeln nach Hoffmann-Riem	178
Abb. 26: Schritte zur Überführung von Textdaten in Software	179
Abb. 27: Hauptfenster Software-Programm MAXQDA	180
Abb. 28: Auswertungskategorien Stufe 1	183
Abb. 29: Bildschirm-Ausschnitt MAXQDA mit analysierten Interview-Texten	185
Abb. 30: Auswertungskategorien Stufe 2	186
Abb. 31: Fall-Übersicht Phänomene	187
Abb. 32: Fall-Übersicht Phänomen „Politisches Bewusstsein“	189
Abb. 33: Fall-Übersicht Phänomen „Isolation“	201
Abb. 34: Fall-Übersicht Phänomen „Enttäuschung“	209
Abb. 35: Fall-Übersicht Phänomen „Hemmungen“	214
Abb. 36: Übersicht der Phänomene	231
Abb. 37: Einflussfaktoren auf die Beziehung Jugendlicher zu Parteien	235
Abb. 38: Förderung der Beteiligung Jugendlicher in Parteien: Modell-Ebenen	239

Art.	Artikel
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BT	Bundestag
CAQDAS	Computer Assisted Qualitative Data Analysis Software
d.h.	das heißt
DJI	Deutsches Jugendinstitut
DV	Datenverarbeitung
EU	Europäische Union
GG	Grundgesetz
GmO	Gemeindeordnung
HGO	Hessische Gemeindeordnung
HKO	Hessische Kommunalordnung
IEA	International Association for the Evaluation of Educational Achievement
INRA	Deutsche Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung
KJHG	Kinder- und Jugendhilfegesetz
Komm-SelbstVwG	Kommunales Selbstverwaltungsgesetz
NGO	Nicht-Regierungs-Organisation
PCE	Projekt Civic Education
QDA	Qualitative Data Analysis
StGB	Strafgesetzbuch
UN	United Nations
vs.	versus

1. Einleitung

Parteien sind zentraler Bestandteil des politischen und gesellschaftlichen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Sie sind entscheidende politische Akteure und vermitteln zwischen gesellschaftlicher Vielfalt und staatlicher Willensbildung. Die Bedeutung der Parteien wird fest verankert und dokumentiert in Art. 21 des Grundgesetzes: Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.

Aufgrund dieser bedeutenden Stellung tragen die Parteien eine Mitverantwortung für die Vermittlung politischen Interesses. Die Realität in der Bundesrepublik Deutschland zeigt demgegenüber, dass dieses Interesse nur bei einem verhältnismäßig geringen Bevölkerungsanteil auch mit einer aktiven Beteiligung verbunden ist. Dieses Phänomen trifft auch auf die Gruppe der Jugendlichen zu, deren parteibezogene Partizipation seit geraumer Zeit auf niedrigem Niveau stagniert. Die Parteien scheinen dabei den demographischen Wandel einer alternden Gesellschaft vorweg zu nehmen, denn ihre Mitgliederstruktur kann schon jetzt als überaltert angesehen werden.

1.1. Einführung in das Problemfeld

Ein funktionierendes demokratisches System lebt von der Beteiligung seiner Mitglieder. Dies wird nicht nur allein durch die etymologische und begriffshistorische Betrachtung des griechischen Wortes deutlich. Vielmehr noch als die Anlehnung an die griechischen Wortbestandteile macht die bekannte Gettysburg-Formel, gesprochen von *Lincoln* im Jahre 1863 dies deutlich:

Demokratie ist demnach „Government of the people, by the people and for the people.“¹

Lebendig wird diese Formulierung aber erst durch die Partizipation der Bürger am demokratischen System. Entsprechend den Ergebnissen der politischen Kulturforschung ist die Stabilität eines demokratischen Systems von der Unterstützung und Partizipation der zukünftigen bzw. nachwachsenden Generation abhängig.² Hierbei ist nicht nur die Akzeptanz des institutionellen staatlichen Systems gemeint, sondern auch die Integration derjenigen Werte, Ideen und Normen, die ein gesellschaftliches Bild prägen und durch mannigfaltige politische Einstellungen und Handlungsbereitschaft Anerkennung erfahren.³

Eine der zentralen Möglichkeiten dieser Beteiligung sind die politischen Parteien. Sie spielen aufgrund ihrer im Grundgesetz verankerten Stellung eine bedeutende Rolle: „Sie (die Parteien) sind geborene Interaktionsmedien, die auf der Grundlage einer dauerhaften Beziehung einen wechselseitigen Austausch und Transfer von Informationen, Interessen und Loyalitäten zwischen Zivilgesellschaft und Staat ermöglichen.“⁴ Parteien formen und kanalisieren die politische Willensbildung der Bürger durch Parteiprogramme, sie rekrutieren das Personal für die Besetzung politischer Ämter in Regierung und Opposition, sie beeinflussen aktiv die politischen Auseinandersetzungen in Regierung und Parlament. Parteien bilden den Mittelpunkt unseres demokratischen

¹ Zitiert nach Guggenberger, B.: Demokratie-Demokratiethorie. In: Nohlen, D.: Wörterbuch Staat und Politik, Bonn 1998, S. 80.

² Vgl. Almond, G./Verba, S.: The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Princeton 1963; Easton, D.: A Re-Assessment of the Concept of Political Support. In: The British Journal of Political Science 5/1968, S. 435-457; Iwand, W.-M.: Paradigma Politische Kultur, Opladen 1985; Berg-Schlosser, D./Schissler, J. (Hrsg.): Politische Kultur in Deutschland. Sonderheft 18 der Politischen Vierteljahresschrift, Opladen 1987.

³ Vgl. auch Easton, D.: A System Analysis of Political Life, New York 1979.

⁴ Wiesendahl, E.: Parteiendemokratie in der Krise: Das Ende der Mitgliederpartei? In: Glaab, M. (Hrsg.): Impulse für eine neue Parteiendemokratie, München 2003, S. 17.

Regierungssystems.⁵ Aus Sicht der Linkage-Theorie bilden Parteien ein unverzichtbares Scharnier zwischen Staat und Gesellschaft.⁶ Diese

⁵ Vgl. Alemann, U. von: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, 3. Aufl., Opladen 2003. *Zur Entwicklung und Stellung der Parteien in Deutschland*: Vgl. Eldersveld, S.J.: *Political Parties: A Behavioral Analysis*, Chicago 1964; Epstein, L.: *Political Partys in Western Democracies*, New York 1967; Leibholz, G.: *Strukturprobleme einer modernen Demokratie*, 3. Aufl., Karlsruhe 1967; Flohr, H.: *Parteiprogramme in der Demokratie. Ein Beitrag zur Theorie rationaler Politik*, Göttingen 1968; King, A.: *Political Partys in Western Democracies*, In: *Polity* 2, 1969, S. 112-141; Sartori, G.: *Parties and Party Systems. A Framework for Analysis*, Cambridge 1976; Greven, M.: *Parteien und politische Herrschaft. Zur Interdependenz von innerparteilicher Ordnung und Demokratie in der BRD*, Meisenheim 1977; Infas (Hrsg.): *Infas Report: Parteiensoziologische Untersuchungen*, Bad Godesberg 1977; Haungs, P.: *Parteiendemokratie in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1980; Wiesendahl, E.: *Parteien und Demokratie. Eine soziologische Analyse paradigmatischer Ansätze der Parteienforschung*, Opladen 1980; Dyson, K.: *Party Government and Party State*. In: Döring, H./Smith, G. (Hrsg.): *Party Government and Political Culture in Germany*, New York 1981, S. 77-100; Tsatsos, D./Morlok, M.: *Parteienrecht. Eine verfassungsrechtliche Einführung*, Opladen 1992; Klein, I.: *Die Bundesrepublik Deutschland als Parteienstaat. Zur Mitwirkung der Parteien an der politischen Willensbildung des Volkes 1945-1949*, Frankfurt 1990; Oberreuter, H.: *Politische Parteien: Stellung und Funktion im Verfassungssystem der Bundesrepublik*. In: Mitzel, A./Oberreuter, H.: *Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1990, S. 15-39; Maurer, H.: *Die Rechtsstellung der deutschen Parteien*. In: *JuS* 1991, S. 991-999.; Arnim, H.-H. von: *Der Parteienstaat*. In: Hartwich, H.-H./Wewer, G.(Hrsg.): *Regieren in der Bundesrepublik Deutschland III*, Opladen 1991, S. 99-117.; Schmitt, U.: *Die Parteienlandschaft im Deutschland der Vereinigung*. In: *Gegenwartskunde* 40/1991, S. 515-544; Maurer, H.: *Staatsrecht*, 2. Aufl., 2001, §11 Rn. 12ff; Klingemann, H.-D.: *Die Entwicklung der deutschen Parteien im Prozess der Vereinigung*. In: Jesse, E./Mittag, A.: *Die Gestaltung der deutschen Einheit*, Bonn 1992, S. 189-214.; Dittrich, K.-H.: *Das Bild der Parteien im vereinten Deutschland. Für welche Bevölkerungsgruppen setzen sie sich ein?* In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 34-35/1992, S. 26-35; Klatt, H.: *die Parteienstruktur in den neuen Ländern*. In: *Politische Studien Sonderheft* 4/1993, S. 34-51; Beyme, K. von: *Die politische Klasse im Parteienstaat*, Frankfurt 1993; Padgett, S.: *Parties and Systems in the New Germany*, Aldeshot 1993; Linnemann, R.: *Die Parteien in den neuen Bundesländern. Konstituierung, Mitgliederentwicklung, Organisationsstrukturen*, Münster 1994; Morlok, M.: *Grundgesetz Kommentar*. In: Dreier, H.: *Grundgesetz Kommentar*, Band II 1998, 2. Aufl., Art. 21, Rn 115-134; Wiesendahl, E.: *Parteien in Perspektive: Theoretische Ansichten der Organisationswirklichkeit politischer Parteien*, Wiesbaden 1998; Kießling, A.: *Politische Kultur und Parteien im vereinten Deutschland. Determinanten der Entwicklung des Parteiensystems*. Schriftenreihe der Forschungsgruppe Deutschland, Bd. 11, München 1999; Beyme, K. von: *Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu professionalisierten Wählerparteien*, Wiesbaden 2000; Poguntke, T.: *Parteiorganisationen im Wandel. Gesellschaftliche Verankerung und organisatorische Anpassung im europäischen Vergleich*, Wiesbaden 2000; Gabriel, O./Niedermayer, O./Stöss, R (Hrsg.): *Parteiendemokratie in Deutschland*, 3. Aufl., Bonn 2001; Alemann, U. von/Marschall, S.: *Parteien in der Mediendemokratie*, Wiesbaden 2002; Detterbeck, K.: *Der Wandel politischer Parteien in Westeuropa*, Opladen 2002; Niclauß, K.: *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung*. 2. Aufl., Paderborn

Allgegenwärtigkeit von Parteien im Sinne von parteipolitisch getroffenen Entscheidungen, die sich unmittelbar auf das alltägliche Leben des Bürgers auswirken, hat aber scheinbar keine vermehrte Einbindung des Bürgers in einer Partei zur Folge. Im Gegenteil, die Beziehung von Bürgern und Parteien scheint nachhaltig irritiert zu sein. Gestützt wird diese Annahme durch Symptome wie sinkender Parteiidentifikation, Vertrauensverlust und zurückgehender Wahlbeteiligung.⁷ Die Parteien versuchen diesen Tendenzen durch unterschiedliche strategische Ansätze zu begegnen. Diese bewegen sich im Rahmen neuer, über das konventionelle Maß hinaus angebotener Partizipationsanreize, der Bildung von Netzwerken oder einer zunehmenden Professionalisierung.⁸

Das negative Image von Parteien hat Tradition in Deutschland. Schon Johann Wolfgang von Goethe schrieb an Friedrich Schiller: „Die Fratze des Parteigeistes ist mir mehr zuwider als irgendeine andere Karikatur“. Der konservative Historiker Heinrich von Treitschke unterstellte den Parteien eine „Einseitigkeit“ und eine „Beschränktheit“. Fortwährend unterstützt wurde diese Tradition von Berthold Brecht: „Der Einzelne hat zwei Augen. Die Partei hat tausend Augen.“⁹ Bis heute wird das Wort Partei mit negativen Assoziationen verbunden und tatsächlich verlieren die deutschen Parteien bei den Bürgern immer weiter an Bedeutung. Ausschlaggebend dafür mag die Dynamik und Komplexität der zu

2002; Nullmeyer, F./Sartzki, T. (Hrsg.): *Jenseits des Regierungsalltags. Strategiefähigkeit politischer Parteien*, Frankfurt 2002; Alemann, U. von: *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen 2003; Hallermann, A.: *Partizipation in politischen Parteien. Vergleich von fünf Parteien in Thüringen*, Jena 2003; Schmid, J./Zolleis, U.: *Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen*, Wiesbaden 2005.

⁶ Vgl. Poguntke, T.: *Parteiorganisation im Wandel*, Opladen 2000, S. 1

⁷ Die politische Unterstützung für die Bereiche der institutionalisierten Politik scheint generell zurück zu gehen (siehe Kap. 4.2.2.). Diese Entwicklung ist nicht nur auf das bundesdeutsche politische System zu beziehen, sondern eine Entwicklung, die sich auch in anderen westlichen Industrieländern konstatieren lässt. Vgl. Putnam, R./Pharr, S.: *Disaffected democracies - what's troubling the trilateral countries?*, Princeton 2001.

⁸ Vgl. Florack, M./Grunden, T./Korte, K.-R.: *Strategien erfolgreicher Mitgliederrekrutierung der politischen Parteien*. In: Schmid, J./Zolleis, U.: *Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen*, Wiesbaden 2005, S. 96.

⁹ Vgl. Alemann, U. von: *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen 2003, S. 10.

treffenden Entscheidungen und die Pluralität der innerparteilichen und außerparteilichen Interessenskonflikte sein, die für den Bürger nicht mehr nachzuvollziehen ist. Dabei verlieren die Parteien „als gestaltende Akteure selbst an Gestalt.“¹⁰

Zu den Altersgruppen, die besonders von einem parteipolitischen Desinteresse und einer stetig zurückgehenden Partizipation gekennzeichnet sind, gehören auch die Jugendlichen in Deutschland. Diese bilden jene gesellschaftliche Gruppe von jungen Menschen, die sozialkulturell selbständig sind, sich auf vielen Gebieten wie Erwachsene bewegen können (Medien, Konsum, Wahlentscheide, etc.), sozialökonomisch aber oftmals noch unmündig sind, da ihre berufliche und damit auch die wirtschaftliche Existenz ungewiss und nicht gesichert ist.¹¹ Diese Diskrepanz kommt auch in den vorliegenden Studien zum Verhältnis der Jugend zur Politik zum Ausdruck.¹²

Jugendliche bilden in Anlehnung an klassische soziologische Theorien¹³ eine Subkultur zur bestehenden gesellschaftlichen Lebensform und konterkarieren durch ihre Lebensart und Lebensform die vorherrschende Hauptkultur einer Gesellschaft. Jugendliche sind als „Vorreiter einer besseren Gesellschaft“ oder

¹⁰ Sarcinelli, U.: Vom Traditionsverein zur Eventagentur? Anmerkungen zur jugendrelevanten Modernisierung der Parteien in der Mediengesellschaft. In: Alemann, U. von/Marschall, S. (Hrsg.): Parteien in der Mediendemokratie, Wiesbaden 2002, S. 348.

¹¹ Vgl. Hurrelmann, K.: Warum die junge Generation politisch stärker partizipieren muss. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B44/2001, S. 3-7.

¹² Vgl. Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend '92. Lebenslagen, Orientierungen und Entwicklungsperspektiven im vereinigten Deutschland, Opladen 1992; Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend '97 - Zukunftsperspektiven, gesellschaftliches Engagement, politische Orientierungen, Opladen 1997; Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend 2000. 13. Shell Jugendstudie, Opladen 2000; Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend 2002. Zwischen pragmatischem Idealismus und robustem Materialismus, Frankfurt 2002; Gaskin, K./Smith, J.D.: A Civic Europe? A Study of the Extent and Role of Volunteering, London 1996; Hoffmann-Lange, U.: Jugend und Demokratie in Deutschland. DJI-Jugendsurvey 1, Opladen 1997; Gille, M./Krüger, W.: Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29-Jährigen im vereinigten Deutschland, Opladen 2000.

¹³ Vgl. Bell, R.: Die Teilkultur der Jugendlichen. In Friedeburg, L.v. (Hrsg.): Jugend in der modernen Gesellschaft, Köln 1965, S. 121-159; Beck, U. (Hrsg.): Kinder der Freiheit, Frankfurt 1997.

als „Architekten einer besseren Gesellschaft“¹⁴ bezeichnet worden. Neuerungen in den Anforderungen und Erwartungen an das politische System bilden den Ursprung in den jugendlichen Subkulturen. So kann den Jugendlichen der 68er-Generation diagnostiziert werden, dass sie für eine politische Erneuerung (konventionell vs. unkonventionelle Beteiligung)¹⁵ und einen gesellschaftlichen Wertewandel (materialistisch vs. postmaterialistisch)¹⁶ ursächlich gewesen sind. Für die politischen Akteure bedeutet dies, dass sie zur jugendlichen Lebenswelt einen besonderen Kontakt halten müssen, um über diese gesellschaftlichen Veränderungen und Erwartungen früh genug informiert zu werden.

Die Ergebnisse verschiedener Forschungsarbeiten liegen zwischen politischer Teilnahmebereitschaft der Jugend einerseits und Politikverdrossenheit andererseits.¹⁷ Konstatiert man, dass es *die* Jugend gar nicht gibt,¹⁸ werden auch die diskrepanten Folgerungen der Forschung deutlich. Bei aller Unterschiedlichkeit ist aber bei der Betrachtung der Ergebnisse der verfügbaren Repräsentativstudien zu erkennen, dass sich seit den 60er-Jahren eine Wende im Verhältnis Jugendlicher zur Politik vollzogen hat. Dabei haben die Parteien und Politiker, aber auch andere gesellschaftliche und politische Institutionen gegenüber dieser Gruppe von jungen Menschen viel an Vertrauen, „Orientierungsfunktion und Bedeutung für die Entwicklung eines

¹⁴ Vgl. Keniston, K.: *The Young Radicals. Notes on Committed Youth*, New York 1968.

¹⁵ Vgl. Barnes, S./Kaase, M. (Hrsg.): *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*, Beverly Hills 1979.

¹⁶ Vgl. Inglehart, R.: *Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt*, Frankfurt 1989; Inglehart R.: *Modernisierung und Postmodernisierung: kultureller, wirtschaftlicher und politischer Wandel in 43 Gesellschaften*, Frankfurt 1998.

¹⁷ Hierzu vgl. Ehrhard, C./Sandschneider, E.: *Politikverdrossenheit: Kritische Anmerkungen zur Empirie, Wahrnehmung und Interpretation abnehmender politischer Partizipation*. In: *ZParl* 3/94, S. 441-458; Arzheimer, K.: *Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs*, Wiesbaden 2002; Pickel, G.: *Jugend und Politikverdrossenheit. Zwei politische Kulturen im Deutschland nach der Vereinigung?*, Opladen 2002.

¹⁸ Vgl. Hurrelmann, K.: *Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung*, Opladen 1999, S. 53.

demokratischen Basisverständnisses“¹⁹ verloren. Bei der Ursachenforschung dieser Entwicklung wird auch auf das Verhalten der Parteien zu Sach-, Personal- und Machtfragen verwiesen und auf die immer wiederkehrenden Finanzskandale, die sicherlich zu einer Aushöhlung des Vertrauens in die Politik und die Parteien beigetragen haben.²⁰

Der soziale Wandel hat die Auflösung und Ablösung traditioneller soziopolitischer Milieus beeinflusst. Er hat auch „zu einer tendenziellen Abwertung traditioneller Pflicht- und Akzeptanzwerte zugunsten einer stärkeren Betonung individualistischer Werte der Selbstbestimmung und der Mitbestimmung in öffentlichen Angelegenheiten geführt.“²¹ Die Studentenbewegung hat diese gesellschaftliche Individualisierung und damit auch das veränderte Verhältnis des Bürgers zur Politik öffentlich und damit sichtbar ausgedrückt. Dieser soziale Wandel wird auch in der schwindenden Parteibindung dokumentiert. Es ist schwieriger geworden, das politische Verhalten der Bürger zu kalkulieren. Bezogen auf die Gruppe der Jugendlichen, die aufgrund ihres Alters generell eine geringere Parteiidentifikation aufweisen als die Gesamtbevölkerung,²² bedeutet diese Entwicklung für die Parteien, dass es noch schwieriger geworden ist, junge Menschen zu mobilisieren und längerfristiger zu binden. Dabei spielen die Ostdeutschen Jugendlichen eine besondere Rolle, da Untersuchungen zeigen, dass das Interesse an Politik und an den Parteien dort noch geringer ist als im Westen. Als ein Grund kann möglicherweise die Sozialisation der Eltern angeführt werden, da das DDR-Regime eine Nivellierung der klassischen Milieus propagierte und somit keine

¹⁹ Vgl. Sarcinelli, U.: Vom Traditionsverein zur Eventagentur? Anmerkungen zur jugendrelevanten Modernisierung der Parteien in der Mediengesellschaft. In: Alemann, U. von/Marschall, S.: Parteien in der Mediendemokratie, Wiesbaden 2002, S. 350.

²⁰ Vgl. Gaiser, W./ Rijke, J. de: Partizipation und politisches Engagement. In: Gille, M./Krüger, W. (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29-Jährigen im vereinigten Deutschland, Wiesbaden 2000, S. 275.

²¹ Hoffmann-Lange, U.: Jugend zwischen politischer Teilnahmereitschaft und Politikverdrossenheit. In: Palentien, C./Hurrelmann, K. (Hrsg.): Jugend und Politik. Ein Handbuch für Forschung, Lehre und Praxis, 2. Aufl., Neuwied 1998, S. 179.

²² Vgl. Niedermayer, O.: Beweggründe für das Engagement in politischen Parteien. In: Gabriel, O./Niedermayer, O./Stöss, R.: Parteiendemokratie in Deutschland, Bonn 2001, S.328ff.

traditionelle politische Sozialisation existent gewesen ist.²³ Somit findet möglicherweise im familiären Kontext ein anderer politischer Sozialisationsprozess statt als im Westen. Auch Frauen engagieren sich deutlich weniger in konventionellen Beteiligungsformen als Männer. Sie weisen ein stärkeres Engagement in den alternativen Beteiligungsformen auf. Auch zeigt sich, dass Interesse und Handlungsbereitschaft mit dem Bildungsstand und dem Alter korrespondieren. Je besser ausgebildet und je älter ein junger Mensch ist, desto größer die Bereitschaft sich zu beteiligen.

„Eine Partei ohne Jugend ist eine Partei ohne Zukunft“ heißt es in der Beschlussfassung des SPD Parteitag 1988 in Münster.²⁴ Diese Aussage macht die Differenz zwischen theoretischer Vorstellung und praktischer Realität deutlich, denn Jugendliche haben zunehmend Probleme, sich mit traditioneller und konventioneller Politik, politischen Entscheidungsprozessen und Ergebnissen zu identifizieren. Festmachen kann man dies an dem geringen Anteil jugendlicher Mitglieder in den Parteien und am Image, das Parteien in den Augen junger Menschen haben.²⁵ Damit ist nicht automatisch die Abkehr junger Menschen von der Politik verbunden. Das politische Interesse allgemein und die politische Beteiligungsbereitschaft nehmen sogar tendenziell zu, nur die Art der

²³ In der vorliegenden Forschungsarbeit steht die detaillierte Untersuchung der differenzierten Unterscheidung der politischen Entwicklungstrends in Ost- und Westdeutschland nicht im Fokus. Dennoch wird auf die Problematik der divergierenden politischen Tendenzen in der Wahrnehmung und Unterstützung des demokratischen Systems hingewiesen und findet in Kap. 4 Berücksichtigung. *Pickel* weist in seiner Untersuchung auf die konstanten Ergebnisse im Hinblick auf die Unterschiedlichkeit der politischen Denk- und Handlungsmuster hin. Vgl. *Pickel, G.: Jugend und Politikverdrossenheit. Zwei politische Kulturen im Deutschland nach der Vereinigung?*, Opladen 2002, S.12.

²⁴ Vgl. SPD-Parteivorstand 2000: Demokratie braucht Partei. Beschluss des SPD-Parteivorstandes vom 22. Mai 2000. Zitiert in: *Machnig, M./Bartels, H.-P. (Hrsg.): Der rasende Tanker*, Göttingen 2001, S. 45.

²⁵ Vgl. *Hoffmann-Lange, U.: Jugend zwischen politischer Teilnahmebereitschaft und Politikverdrossenheit*. In: *Palentien, C./Hurrelmann, K. (Hrsg.): Jugend und Politik*, 2. Aufl., Neuwied 1998; *Gaiser, W./Rijke, J. de: Gesellschaftliche Beteiligung der Jugend. Handlungsfelder, Entwicklungstendenzen, Hintergründe*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte B44/2001*, S. 8-16.

Beteiligungsform hat sich verändert.²⁶ Diese Entwicklung steht in keinem Widerspruch zu den Krisensymptomen der Parteien. Vielmehr stehen die Parteien einer Vielzahl von inzwischen etablierten Organisationen, Gruppen und Bewegungen gegenüber. Die politische Beteiligung vollzieht sich anders als früher nicht mehr vor dem Hintergrund von traditionellen Organisationen, sondern verstärkt in Form politischer Einzelaktionen wie Bürgerbegehren oder Demonstrationen. Von einer generellen Ablehnung und einem grundsätzlichen Desinteresse an Politik kann also nicht gesprochen werden. Es ist eher davon auszugehen, dass die Jugendlichen die politischen Partizipationsformen einer kritischen Analyse unterziehen.²⁷

Nach *Wiesendahl* stellt sich die Entwicklung des Anteils von jungen Mitgliedern in den Parteien dar „wie die Geschichte eines Exodus von mehreren Jugendgenerationen, die mit den Parteien nichts mehr zu tun haben wollen.“²⁸ Damit wird vor allen Dingen jene Entwicklung umschrieben, die sich zwischen der Hochzeit der Mitgliedereintritte in den 70er- und 80er-Jahren bis hin zu den Verlusten in den 90er-Jahren vollzogen hat.

Die Parteien waren einmal der zentrale Ausdruck politischen Engagements und der politischen Partizipation. Dauerhafter politischer Ausdruck unabhängig von der Wahlstimme war nur über die Parteien möglich. Mit Aufkommen der Protestkultur und dem Erscheinen der sozialen Bewegungen in den späten 70er- und 80er-Jahren hat sich dieses Bild verändert.²⁹ Sind es zuerst die Parteien selbst gewesen, die vom partizipatorischen Protest profitierten, hat sich dieses Bild zunehmend auf die Formen unkonventioneller Beteiligung verschoben.

²⁶ Vgl. Deutsche Shell (Hrsg.): *Jugend '97 - Zukunftsperspektiven, gesellschaftliches Engagement, politische Orientierungen*, Opladen 1997; Deutsche Shell (Hrsg.): *Jugend 2000*. 13. Shell Jugendstudie, Opladen 2000.

²⁷ Vgl. Döring, H.: Aspekte des Vertrauens in Institutionen. Westeuropa im Querschnitt der internationalen Wertstudie. *Zeitschrift für Soziologie* 19/2, 1990, S. 73-89.

²⁸ Wiesendahl, E.: Keine Lust mehr auf Parteien. Zur Abwendung Jugendlicher von den Parteien. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B10/2001, S. 7.

²⁹ Vgl. Brand, K.-W.: *Neue soziale Bewegungen*, Opladen 1982; Raschke, J.: *Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriss*, Bonn 1987.

Seit der Hochkonjunktur der Parteieintritte in den 70er-Jahren bleiben die neuen Mitglieder aus.³⁰ Diese Entwicklung trifft insbesondere auf die beiden großen Parteien CDU und SPD zu und deutet auf einen Mangel an Organisations- und Rekrutierungsfähigkeit dieser Parteien hin.³¹

Die vorliegende Dissertation hat zum Ziel, die innerparteilichen Faktoren zu beleuchten, die für das Ausbleiben gerade junger Menschen verantwortlich sind. Diese sind bislang kaum systematisch beobachtet und wissenschaftlich erfasst worden. Dabei soll die Verknüpfung von politikwissenschaftlichen, pädagogischen, psychologischen und soziologischen Aspekten dazu dienen, eine ganzheitliche Betrachtung und Einordnung vorzunehmen und die Stellung der Parteien im gesellschaftlichen Interaktionsprozess unter Berücksichtigung aller Perspektiven definieren zu können.

1.2. Zielsetzung der Untersuchung

In der politikwissenschaftlichen Auseinandersetzung existiert eine Reihe von Untersuchungen über die Defizite der Bindungsfähigkeit von Parteien. Diese Studien beziehen sich ursächlich auf den gesellschaftlichen Wandel und auf den Verlust des sozialen Milieus für die Parteien. Durch zahlreiche Auseinandersetzungen in der partei- und wahlsoziologischen Literatur ist diese Problematik wissenschaftlich analysiert worden.³²

³⁰ Beispielsweise bestand die SPD 1975 noch zur Hälfte aus Neumitgliedern, die erst 1969 eingetreten waren. Dieser Gesamtanteil ist aber im Zuge der in den 70er-Jahren beginnenden Nachwuchsebbe stetig zurückgegangen

³¹ Vgl. Alemann, U. von/Godewerth Th.: Die Parteiorganisation der SPD. Erfolgreiches Scheitern? In: Schmidt, J./Zolleis, U.: Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen, Wiesbaden 2005, S. 158-172.

³² Vgl. hierzu Alemann, U. von: Parteien und Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland. In: Mitzel A./Oberreuter, H. (Hrsg.): Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1982, S. 89-130; Alemann, U. von: Parteien und Interessensorganisationen in der pluralistischen Demokratie. In: Alemann, U. von/Loss,

Hinsichtlich der Fragestellung, wie die Parteien die aufgezeigte Problematik durch organisationspolitische, programmatische und parteistrukturelle Änderungen mildern oder gar lösen können, herrscht weitaus weniger Klarheit. Parteien experimentieren mit vielen Ansätzen, ihre Strukturen zu modernisieren und ihre Anpassungsfähigkeit zu dokumentieren. Modernisierungstendenzen in Form von „Kartellparteien“³³ oder „professionellen Wählerparteien“³⁴ werden diskutiert. Dabei ist auffällig, dass die Gruppe der Jugendlichen eine geringe Aufmerksamkeit erfährt. Dies erscheint umso bemerkenswerter, da ihr für die Bedeutung der Zukunftsfähigkeit der Parteien eine zentrale Bedeutung zukommt.

Die Herausforderung, die Jugendkrise der Parteien zu managen, konzentriert sich im Wesentlichen auf die „politische Indifferenz der Jugend“³⁵ und somit auf die Annahme, dass es die allgemeine gesellschaftliche Gleichgültigkeit der Jugend ist, die das mangelnde Interesse an den Parteien begründet.³⁶

K./Vowe, G. (Hrsg.): Politik. Eine Einführung, Opladen 1994, S. 225-317; Beyme, K. von: Parteien in westlichen Demokratien, München 1994; Poguntke, T.: Parteiorganisation im Wandel. Gesellschaftliche Verankerung und organisatorische Anpassung im europäischen Vergleich; Gabriel, O./Niedermayer, O./Stöss, R.: Parteiendemokratie in Deutschland, Bonn 2001; Niclaß, K.: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 2002; Alemann, U. von: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 2003; Nohlen, D.: Wahlrecht und Parteiensystem, Stuttgart 2004.

³³ Vgl. Katz, R./Maier, P.: Changing Models of Party Organization and Party Democracy. The Emergence of the Cartel Party. In: Party Politics 1, S. 5-28.

³⁴ Vgl. Panebianco, A.: Political Parties: Organization and Power, Cambridge 1988; Beyme, K. von: Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien, Wiesbaden 2000.

³⁵ Sarcinelli, U.: Vom Traditionsverein zur Eventagentur? Anmerkungen zur jugendrelevanten Modernisierung der Parteien in der Mediengesellschaft. In: Alemann, U. von/Marschall, S. (Hrsg.): Parteien in der Mediendemokratie, Wiesbaden 2002, S. 349.

³⁶ An dieser Stelle wird auf die Untersuchung allgemeiner gesellschaftlicher Veränderungen, die sich an Individualisierungstheorien, Pluralisierungskonzepten und Phänomenen wie der Endtraditionalisierung (vgl. hierzu: Berger, P./Luckmann, Th.: Modernität, Pluralismus und Sinnkrise, Gütersloh 1995; Heitmeyer, W./Jacobi, J. (Hrsg.): Politische Sozialisation und Individualisierung. Perspektiven und Chancen politischer Bildung, Weinheim 1991; Heitmeyer, W./Olk, Th. (Hrsg.): Individualisierung von Jugend. Gesellschaftliche Prozesse, subjektive Verarbeitungsformen, jugendpolitische Konsequenz, Weinheim 1990) festmachen, verzichtet, da im Kontext weniger die „post-hoc-Interpretationen“ (vgl. Buhl, Monika: Jugend, Familie, Politik. Familiäre Bedingungen und politische Orientierungen im Jugendalter, Opladen 2001, S.

Auch in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung hat lange Zeit die theoretische und empirische Analyse von jugendlichem Problemverhalten im Fokus gestanden.³⁷ Hierbei haben insbesondere die Phänomene rechtsradikaler Tendenzen, jugendlicher Gewalt oder gesellschaftlich zuwider laufenden Verhaltens im Fokus der Betrachtung gestanden. In den letzten Jahren sind zahlreiche Arbeiten publiziert worden, die die Relevanz der Jugendlichen für das demokratische System benennen und die die Partizipations- und individuellen Entwicklungsmöglichkeiten unterstreichen.³⁸

In der parteipolitischen Praxis und im wissenschaftlichen Sektor mangelt es aber an konkreten Ansätzen, die der Frage nachgehen, welche Anstrengungen Parteien tatsächlich unternehmen können und sollen, um Jugendliche vermehrt in die Parteien einzubinden und an der Parteiarbeit zu beteiligen. Die vorliegende Arbeit unternimmt den Versuch, diese Forschungslücke zu verringern.

Demzufolge ist mit der Dissertation auch die Absicht verknüpft, die Voraussetzungen zur Schaffung eines demokratischen Partizipationsverständnisses zu fördern. Dazu sind die veränderten Interessenslagen und Motive junger Menschen, die sich aus Veränderungen im

13.) sozialkultureller Ansätze stehen, sondern Möglichkeiten zur instrumentellen und organisatorischen Veränderung entwickelt werden sollen.

³⁷Zusammenfassend hierzu: Claußen, B./Wasmund, K. (Hrsg.): Handbuch der politischen Sozialisation, Braunschweig 1982.

³⁸ Vgl. Hoffmann-Lange, U.: Politische Grundorientierungen. In: Hoffmann-Lange, U. (Hrsg.): Jugend und Demokratie in Deutschland. DJI-Jugendsurvey 1, Opladen 1995, S. 159-193; Hopf, C./Hopf, W.: Familie, Persönlichkeit, Politik. Eine Einführung in die politische Sozialisation, Weinheim 1997; Yourniss, J./Yates, M.: Community Service and Social Responsibility in Youth, Chicago 1997; Palentien, C./Hurrelmann, K. (Hrsg.): Jugend und Politik. Ein Handbuch für Forschung, Lehre und Praxis, 2. Aufl. Neuwied 1998; Flanagan, C.A./Sherrod, L.R.: Youth Political Development: An Introduction, Journal of Social Issues, 54/3, 1984, S. 447-456; Kuhn, H.-P.: Mediennutzung und politische Sozialisation. Eine empirische Studie zum Zusammenhang zwischen Mediennutzung und politischer Identitätsbildung im Jugendalter, Opladen 2000; Flanagan, C.A./Faison, N.: Youth Civic Development: Implications of Research for Social Policy and Programs, Social Policy Report 15, 1982, S. 3-15; Reinders, H.: Politische Sozialisation Jugendlicher in der Nachwendzeit. Forschungsstand, theoretische Perspektiven und empirische Evidenzen, Opladen 2002; Oesterreich, D.: Politische Bildung von 14-Jährigen in Deutschland. Studien aus dem Projekt Civic Education, Opladen 2002.

Bereich der verschiedenen Sozialisationsinstanzen ergeben, zu ergründen. Hierdurch sollen Antworten auf die Frage geliefert werden, ob es sich bei der Zurückhaltung Jugendlicher eher um ein Angebotsdefizit der Parteien handelt oder ob ein Nachfrageproblem der Jugendlichen vorliegt. Unabhängig von der differenzierten Betrachtung und den daraus resultierenden Rückschlüssen gilt für die Beziehung zwischen Parteien und Jugendlichen bereits seit geraumer Zeit: „Letztlich stehen die Parteien vor der Aufgabe, sich auch mit dem Blick auf die Erwartungen junger Menschen modernisieren zu müssen.“³⁹

Aus pädagogischer Sicht betrachtet, steht in Bezug auf die Fragestellung der Dissertation weniger die Stabilität des demokratischen Systems im Fokus der Betrachtung, sondern die Entwicklungsmöglichkeiten, die der Einzelne in diesen Strukturen erhält. Dabei ist es notwendig der Frage nachzugehen, inwieweit die bestehenden Strukturen und Verfahrensweisen der Parteien den Jugendlichen Raum geben, sich altersentsprechend kreativ und partizipatorisch zu engagieren. Ein positiver Verlauf dieses Prozesses würde letztendlich dann wieder die Stabilität der Demokratie unterstützen. Die Relevanz pädagogischer Erkenntnisse und Theorien ist für die vorliegende Forschungsarbeit unerlässlich. Es wird untersucht, ob das Unvermögen der politischen Parteien, die Jugendlichen zu interessieren und politisch zu sozialisieren, an der mangelnden Berücksichtigung politischer Identitätsbildung und am mangelnden Feingefühl oder Unkenntnis im Umgang mit den Entwicklungsaufgaben im Jugendalter festzumachen ist. Hierbei ist es notwendig zu untersuchen, welche Merkmale in Bezug auf Einstellungen und Verhaltensweisen Jugendlicher typisch sind und in welchem Ausmaß die verschiedenen Aspekte politischer Identitätskontexte für die politische Partizipation bedeutsam sind. Hierzu werden die unterschiedlichen Perspektiven politischer Identitätsentwicklung dargestellt, um etwaige Handlungsempfehlungen für die Parteien als mögliche Akteure im Prozess der politischen Sozialisation geben zu können.

³⁹ Sarcinelli, U: Vom Traditionsverein zur Eventagentur? Anmerkungen zur jugendrelevanten Modernisierung der Parteien in der Mediengesellschaft. In: Alemann, U. von/Marschall, S. (Hrsg.): Parteien in der Mediendemokratie, Wiesbaden 2002, S. 349.

Der interdisziplinäre Ansatz der vorliegenden Arbeit wird insbesondere durch die Untersuchung der Frage berücksichtigt, wie die Ausrichtung der Parteien in Bezug auf das Wecken und Fördern von politischem Interesse, politischer Bildungs- und Informationsarbeit und die Übernahme von Verantwortung in Bezug auf die Lebenswelt der Jugendlichen gestaltet sein soll, um die Partizipation und demokratische Erfahrung Jugendlicher zu fördern.

An dieser Stelle wird betont, dass aus dem Forschungsprojekt kein uneingeschränkt gültiges Patentrezept hervorgehen kann. Es wird vielmehr versucht, die Auseinandersetzung möglichst praxisnah zu bearbeiten, indem theoretische Grundlagen und bisherige Erkenntnisse mit eigenen empirischen Ergebnissen verknüpft werden, um daraus umsetzbare Vorschläge zu erarbeiten. Lediglich auf der theoretischen Ebene zu erklären, dass etwas getan werden muss, wird als nicht ausreichend angesehen. Es sollen zusätzliche Hinweise geliefert werden, um die primäre Zielsetzung des Dissertationsprojekts zu erfüllen, die Voraussetzungen der Mitarbeit von jungen Menschen in den Parteien zu entwickeln und zu fördern.

1.3. Vorgehen und Methodik

Die gesamte Untersuchung ist in vier Abschnitte gegliedert. Im Anschluss an die Einleitung umfasst die theoretische Grundlegung, die Gegenstandsbereiche Jugend, politische Sozialisation, politische Beteiligung und die Parteien selbst. Sie bilden den theoretischen Rahmen, um anschließend den eigenen Forschungsansatz entwickeln zu können. Aus den bisherigen theoretischen Erkenntnissen und den Ergebnissen der eigenen empirischen Untersuchung geht ein Modell hervor, dass im letzten Abschnitt vorgestellt und erläutert wird.

Einen Überblick über den Aufbau und die inhaltlichen Schwerpunkte des gesamten Dissertationsprojekts liefert die nachfolgende Abbildung.

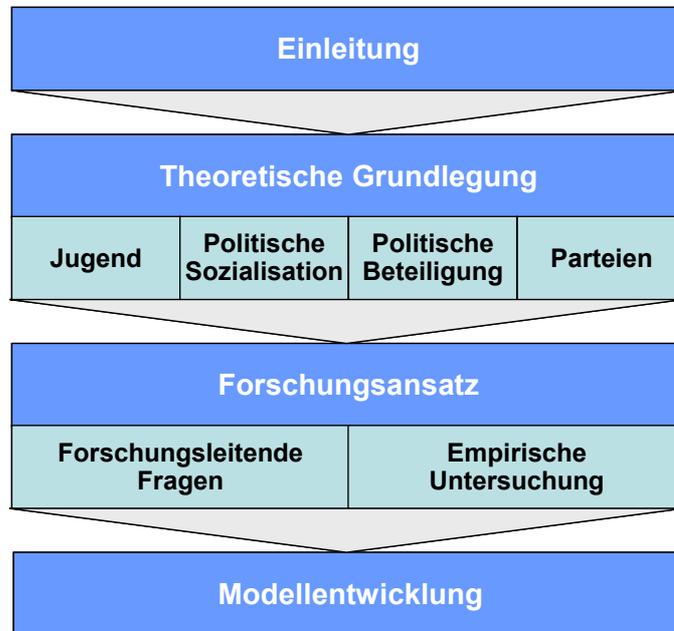


Abb. 1: Übersicht der Untersuchung

Im Mittelpunkt der theoretischen Grundlegung steht die Beschreibung des Verhältnisses von Jugendlichen zu Politik und Parteien aus verschiedenen Blickwinkeln. Die Beziehung wird anhand unterschiedlicher sozialwissenschaftlicher, psychologischer und pädagogischer Aspekte beleuchtet. Die Ergebnisse dieser Betrachtung münden in eine Darstellung der gegenwärtigen Situation der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland.

Basierend auf einer begrifflichen Klärung des Gegenstandsbereichs Jugend werden entwicklungspsychologische Bestimmungsgründe und sozialisatorische Aspekte zusammengefasst, die das politische Engagement von jungen Menschen beeinflussen. Der Sozialisationsbegriff integriert in diesem Zusammenhang zwei Perspektiven: Die individuelle und die institutionelle Sicht, die im Konzept des „mündigen Bürgers“ zusammengefasst werden können, indem unterschiedliche

Kompetenzen im politischen Bereich mit den gewonnenen Einstellungen, Werten und Normen vereint werden.⁴⁰

Den Schwerpunkt der Untersuchung politischer Sozialisation bildet die Fragestellung, was Jugendliche unter politischem Handeln verstehen und in welchem Ausmaß sie kognitiv in der Lage sind, politisch zu partizipieren. Dabei werden auch Kenntnisse über politische Sachverhalte und Institutionen, politische Akteure und das Wissen über das aktuelle politische Geschehen unter die kognitiven Aspekte gefasst. Hierbei wird davon ausgegangen, dass Jugendliche eine eigene Analysefähigkeit politischer Zusammenhänge haben. In Anlehnung an *Kaase* wird der Begriff des Politischen auch für Vorformen des politischen Handelns zugrunde gelegt, da soziales Handeln nicht nur auf individuelle, sondern auch auf kollektive Zwecke hin ausgerichtet ist.⁴¹ *Fend* untersucht sowohl die beschriebenen kognitiven als auch affektiven Komponenten. Beide spielen aus pädagogischer Sicht bei der Bewertung politischer Sachverhalte und Zusammenhänge durch Jugendliche eine Rolle.⁴² Zu den affektiven Komponenten zählen die emotionalen Bewertungen politischer Inhalte und das Vertrauen, das Jugendliche dem politischen System entgegenbringen. Die affektiven Aspekte werden in der Regel durch den Sozialisationsprozess im frühen Lebensstadium herausgebildet.

Die Jugendphase stellt eine kritische Phase politischer Identitätsentwicklung dar. Unterschiedliche Bedingungen und Komponenten sind für das Gelingen dieses Prozesses maßgeblich. Jugendliche gewinnen Erfahrungen mit der Politik nicht nur in direkter Auseinandersetzung mit dem politischen System, sondern auch durch Alltagserfahrungen, die im Kontext von Familie, Schule, Freunden und über die Medien stattfinden. Deshalb werden im weiteren Forschungsverlauf die

⁴⁰ Vgl. Buhl, M.: *Jugend, Familie, Politik. Familiäre Bedingungen und politische Orientierungen im Jugendalter*, Opladen 2001, S. 17.

⁴¹ Vgl. Kaase, M.: *Partizipation*. In Nohlen, D. (Hrsg.): *Wörterbuch Staat und Politik*, Bonn 1991.

⁴² Vgl. Fend, H.: *Identitätsentwicklung in der Adoleszenz: Lebensentwürfe, Selbstfindung und Weltaneignung in beruflichen, familiären und politisch-weltanschaulichen Bereichen*, Band I, Bern 1991.

Perspektiven der Sozialisationsforschung betrachtet und es wird die Frage gestellt, welche Rolle die Parteien im Sozialisationsprozess einnehmen.

Im Anschluss an die Untersuchung der Grundlagen zur politischen Sozialisation werden die wesentlichen Aspekte politischer Beteiligungsmöglichkeiten untersucht. Deutlich gemacht wird das Spektrum, im Rahmen dessen Jugendliche in der Vergangenheit und gegenwärtig ihre Interessen zum Ausdruck bringen können. Im Zusammenhang mit der politischen Beteiligung Jugendlicher wird auch der Aspekt der Politikverdrossenheit beleuchtet. Die Betrachtung der Ergebnisse verschiedener Jugendstudien soll Aufschluss über die Einstellungen Jugendlicher zur Politik geben und darstellen, wie ausgeprägt das Vertrauen gegenüber dem politischen System und den politischen Akteuren ist, wobei auch eine differenzierte Einordnung des Begriffs der Politikverdrossenheit erfolgt. Es wird herausgearbeitet, welche Einstellungen Jugendliche zu den politischen Institutionen und dabei insbesondere zu Parteien haben und welche Aussagen daraus für den weiteren Forschungsverlauf abgeleitet werden können. Des Weiteren wird herausgestellt werden, welche Möglichkeiten es gibt, Politik jugendnah zu gestalten. Hierzu werden Kinder- und Jugendforen als eine Form der politischen Beteiligung vorgestellt und beurteilt.

Die theoretische Grundlegung der Arbeit schließt ab mit einer detaillierten Betrachtung der Parteien selbst und den Ansätzen, die bereits unternommen werden, Jugendliche für eine Mitarbeit zu gewinnen. In Anlehnung an den wissenschaftlichen Forschungsstand werden die Voraussetzungen und Einflussfaktoren herausgestellt, die Menschen bewegen, sich in einer Partei zu engagieren.

Auf Basis der Mitgliederentwicklung werden die mittel- und langfristigen Folgen für die Parteien diskutiert. Dabei geht es zum einen um die Darstellung der unmittelbaren parteiinternen Konsequenzen, die sich auf die innere Organisation, das adäquate Bewältigen von Aufgaben und das Besetzen von Ämtern, die

Wahlkampf-führung oder die finanziellen Ressourcen beziehen können. Darüber hinaus wird untersucht, welche langfristigen Konsequenzen mit einem Mangel junger Menschen in den Parteien verbunden sind. Hierbei werden in Verbindung mit vorangegangenen Ergebnissen die parteiinternen und die parteiexternen Gründe für den Mitgliederschwund untersucht und eine Beurteilung abgegeben, in welchem Ausmaß die Parteien die ihnen zugewiesenen Funktionen im Rahmen des demokratischen Systems erfüllen.

Die Parteien versuchen mit unterschiedlichen Partizipationsanreizen dem Mitgliederverlust entgegenzuwirken und die Aufmerksamkeit potenziell neuer und junger Mitglieder zu erwecken. Hierbei stehen insbesondere die politischen Jugendorganisationen der Parteien im Fokus, über deren Plattform die Kenntnisse über die jugendliche Lebenswelt zusammen getragen werden und die konkrete Ansprache der Jugendlichen erfolgt. Den Jugendorganisationen kommt eine besondere Bedeutung zu, da sie jugendliche Einstellungen und Auffassungen ermitteln, begleiten und diese in den parteiorganisatorischen und inhaltlichen Prozess integrieren sollen.⁴³ In Anlehnung an eine schriftliche Befragung der Jugendorganisationen wird gezeigt, welche Anstrengungen die Parteien unternehmen, um Informationen über junge Menschen und deren Bedürfnisse zu erlangen und in welche konkrete Maßnahmen diese umgesetzt werden, um Jugendliche zur Mitarbeit zu bewegen. Vor dem Hintergrund des empirischen Teils der Forschungsarbeit werden diese Ansätze der Parteien in die Befragung integriert, um Anhaltspunkte über eine mögliche Wirksamkeit zu erhalten.

Der Abschnitt zur Erläuterung des Forschungsansatzes fasst die Ergebnisse der theoretischen Grundlegung zusammen, um daraus forschungsleitende Fragen formulieren zu können. Dabei werden die wesentlichen Aspekte aus der sozialwissenschaftlichen, psychologischen und pädagogischen Perspektive, die

⁴³ Vgl. Alemann, U.von/Godewerth, Th.: Die Parteiorganisation der SPD. Erfolgreiches Scheitern? In Schmid, J./Zolleis, U. (Hrsg.): Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen, Wiesbaden 2005, S. 166.

das Verhältnis von Jugendlichen zu Parteien beeinflussen, zusammengetragen und bilden damit die Grundlage für die Entwicklung eines eigenen empirischen Vorgehens.

Die Untersuchung zielt auf die Klärung der Frage, welche Erwartungen Jugendliche an Politik und Parteien richten und welche Voraussetzungen erfüllt sein müssten, damit sie sich parteipolitisch engagieren. In diesem Zusammenhang wird auch untersucht, wie die bisherigen Anstrengungen der Parteien von Jugendlichen wahrgenommen werden, wie sehr sie die Jugendlichen und deren Lebenswelt betreffen und in welchem Ausmaß die Aktivitäten zu politischem Interesse oder politischer Handlung unter Jugendlichen führen.

Für die empirische Untersuchung ist ein qualitativ ausgerichtetes Forschungs-Design entwickelt worden. Diese Wahl hat sich aus der Annahme ergeben, dass ein derartiger Ansatz das bereits in zahlreichen Jugendstudien erfasste Datenmaterial durch die Analyse individueller Einstellungen und Haltungen ergänzen kann.

Bei der Stichprobenbildung sind Jugendliche in der Altersgruppe zwischen 15 und 18 Jahren berücksichtigt worden. Diese Auswahl orientiert sich an wissenschaftlichen Aussagen zur Abgrenzung der Jugendphase und an Ergebnissen der Entwicklungspsychologie.⁴⁴ Des Weiteren sind Jugendliche mit unterschiedlichem Bildungsniveau in die Untersuchung aufgenommen worden, um ein möglichst breites Qualifikationsspektrum zu erfassen und mögliche Ergebnisse vor dem Hintergrund des Alters und des Bildungsstands ausmachen zu können. Basierend auf diesen Überlegungen beinhaltet der empirische Teil der Forschungsarbeit eine Befragung von 16 Jugendlichen, die zwischen Juli und Oktober 2005 durchgeführt worden ist.

⁴⁴ Vgl. Hurrelmann, K.: Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung, 6. Aufl., Weinheim 1999.

Aufgrund der Befragungsergebnisse wurden Phänomene charakterisiert, die das Verhältnis Jugendlicher zur Politik und zu den Parteien ausdrücken. Damit verbunden, ist die Ableitung und Beschreibung von Einflussfaktoren, die die jeweiligen Phänomene prägen und damit mögliche Ansatzpunkte für die Parteien liefern, die Beziehung zu Jugendlichen weiter zu entwickeln.

Basierend auf den theoretischen Grundlagen und den empirischen Ergebnissen wird im letzten Abschnitt der Arbeit ein Modell entwickelt, das einen Beitrag dazu liefern soll, die Mitarbeit von Jugendlichen in Parteien zu fördern. Dabei stehen im Wesentlichen solche Instrumente im Fokus, die sich auf die Einstellungen und das Angebot der Parteien beziehen und sich in ihrer inhaltlichen und organisatorischen Struktur abbilden lassen. Das Modell soll Parteien dabei unterstützen, ihr Verhältnis zur Altersgruppe der Jugendlichen zu verbessern und entsprechende parteiinterne Wandlungs- und Veränderungsprozesse in Gang zu setzen, die eine aktivere Partizipation von Jugendlichen in Parteien möglich machen.

2. Jugend

Die nachfolgenden Abschnitte beinhalten die untersuchungsrelevanten Aspekte im Zusammenhang mit der Altersgruppe der Jugendlichen. Es wird aufgezeigt, wie unterschiedlich das Verständnis des Jugend-Begriffes ausfällt und wie der Gegenstandsbereich in der vorliegenden Arbeit eingegrenzt wird. Daran anschließend werden grundlegende entwicklungspsychologische und demographische Aspekte aufgezeigt, die vor dem Hintergrund der Fragestellung von Bedeutung sind.

2.1. Gegenstandsbereich

In der erziehungswissenschaftlichen, psychologischen, pädagogischen und soziologischen Auseinandersetzung gibt es keinen feststehenden und allgemeingültigen Jugend-Begriff. Somit ist auch keine einheitliche und präzise Definition zu finden.⁴⁵ Vielmehr sind einige Aspekte zu nennen, die den Begriff der Jugend (Adoleszenz) bezeichnen und herausstellen, welche Alterskohorten⁴⁶ er per Definition umfasst.

Die durch den allgemeinen Sprachgebrauch erweckte Homogenität dieses Begriffs wird durch eine heterogene Auslegung in der wissenschaftlichen

⁴⁵ „Die Bestimmung des Verhältnisses von Jugend und Politik sowie alle darauf konzentrierten sozialwissenschaftlichen Forschungsbemühungen stehen vor dem grundsätzlichen Dilemma einer präzisen Begriffsbeschreibung und Bezeichnung des Betrachtungsgegenstandes.“ Vgl. Claußen, B.: Die Politisierung des Menschen und die Instanzen der politischen Sozialisation: Problemfelder gesellschaftlicher Alltagspraxis und sozialwissenschaftlicher Theoriebildung. In: Claußen, B./Geißler, R. (Hrsg.): Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch, Opladen 1996, S. 48.

⁴⁶ Hier werden diejenigen Individuen bezeichnet, die in einem bestimmten Zeitintervall geboren wurden und durch soziale Faktoren z. B. Schuleintritt miteinander verbunden sind. Kohorten-Untersuchungen kommt in der Jugendsoziologie eine große Bedeutung zu. Vgl. Schäfers, B.: Jugendsoziologie, Opladen 2001, S. 19.

Jugendforschung widerlegt und durch mannigfaltige inhaltliche Verwendung dokumentiert. Die Vielseitigkeit wird beispielhaft deutlich an diversen Jugendstudien, die fast alle in den Angaben der Altersgrenzen, die den jeweiligen Untersuchungen zugrunde gelegt werden, variieren.⁴⁷

Die an dieser Stelle als Beispiel angeführte Untersuchungsreihe der Shell-Studie sieht unter dem Begriff Jugend im Zeitverlauf unterschiedliche Altersgruppen als untersuchungsrelevant an. Standen 1997 die 15- bis 27-Jährigen im Mittelpunkt des Interesses, so stellten 1992 die 14- bis 27-Jährigen die zu untersuchende Gruppe dar. In der Studie im Jahre 2000 umfassen die Untersuchungen die Gruppe der 15- bis 24-Jährigen.⁴⁸ Diese Variabilität ist im Zusammenhang mit der theoretischen und wissenschaftlichen Diskussion um die altersmäßige Abgrenzung der Jugendphase zu sehen. In der Bundesrepublik Deutschland ist die in den USA⁴⁹ bereits vorher geführte Diskussion um die Einteilung der Jugendphase Anfang der 80er-Jahre aufgegriffen und eine Einteilung der

⁴⁷ Vgl. Zinnecker, J.: Jugend '92, Opladen 1992; Hoffmann-Lange, U. Jugend und Demokratie und Deutschland, DJI-Jugendsurvey 1., Opladen 1995; Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend , 13. Shell Jugendstudie, Opladen 2000; Fischer, A.: Jung - und ansonsten ganz verschieden. In: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.): Jugend '97. Zukunftsperspektiven, gesellschaftliches Engagement, politische Orientierungen, Opladen 1997, S. 379-389; Gille, M./Krüger, W. (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29-Jährigen im vereinigten Deutschland, Wiesbaden 2000; Gaiser, W./Rijke, J. de: Gesellschaftliche Beteiligung der Jugend. Handlungsfelder, Entwicklungstendenzen, Hintergründe. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B44/2001, S. 8-16.

⁴⁸ Vgl. Zinnecker, J.: Jugend als Bildungsmoratorium. Zur Theorie des Wandels der Jugendphase in west- und osteuropäischen Gesellschaften. In: Melzer, W./Liegle, L./Heitmeyer, W./Zinnecker, J. (Hrsg.): Osteuropäische Jugend im Wandel. Ergebnisse vergleichender Jugendforschung in der Sowjetunion, Polen, Ungarn und ehemaliger DDR, Weinheim 1991, S. 9-24; Zinnecker, J.: Zur Modernisierung von Jugend in Europa. Adoleszente Bildungsgeschichten im Gesellschaftsvergleich, in: Combe, A./Helsper, W.: Hermeneutische Jugendforschung. Theoretische Konzepte und methodologische Ansätze, Opladen 1995, S. 71-98; Silbereisen, R.K./Vaskovics, L.A./Zinnecker, J. (Hrsg.): Jungsein in Deutschland. Jugendliche und junge Erwachsene 1991 und 1996, Opladen 1996; Münchmeier, R.: Die Lebenslage junger Menschen. In: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.): Jugend '97. Zukunftsperspektiven, gesellschaftliches Engagement, politische Orientierungen, Opladen 1997, S. 277-302; Fischer, A.: Jugend und Politik. In: Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend 2000. 13. Shell Jugendstudie, Opladen 2000; Münchmeier, R.: Deutschlandbild. In: Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend 2000, 13. Shell Jugendstudie, Opladen 2000, S. 305-327.

⁴⁹ Vgl. Keniston, K.: Young radicals. Notes on committed youth, New York 1968.

jüngeren Jahrgänge unter dem Begriff „Jugend“ vorgenommen worden. Die älteren Gruppen sind unter dem Begriff der „Postadoleszenz“ bzw. „Nachjugend“ zusammengefasst worden.⁵⁰ Dabei zeigt sich, dass diese Begriffe fließend, denn empirische Untersuchungen weisen darauf hin, dass auch so keine klare und endgültige Abgrenzung der Jugendphase vorgenommen werden kann. Viele Ereignisse und Entwicklungen erstrecken sich von der Jugend bis in die Nachjugend. Dies gilt vor allen Dingen für die Entwicklung von Werten und Einstellungen, deren Ausprägungen sich oftmals erst in der Postadoleszenz zeigen.

Hieraus wird die Aufarbeitung der Definition des Begriffs „Jugend“ aus unterschiedlichen Perspektiven notwendig und damit auch die Frage beantwortet, welches Begriffsverständnis der vorliegenden Arbeit zugrunde liegt.

In der untersuchungsrelevanten Literatur existieren verschiedene Auffassungen darüber, wie die Lebensphase Jugend altersmäßig definiert werden soll. Einigkeit besteht darin, dass die Jugend ein fester biografischer Lebensabschnitt zwischen der Kindheit und dem Erwachsenenalter ist.⁵¹ Im Mittelpunkt stehen die Entwicklung und der Erwerb von Handlungskompetenzen, die Herausbildung von Identität und die Befähigung der Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben.⁵² Somit grenzt sich die Jugendphase von der Kindheit durch ein Mehr an Selbständigkeit, soziokultureller Teilhabe und Rechten ab, zeigt aber auch die Grenzen auf, die durch die eingeschränkte juristische Mündigkeit (Geschäftsmündigkeit, Strafmündigkeit⁵³), wirtschaftliche Abhängigkeit (keine

⁵⁰ Vgl. Baake, D.: Jugend und Jugendkulturen. Darstellung und Deutung, Weinheim 1997; Zinnecker, J.: Zur Modernisierung von Jugend in Europa. Adoleszente Bildungsgeschichten im Gesellschaftsvergleich, In: Combe, A./Helsper, W. (Hrsg.): Hermeneutische Jugendforschung. Theoretische Konzepte und methodologische Ansätze, Opladen 1995, S. 71-98.

⁵¹ Vgl. Hurrelmann, K.: Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung, Weinheim 1999.

⁵² Vgl. Hurrelmann, K.: Warum die junge Generation politisch stärker partizipieren muss. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B44/2001, S.3-7

⁵³ siehe auch Abb. 2 in dieser Arbeit: Erwerb rechtlich festgelegter Teilreifen nach Altersstufen

existenzsichernde Position) und politische Unmündigkeit (kein Wahlrecht) gesetzt sind.⁵⁴ Diese Grenzen lassen die Jugendphase im Vergleich zum Erwachsenenalter per Definition als eher defizitär erscheinen.⁵⁵ Die Besonderheit der Jugendphase kommt auch in der juristischen Perspektive zum Ausdruck, die auf den in dieser Zeit beginnenden Einstieg in die gesellschaftlichen Rechte und Pflichten hinweist.

Alter	Befähigung/Erlaubnis/Mündigkeit/Pflichten
12 Jahre	Beschränkte Religionsmündigkeit
14 Jahre	Besuch von Film- und sonstigen Veranstaltungen bis 22 Uhr; volle Religionsmündigkeit; bedingte Strafmündigkeit; Mitbestimmungsrechte, z.B. bei der Wahl des Berufs, bei der Zugehörigkeit zu einem Elternteil im Scheidungsfall, bei einer vorgesehenen Operation im medizinischen Bereich
15 Jahre	Ende der normalen Schulpflichtzeit; Beginn der Berufsschulpflicht
16 Jahre	Bedingte Ehemündigkeit; Eidesfähigkeit; diverse Fahrerlaubnis für Kraftfahrzeuge; Aufenthalt in Gaststätten ohne Erziehungsberechtigte; Rauchen in der Öffentlichkeit
18 Jahre	Volljährigkeit (vgl. § 2 BGB); volle Ehemündigkeit; volle Geschäftsfähigkeit; Ende der Vormundschaft oder Pflegschaft wegen Minderjährigkeit; Adoption ohne Einwilligung der (leiblichen) Eltern möglich; selbständige Wahl des Wohnsitzes; aktives und passives Wahlrecht und Kandidatenrecht für Bundestag und Landtag wie für die Gemeindevertretung (für Bundestag vgl. §38 GG); Europawahlrecht; volle Strafmündigkeit (mit Einschränkungen); Ende der Berufsschulpflicht
21 Jahre	Ende der Möglichkeit zur Anwendung Jugendstrafrecht (vgl. §19 StGB)
24 Jahre	Ende der Möglichkeit zur Anwendung Jugendstrafvollzug (Sollvorschrift)
25 Jahre	Annahme eines Kindes möglich (Differenzierung in §1743 BGB)

Abb. 2: Erwerb rechtlich festgelegter Teilreifen nach Altersstufen⁵⁶

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Jugendphase zur Kindheit und zum Erwachsenenalter soziologisch abgegrenzt werden kann und die

⁵⁴ Vgl. ebd., S. 3.

⁵⁵ Vgl. Gillis, J.R.: Geschichte der Jugend. Tradition und Wandel der Altersgruppen und Generationen in Europa von der zweiten Hälfte des 18. Jhr. bis zur Gegenwart. 2. Aufl., Weinheim 1984, S. 39.

⁵⁶ Quelle: Hurrelmann, K.: Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung, Weinheim 1999, S. 44.

Jugendphase eine eigenständige Phase im menschlichen Lebenslauf darstellt. Hierbei ist aber eine altersmäßige Einteilung sehr schwierig und von den jeweiligen Lebenslagen und Strukturen abhängig. Inhaltlich steht die sukzessive Integration in soziale Rollen und Positionen im Vordergrund. Entsprechend kann für das Forschungsvorhaben konstatiert werden, dass aus soziologischer Perspektive Jugendliche im Bereich des Politischen partizipieren können und sich soziokulturell entfalten können.

2.2. Entwicklungspsychologische Aspekte

Im Mittelpunkt dieses Kapitels steht die Untersuchung des entwicklungspsychologischen Hintergrundes der spezifischen Lebensphase Jugend. Weiterhin wird untersucht, inwiefern Jugendliche aus psychologischer Sicht in der Lage sind, politisch zu partizipieren und zu entscheiden.

Ein wesentlicher Gesichtspunkt bei der Abgrenzung des Kindheitsalters vom Jugendalter ist das Eintreten der Geschlechtsreife (Pubertät). Sie markiert einen deutlichen Einschnitt in der Persönlichkeitsentwicklung eines Menschen, der sich vor allen Dingen in der im Vergleich zur Kindheit quantitativ höheren Form der Verarbeitung von Anforderungen ausdrückt. Durch die physiologische, anatomische und hormonelle Veränderung vollzieht sich eine ganzheitliche neue Ausrichtung der körperlichen, seelischen und sozialen Systeme.⁵⁷ Um die veränderten Umweltbedingungen bewältigen zu können, entsteht auf allen Ebenen ein verändertes Persönlichkeitsverhalten.⁵⁸ Dieses Bewältigen besteht im Wesentlichen in der innerlichen Ablösung von den im Kindesalter relevanten Bezugspersonen. Die Identifikation mit den Vorstellungen und Werten z. B. der

⁵⁷ Vgl. Oerter, R./Montada, L. (Hrsg.): Entwicklungspsychologie, München 1987, S. 23.

⁵⁸ Vgl. Felmann, S.S./Elliott, G.R. (Hrsg.): At the threshold. The developing adolescent, Cambridge 1990, S. 35.

Eltern weicht der Entwicklung eigener Bezugs-, Deutungs- und Steuerungssysteme, innerhalb derer sich die eigene Persönlichkeitsentwicklung vollzieht.⁵⁹ Im Mittelpunkt dieser Entwicklung steht in der Jugendphase:⁶⁰

1. Die Entfaltung der sozialen und geistigen Kompetenz, die die Voraussetzung ist, um selbstverantwortlich die schulischen und beruflichen Anforderungen zu erfüllen,
2. die Entwicklung der Geschlechterrolle und der Aufbau von Beziehungskompetenz,
3. das Erlernen von Handlungskompetenz um an den Angeboten des Medien-, Freizeit- und Konsummarktes bewusst und kritisch partizipieren zu können sowie
4. das Herausbilden eines eigenen politischen und ethischen Werte- und Normensystems, das mit dem eigenen Handeln kongruent ist und die verantwortungsvolle Teilhabe am politischen und sozialen Geschehen ermöglicht.

Werden diese Entwicklungsaufgaben in einem ganzheitlichen, aufeinander bezogenen Rahmen vollzogen, kann von einem Übergang der Jugendphase in das Erwachsenenalter gesprochen werden. Allerdings ist diese Grenze nicht so klar zu ziehen wie bei dem Eintritt in die Jugendphase, der durch die einsetzende Geschlechtsreife eindeutig ist (siehe Kap. 2.1.). Der Übergang in die Erwachsenenphase ist fließend und eine präzise Altersangabe ist nicht möglich. Traditionell bestimmt liegt das Ende der Jugendphase zwischen 18 und 21, aber einige Jugendliche brauchen durchaus länger, um die genannten Entwicklungsaufgaben abzuschließen. Zusammenfassend lässt sich festhalten:

⁵⁹Vgl. Hurrelmann, Klaus: Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung, 6. Aufl., Weinheim 1999, S. 23 ff.

⁶⁰Vgl. ebd., S. 33 ff.

„Im Jugendalter werden die Prozesse der Individuation und Identitätsbildung nicht abgeschlossen, aber sie kommen zu einem zumindest vorläufigen ersten Abschluss, der die Basisstruktur für spätere Umformungen und Weiterentwicklungen setzt.“⁶¹

Vor dem Hintergrund dieser Aspekte ist die Frage zu stellen, inwiefern Jugendliche in dem bezeichneten Entwicklungsprozess die kognitiven Fähigkeiten besitzen, um politisch mitzudenken, mitzudiskutieren, mitzugestalten und mit zu entscheiden. Nach der oben zitierten Zusammenfassung basieren die geringen Partizipationsmöglichkeiten von Jugendlichen auf ihrer noch nicht abgeschlossenen Reife und einem noch nicht ausgeformten ganzheitlichen Verständnis für politische Zusammenhänge und Prozesse. Betrachtet man den funktionellen und formalen Aspekt, nämlich die Kompetenzen und die Fähigkeiten eines Jugendlichen, finden sich unterschiedliche Ansätze und Einordnungen. Eine Voraussetzung im Rahmen der kognitiven Entwicklung des Menschen ist die Herausbildung des formal-logischen Denkens: „Das formale logische Denken entwickelt sich im Jugendalter. Das Denken des Jugendlichen ist nicht wie das des Kindes nur auf die Gegenwart gerichtet; er entwickelt Theorien über alles Mögliche und findet sein Vergnügen vor allen an Betrachtungen, die sich nicht nur auf die Gegenwart beziehen. Das Kind denkt im Gegensatz dazu nur im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Tätigkeit und arbeitet keine Theorien aus, auch dann nicht, wenn der Beobachter - die periodische Wiederkehr ähnlicher Reaktionen feststellend - eine bestimmte, spontane Systematisierung seiner Ideen unterscheiden kann.“⁶²

Das formal-logische Denken ist Bedingung für das logische Durchdringen, Reflektieren und Überprüfen von Sachverhalten und damit auch Voraussetzung für die Bewertung, Abstraktion und zukünftige Antizipation von Argumenten. Mit dem Erreichen dieser Kognitionsstufe befinden sich Jugendliche auf dem

⁶¹ Olbricht, I: Alles psychisch? Der Einfluss der Seele auf unsere Gesundheit, München 1990, S. 123.

⁶² Piaget, J.: Psychologie der Intelligenz, 3. Aufl., Freiburg 1992, S. 167.

höchsten Denk-Niveau. Einzuschränken ist aus heutiger Perspektive, dass ein Erreichen dieser Ebene weder bei Jugendlichen noch bei Erwachsenen garantiert ist, da sie deutlich mit dem Bildungsstand korreliert und dass die Kompetenz zum formal-logischen Denken sich nicht auf jeden Bereich erstrecken muss: „Wer formal-logisches Denken in der Mathematik erreicht hat, muss es nicht im politischen und sozialen Bereich einsetzen. Es ist sogar zu fragen, ob das formal-logische Denken in gesellschaftlich-politischen Bereichen überhaupt im Vordergrund steht und ob logisch stimmige Entscheidungen und politisches Handeln logischen Gesetzen folgt, so wäre beim Jugendlichen die Voraussetzung für diese Kompetenz gegeben, ja man kann sagen, dass sie in diesem Alter bereits ihren Höhepunkt erreicht hat.“⁶³

Die Ergebnisse von Piaget⁶⁴ und die neueren Ausführungen⁶⁵ zeigen, dass sich bei Kindern im Alter von elf bis zwölf Jahren die Fähigkeit herauskristallisiert, selbstständig nach eigenen Regeln zu entscheiden und die Folgen dieser Entscheidungen logisch abzuwägen. Hiermit ist nicht eine reife Persönlichkeit gemeint, sondern die „Reife der Urteilsfähigkeit“⁶⁶, die im Hinblick auf das formal-logische Denken für eine Verstärkung des Mitspracherechts für Jugendliche bereits in der Präadoleszenzphase sprechen würde.

Politisches Denken ist auch eine Form des komplexen Denkens, bei dem eine große Anzahl an Aspekten zur Urteilsfindung herangezogen wird. In Hinblick

⁶³ Oerter, R.: Können Jugendliche politisch mitentscheiden? In: Palentien, C./Hurrelmann, K.: Jugend und Politik. Ein Handbuch für Forschung, Lehre und Praxis, Neuwied 1998, S. 34.

⁶⁴ Piaget berücksichtigt im Rahmen seiner Untersuchung auch die *sensomotorische* Entwicklungsphase (Geburt bis ca. zweites Lebensjahr) und die Phase der *konkreten* Operationen (zwei bis ca. 11,5 Lebensjahre). Vgl. Piaget, J.: Psychologie der Intelligenz, 3. Aufl., Freiburg 1992.

⁶⁵ Vgl. Oerter, R.: Können Jugendliche politisch mitentscheiden? In: Palentien, C./Hurrelmann, K.: Jugend und Politik. Ein Handbuch für Forschung, Lehre und Praxis. 2. Auflage. Neuwied 1998, S. 32-46.

⁶⁶ Hurrelmann, K.: Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung, 6. Aufl., Weinheim 1999, S. 17. Hier wird in Hinblick auf die Ergebnisse der entwicklungspsychologischen Forschung diskutiert, ob Jugendliche bereits im Alter von zwölf Jahren mit einem aktiven Wahlrecht ausgestattet werden sollen.

auf die politische Mitentscheidung ist komplexes Denken die Voraussetzung, unterschiedliche politische Positionen und diametrale Prozesse differenziert erfassen, einordnen und verschmelzen zu können. Untersuchungen⁶⁷ mit Studenten zeigen, dass Jugendliche weniger in der Lage sind, komplexe Probleme zu lösen, als Erwachsene, wobei die Qualität der Problemlösung auch bei Erwachsenen variiert und mit dem Bildungsniveau korreliert.⁶⁸ Eine Form des komplexen Denkens ist das dialektische Denken. Dieses besteht im Wesentlichen darin, logisch nicht lösbare Widersprüche und Unterschiede aufzuheben, indem sie auf einer höheren Ebene durch Reflektion und Problembewusstsein überwunden werden.⁶⁹ Im *Hegelschen* Sinne wird durch diesen Prozess eine Gesetzmäßigkeit der Selbstentfaltung etabliert, d. h. Identität bildet sich durch die Wechselbeziehung zu anderen Menschen. Untersuchungen im Rahmen des Forschungsbereiches des dialektischen Denkens zeigen, dass diese Prozesse der Wahrnehmung, des Erkennens und des Auflörens von Widersprüchen erst im zunehmenden Alter ablaufen und im Jugendalter kaum zu beobachten sind. Erst ab etwa 18 Jahren sind immer häufiger Formen des dialektischen Denkens vorzufinden.⁷⁰

Gestützt werden diese Erkenntnisse durch Ergebnisse der Intelligenzforschung. Intelligenz kann grob gegliedert werden in die fluide Intelligenz (Mechanics) und in die kristalline Intelligenz (Pragmatics).⁷¹ Unter Berücksichtigung der

⁶⁷ Vgl. Dörner, D./Kreuzig, H.W./Reither, F./Stäudel, T.: Lohausen, Bern 1983.

⁶⁸ Vgl. Oerter, R.: Können Jugendliche politisch mitentscheiden? In: Palentien, C./Hurrelmann, K.: Jugend und Politik. Ein Handbuch für Forschung, Lehre und Praxis. 2. Auflage. Neuwied 1998, S. 39.

⁶⁹ Vgl. Burdewick, I: Jugend-Politik-Anerkennung, eine qualitative empirische Studie zur politischen Partizipation 11- bis 18-Jähriger, Bonn 2003, S. 41.

⁷⁰ Vgl. Oerter, R./Hofmann, W.: Dialektisches Denken bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Beitrag zum Symposium: Jenseits des formal-logischen Denkens: Komplementäres und dialektisches Denken. 8. Tagung Entwicklungspsychologie, Bern 1987.

⁷¹ Vgl. Horn, J.L./Donaldson G.: Cognitive development in adulthood. In: Brim, O.G./Kagan J. (Hrsg.): Constancy and change in human development, Cambridge 1980; Baltes, P.B.: The aging mind: Potential and limits. *The Gerontologist* 33/1993, S. 580-594; Oerter, R.: Können Jugendliche politisch mitentscheiden? In: Palentien, C./Hurrelmann, K.: Jugend und Politik. Ein Handbuch für Forschung, Lehre und Praxis. 2. Aufl., Neuwied 1998, S.32-46.

Verarbeitungsgeschwindigkeit umfasst die fluide Intelligenz die kultur- und wissensunabhängige Leistung, während die kristalline Intelligenz das im Laufe des Lebens gewonnene kulturelle Wissen bezeichnet. Die fluide Intelligenz entwickelt sich bereits im frühen Alter auf das höchste Niveau und geht erst im mittleren bis höheren Alter zurück. Die kristalline Intelligenz entwickelt sich später, bleibt aber als sich immer vergrößernder kultureller Erfahrungsschatz bis in das hohe Alter erhalten. Die fluide Intelligenz ist bei Jugendlichen voll entfaltet und befindet sich auf dem höchsten Niveau, die kristalline Intelligenz befindet sich noch in der Aufbauphase. Voraussetzung für eine politische Beurteilung ist das oben beschriebene komplexe Denken, welches die kristalline Intelligenz bedingt: „... Jugendliche können in allen Bereichen, wo es um die Begriffsbildung, schlussfolgerndes Denken, Gedächtnisleistung und vor allem um die Informationsverarbeitungsgeschwindigkeit geht, sicherlich mit Erwachsenen mithalten, nicht aber im Bereich des Wissens, der Analogiebildung aus diesem Wissen für aktuelle Fragestellungen und der Handhabung von Widersprüchen.“⁷²

Dies bedeutet für den Bereich der kognitiven Entwicklung, dass die Funktionalität von Denkleistungen und Gedächtnisvorgängen bei Jugendlichen bereits voll entwickelt sind. Herausforderungen und Probleme, die im Bereich der überschaubaren Lebenswelt der Jugendlichen liegen, können von ihnen auf dem gleichen differenzierten Niveau wie bei Erwachsenen gelöst und entschieden werden. Die empirischen Untersuchungen zeigen aber auch, dass Jugendliche den Erwachsenen im Bereich des dialektischen und komplexen Denkens unterlegen sind. Hinzu kommt, dass ein umfangreiches Wissen und eine entsprechende Urteilsfähigkeit, vor deren Hintergrund Entscheidungen im sozialen und politischen Bereich getroffen werden, noch nicht voll ausgeprägt sind. Diese Diskrepanz bietet aber andererseits die Möglichkeit, bestimmte Sachverhalte und Probleme unvoreingenommen, d. h. ohne bereits vorhandene Denkmuster und Sachzwänge zu analysieren und auf unkonventionelle Weise zu lösen. Jugendliche stellen damit ein innovatives und kreatives Potenzial dar, so

⁷² Ebd. S. 37.

dass bereits an dieser Stelle darauf hingewiesen werden kann, dass Parteien sie in ihren politischen Prozessen in jedem Fall berücksichtigen sollten.

2.3. Demographische Aspekte

Die Altersstruktur der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland hat sich im letzten Jahrhundert gewandelt. Die Bevölkerungspyramide, in der die junge Generation eine zahlenmäßig breite Basis darstellt und die mit höherem Alter nach oben spitz zusammenläuft, ist kaum noch erkennbar.

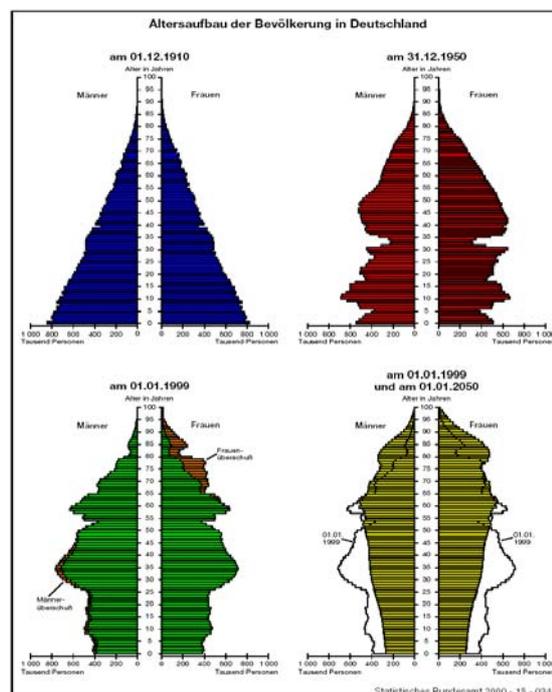


Abb. 3: Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland ⁷³

Die Pyramide, die die Altersstruktur der Bundesrepublik Deutschland noch Anfang des Jahrhunderts darstellt, hat sich in den vergangenen Dekaden und mit

⁷³ Quelle: Statistisches Bundesamt: www.destatis.de/basis/d/bevoe/bevoegra2.php.

Blick auf die kommenden Jahrzehnte mit der Spitze nach unten entwickelt. Die obige Abbildung zeigt zum einen die klassische Alterspyramide im Jahr 1910. Sie verdeutlicht eine breite und starke Basis der jungen Menschen, die nach oben in Richtung der älteren Jahrgänge spitz und schmal zusammenläuft. Im Verlaufe des Jahrhunderts hat sich dieses Bild verändert. Die Einschnitte in den Jahren 1950 und 1999 in der mittleren Altersstufe sind im Wesentlichen auf die menschlichen Verluste aus beiden Weltkriegen zurückzuführen.

Gegenwärtig und mit Blick in die Zukunft gilt: Die breite Basis der Kinder und Jugendlichen geht allmählich zurück. Gründe hierfür sind die stetig abnehmenden Geburtenzahlen und die damit einhergehende Reduzierung der jungen Jahrgänge. Während die Älteren der Gesellschaft aufgrund entwickelter medizinischer Möglichkeiten und verbesserter Lebensumstände und somit gesteigener Lebenserwartungen immer länger leben, ist die schmäler werdende Basis auf die veränderten Motive und Bedingungen für den Kinderwunsch zurückzuführen. Im Unterschied zum letzten Jahrhundert, wo Kinder im wesentlichen die existenzielle Versorgung der Eltern im Alter und damit auch möglichen Wohlstand darstellten, sind Kinder heute mit erheblichen finanziellen und sozialen Einschränkungen und Bedingungen verbunden. Die Motivation, Kinder zu bekommen, fällt im Unterschied zu früher in den Bereich der emotionalen und bewussten Lebensbereiche und ist zur begründungspflichtigen sozialen Entscheidung geworden. Somit ist es zu erklären, dass die Anzahl der Familienhaushalte immer kleiner wird und der Durchschnitt der Kinder pro Haushalt weiter sinkt.

Der Anteil der Kinder und Jugendlichen in der ausländischen Bevölkerung ist mit 14,6% deutlich höher als in der deutschen Bevölkerung. Bei einem Anteil von ca. 8% an der Gesamtbevölkerung wird der bundesdeutsche Altersdurchschnitt durch die ausländische Bevölkerung leicht gesenkt.⁷⁴ Demographische Untersuchungen zeigen aber, dass sich die Kinderzahl der Ausländer von Generation zu Generation immer mehr der deutschen

⁷⁴ Zahlen basieren auf Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Bevölkerung angleicht.⁷⁵ Die Abbildung über den Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland macht deutlich, dass für das Jahr 2050 eine Umschichtung der Bevölkerung zu erwarten ist. Die Zahl der über 60-Jährigen wird größer sein als die Zahl der Kinder und Jugendlichen und sie wird auch über der Zahl der 20- bis 40-Jährigen liegen, also der Menschen, die für das Gründen einer Familie in Betracht kommen.

Konsequenzen aus der Veränderung der Bevölkerungsstruktur ergeben sich für die sozialen und gesellschaftspolitischen Handlungsfelder. In allen wesentlichen Strukturen basieren die sozialen Sicherungssysteme der Kranken, Arbeitslosen- und Rentenversicherung auf dem Grundmuster, das Ende des 19. Jahrhunderts entworfen worden ist und damit in Abhängigkeit zum traditionellen Muster der Bevölkerungspyramide steht. Die altersmäßige Verschiebung der Gesellschaft stellt nicht nur die finanzielle Ressourcenverteilung existenziell in Frage, sondern beeinflusst auch die sozialen und politischen Themen. Allein aufgrund der zahlenmäßigen Dominanz der älteren Generation wird es für junge Menschen problematischer, politische und gesellschaftliche Aufmerksamkeit zu erhalten. Dies gilt nicht nur für die Diskussion jugendrelevanter Themen, sondern auch für die materielle Ausgestaltung dieser Bereiche. Investitionen für Kindergärten, Schulen, Spielplätze, Universitäten, Kindergeld müssen im Prozess der Verteilung mit der älteren Generation ausgehandelt werden. Die ältere Generation kann hier durch ihr Mehr an Stimmen auch im Sinne der Wahlberechtigung ein größeres Gewicht in die Waagschale werfen.

Die demographischen Prozesse wirken nicht allein auf die Einteilung des Lebens in verschiedene Lebensphasen und Lebensabschnitte ein. Auch die Bedingungen der kulturellen, sozialen und ökonomischen Umwelt wirken sich auf den Prozess

⁷⁵ Vgl. Hurrelmann, K.: Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung, 6. Aufl., Weinheim 1999, S. 19.

aus.⁷⁶ Die demographischen Faktoren sind in sofern von Bedeutung, als dass es durch die Verlängerung des Lebensalters zu neuen Lebensspannen kommt, die die bisherigen ablösen, erweitern oder ergänzen. Ferner ist eine differenzierte Unterteilung oder Ausdifferenzierung der einzelnen Lebensphasen die Konsequenz. Der Lebenslauf eines Menschen lässt sich in immer kleinere Abschnitte und Segmente einteilen. Diese Zergliederung kommt in der nachfolgenden Übersicht zum Ausdruck:

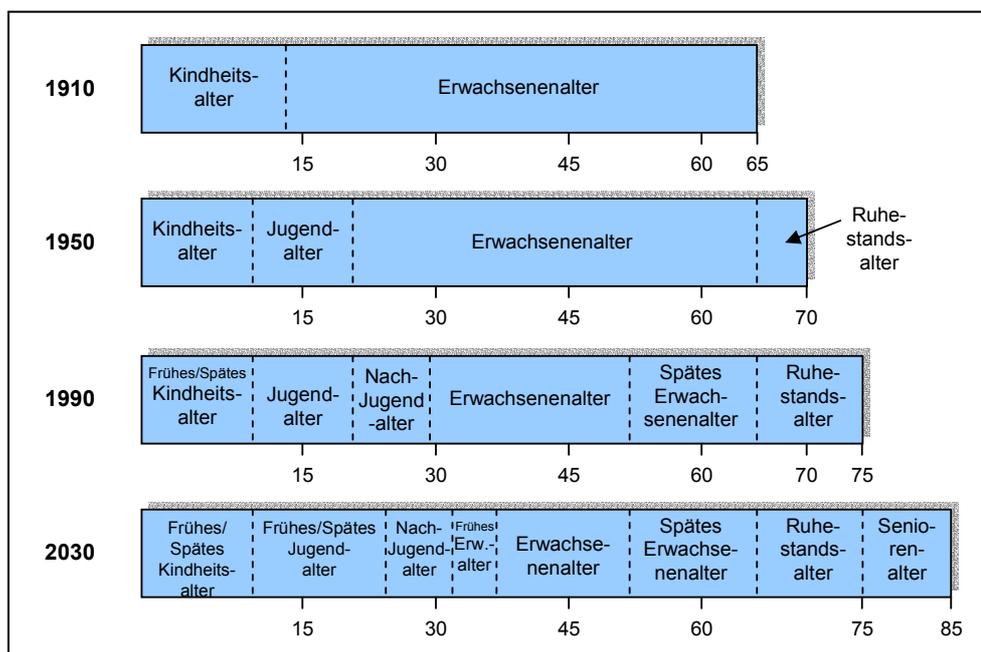


Abb. 4: Lebensphasen im historischen Vergleich⁷⁷

Die Übersicht charakterisiert die veränderte Einteilung des Lebenslaufs eines Individuums. Es haben sich im Laufe des letzten Jahrhunderts immer neue zeitliche Segmentierungen und Abschnitte ergeben und diese Entwicklung scheint sich weiter fortzusetzen. Die Vielzahl an Übergängen zwischen den einzelnen Lebensphasen hat Konsequenzen für die Entwicklung der

⁷⁶ Vgl. Kohli, M.: Lebenslauftheoretische Ansätze in der Sozialisationsforschung. In: Hurrelmann, K./Ulich, D. (Hrsg.): Handbuch der Sozialisationsforschung, Weinheim 1986, S. 310.

⁷⁷ Quelle: Hurrelmann, K.: Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung, 6. Aufl., Weinheim 1999, S. 23.

Persönlichkeit und der Identitätsentwicklung.⁷⁸ Einerseits entsteht durch die neuen Lebensabschnitte eine Vielfalt an neuen Gestaltungs- und Korrekturmöglichkeiten, um den Lebensentwurf zu formen. Andererseits verliert die einzelne Lebensphase ihren prägenden und einzigartigen Charakter. Er wird in der Gesamtheit von Phasen und Übergängen nivelliert und hat den Verlust der Orientierung an erfahrbaren sozialen und symbolischen Ritualen zur Konsequenz.

Diese demographischen Entwicklungen betreffen auch das Verhältnis von Jugendlichen zur Politik und den Parteien. Die Lebenssituation der Jugend kann nicht wirklich eingeschätzt werden, weil es keine einheitliche Jugend mehr gibt. Daraus resultiert die Frage, ob und wenn ja, welche gemeinsamen Ziele erkennbar sind, wo die Jugend „abgeholt“ werden muss und wie sie angesprochen werden kann. Die Parteien stehen vor der Herausforderung, aufgrund angestrebter Wahlerfolge die Interessen der älteren Generation vertreten zu müssen, da diese momentan und auch zukünftig das größte Stimmenpotenzial darstellen. Gleichzeitig sollen junge Menschen angesprochen werden, um durch eine erfolgreiche Nachwuchsrekrutierung die Zukunft der Partei zu sichern und der Vergreisung der Mitgliederstruktur frühzeitig entgegenzuwirken. Somit ergibt sich für die Parteien ein wichtiges Spannungs- und Betätigungsfeld, das kontinuierlich und systematisch zu bearbeiten ist, wenn nachhaltig der Anspruch verfolgt werden soll, Jugendliche für eine politische Beteiligung zu interessieren und zu gewinnen.

⁷⁸Vgl. ebd. S. 24.

2.4. Zusammenfassung

Im Mittelpunkt des zweiten Kapitels haben wesentliche Aspekte zur Charakterisierung der Lebensphase Jugend gestanden. Um Jugendliche im Handlungsfeld von politischer Beteiligung betrachten zu können, ist zunächst deutlich gemacht worden, was in der vorliegenden Arbeit unter dem Begriff der Jugend verstanden wird. Festzuhalten ist, dass die Jugendphase ein eigener Abschnitt in Abgrenzung zur Kindheit und zum Erwachsenenalter bildet. Gleichzeitig zeigt sich, dass ein Durchlaufen dieses Abschnitts nicht einem klaren, einheitlichen Muster folgt, sondern die Einteilung dieser Lebensphase durch vielerlei Aspekte gekennzeichnet ist und zahlreichen Einflüssen unterliegt. Dies hat Konsequenzen für das Agieren von Jugendlichen in persönlichen und gesellschaftlichen Lebensbereichen und nicht zuletzt für politische Einstellungen und Orientierungen. Die Schwierigkeit einer altersmäßigen Abgrenzung der Jugendphase ist anhand der Charakterisierung einschlägiger Jugendstudien deutlich geworden, in denen die Definitionen variieren.

Die Behandlung entwicklungspsychologischer Gesichtspunkte hat gezeigt, dass sich in der Jugendphase sukzessive Persönlichkeitsmerkmale bezogen auf die Identität und die Übernahme von Entwicklungsaufgaben herauskristallisieren. Dabei sind Jugendliche im Bereich des formal-logischen Denkens auf dem Höhepunkt und in der Lage, Denkleistungen im eigenen Lebensbereich voll zu entwickeln. Wenngleich den Jugendlichen eine gewisse Lebenserfahrung fehlt und sie im Bereich des komplexen Denkens gegenüber den Erwachsenen zurückliegen, bilden sie dennoch für die Politik eine wichtige Zielgruppe: Aufgrund ihres entwicklungspsychologischen Stands sind Jugendliche in der Lage, unvoreingenommen und kreativ an politische Sachverhalte heranzugehen. Sie sind damit im positiven Sinne prädestiniert, die konventionelle Politik zu hinterfragen und damit Beiträge zur Weiterentwicklung zu liefern.

Die Darstellung der demographischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland konnte verdeutlichen, dass der Anteil der jungen Generation an der

Gesamtbevölkerung immer stärker zurückgeht. Für den politischen Rahmen bedeutet dies, dass junge Menschen ihre politischen Interessen gegenüber einer Überzahl von Erwachsenen artikulieren müssen. Dabei sind sie aber aufgrund der wahlrechtlichen Bestimmungen nicht in der Lage, diese effektiv genug zum Ausdruck zu bringen und einzufordern. Gleichzeitig agieren die verantwortlichen politischen Akteure in einem Spannungsfeld. Einerseits soll die Integration Jugendlicher mit ihren Themen und Bedürfnissen in die Politik gefördert werden, andererseits umfassen die älteren Bevölkerungsteile die weitaus größeren Stimmenpotenziale.

3. Politische Sozialisation

Die Beziehung zwischen Jugendlichen und der Politik muss auch vor dem Hintergrund der Pluralisierung der Lebensverhältnisse und den damit einhergehenden soziologischen Aspekten dieses Verhältnisses betrachtet werden. Der äußere sozialstrukturelle Rahmen, in dem die Beziehung zwischen Jugend und Politik stattfindet, hat sich vor dem Hintergrund individualistischer und pluralistischer Ausbreitung verändert und somit haben sich auch die Lebensverhältnisse von Jugendlichen gewandelt.⁷⁹ Diese haben großen Einfluss auf die Bildung von politischen Orientierungen und das politische Partizipationsverhalten.⁸⁰ „Ziel einer demokratischen Gesellschaft muss es sein, Kinder und Jugendliche an allen wesentlichen Entscheidungen in ihrer Lebenswelt direkt zu beteiligen. Erleben sie in Familie, Kindergarten und Schule, aber auch in Nachbarschaft und Gemeinde, dass ihre Stimme zählt und ihre Meinung gehört wird, dann entwickelt sich hierüber eine Beteiligungskultur, die für eine demokratisch verfasste Gesellschaft als Grundvoraussetzung bezeichnet werden kann.“⁸¹

Aus ökonomischer Perspektive betrachtet agieren Jugendliche bereits ähnlich selbstständig wie Erwachsene. Jugendliche werden im Bereich des Marktes als Konsumenten und Käufer grundsätzlich wie Erwachsene behandelt und diese Strategie wird von der Werbung unterstützt.⁸² Die Teilhabe von Jugendlichen am

⁷⁹ Vgl. Grunert, C./Krüger, H.-H.: Zum Wandel von Jugendbiographien im 20. Jahrhundert. In: Sander, U./Vollbrecht, R. (Hrsg.): Jugend im 20. Jahrhundert, Neuwied 2000, S. 192-210 und Beck, U.: Kinder der Freiheit. Wider das Lamento über den Werteverfall. In: Ders. (Hrsg.): Kinder der Freiheit, Frankfurt 1997, S. 9-33.

⁸⁰ Vgl. Achatz, J./Gaiser, W./Gille, M./Kleinert, C./Krüger, W./Rijke, J. de: Heranwachsen im vereinigten Deutschland: Lebensverhältnisse und private Lebensformen. In: Gille, M./Krüger, W. (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29-Jährigen im vereinigten Deutschland, Opladen 2000, S. 37.

⁸¹ Palentien, C./Hurrelmann, K.: Veränderte Jugend - veränderte Formen der Beteiligung. In: Palentien, C./Hurrelmann, K. (Hrsg.): Jugend und Politik. Ein Handbuch für Forschung, Lehre und Praxis, S.20.

⁸² Hengst, H.: Kinder an die Macht! Der Rückzug des Marktes aus dem Erziehungsprojekt der Moderne. In: Zeiher, H./Büchner, P./Zinneker, J. (Hrsg.): Kinder

gesellschaftlichen Konsumleben wird durch das Verfügen über materielle und finanzielle Ressourcen bestimmt. Materielle Wünsche rücken in den Mittelpunkt des Interesses und werden auch mit Erwartungen an die Politik verknüpft.⁸³

Neben der schulischen Ausdifferenzierung und einer heutzutage früher einsetzenden ökonomischen Handlungsfähigkeit haben sich auch Geschlechtsreife und das Eingehen von Paarbeziehungen altersmäßig nach vorne verlagert. Sie wird bei Jungen im Alter von zwölf bis dreizehn Jahren und bei Mädchen etwa ein Jahr früher erreicht.⁸⁴ Diese Verschiebung hatte in der Vergangenheit eine Diskussion über die Auflockerung des Jugendschutzgesetzes zur Folge.⁸⁵

Zusammengefasst ist somit ein Zuwachs von Selbstständigkeit und Eigenverantwortlichkeit erkennbar. Entsprechend vergrößern sich die individuellen Möglichkeiten der Entfaltung und Verwirklichung. Gleichzeitig werden Jugendliche von gesellschaftlichen Entwicklungen ebenfalls stärker betroffen als früher. Jugendliche leben nicht mehr in einem Schonraum, sondern werden ebenfalls mit Krisen konfrontiert. So erreicht z. B. auch die Krise des Arbeitsmarktes die Jugend. Die Ergebnisse der Shell-Studie zeigen, dass bereits 1997 jeder zweite Befragte Angst hatte, keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu bekommen oder einen Arbeitsplatz wieder zu verlieren.⁸⁶

Neben der veränderten Sozialstruktur steht das soziologische Thema der politischen Sozialisation von Kindern und Jugendlichen im Zentrum des öffentlichen Interesses. Ausgelöst wurde dieses Interesse zum einen durch die

als Außenseiter? Umbrüche in der gesellschaftlichen Wahrnehmung von Kindern und Kindheit. Weinheim 1996, S. 117-133.

⁸³ Vgl. Seiring, K.: Jugendliche im Transformationsprozess. Vorbedingungen, Probleme und Chancen zur Integration ostdeutscher Jugendlicher im vereinten Deutschland. Berlin 1994, S. 20

⁸⁴ Vgl. ebd.

⁸⁵ Vgl. Der Spiegel, 2000/18, S. 45.

⁸⁶ Vgl. Münchmeier, R.: Die Lebenslage junger Menschen. In: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.): Jugend '97. Zukunftsperspektiven, Gesellschaftliches Engagement, Politische Orientierungen. Opladen 1997, S. 280.

deutsche Wiedervereinigung und die damit verbundenen Herausforderungen beim Hineinwachsen der jungen Generation in eine neue politische Kultur. Zum anderen tritt das Thema der politischen Sozialisation durch abweichende politische Verhaltensweisen von Jugendlichen in den Fokus. In diesem Zusammenhang stehen zumeist rechtsextreme und gewalttätige Reaktionen Jugendlicher im Mittelpunkt der Beobachtung.⁸⁷

Das vorliegende Kapitel umfasst die grundsätzliche Ausrichtung der politischen Sozialisationsforschung, die das Hineinwachsen der jungen Generation in die demokratische Kultur und die Übernahme der Rolle des politischen Bürgers im Blickfeld hat und wesentliche Ergebnisse der Entwicklungspsychologie (Kap. 2.2) berücksichtigt. Der Erfolg dieses Prozesses fördert die Stabilität und die Lebendigkeit einer Demokratie und ihrer unterstützenden Institutionen wie den politischen Parteien.

Die politische Sozialisation ist heute „ein zentrales Medium der Personenwerdung im Sinne der Identitätsbildung geworden.“⁸⁸ Politische Einstellungen und Handlungsbereitschaft werden von Jugendlichen in produktiver Auseinandersetzung mit ihrer sozialen und materiellen Umwelt herausgebildet. Im Sozialisationsprozess geschieht dies mit Hilfe von Vermittlern oder auch Agenten wie Familie, Schule, Gleichaltrigen (Peergroups) und Medien.⁸⁹

Die folgenden Teilkapitel gehen nach der Klärung grundlegender Zusammenhänge auf verschiedene Facetten politischer Sozialisation im Jugendalter ein. Dabei geht es zum einen um die Betrachtungsweise der

⁸⁷Vgl. Hopf, C./Hopf, W: Familie, Persönlichkeit, Politik. Eine Einführung in die politische Sozialisation, Weinheim 1997.

⁸⁸ Fend, H.: Identitätsbildung in der Adoleszenz. Lebensentwürfe, Selbstfindung und Hineinwachsen in die Kultur. Entwicklungspsychologie der Adoleszenz in der Moderne, Band II, Stuttgart 1991, S. 242.

⁸⁹ Vgl. Hurrelmann, K./Ulich D. (Hrsg.): Handbuch der Sozialisationsforschung, 5. Aufl., Weinheim 1998.

Vergesellschaftung des Einzelnen, welche sich in der Stabilität und dem Erhalt des politischen Systems durch Unterstützung und Übernahme der Rolle des politisch mündigen Bürgers ausdrückt. Zum anderen geht es aber auch um die Bedeutung der politischen Sozialisation für die Persönlichkeitsentwicklung im Jugendalter, die als Entwicklungsaufgabe einer politischen Identitätsbildung zum Ausdruck kommt. Ferner wird ein Abriss der Sozialisationstheorien aufgezeigt und daran anschließend unterschiedliche Phasen der Sozialisation und wesentliche Sozialisationsinstanzen beschrieben.

3.1. Gegenstandsbereich

Der Begriff der politischen Sozialisation bezeichnet die Lernprozesse, in denen sich Individuen in Auseinandersetzung mit ihrer Umwelt jene Charaktereigenschaften, Kompetenzen, Einstellungen und Kenntnisse aneignen, die politisches Bewusstsein und politisches Verhalten strukturieren.⁹⁰ Durch die erworbenen Eigenschaften wird das Individuum Mitglied einer Gesellschaft. Die wissenschaftliche Literatur⁹¹ weist dem Individuum einerseits die Aneignung bestimmter Kompetenzen und Werteinstellungen und andererseits den Anspruch einer aktiven Rolle, in der es selber agieren kann, zu. Dadurch ist das Individuum an der Gestaltung der politischen Umwelt beteiligt: „... a set of attitudes, cognitions, value standards and feelings towards the political system, its various roles and role incumbents.“⁹²

⁹⁰Vgl. zusammenfassend Greiffenhagen, S.: Politische Sozialisation. In: Greiffenhagen, M./Greiffenhagen, S. (Hrsg.): Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2002, S. 408.

⁹¹ Vgl. Greenstein, F.: Political Socialisation. In: Sills, D. (Hrsg.): International Encyclopaedia of the Social Sciences, Band 14, New York 1968; Hess, R./Tourney, J.: The Development of Political Attitudes in Children, 2. Aufl., Chicago 1970.

⁹² Almond, G./Verba, S.: The Civic Culture Revisited. An Analytic Study, Princeton 1980, S. 9.

Auch der allgemeine Begriff der Sozialisation wird als die „Entstehung der Persönlichkeit in wechselseitiger Abhängigkeit von der gesellschaftlich vermittelten sozialen und dinglich-materiellen Umwelt“ definiert.⁹³ Sozialisation bezeichnet den Prozess, in dessen Verlauf sich „der mit einer biologischen Ausstattung versehene menschliche Organismus“⁹⁴ zu einer sozial und politisch handlungsfähigen Persönlichkeit bildet, die sich „über den Lebenslauf hinweg in Auseinandersetzung mit den Lebensbedingungen weiterentwickelt.“⁹⁵ Der Begriff des Handelns impliziert dabei das bewusste, geplante und zielorientierte Handeln eines Individuums.

Somit wird die Analyseeinheit Gesellschaft als äußere Realität (Sozialstruktur, Wertstruktur, soziale und materielle Umwelt) mit der Analyseeinheit des menschlichen Individuums als innere Realität (psychische Prozessstrukturen, physische Merkmale) verbunden. Der Sozialisationsprozess führt persönliche Individuation und soziale Integration zusammen.⁹⁶ Dabei sind Prozesse, Individuation und Integration ineinander verschränkt.⁹⁷ Für die Analyse der distalen Bereiche wie Institutionen, Gesellschaft und Organisationen werden soziologische Theorien wie Systemtheorie⁹⁸, Handlungstheorie⁹⁹ und Gesellschaftstheorie¹⁰⁰ angewendet. Die proximalen Bereiche des individuellen

⁹³ Geulen, D./Hurrelmann, K.: Zur Programmatik einer umfassenden Sozialisationstheorie. In: Hurrelmann, K./Ulich, D. (Hrsg.): Handbuch der Sozialisationsforschung, 5. Aufl., Weinheim 1998, S. 53.

⁹⁴ Ebd. S. 51.

⁹⁵ Ebd.

⁹⁶ Vgl. Hurrelmann, K.: Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung, 6. Aufl., Weinheim 1999, S. 54.

⁹⁷ Vgl. ebd..

⁹⁸ Vgl. Parsons, T.: The social system, New York 1951; Parsons, T./Bales, F./Shils, E.A.: Working papers in the theory of action, New York 1951; Parsons, T./Platt, G.M.: The American University, Cambridge 1973; Parsons, T.: Sozialstruktur und Persönlichkeit, Frankfurt 1979; Schulze, H.-J./Kürzel, J.: Funktionalistische und systemtheoretische Ansätze in der Sozialisationsforschung. In: Hurrelmann, K./Ulich, D. (Hrsg.): Handbuch der Sozialisationsforschung, 5. Aufl., Weinheim 1998, S. 121-137.

⁹⁹ Vgl. Lenk, H. (Hrsg.): Handlungstheorien interdisziplinär. Band 3, zweiter Halbband, München 1984.

¹⁰⁰ Vgl. Erickson, E.H.: Identität und Lebenszyklus, Frankfurt 1966; Habermass, J.: Theorie des kommunikativen Handelns, 2. Band, Frankfurt 1981; Ottomeier, K:

Umfelds werden durch psychologische Theorien wie die Lerntheorie¹⁰¹, die Psychoanalyse¹⁰² und die Entwicklungstheorie¹⁰³ erklärt.¹⁰⁴

An dieser Stelle wird insbesondere der handlungstheoretische Ansatz¹⁰⁵ genauer betrachtet, da er für den Verlauf und die Ergebnisse der Arbeit von Bedeutung

Gesellschaftstheorien in der Sozialforschung. In: Hurrelmann, K./Ulich, D.: Handbuch der Sozialisationsforschung, 5. Aufl., Weinheim 1998, S. 153-188.

¹⁰¹ In diesem Zusammenhang ist vor allem das politische Lernen von Bedeutung. Darunter lassen sich verschiedene Prozesse zusammenfassen, die im Prozess der Herausbildung von politischen Orientierungen und Handlungsdispositionen zum Ausdruck kommen: „All political learning, formal and informal, deliberate and unplanned, at every stage of life cycle, including not only explicitly political learning which affects political behaviour, such as the learning of the political relevant social attitudes and the acquisition of politically relevant personality characteristics.“ Vgl. Greenstein, F.: Children and Politics. 6. Aufl., New Haven 1976. In dieser Definition kommen neben den unterschiedlichen Lernprozessen auch verschiedene Bedeutungen im Lebenszyklus zum Tragen. Diese Kenntnis lässt sich in drei Modelle der Entwicklungsperioden im Lebenszyklus übertragen. Vgl. Wasmund, K.: Was wird wie und wann im Prozess der politischen Sozialisation gelernt? In: Claußen B./Wasmund, K. (Hrsg.): Handbuch der politischen Sozialisation, Braunschweig 1982, S. 29ff: Erstens das *Primacy-Modell* (Modell des frühen Lernens, bei dem davon ausgegangen wird, dass die bedeutenden Sozialisationseinflüsse bereits in der Kindheit stattfinden und die Strukturen für das zukünftige politische Lernen bereiten). Zweitens das *Intermediate-Period-Modell*, das sich auf die Jugendphase bezieht und diesem Lebensabschnitt die Herausbildung kognitiver Fähigkeiten und die Entwicklung politischer Identität, politischer Einstellungen und Verhaltensdispositionen zuweist. Drittens das *Recency-Modell*, welches sich auf das späte politische Lernen bezieht. Bei diesem Modell wird davon ausgegangen, dass sich erst im Erwachsenenalter, wenn politische Entscheidungen die Lebenswelt betreffen und in sie eingreifen, politische Einstellungen und Orientierungen festigen.

¹⁰² Vgl. Spitz, R.: Ontogenesis. The proleptic function of emotion. In: Knapp, P.H.: The expression of emotion, New York 1963, S. 123-189; Lorenzer, A.: Über den Gegenstand der Psychoanalyse oder: Sprache und Interaktion, Frankfurt 1973; Mahler, M.S./Pine, F./Bergmann, A.: The psychological birth of the human infant, New York 1975; Mertens, W.: Psychoanalytische Theorien und Forschungsbefunde. In: Hurrelmann, K./Ulich, D. (Hrsg.): Handbuch der Sozialisationsforschung, 5. Aufl., Weinheim 1998, S. 77-99.

¹⁰³ Vgl. Brandstädter, J.: Entwicklungen in Handlungskontexten. Aussichten für die entwicklungspsychologische Theoriebildung und Anwendung. In: Lenk, H. (Hrsg.): Handlungstheorien interdisziplinär. Band 3, zweiter Halbband, München 1984, S. 848-878; Silbereisen, R.K./Eyferth, K./Rudinger, G.: Development as action in context. Problem behavior and normal youth development, New York 1996; Oerter R./Montada, L. (Hrsg.): Entwicklungspsychologie, Ein Lehrbuch, 4. Aufl., München 1998.

¹⁰⁴ Vgl. auch Hurrelmann, K.: Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung, 6. Aufl., Weinheim 1999, S. 44.

¹⁰⁵ Vgl. Krappmann, L.: Soziologische Dimensionen der Identität, Stuttgart 1969; Geulen, D.: Das vergesellschaftete Subjekt. Zur Grundlegung der Sozialisationstheorie, Frankfurt 1977; Habermas, J.: Theorie des kommunikativen Handelns, 2. Band,

ist. In der Persönlichkeitsentwicklung der Jugendphase spielen gerade die Handlungen eine Rolle, die im Rahmen der interaktiven und kommunikativen Aktivitäten zu verzeichnen sind.¹⁰⁶ Dabei ist die Kompetenz zum Handeln notwendige Voraussetzung dafür, dass der Jugendliche seine Umwelt akzeptiert und durch seine ihm entsprechenden Interessen und Einstellungen gestaltet. Dieser Vorstellung liegt ein interaktives Modell zugrunde: „Menschliche Entwicklungen und Entwicklung der sozialen und gegenständlichen Umwelt werden in wechselseitiger Abhängigkeit gesehen. Das menschliche Subjekt befindet sich in einem produktiven Aneignungs- und Auseinandersetzungsprozess mit der Umwelt. Das menschliche Subjekt kann die eigene Situation bewusst reflektieren und in die eigenen Handlungsabläufe einbeziehen. Es wählt bestimmte Mittel zur Erreichung bestimmter Ziel aus, bedenkt die Folgen des entsprechenden Handelns und stellt in Rechnung, dass diese Folgen die kontextuellen Bedingungen für das eigene Handeln verändern. In dieser Modellvorstellung existiert kein organisationsimmanenter Ziel- und Endpunkt der menschlichen Entwicklung. Vielmehr gilt der Erwerb von gesellschaftlich bestimmten sozialen und kulturellen Kompetenzen des Handelns, um in der gesellschaftlichen Umwelt autonom handlungsfähig zu sein und über die eigene Identität zu verfügen, als Kriterium für eine gelingende Entwicklung.“¹⁰⁷ Eine typische Umsetzung dieses Modells findet sich in der handlungstheoretischen Konzeption von G.H. *Mead* und seinen Nachfolgern.

Wollen Politik und Parteien die Jugendlichen vor diesem theoretischen Hintergrund in ihrer Lebenswelt abholen, müssten sie die produktiven Momente der Jugendlichen, die insbesondere das hohe Maß an Lernfähigkeit und Lernbereitschaft ausmachen, berücksichtigen und aufgreifen. Hier geht es weniger um jugendbezogene Aktionen mit medialer Unterstützung oder die

Frankfurt 1981; Hurrelmann, K./Ulich, D.: Handbuch der Sozialisationsforschung, Weinheim 1998.

¹⁰⁶Vgl. Hurrelmann, K.: Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung, 6. Aufl., Weinheim 1999, S. 109.

¹⁰⁷ Hurrelmann, K./Mürmann, M./Wissinger, J.: Persönlichkeitsentwicklung als produktive Realitätsverarbeitung. In: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, 6/1986, H 1, S. 93.

künstliche äußere Verjüngung von Parteien oder ihrer politischen Akteure, sondern vielmehr darum, der Aktion die Reflexion voranzustellen und sich der Konflikte und Herausforderungen der Jugend anzunehmen. Entsprechend der sozialen Situation ist auch eine Innovation des institutionellen Gefüges und der materiellen Bestimmung von Regelungs- und Ordnungsentscheidungen notwendig.¹⁰⁸

Für den erfolgreichen Sozialisationsprozess entscheidend sind der Zeitpunkt der Sozialisation und die Sozialisationsinstanzen. Unterschieden werden die primäre Sozialisation in der Kindheitsphase und die sekundäre Sozialisation im weiteren Biografieverlauf. Bezeichnend für die Sozialisationsinstanzen ist, dass sie parallel existieren und ineinander greifen. Charakteristisch ist, dass die primäre Sozialisation unausweichlich ist, weil jeder zu Beginn seines Lebens auf eine Familie oder andere Betreuungspersonen angewiesen ist und später eine Schule besucht. Parallel zu den primären Instanzen gibt es Instanzen mit pädagogischer Relevanz, die nicht von allen Menschen durchlaufen werden. Hierzu zählen Einrichtungen der außerschulischen Bildung, Bundeswehr, Hochschule etc.¹⁰⁹ Auch allgemeine Lebensumstände sind flankierende Sozialisationsinstanzen. Hierzu zählen insbesondere die ökonomische Situation, das Freizeitverhalten, die Religion oder politische Rahmenbedingungen. Diese Faktoren nehmen nach wissenschaftlichen Aussagen Einfluss auf die politische Orientierung eines Menschen.¹¹⁰ Eine weitere Instanz im Sozialisationsprozess bildet das politische System und die politischen Rahmenbedingungen, mit den zugehörigen Prozessen und dem institutionellen Gefüge. Wenngleich an dieser letzten Instanz nur wenig Menschen beteiligt sind, schafft die Politik für viele Menschen die Grundlagen ihrer Lebensbedingungen und ihrer sozialen Umstände.

¹⁰⁸ Vgl. Sarcinelli, U.: Politikvermittlung in der Demokratie. Zwischen kommunikativer Sozialtechnik und Bildungsauftrag. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 33/1984, S. 3-13.

¹⁰⁹ Vgl. Claußen, B.: Die Politisierung des Menschen und die Instanzen der politischen Sozialisation. Problemfelder gesellschaftlicher Alltagspraxis und sozialwissenschaftlicher Theoriebildung. In: Claußen, B./Geißler, R. (Hrsg.): *Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch*, Opladen 1996, S. 33ff.

¹¹⁰ Vgl. ebd.

Der Prozess der Sozialisation ist nicht mit der Jugendphase abgeschlossen, sondern umfasst den gesamten Lebenslauf und bedeutet somit ein lebenslanges Lernen des Individuums.¹¹¹ Die wichtigsten Instanzen der Sozialisation sind wie bereits oben angesprochen die Familie, die Schule, die Gruppe der Gleichaltrigen (Peergroup) und die Medien. In der Regel nehmen alle Instanzen wechselseitig auf den Entwicklungsprozess des Individuums einen großen Einfluss, wengleich sie zu unterschiedlichen Zeitpunkten relevant sind.

3.2. Rolle des politisch mündigen Bürgers

Mit dem Begriff des politisch mündigen Bürgers verbinden sich Einstellungen, Kognitionen, Emotionen und Wertevorstellungen, die ein Mitglied eines demokratischen Systems auf sich vereinen sollte. Deutlich wird dieses Konzept bei der Betrachtung der Rahmenrichtlinien der deutschen Schulen, die die demokratische Bildung in die Lernziele mit aufnehmen. Dazu zählen:

1. „die Kenntnis der demokratischen Normen und Regeln (insbesondere das Grundgesetz),
2. die Akzeptanz der Grundwerte unserer Verfassung (Menschenwürde, Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Gemeinwohl),
3. das Wissen über die politische Wirklichkeit in der Bundesrepublik,
4. die Entwicklung einer eigenen Analysefähigkeit mit dem Ziel, sich eine eigene politische Meinung bilden zu können und tatsächliche politische Gegebenheiten im Lichte demokratischer Werte bewerten zu können sowie

¹¹¹ Vgl. Hopf, C./Hopf, W.: Familie, Persönlichkeit, Politik. Eine Einführung in die politische Sozialisation, Weinheim 1997, S. 12.

5. die Entwicklung politischer Handlungsfähigkeit im Sinne des Wissens, wie man aktiv für demokratische Werte eintritt und bei Diskrepanzen von Verfassung und Wirklichkeit eine bessere Annäherung herbeigeführt werden kann.“¹¹²

Neben dem politischen Wissen steht auch die Aneignung von Loyalität, Kritikfähigkeit und Handlungsfähigkeit im Vordergrund: „Die Entwicklungsaufgabe, die sich Jugendlichen stellt, liegt darin, zwischen der Loyalität zur politischen Ordnung einerseits und kritischer Aufmerksamkeit andererseits ein eigenes produktives Verhältnis zur Politik zu finden.“¹¹³ Loyalität meint in erster Linie die Akzeptanz der politischen Ordnung. Hierzu zählt nicht nur die generelle Anerkennung des Systems, sondern auch der korrespondierenden Gesetze, Regelungen und Mechanismen. Letztendlich legitimiert sich ein demokratisches System durch die Anerkennung und Unterstützung seiner Mitglieder.¹¹⁴

Trotz der Loyalität zum politischen System soll der mündige Bürger in der Lage sein, konstruktiv auf der Basis geltender Normen und Regeln *Kritik* auszuüben. Die Kritik kann sich auf das Handeln von Regierung, Parteien und politischen Akteuren beziehen. Durch die kritische Analysefähigkeit des Bürgers soll das System weiterentwickelt werden und sich der gesellschaftlichen Realität bewusst werden. Letztendlich ist diese Kritikfähigkeit der Aspekt, der das demokratische System von unfreien Systemen unterscheidet.¹¹⁵ Ein demokratisches System lebt von der Unterstützung seiner Bürger. Um an diesem Prozess zu partizipieren bedarf es der Handlungsfähigkeit seiner Mitglieder. Die Handlungsfähigkeit

¹¹² Aus den Rahmenrichtlinien des Hessischen Kultusministeriums, zitiert nach Fend, H.: Identitätsentwicklung in der Adoleszenz. Lebensentwürfe, Selbstfindung und Weltaneignung in beruflichen, familiären und politisch weltanschaulichen Bereichen, Band I, Bern 1991, S. 136.

¹¹³ Ebd.

¹¹⁴ Vgl. Hoffmann-Lange, U.: Politische Grundorientierungen. In: Hoffmann-Lange, U. (Hrsg.): Jugend und Demokratie in Deutschland. DJI-Jugendsurvey 1, Opladen 1995, S.159-193.

¹¹⁵ Vgl. Fend, H.: Sozialgeschichte des Aufwachsens. Bedingungen des Aufwachsens und Jugendgestalten im 20. Jahrhundert, Frankfurt 1988, S.136.

beinhaltet vor allen Dingen die Kompetenz des Bürgers, sich zu engagieren, sei es bei Wahlen, Mitarbeit in einer Partei, Unterstützung von Demonstrationen, Engagement in Bewegungen oder anderen Aktionen.¹¹⁶

Die theoretische Konzeption des mündigen Bürgers umfasst somit viele Aspekte und Anforderungen, die vor allen Dingen bei jungen Menschen eine große Verarbeitungskapazität voraussetzt. Im nächsten Abschnitt wird der Frage nachgegangen, ob diese Leistung von Jugendlichen überhaupt erbracht werden kann.

3.3. Politische Identitätsentwicklung

Der Prozess der politischen Sozialisation beeinflusst, wie bereits erwähnt, die gesellschaftliche Integration des Einzelnen sowie den Prozess der Herausbildung und Entwicklung der Persönlichkeit und der politischen Identität: „At the same time that we recognize the consequences of political socialization for political systems, we should also recognize that political learning is important for the developing personality of each individual. Thus, for example, while we might be interested in political efficacy partly for its effect on the political system, we might be equally concerned with how a persons feeling of competence in dealing with the political world and society in general helps him meet his own needs and goals in life.“¹¹⁷

Die Wahrnehmung und der Aufbau der eigenen Persönlichkeit stehen im Mittelpunkt der Identitätsentwicklung im Jugendalter. *Erikson* stellt den prozessualen Umgang mit psychosozialen Herausforderungen in den

¹¹⁶ Vgl. Hoffmann-Lange, U. (Hrsg.): Jugend und Demokratie und Deutschland, DJI-Jugendsurvey 1., Opladen 1995, S. 14.

¹¹⁷ Niemi, R.G.: Political Socialisation. In: Knutson, N.L. (Hrsg.): Handbook of Political Psychology, San Francisco 1973, S. 119.

Vordergrund.¹¹⁸ Demnach sind erst nach der Beendigung der Jugendphase die individuellen Voraussetzungen erfüllt, Identität aufzubauen. Kennzeichen dieser Phase ist die Reflexion des „Ich“ im Kontext der Gemeinschaft: „It is an ideological mind and indeed, it is the ideological outlook of a society that speaks most clearly to the adolescent who is eager to be affirmed by his peers, and is ready to be confirmed by rituals, creeds and programs which at the same time define what is evil, uncanny, and inimical. In searching for the social values which guide identity, one therefore confronts the problems of ideology and aristocracy, both in their widest possible sense...“.¹¹⁹ Damit wird auch der bisherige Bezugskreis der Personen betroffen. Der Einfluss der Familie sinkt zugunsten anderer gesellschaftlicher Gruppen und Institutionen. Die neuen Eindrücke des gesellschaftlichen Umfeldes werden vor dem Hintergrund bereits gewonnener kultureller Erfahrung und historischer Kenntnis verarbeitet und zum Zweck der Identitätsbildung internalisiert.

Havighurst stellt in Anlehnung an *Erikson* die Entwicklungsaufgaben in den Mittelpunkt der Identitätsbildung. Entwicklungsaufgaben sind in diesem Zusammenhang gleichzusetzen mit Lernaufgaben, die ein Bindeglied zwischen individuellen Anliegen und sozialen Herausforderungen darstellen.¹²⁰ Jedes Individuum erfährt durch die Bewältigung dieser Entwicklungsaufgaben persönliche und soziale Akzeptanz.¹²¹ Entwicklungsaufgaben sind soziokulturell variabel.

Der Verlauf der Entwicklung politischer Identität kann in drei Dimensionen¹²² gegliedert werden. Zum einen in die *kognitive* Dimension, die sich auf die

¹¹⁸ Vgl. Erikson, E.H.: Jugend in der Krise. Die Psychodynamik im sozialen Wandel, Frankfurt 1981.

¹¹⁹ Erikson, E.H.: Childhood and society, New York 1950, S. 263.

¹²⁰ Vgl. Havighurst, R.J.: Development, Task and Education, New York 1972.

¹²¹ Vgl. Oerter, R./Dreher E.: Jugendalter. In: Oerter, R./Montada, L. (Hrsg.): Entwicklungspsychologie, Ein Lehrbuch, 4. Aufl., München 1998, S. 322.

¹²² Vgl. Fend, H.: Identitätsentwicklung in der Adoleszenz. Lebensentwürfe, Selbstfindung und Weltaneignung in beruflichen, familiären und politisch weltanschaulichen Bereichen, Band I, Bern 1991; Claußen, B.: Die Politisierung des Menschen und die Instanzen der politischen Sozialisation: Problemfelder

Ausbildung von politischen Kenntnissen und politischer Urteilsfähigkeit bezieht¹²³, zum anderen in die *affektiv-motivationale* Perspektive, die einen emotionalen Identifikationsprozess fokussiert¹²⁴, sowie in die *Verhaltensdimension*, die die Etablierung von politischer Handlungskompetenz und Bereitschaft in Hinblick auf die politische Beteiligung skizziert¹²⁵. Einen zusammenfassenden Überblick der wesentlichen Inhalte, die mit den drei Dimensionen verbunden werden, liefert die nachfolgende Übersicht.

Dimensionen Kriterien	kognitiv	affektiv- emotional	verhaltens- bezogen
Inhalt	Fähigkeit des abstrakten Denkens Politisches Wissen (Kenntnisse im Bereich policy, polity, politics)	Emotionaler Bezug zu politischen Sachverhalten Subjektive Bewertung der politischen Prozesse und Kontexte	Verfasste/nicht verfasste Formen der Beteiligung Legales/illegales Partizipationsverhalten
Aneignung	Kenntnisse und Kompetenzen werden im (lebenslangen) Lernprozess der Sozialisation erworben Vermittlung erfolgt über die Sozialisationsinstanzen (insbesondere Schule)	Ein eigener individueller Standpunkt wird im (lebenslangen) Lernprozess der Sozialisation erworben. Vermittlung erfolgt über die Sozialisationsinstanzen (insbesondere Familie, Schule und Peergroups)	Im wesentlichen nach Integration der ersten und zweiten Dimension
Inhalt	Erfolgt bei der gleichzeitigen systematischen Vermittlung von politischem Wissen und politischer Handlungskompetenz/-bereitschaft	Entwicklung eines Bezugs zur Politik auf der Grundlage einer vorherigen emotionalen Auseinandersetzung	Bedingt durch vorhandene Gelegenheitsstrukturen/ Rahmenbedingungen ¹²⁷ Vorhandene Beteiligungsmöglichkeiten werden akzeptiert

Abb. 5: Dimensionen politischer Identitätsentwicklung

Politische Identität als Resultat zeigt sich in einer kritischen politischen Stellungnahme und dem Vertreten von Standpunkten vor dem Hintergrund des

gesellschaftlicher Alltagspraxis und sozialwissenschaftlicher Theoriebildung. In: Claußen, B./Geißler, R. (Hrsg.): Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch, Opladen 1996.

¹²³ Vgl. Torney, J.V./Oppenheim, A.N./Farnen, R.F.: Civic Education in Ten Countries. An Empirical Study, New York 1975.

¹²⁴ Vgl. Fend, H.: Identitätsentwicklung in der Adoleszenz. Lebensentwürfe, Selbstfindung und Weltaneignung in beruflichen, familiären und politisch weltanschaulichen Bereichen, Band I, Bern 1991.

¹²⁵ Vgl. Schneider, H.: Politische Partizipation - zwischen Krise und Wandel. In: Hoffmann-Lange, U. (Hrsg.): Jugend und Demokratie in Deutschland, DJJ-Jugendsurvey 1, Opladen 1995, S. 275-335.

eigenen persönlichen und sozialen Lebens. Leitend sind hierbei sind die im Sozialisationsprozess gewonnenen Überzeugungen in Bezug auf spezifische soziale Bereiche wie Religion, Familien- und Geschlechterrolle oder Beruf. Im Prozess der Identitätsbildung werden diese Bereiche unterschiedlich durchdrungen und lassen sich anhand eines Strukturmodells wie folgt abbilden:

		Ausmaß von Exploration (exploration)	
		hoch	niedrig
Ausmaß von Verpflichtung (commitment)	hoch	Erweiterte Identität (Entschiedene)	Übernommene Identität (Früh Festgelegte)
	niedrig	Moratorium (Suchende)	Identitäts- Diffusion (Suchende)

Abb. 6: Identitäts-Zustände ¹²⁶

Aus den Dimensionen Verpflichtung (Ausmaß an Engagement und Bindung) und Exploration (Prozess der Informationsgewinnung, Orientierung und Entscheidungsfindung) können vier Zustände von Identität abgeleitet werden. Kennzeichen des *Moratoriums* sind intensive Suchprozesse, die sich aber nicht in Überzeugungen konsolidieren. Die *übernommene Identität* formiert sich durch die Übernahme vorhandener Überzeugungen im direkten Umfeld. Im Gegensatz dazu, haben sich bei der *erweiterten Identität* die vorherrschenden Ansichten erst durch einen Suchprozess etabliert. Die *Identitäts-Diffusion* bezeichnet einen Status der generellen Unentschlossenheit, in dem keine Orientierungsprozesse

¹²⁶ Quelle: Fend, H.: Identitätsentwicklung in der Adoleszenz. Lebensentwürfe, Selbstfindung und Weltaneignung in beruflichen, familiären und politisch weltanschaulichen Bereichen, Band I, Bern 1991, S. 18.

stattfinden. Die beiden erst genannten Identitätszustände zeichnen sich durch ein hohes Maß an Exploration aus, die letzt genannten durch ein niedriges. *Oerter* und *Dreher* bezeichnen die Exploration als bedeutenden Prozess, um Identitätsprobleme zu bewältigen.¹²⁷

Das Ausmaß von Exploration wird durch den zunehmenden Individualisierungsprozess in der Gesellschaft verstärkt. Die Fixierung eigener Standpunkte und Überzeugungen, korrespondierend mit der Übernahme von Selbstverantwortung und der Loslösung aus gesellschaftlich vorbestimmten Bindungen, sind im Zuge einer verstärkten Individualisierung geradezu vorgegeben. Somit ist ein positiver Explorationsprozess Voraussetzung für die Herausbildung politischer Identität und nicht nur im Sinne des demokratischen Politikverständnisses notwendig,¹²⁸ sondern auch für die generelle Etablierung des Jugendlichen in der Gesellschaft.

Für die Parteien selbst stellt dieser Prozess der Identitätsbildung deshalb eine Herausforderung dar, weil nicht mehr automatisch davon ausgegangen werden kann, dass Jugendliche die traditionellen Vorstellungen und Parteipräferenzen der Eltern übernehmen. Gleichzeitig besteht die Jugend nicht aus einer homogenen Gruppe. Deutliche Differenzen in Einstellung und Interesse zeigen sich bei Jugendlichen mit unterschiedlichen Bildungsverläufen und bei den Geschlechtern.¹²⁹ Darüber hinaus beeinflussen unterschiedliche gesellschaftliche Rahmenbedingungen in den alten und neuen Bundesländern,¹³⁰ insbesondere der rasche soziale Wandel in Ostdeutschland, den Prozess der Entwicklung von politischer Orientierung und Handlungsbereitschaft. Diese Entwicklungen liefern bereits Hinweise darauf, dass Jugendliche von Parteien und politischen Akteuren

¹²⁷ Vgl. Oerter, R./Dreher E: Jugendalter. In: Oerter, R./Montada, L. (Hrsg.): Entwicklungspsychologie, Ein Lehrbuch, 4. Aufl., Weinheim 1998, S. 310-395.

¹²⁸ Vgl. Fend, H.: Identitätsentwicklung in der Adoleszenz. Lebensentwürfe, Selbstfindung und Weltaneignung in beruflichen, familiären und politisch weltanschaulichen Bereichen, Band I, Bern 1991.

¹²⁹ Vgl. Hoecker, B.: Handbuch politische Partizipation von Frauen in Europa, Opladen 1998.

¹³⁰ Vgl. Gille, M./Krüger, W. (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29-Jährigen im vereinigten Deutschland, Opladen 2000.

individuell und nicht im Milieukontext ihrer Familie angesprochen werden müssen.

3.4. Instanzen der politischen Sozialisation

Werden die Erkenntnisse der Sozialisations- und der Identitätsforschung auf den Bereich der *politischen Sozialisation* übertragen, wird das Individuum demzufolge in die politische Gemeinschaft integriert und übernimmt seine Rolle in der Gesellschaft. Dabei werden Kenntnisse und Kompetenzen erlangt, die es ihm ermöglichen, politische Sachverhalte und Prozesse zu verstehen und zu beurteilen. Dieser Prozess verläuft auf der Basis des persönlichen Hintergrundes des Einzelnen, so dass sich eine individuelle Meinung und ein spezielles Verhaltensrepertoire entwickelt. Das Individuum lernt, die Erwartungen einer Gesellschaft zu verstehen und sich entsprechend zu verhalten.¹³¹ Politische Sozialisation ist ein „Entwicklungsprozess, in dem Kinder, Jugendliche und Erwachsene politische Orientierungen, Normen und Handlungsweisen in der Interaktion mit ihrer neuen Umwelt erwerben.“¹³² Damit verbindet der Begriff der politischen Sozialisation zum einen das Hineinwachsen in eine politische Ordnung und damit die Entwicklung und Fortschreibung durch die Mitglieder des Systems und zum anderen die Bedeutung des politischen Sozialisationsprozesses für die Entwicklung der eigenen Persönlichkeit.

Der erste Punkt stößt insbesondere in der Soziologie und der Politikwissenschaft auf Interesse, der andere in den psychologischen Analysen und Auseinandersetzungen. Werden beide Ansätze integriert, entsteht der „mündige Bürger“, der mit Kompetenzen im Umgang mit politischen Prozessen und einer

¹³¹ Vgl. Dickenberger, D.: Politische Sozialisation. In: Nohlen, D.: Wörterbuch Staat und Politik, Bonn 1998, S. 351.

¹³² Hopf, C./Hopf, W: Familie, Persönlichkeit, Politik. Eine Einführung in die politische Sozialisation, Weinheim 1997, S. 7.

Akzeptanz der im politischen System geltenden Werte und Normen ausgestattet ist: „Politische Sozialisation ist der Prozess der Einführung in die politische Kultur. Sein Ergebnis ist eine Gruppe von Einstellungen, Wahrnehmungen, Wertstandards und Gefühlen im Hinblick auf das politische System, auf seine verschiedenen Rollen und auf die Rolleninhaber selbst. Zu diesem Ergebnis gehören auch solche Kenntnisse, Werte und Gefühle, die sich auf Ansprüche und Forderungen an das politische System wie auch auf seine maßgeblichen Leistungen beziehen.“¹³³

Hinsichtlich ihrer Prägekraft für die politische Kultur kommt der Sozialisation eine große systemimmanente Bedeutung zu.¹³⁴ Dabei stehen insbesondere die Einstellungen gegenüber den Grundwerten des demokratischen Systems im Vordergrund.¹³⁵ Diese werden nachhaltig und über einen langen Zeitraum durch die tragenden Instanzen des politischen Systems vermittelt und geprägt. Diese umfassende Prägung bedingt ihre Persistenz ein Leben lang. Die politische Ordnung und Gemeinschaft wird dauerhaft in das Bewusstsein des Bürgers integriert.¹³⁶ Im Laufe seiner Biografie werden vor diesem Hintergrund neue Informationen aufgenommen, bewertet, reflektiert und der jeweiligen Lebenssituation angepasst. Die Sozialisation durch spätere Ereignisse ist im Vergleich marginal.

¹³³ Almond, G.: Zitiert nach Hopf, C./Hopf, W.: Familie, Persönlichkeit, Politik. Eine Einführung in die politische Sozialisation, Weinheim 1997, S. 13.

¹³⁴ Vgl. Almond, G./Powell, B.: *Comparatives Politics: System, Process and Policy*, Boston 1996, S. 43ff.

¹³⁵ Vgl. Geißler, R.: Politische Sozialisation in der Familie. In: Claußen, B./Geißler, R. (Hrsg.): *Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch*, Opladen 1996, S. 52ff.; Allerbeck, K./Kaase, M./Klingemann, H.-D.: Politische Ideologie, politische Beteiligung und politische Sozialisation. *Politische Vierteljahresschrift* 20/1980, S. 357-378 (Teil 1); Allerbeck, K./Kaase, M./Klingemann H.-D.: Politische Ideologie, politische Beteiligung und politische Sozialisation. *Politische Vierteljahresschrift* 21/1980, S. 88-96 (Teil 2); Almond, G./Powell, B.: *Comparatives Politics: System, Process and Policy*, Boston 1996, S. 43ff.

¹³⁶ Vgl. Inglehart, R.: The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-industrial Societies. In: *American Political Science Review*, 65/1971, S. 991-1017; Inglehart, R.: *Kultureller Umbruch, Wertewandel in der westlichen Welt*, Frankfurt 1989; Inglehart, R.: *Modernisation and Postmodernisation. Culture, Economics and Political Change in 43 Societies*, Princeton 1997.

Nicht nur die langfristigen Einstellungen sind im Sozialisationsprozess maßgeblich, sondern auch die Bewertungsmechanismen für die Beurteilung von politischen Akteuren und politischen Entscheidungen. Vor dem Hintergrund eigener biografischer Erfahrungen werden Bewertungen von Handlungen und Handlungsträgern des politischen Systems vorgenommen. Auch spielt die politische Affinität der Familie in Bezug auf die parteipolitischen Präferenzen von Jugendlichen eine bedeutende Rolle. Sie entwickeln sich in Richtung ihrer Eltern oder treten in Opposition zu deren Meinung. Im Laufe des Lebens werden eigene Bewertungsmechanismen differenzierter und durch weitere Erfahrungen in anderen Lebensbereichen der sekundären Sozialisation angereichert: „Die Reflektion der akkumulierten, nebeneinander stehenden politischen Überzeugungen und Reaktionen auf die kurzfristige politische Entwicklung verbindet zeitlich stabilere Elemente des Überzeugungssystems mit wechselnden Bewertungen des Umfelds, die wiederum abhängig von situativen Rahmenbedingungen durch das Individuum interpretiert werden.“¹³⁷

Jedes Individuum zeigt aufgrund seiner Sozialisation eine unterschiedliche Bereitschaft, sich im Bereich der Politik zu engagieren und zu partizipieren. Grundvoraussetzung ist die Herausbildung von Bedeutung und Nähe zum politischen System und seinen Entscheidungen im Sozialisationsprozess. Sie wird vom Individuum unbewusst herausgebildet und internalisiert. Neben der Bereitschaft, sich zu engagieren, sind die oben genannten Bewertungsmechanismen und die Einordnung der politischen Kultur weitere wichtige Faktoren. Zusammen entsteht durch dieses Gefüge ein individuelles politisches oder eben auch unpolitisches Handeln. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang, dass es nur dann zu politischer Partizipation kommt, wenn im Sozialisationsprozess die Erkenntnis und Erfahrung zugrunde gelegt wird, dass eine politische Aktivität für das eigene Leben sinnvoll und von Nutzen ist. Erscheint politisches Engagement nicht relevant, kommt es zu keiner zielgerichteten politischen Handlung.

¹³⁷ Vgl. Pickel, G.: Jugend und Politikverdrossenheit. Zwei politische Kulturen im Deutschland nach der Vereinigung?, Opladen 2002, S. 34.

Der Prozess der politischen Sozialisation vollzieht sich eher latent in den Alltagssituationen als in einer direkten Auseinandersetzung mit der politischen Ordnung. Damit sind es eher die unbewussten und bewussten Konfrontationen mit den wichtigsten Instanzen, die politische Sozialisation bedingen: die Familie, die Schule, die Gruppe der Gleichaltrigen (Peers) und die Medien. Hier werden Individuen indirekt mit den Werten und Normen eines politischen Systems und deren Interpretation konfrontiert.

3.4.1. Familie

Die Familie ist der Lebensraum, in den der Mensch zu Beginn seines Lebens hineinwächst, so dass die Familie zur primären Sozialisationsinstanz mit Verstärkungseffekt gehört. Die Rolle der Familie als politische Sozialisationsinstanz erfährt in der Literatur eine unterschiedliche Bedeutung. Zum einen wird die formative Phase für die politische Sozialisation bereits in der Familie angesetzt,¹³⁸ andere Meinungen messen der Familie aufgrund der eher geringeren Bedeutung des Lebensbereiches Politik im familiären Kontext weniger Gewichtung bei¹³⁹ und halten andere Lebensbereiche für die Vermittlung politischer Überzeugungen für evidenter.

Die Stellung der Familie im Sozialisationsprozess leitet sich aus der Kristallisationsthese ab, die die Herausbildung und das Lernen von politischen Einstellungen auf eine frühe Lebensphase datiert und die anschließende

¹³⁸ Vgl. Renshon, S.: Handbook of Political Socialisation. Theory and Research, New York 1977; Hopf, C./ Hopf, W.: Familie, Persönlichkeit, Politik. Eine Einführung in die politische Sozialisation, Weinheim 1997.

¹³⁹ Vgl. Kaase, M.: Vergleichende Politische Partizipationsforschung. In: Berg-Schlosser, D./Müller-Rommel, F. (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft, Opladen 1997, S.117.

Verhärtung dieser Einstellungen behauptet.¹⁴⁰ Korrespondierend beeinflussen diese lebensgeschichtlich früh erworbenen politischen Orientierungen das politische Verhalten und die Dispositionen im Erwachsenenalter. Untersuchungen im Bereich der Kulturforschung zeigen eine Kontinuität von Generation zu Generation, die der Weitergabe in der Familie zugeschrieben wird. Die, in diesem Zusammenhang, oft zitierten Studien von *Almond* und *Verba* sehen eine direkte Verbindung zwischen der politischen Sozialisation in der Familie und der Stabilität der amerikanischen Demokratie.¹⁴¹ Im Verlauf der 70er Jahre setzte Kritik an der Omnipotenz der Rolle der Familie ein, wonach ihr dann im Prozess der Sozialisation keine Relevanz mehr eingeräumt wurde.¹⁴² Gründe für diese Umkehr beruhen zum einen auf methodenkritischen Betrachtungen älterer, das Primat der Familie bestätigenden Untersuchungen¹⁴³ und auch auf dem grundsätzlichen Hinterfragen des Modells des frühen Lernens.¹⁴⁴ Insgesamt wird in der wissenschaftlichen Forschung¹⁴⁵ aber nach wie vor unter Berücksichtigung der Konkurrenz anderer Sozialisationsinstanzen die Bedeutung der Familie im Prozess der politischen Sozialisation bestätigt.

Bezogen auf die Rolle der Familie im politischen Sozialisationsprozess wird zwischen latenten und manifesten politischen Sozialisationsprozessen unterschieden. Latente Sozialisation bezeichnet jenes Lernen, das nicht spezifisch politisch ist, aber das spätere Verhalten eines Individuums ausmacht. Es werden in einem Prozess zunächst allgemeine Dispositionen herausgebildet, die später auf das politische Verhalten übertragen werden. Politische Orientierungen werden als abhängige Variablen des unabhängigen Parameters

¹⁴⁰ Vgl. Zängle, M.: Einführung in die Sozialisationsforschung, Paderborn 1978, S. 44ff.

¹⁴¹ Vgl. Almond, G./Verba, S.: *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Princeton 1963.

¹⁴² Vgl. Geißler, R.: Politische Sozialisation in der Familie. In: Claußen, B./Geißler, R. (Hrsg.): *Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch*, Opladen 1996, S. 52ff.

¹⁴³ Vgl. Connell, R.W.: *The Child's Constructions of Politics*, Melbourne 1971.

¹⁴⁴ Vgl. Marsh, D.: *Political Socialization and Intergenerational Stability in Political Attitudes*. In: *British Journal of Political Science*, 5/1975, S. 509-515.

¹⁴⁵ Vgl. Wasmund, K.: Was wird wie und wann im Prozess der politischen Sozialisation gelernt? In: Claußen, B./Wasmund, K. (Hrsg.): *Handbuch der politischen Sozialisation*, Braunschweig, S. 143-153.

Persönlichkeit verstanden. So lernen Kinder und Jugendliche im alltäglichen Umgang der Familie Handlungsfähigkeit, Selbstvertrauen, Diskussionsbereitschaft oder Meinungsfreiheit. Sie erfahren Bedürfnisse und Vorstellungen anderer Menschen, so dass die Grundlage für soziales Verständnis entstehen kann.¹⁴⁶ „Die Aufgeschlossenheit gegenüber dem politischen Bereich steigt mit dem Ausmaß, in welchem sich ein Jugendlicher intellektuellen Anforderungen gewachsen fühlt, Problemen nicht aus dem Wege geht, zur kontroversen Kommunikation bereit und selbstsicher genug ist, um unsichere Situationen ertragen zu können.“¹⁴⁷

Manifeste politische Sozialisation bezeichnet die intendierte Vermittlung von politischen Informationen, Normen, Werten und Emotionen. Dies ist nicht im Sinne von Indoktrination zu verstehen, vielmehr ist es die Vermittlung von Wissen durch den Sozialisator. In der Familie verläuft dieser Prozess der manifesten Sozialisation durch Kommunikation über Politik. Diese Gespräche sind nicht isoliert als politische Lehrveranstaltung zu verstehen, sondern entstehen eher ad hoc und werden über andere Instanzen der Sozialisation in die Familie hineingetragen. Ein positiver Prozess von manifester Sozialisation zeigt sich in der Übereinstimmung der politischen Orientierungen von Eltern und Kindern. Hier liegen systemfunktionalistische Aspekte zugrunde: Die Annahme der Familie als potenzieller Übertragungsrahmen für gesellschaftliche Werte und Normen und dem einhergehenden nachhaltigen Erhalt des politischen Systems.¹⁴⁸ So wird angenommen, dass Eltern ihre politischen Werte und Orientierungen an ihre Kinder weitergeben und somit die Stabilität des politischen Systems unterstützen. Somit wird der Familie der Begriff des

¹⁴⁶ Vgl. Mayall, B.: Der moralische Status der Kindheit. In: Hengst, H./Zeiger, H. (Hrsg.): Kindheit soziologisch, Wiesbaden 2005, S. 135-159.

¹⁴⁷ Wasmund, K.: Was wird wie und wann im Prozess der politischen Sozialisation gelernt? In: Claußen, B./Wasmund, K. (Hrsg.): Handbuch der politischen Sozialisation, Braunschweig, S. 44.

¹⁴⁸ Die Annahme von der gesellschaftlichen Systemverankerung in der Familie galt schon im preußischen Obrigkeitsstaat. Philosophen und Historiker sahen seine Basis in einer intakten patriarchalisch geführten Familie. Vgl. Geißler, R.: Politische Sozialisation in der Familie. In: Claußen, B./Geißler, R. (Hrsg.) Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation, Ein Handbuch, Opladen 1996, S. 52.

„Transmissionsriemens“ zudedacht.¹⁴⁹ Der Grad der Übereinstimmung zwischen Eltern und Kindern korreliert mit der Häufigkeit von politischer Kommunikation in der Familie.¹⁵⁰ Studien¹⁵¹ zeigen, dass sich ein positives Gesprächsverhalten auf die Einstellung zum politischen System und dessen Effektivität und darüber hinaus auf die politische Partizipationsbereitschaft von Jugendlichen auswirkt: „In our data (...) exposure to political discussions seems to facilitate the growth of a sense in political efficacy. It does not seem to make a great deal to difference whether this exposure occurs in the family or the school; the important factor seems to be whether the individual has the experience or not.“¹⁵² Das politische Gespräch steht im Vordergrund und kann als entscheidende Variable ausgemacht werden. Auch die Homogenität der elterlichen Einstellungen nimmt auf den Grad der Übereinstimmung zwischen Eltern und Kindern Einfluss. Dabei zeigt sich, dass zwei Elternteile mit konsistenten Einstellungen eine größere Vorbildwirkung haben, als Eltern, die in ihren Orientierungen differieren oder als ein allein erziehendes Elternteil.¹⁵³ Auch die innerfamiliäre Geschlechterkonstellation wirkt sich auf den Grad der Übereinstimmung aus. Töchter orientieren sich eher an den Müttern, während Jungen stärker mit den Vätern übereinstimmen. Gründe hierfür können in geschlechtsspezifischen Interaktionsprozessen gefunden werden.¹⁵⁴

In diesem Zusammenhang muss auch die soziale Schichtzugehörigkeit berücksichtigt werden. Empirisch ist bestätigt, dass Menschen mit größeren

¹⁴⁹ Vgl. Easton, D./ Dennis, J.: Children in the political system. Origins of Political Legitimacy, New York 1969.

¹⁵⁰ Vgl. ebd.

¹⁵¹ Vgl. Baker, K.L.: Political Participation, Political Efficacy and Socialization in Germany. Comparative Politics, 6/1973, S. 73-98.

¹⁵² Ebd., S.98

¹⁵³ Vgl. Jennings, M.K./Langton, K.P.: Mothers versus Fathers. The Formation of Political Orientations among Youth Americans. In: The Journal of Politics, 31/1969, S. 329-358.

¹⁵⁴ Vgl. Jennings, M.K./Niemi, R.G.: The Political Character of Adolescence: The Influence of Families and Schools, Princeton 1974.

ökonomischen Ressourcen generell politisch kompetenter und aktiver sind.¹⁵⁵ Dennoch ist im Hinblick auf die politische Sozialisation in der Familie weniger das Einkommen entscheidend, sondern vielmehr das Bildungsniveau der Eltern. Dieses ermöglicht den Kindern und Jugendlichen eine Aufgeschlossenheit und Integrität in Bezug auf das politische System und seine Prozesse. Die soziale Schichtzugehörigkeit der Familie ist somit strukturelle Rahmenbedingung für die Entwicklung von politischer Identität im Jugendalter.

Insgesamt ist davon auszugehen, dass die Familie im politischen Sozialisationsprozess eine wichtige Rolle spielt und eher von einem Funktionswandel als von einem Bedeutungsverlust der Familie gesprochen werden kann.¹⁵⁶ Die Familie ist „... auch unter den heutigen Bedingungen die wohl entscheidendste und nach zeitlicher Dauer und Intensität wichtigste soziale Institution im Sozialisationsprozess.“¹⁵⁷ Politische Partizipation setzt soziale und politische Kompetenz voraus, die wie beschrieben in der Familie erlernt werden kann. Wer früh in der Familie die Erfahrung gemacht hat, dass er als Diskussionspartner respektiert wird, sich für eigene Belange eingesetzt hat und dafür Verantwortung übernommen hat, der wird später auch eher bereit sein, sich politisch aktiv zu engagieren und soziale Verantwortung übernehmen.

3.4.2. Schule

Der Erwerb von politischem Wissen, die Identifikation mit den Werten einer Demokratie oder die kritische Reflexion von politischen Prozessen, Institutionen

¹⁵⁵ Vgl. Kaase, M.: Vergleichende Politische Partizipationsforschung. In: Berg-Schlosser, D./Müller-Rommel, F. (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft, Opladen 1997, S. 163.

¹⁵⁶ Vgl. Nave-Herz, R./Markefka, M.: Handbuch der Familien- und Jugendforschung, Neuwied 1989.

¹⁵⁷ Hurrelmann, K.: Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung, 6. Aufl., Weinheim 1999, S. 104.

und Akteuren sind als klare Ziele der schulischen Ausbildung definiert.¹⁵⁸ Damit gilt die Schule als eine bedeutende Sozialisationsinstanz. Die schulisch vermittelte Bildung stellt eine wichtige kognitive Ressource dar. Die Schulzeit hat sich im Vergleich zu früher deutlich verlängert. Im Vergleich zu den 50er Jahren dauert die Schulzeit drei bis vier Jahre länger.¹⁵⁹ „Heute verbringt die Hälfte der nachrückenden Generation schon etwa ein Viertel ihrer Lebenszeit in Bildungseinrichtungen.“¹⁶⁰ Die Tendenz zu einer längeren Schulbildung korrespondiert mit der Zunahme des Vorbildungsniveaus im Zugang zu Berufsabschlüssen. Dabei nehmen die erworbene Bildung und entsprechende Abschlüsse die Rolle eines „Platzanweisers“¹⁶¹ ein, der die Basis der Berufs- und Einkommensmöglichkeiten ermöglicht oder determiniert. Aber auch die politische Analysefähigkeit und das Verinnerlichen der demokratischen Ordnung werden durch das in den Bildungseinrichtungen vermittelte Wissen etabliert.¹⁶² Die Folge ist, dass sich besser ausgebildete Jugendliche und junge Erwachsene intensiver und erfolgreicher mit politischen Prozessen auseinandersetzen und sich motivierter um politischen Einfluss bemühen können.¹⁶³

Die politische Bildung ist nach dem Zweiten Weltkrieg im Rahmen der Etablierung einer demokratischen Orientierung in den Schulen angesiedelt worden. Ab 1949 sind die Schulfächer Gemeinschaftskunde, Sozialkunde,

¹⁵⁸ Vgl. Wasmund, K.: Was wird wie und wann im Prozess der politischen Sozialisation gelernt? In: Claußen, B./Wasmund, K. (Hrsg.): Handbuch der politischen Sozialisation, Braunschweig 1982, S. 65.

¹⁵⁹ Vgl. Grunert, C./Krüger, H.-H.: Zum Wandel von Jugendbiographien im 20. Jahrhundert. In: Sander, U./Vollbrecht, R. (Hrsg.): Jugend im 20. Jahrhundert, Neuwied 2000, S. 202.

¹⁶⁰ Hradil, S.: Soziale Ungleichheit in Deutschland, 7. Aufl., Opladen 1999, S. 144.

¹⁶¹ Vgl. Achatz, J./Gaiser, W./Gille, M./Kleinert, C./Krüger, W./Rijke, J. de: Heranwachsen im vereinigten Deutschland: Lebensverhältnisse und private Lebensformen. In: Gille, M./Krüger, W. (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29-Jährigen im vereinigten Deutschland, Opladen 2000, S. 42.

¹⁶² Vgl. Fend, H.: Identitätsentwicklung in der Adoleszenz. Lebensentwürfe, Selbstfindung und Weltaneignung in beruflichen, familiären und politisch weltanschaulichen Bereichen, Band I, Bern 1991.

¹⁶³ Vgl. Geißler, R.: Politische Ungleichheit. Soziale Schichtung und Teilhabe an Herrschaft. In: ders. (Hrsg.): Soziale Schichtung und Lebenschancen in Deutschland, Stuttgart 1996.

Politik oder Gesellschaftslehre in den Stundenplan integriert worden.¹⁶⁴ Der Curricula bildet die formale Grundlage der politischen Bildung, die von den verschiedenen Bundesländern festgesetzt wird. Die Qualität des politischen Unterrichts ist auch abhängig von der pädagogischen und fachlichen Kompetenz der Lehrer und vom sozialen und kommunikativen Gefüge der Klasse.¹⁶⁵ Empirische Studien zeigen einen Zusammenhang zwischen einem demokratischen offenen Unterrichtsstil und der Herausbildung von politischen Fähigkeiten in Hinblick auf das Zutrauen in die Politik und in die eigene politische Handlungskompetenz.¹⁶⁶

Auch im Bereich der Schule sind die Unterscheidungskriterien der manifesten und latenten Sozialisation anwendbar. Dabei bezeichnet die manifeste Perspektive die von vornherein festgelegten und dokumentierten Unterrichtsziele. Die latente Sozialisation verweist in schulischem Zusammenhang auf die politische Lernerfahrung und die durch die Atmosphäre der Schule geprägte Persönlichkeitsentwicklung des Jugendlichen.

Die Rolle der Schule als politische Sozialisationsinstanz wird in der älteren wissenschaftlichen Auseinandersetzung allerdings eher gering eingeschätzt.¹⁶⁷ Diese Sichtweise wird auch in neueren Studien vertreten. Zwar kann den

¹⁶⁴ Die Bezeichnung ist in den Bundesländern unterschiedlich. In der DDR wurde zuerst das Unterrichtsfach „Gegenwartskunde“ eingeführt, dann aber 1957 durch das Fach „Staatsbürgerkunde“ ersetzt. Vgl. Ackermann, P.: Das Schulfach „Politische Bildung“ als institutionalisierte politische Sozialisation. In Claußen, B./Geißler, R. (Hrsg.): Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch, Opladen 1996, S. 91-100.

¹⁶⁵ Vgl. Wasmund, K.: Was wird wie und wann im Prozess der politischen Sozialisation gelernt? In Claußen, B./Wasmund, K. (Hrsg.): Handbuch der politischen Sozialisation, Braunschweig 1982, S. 143-153.

¹⁶⁶ Die Ergebnisse der repräsentativ und vergleichend angelegten IEA-Studie weisen darauf hin, dass Schüler, die im Unterricht ihre Meinung sagen durften und ermuntert wurden, sich kritisch zu äußern, eine höhere Partizipationsbereitschaft aufwiesen. Diese zeigte sich dann auch in der verstärkten Teilhabe an schulinternen Beteiligungsmodellen. Vgl. Tourney-Purta/Lehmann, R./Oswald, H./Schulz, W.: Citizenship and Education in Twenty-eight Countries. Civic Knowledge and Engagement at Age Fourteen, Amsterdam IEA 2001.

¹⁶⁷ Vgl. Preiser, S.: Überzeugungen und Einstellungen: Weltanschauliche, religiöse und politische Glaubenssysteme. In: Schneewind, K. (Hrsg.): Psychologie der Erziehung und Sozialisation, Göttingen 1994, S. 357.

Schülern aufgrund der zweiten IEA-Studie ein demokratisches Grundverständnis nachgewiesen werden, dies wird aber nicht in den Kontext der eigenen Lebenssituation gebracht und in politisches Partizipationsverhalten umgesetzt.¹⁶⁸ Dies ist deshalb nicht erstaunlich, da die größten Unterschiede bezüglich politischer Orientierungen und politischem Verhalten mit unterschiedlichen Schultypen, Abschlüssen und Ausbildungsverläufen korrespondieren.¹⁶⁹ In den empirischen Studien zeigen sich große Differenzen zwischen Schülern verschiedener Schultypen. Diese Differenzen beziehen sich vor allen Dingen auf das politische Wissen und das Demokratieverständnis, auf das politische Vertrauen und das politische Interesse sowie auf das politische Engagement und die politische Partizipationsbereitschaft.¹⁷⁰ Der besuchte Schultyp kann somit zumindest als wichtige Variable im politischen Sozialisationsprozess angesehen werden. Beispielsweise weist die Shell-Jugendstudie 2000 aus, dass sich unter den Anhängern von Parteien ein großer Anteil von Abiturienten befindet. Sie zeigen ein größeres Vertrauen in die staatlichen Institutionen und fühlen sich insgesamt stärker mit dem politischen System verbunden, als junge Menschen mit anderer Schulbildung.

Mit Blick auf die Jugendlichen mit geringerem Bildungs- und Sozialstatus hat dennoch die Schule eine wichtige Rolle, da kaum andere Informationsquellen zur Verfügung stehen und im familiären Kontext weniger Kommunikation und Anregung (z.B. politikspezifische Medien und Literatur) zum Austausch vorhanden ist.¹⁷¹ Die Schule bietet für sie die Möglichkeit der Erfahrung von

¹⁶⁸ Vgl. ebd..

¹⁶⁹ Vgl. Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend 2000. 13. Shell Jugendstudie, Opladen 2000; Gille, M./Krüger, W. (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29-Jährigen im vereinigten Deutschland, Opladen 2000.

¹⁷⁰ Vgl. Fend, H.: Identitätsentwicklung in der Adoleszenz. Lebensentwürfe, Selbstfindung und Weltaneignung in beruflichen, familiären und politisch weltanschaulichen Bereichen, Band I, Bern 1991; Fend, H.: Entwicklungspsychologie des Jugendalters. Ein Lehrbuch für pädagogische und psychologische Berufe, Opladen 2000.

¹⁷¹ Vgl. Ingrisch, M.: Politisches Wissen, politisches Interesse und politische Handlungsbereitschaft bei Jugendlichen aus den alten und den neuen Bundesländern. Eine Studie zum Einfluss von Medien und anderen Sozialisationsbedingungen, Regensburg 1997.

demokratischen Verhaltensweisen und Spielregeln. Diese münden in der schulischen Mitbestimmung über Schülergremien und Projektarbeit, wie das Gestalten von Schülerzeitungen etc. Diesen Dimensionen liegt das Modell des „Mitgliedschaftsentwurfs“¹⁷² zugrunde: Die Vorstellung des politisch interessierten und bereiten Bürgers übertragen auf die Schüler im Sinne von antizipatorischer Sozialisation.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass in der Schule neben den manifesten Sozialisationseinflüssen in Form von Wissenszielen in Fächern wie Gemeinschaftskunde, Politik und Geschichte auch latente Einflüsse vorhanden sind, die sich auf die schulspezifischen Merkmale (Schul- und Klassenklima, Schüler-Lehrer-Beziehung, Anerkennung von Mitbestimmung) beziehen und ebenfalls politische Sozialisation bedingen können.

3.4.3. Peergroups

Ein wesentliches Kennzeichen des Jugendalters ist der Wunsch einer deutlichen Abgrenzung von der Familie. Jugendliche bilden mit Gleichaltrigen eine Gruppe (Peergroup), die sich durch eigene Regeln, Normen und Werte vom Familienkontext unterscheidet. In der frühen Forschung fand der Einfluss der Gleichaltrigengruppe wenig Beachtung,¹⁷³ wenngleich in dieser Gruppe Erfahrungen gewonnen werden, die sich ähnlich der Erfahrungen aus dem Kontext der Familie auf den gesellschaftlichen Prozess übertragen lassen. Differenziert wird die Erfahrung zwischen Eltern und Peers durch die Struktur der Gleichaltrigengruppe. Diese zeichnet sich in der Regel weniger durch ein

¹⁷² Hurrelmann, K./Ulich, D. (Hrsg.): Handbuch der Sozialisationsforschung, 5. Aufl., Weinheim 1998, S. 45.

¹⁷³ Vgl. Lave, J./Wenger, E.: Situated Learning: Legitimate Peripheral Participation, Cambridge 1991.

starres Positionsgefüge der Mitglieder aus, als vielmehr durch einen egalitären Status aller Beteiligten.

Jugendliche konstruieren durch die Erfahrung in den Peergroups neue Aspekte der sozialen Identität, die sich in Kooperation, Konfliktregelung, Emotionen und Perspektivenübernahme zeigt. Unterstützt wird die Bildung dieser Gruppen auch durch den formellen Rahmen der Schule oder der Mitgliedschaft in Vereinen und durch den informellen Rahmen, der sich im Eingehen von Freundschaften zeigt.¹⁷⁴ Somit bildet sich durch die Interaktion in einer Gruppe von Gleichaltrigen eine eigene Identität.

Inzwischen widmet die Forschung dem durch Peergroups bedingten Sozialisationsprozess auch hinsichtlich der politischen Identität mehr Aufmerksamkeit.¹⁷⁵ Die Gruppe der Gleichaltrigen wird als Subkultur definiert, die die empirische Realisation politischer Verhaltens- und Orientierungsmuster repräsentieren. Empirische Studien zeigen, dass die Einstellung von Jugendlichen (insbesondere in Ostdeutschland) gegenüber dem demokratischen System eher mit denen der Freunde und Freundinnen korrespondieren als mit den Haltungen der Eltern.¹⁷⁶ In der wissenschaftlichen Forschung wird davon ausgegangen, dass sich die Einflüsse der Familie und der Gleichaltrigengruppe zusammenfügen und die politische Identitätsentwicklung des Jugendlichen formieren.¹⁷⁷ Jugendliche, die aus einem politisch interessierten Familienkontext

¹⁷⁴ Vgl. Tourney-Purta, J. et al: Civic Education across Countries: Twenty-four National Case-Studies from the IEA Civic Education, Delft 1999.

¹⁷⁵ Vgl. Fend, H.: Identitätsentwicklung in der Adoleszenz. Lebensentwürfe, Selbstfindung und Weltaneignung in beruflichen, familiären und politisch weltanschaulichen Bereichen, Band I, Bern 1991; Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend 2000, 13. Shell Jugendstudie, Opladen 2000.

¹⁷⁶ Vgl. Krampen, G./Ebel, B.: Zur Bedeutung primärer Bezugspersonen in der politischen Sozialisation von Sekundarstufenschülern, Trier 1991; Oswald, H.: Political Sozialisation in the New States of Germany. In: Yates, M./Youniss, J. (Hrsg.): Roots of Civic Identity. International Perspectives on Community Service and Activism in Youth, New York 1999, S. 97-113.

¹⁷⁷ Vgl. Schulz, G.: Die Familie als Sozialisationsfaktor. Zur Strukturierung politischer Aktivitätsbereitschaft in der Bundesrepublik Deutschland. In: Wurzbacher, G. (Hrsg.): Die Familie als Sozialisationsfaktor, Stuttgart 1977, S. 309-337; Schulze, G.: Zum

kommen, erfahren auch in ihrem Freundeskreis eine stärkere Aktivierung durch politisch orientierte und engagierte Gleichaltrige. Additive Transformationseffekte werden auch im sozialen Bereich festgestellt, deren Häufigkeit dann am stärksten ausgeprägt ist, wenn sowohl Eltern als auch die Peergroup politisch interessiert sind.¹⁷⁸

Inwiefern die Gruppe der Gleichaltrigen die Einflüsse der Familie nivelliert oder konterkariert ist in der Literatur ungeklärt. Fest steht, dass Jugendliche, die eine negative Beziehung zu ihrer Familie haben, eine stärkere Orientierung zur Gleichaltrigengruppe aufweisen und die Beeinflussung entsprechend größer ist.¹⁷⁹ Somit ist die Bedeutung der Peergroup abhängig davon, inwiefern die Interessen und Bedürfnisse der Jugendlichen von der Familie befriedigt werden oder aber inwiefern die Gleichaltrigengruppe Ersatz leisten muss.

3.4.4. Medien

Die nach dem Zweiten Weltkrieg in der Medienforschung verbreitete Annahme, dass der Rezipient sich unkritisch beeinflussen und steuern ließe, ist schnell verworfen worden. Die ersten Untersuchungen zum amerikanischen Wahlverhalten¹⁸⁰ haben gezeigt, dass die Theorie des Überredungsansatzes, basierend auf einem einfachen Reiz-Reaktions-Schema als nicht zutreffend

Verhältnis manifester und latenter politischer Sozialisation. In: Schmitt, G. (Hrsg.): Individuum und Gesellschaft in der politischen Sozialisation, Tutzing 1980, S. 71-91.

¹⁷⁸ Vgl. Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend 2000. 13. Shell Jugendstudie, Opladen 2000.

¹⁷⁹ Melzer, W.: Jugend und Politik in Deutschland, Opladen 1992; Oswald, H.: Was verdanken die Jungen dem Elternhaus, was den Gleichaltrigen? In: Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend '92. Lebenslagen, Orientierungen und Entwicklungsperspektiven im vereinigten Deutschland, Opladen 1992, S. 287-298.

¹⁸⁰ Lazarsfeld, P.B./Berelson, B./Gaudet, H.: The People's Choice. How the Voter makes up his Mind in a Presidential Campaign, 3. Aufl., New York 1968; Hyman, H.H./Sheatsley, P.B.: Some Reasons Why Information Campaigns Fail, Public Opinion Quarterly, 11/1947, S. 412-423.

angesehen werden können. Auch ist das Bild des passiven Rezipienten, der alles automatisch konsumiert, in Frage gestellt worden. Im folgenden wissenschaftlichen Forschungsverlauf konnte verdeutlicht werden, dass die Medien keinen eindimensionalen Einfluss nehmen können, sondern in Parallelität und Konkurrenz zu anderen personalen und sozialen Faktoren stehen. Auch determinieren diese letztendlich die Voraussetzung zur Auseinandersetzung mit den Medien. Inzwischen wird ein handlungstheoretischer Ansatz in den Vordergrund gestellt. Die vorausgegangene Frage „Was machen die Medien mit den Menschen?“ wird nun in der Frage „Was machen die Menschen mit den Medien?“ ausgedrückt.¹⁸¹

Die Bedeutung der Medien im politischen Sozialisationsprozess ist wissenschaftlich anerkannt.¹⁸² Die sozialisatorische Funktion der Medien besteht darin, die Werte und Normen anzubieten und zu vermitteln. Dabei transportieren sie kein intendiertes konsistentes Wertesystem, sondern sie sind innovatorisch ausgerichtet, d. h. sie sind gekennzeichnet durch Aktualität, Flexibilität, Pluralität und Publizität. Diese Prinzipien erreichen auch die Lebensbereiche der Jugendlichen in vollem Ausmaß. Hinsichtlich der entwicklungspsychologischen Prozesse im Jugendalter stellt sich die Frage nach der Verarbeitungskompetenz dieser ungefilterten Informationen: „... ob die noch in ihrer kognitiven, moralischen, emotionalen und physischen Entwicklung stehenden Kinder und Jugendlichen die notwendigen Wahrnehmungskompetenzen und die kognitive und moralische Urteilsfähigkeit besitzen, um die Künstlichkeit, Zerrissenheit und Widersprüchlichkeit, Vielschichtigkeit und Permanenz von Information durch ständige Medienkonfrontation für sich sinnvoll in den Zusammenhang (...) zu bringen.“¹⁸³

¹⁸¹ Renckstorf, K.: Mediennutzung als soziales Handeln. Zur Entwicklung einer handlungstheoretischen Perspektive der empirischen (Massen-) Kommunikationsforschung. In: Kaase, M./Schulz, W. (Hrsg.): Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 30, Opladen 1989, S. 316.

¹⁸² Vgl. Schorb, B./Mohn, E./Theunert, H.: Sozialisation durch Massen-Medien. In Hurrelmann, U./Ulich, D. (Hrsg.): Handbuch der Sozialisationsforschung, 5. Aufl., Weinheim 1998, 129-144.

¹⁸³ Sander, U./Vollbrecht, R.: Wirkungen der Medien: Wirkungen der Medien im Spiegel der Forschung. Ein Überblick über Theorien, Konzepte und Entwicklungen der

Bezogen auf die Jugendlichen stehen das Motiv und die Selektivität bei der Auswahl der Medien und der unterschiedlichen Themen im Vordergrund. In Bezug auf das Motiv bei der Auswahl des Mediums kann zwischen dem unterhaltungsorientierten und dem informationsorientierten Gebrauch unterschieden werden. Letzteres zeichnet sich durch ein bewusstes und aufmerksames Konsumieren aus, während Ersteres eher als Begleitung in Form von Unterhaltung oder Erholung charakterisiert werden kann.¹⁸⁴ Der Begriff der Selektivität korrespondiert mit dem politischen Interesse und der politischen Neigung des Jugendlichen. In diesem Zusammenhang sucht sich der Konsument die Medien aus, die seine bereits vorhandene Meinung und politische Richtung bestärken und nicht kritisch hinterfragen.

Das Fernsehen und die Tageszeitungen sind die Informationsquellen über aktuelle politische Geschehnisse und korrespondierende Beurteilung. Es werden drei Effekte in Bezug auf den Sozialisationskontext differenziert, die entsprechende funktionale oder dysfunktionale Bedeutung haben: Aufklärung, Manipulation und Ironie.¹⁸⁵ In Wechselwirkung mit den anderen Sozialisationsagenten spielen die Medien im Prozess der politischen Identitätsbildung eine große Rolle. So weist *Kuhn* in seiner Studie darauf hin, dass eine positive Integration der Medien korrespondierend mit dem entsprechenden Schultyp und dem politisch interessierten Elternhaus als gute Voraussetzung zur Erlangung einer politischen Aufgeschlossenheit angesehen werden kann.¹⁸⁶ Die Medien tragen das Thema Politik in die Familien und regen damit zur Diskussion und zum Austausch über politische Prozesse an.

Medienforschung. In: Hiegemann, W./Swoboda, H.: Handbuch der Medienpädagogik, Opladen 1994, S. 375.

¹⁸⁴ Vgl. Schenk, M.: Medienwirkungsforschung, 2.Aufl., Tübingen 2002.

¹⁸⁵ Vgl. Pöttker, H.: Politische Sozialisation durch Massenmedien. Aufklärung, Manipulation und ungewollte Einflüsse. In Claußen, B./Geißler, R. (Hrsg.): Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch, Opladen 1996, S. 149-158.

¹⁸⁶ Vgl. Kuhn, H.-P.: Mediennutzung und politische Sozialisation. Eine empirische Studie zum Zusammenhang zwischen Mediennutzung und politischer Identitätsbildung im Jugendalter, Opladen 2002, S. 207ff.

Korrespondierend zu ihren Eltern erlangen Jugendliche Kenntnisse über den politischen Prozess, bevor sie selbst darüber entscheiden, in welchem Ausmaß sie an ihm teilnehmen wollen.

3.5. Zusammenfassung

Im vorausgegangenen Kapitel ist der Fokus auf den politischen Sozialisationsprozess gerichtet worden. In diesem Zusammenhang sind insbesondere die Instanzen der Sozialisation, in denen politische Erfahrungen gewonnen und partizipative Elemente vermittelt werden, eingehend betrachtet worden.

Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass in Anlehnung an *Hurrelmann* der Sozialisationsbegriff eine Doppelfunktion umfasst. Zum einen die bereits thematisierte Entwicklung von Verhaltensdispositionen auf der Ebene des Individuums und zum anderen die Integration eines jungen Menschen in die Gesellschaft oder in eine Gruppe über das Lernen, Interpretieren und Beurteilen von Werten und Normen.

In Hinblick auf die politische Sozialisation findet politisches Erfahrungslernen in den Bereichen der Familie, der Schule, der Peergroup und durch die Medien statt. Dabei sind Erfahrungen prägend, die sich z. B. auf die Diskussionsfähigkeit, das Austragen von Entscheidungsprozessen und die Verantwortungsübernahme beziehen.

Die individuellen Erfahrungen werden bei den jungen Menschen unterschiedlich verarbeitet und fließen zu einem Konstrukt zusammen. Neben dem generellen politischen Rahmen beeinflussen die unterschiedlichen Sozialisationsinstanzen

das Gelingen des Sozialisationsprozesses. Wichtig ist in diesem Zusammenhang dass nicht eine Instanz allein als maßgeblich betrachtet werden kann, sondern dass politische Identität eher aus dem Zusammenspiel von Familie, Schule, Peergroups und Medien resultiert.

In Anlehnung an *Fend* zeigt sich, dass das über den Sozialisationsprozess angeeignete politische Wissen entwicklungsfähig ist, was die zentrale Aufgabe der politischen Bildung im Jugendalter unterstreicht. Persönliche Prägungen, bezogen auf politische Einstellungen, Standpunkte und Parteipräferenzen, können sich bereits in der Jugendphase herausbilden, auch wenn dieser Zeitraum noch durch ein hohes Maß an Orientierung gekennzeichnet ist.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass politisches Denken und die Entwicklung einer politischen Identität im Jugendalter entsteht. Dabei stehen die Jugendlichen vor der Aufgabe, die Rolle eines politisch mündigen Bürgers zu übernehmen. Dieser Prozess umfasst neben der politischen Wissensgenerierung auch die Öffnung gegenüber der Politik im Sinne der Herausbildung von politischem Interesse und Loyalität gegenüber dem politischen System und des weiteren den Aufbau von Partizipationsbereitschaft in Hinblick auf das Engagement für konkrete politische Themen oder für politische Angebote.

4. Politische Beteiligung

Politische Sozialisation ist wie geschildert eine Grundvoraussetzung für politische Aktivität. Damit aus politischem Interesse auch politische Handlung werden kann, müssen Beteiligungsangebote zur Verfügung stehen. Deshalb werden im folgenden Kapitel unterschiedliche Perspektiven der politischen Partizipation betrachtet. Dargelegt wird der politikwissenschaftliche Forschungsstand, um das Partizipationsverständnis durch die Einordnung in ein normatives und ein instrumentelles Politikverständnis zu verorten. Danach wird auf das Verhältnis von Jugendlichen zur Politik eingegangen und die Einstellung von Jugendlichen zu politischen Institutionen anhand der Ergebnisse empirischer Studien beleuchtet. Des Weiteren werden Kinder- und Jugendforen als Möglichkeit einer politischen Beteiligung junger Menschen diskutiert und das Phänomen der Politikverdrossenheit näher betrachtet, von dem allgemein vermutet wird, dass es besonders unter Jugendlichen weit verbreitet ist. Deshalb wird eine differenzierte Einordnung des Begriffs in den Kontext der Fragestellung vorgenommen.

4.1. Gegenstandsbereich

Der Begriff der Beteiligung oder Partizipation ist ein im Sprachgebrauch häufig verwendeter Ausdruck, der sich bei genauerer Betrachtung nicht wirklich eng definieren lässt. Er kann auf verschiedene Weise und nach unterschiedlicher Perspektive interpretiert werden: „Sie (die Partizipation) ist eine Haltung, die durch Kooperation, Dialog und Empathie gekennzeichnet ist; sie bedeutet, die Kommunikation lebendig zu halten, die Werte und Normen ständig zu überprüfen und dabei diejenigen beizubehalten, die relevant sind, und auf

diejenigen zu verzichten, die irrelevant sind.“¹⁸⁷ Somit können unter dem Begriff der Partizipation mannigfaltige Formen zusammengefasst werden, die sich im Sinne der Fragestellung auf die Bereiche Beteiligung, Mitbestimmung, Mitgestaltung, Mitspracherecht, normative Unterstützung etc. beziehen. Der Begriff der Partizipation kann aufgrund seiner Ausweitung als ein so genanntes *catchword* fungieren, wie dies auch bei *Burkey* deutlich wird: „... as with many other important concepts within the field of development, the word participation has become a catchword. Participation is ‘in’ - you can't be an approved member of the development jet set these days without dropping a reference to participation into your speeches, scholarly papers and conversation on development theory and policy.“¹⁸⁸ Der Hintergrund des Begriffs der Partizipation ist somit nicht so einfach zu benennen, wie es zuerst erscheint. Die verschiedenen Ansätze werden erst im Kontext der Anwendung und Wirksamkeit deutlich.

Die etymologische Bedeutung des Begriffs der Partizipation basiert auf dem lateinischen Ausdruck *pars* bzw. *partis* und *capere*, was ins Deutsche mit den Verben *nehmen* oder *fassen* übersetzt werden kann. In diesem Kontext kann unter Partizipation das *Teil-nehmen* oder *Teil-fassen* verstanden werden, welches sich auch im Lateinischen unter dem Begriff *particeps* fassen lässt und somit im Deutschen unter dem Verständnis von an etwas teilnehmend zugrunde gelegt werden kann. Somit kann unter dem Begriff der Partizipation im sprachgeschichtlichen Kontext die Bedeutung *Teilnahme* oder *Beteiligung* festgemacht werden.¹⁸⁹ Diese semantische Betrachtung kann aber keinerlei Aufschluss darüber geben, wie die Umsetzung von Partizipation in der Praxis ausgestaltet ist und wie der Prozess der Anwendung funktioniert.

¹⁸⁷ Peccei, A.: Das menschliche Dilemma: Zukunft lernen. Bericht an den Club of Rome, Wien 1979, S. 36.

¹⁸⁸ Burkey, S.: People First. A Guide to Self-Reliant, Participatory Rural Development, London 1993, S. 56.

¹⁸⁹ Vgl. Oser, F./Reichenbach, R.: Politische Bildung in der Schweiz. Schlussbericht. Bern 2000, S. 15.

Somit muss im Kontext der Fragestellung nach der Partizipation von Jugendlichen in politischen Parteien erst einmal geprüft werden, um welchen Bereich der Partizipation es sich hier handelt und welche Erwartungen und Ausgestaltungen verbunden sind. Eine zu offene Definition des Partizipationsbegriffs beinhaltet immer auch die Problematik, dass ein unreflektiertes Modell oder Ziel entworfen wird.¹⁹⁰

Der Partizipationsbegriff kann unter Berücksichtigung der *philosophischen, entwicklungspsychologischen, pädagogischen, juristischen* und *politischen* Perspektive abgegrenzt werden.

Aus *philosophischer Sicht* wird in Anerkennung und Wertschätzung der Bedeutung von Partizipation und somit einer Forderung nach Teilnahme eine bestimmte anthropologische Grundhaltung zum Ausdruck gebracht. Diese geht von einem Menschenbild aus, das den Menschen als Persönlichkeit ungeachtet seiner persönlichen und sozialen Merkmale anerkennt. Die Besonderheit liegt in der Betrachtung und Entwicklung von Kindern und Jugendlichen „... vom durch Erwachsenenhand zu formenden Objekt hin zum eigenständigen und mitformenden Subjekt.“¹⁹¹ Das partizipative Element wird in der philosophischen Perspektive in der Akzeptanz des Individuums korrespondierend mit eigenen Werten und Rechten zugrunde gelegt.

¹⁹⁰ Dies wird auch bei Kohl deutlich: „Die Partizipation kann aktiv oder passiv sein, erzwungen oder freiwillig, ungeplant oder in manipulativer Absicht erfolgen, moralisch gut, schlecht oder neutral sein. Aktive, gezielte Formen der Teilnahme sind per Definition auf bestimmte Ziele und Zwecke gerichtet, im intransitiven Sinne ist das Subjekt dagegen ohne vorgefasste Absicht an einem Geschehen beteiligt. Wer zuhört, liebt, schöpferisch tätig wird oder einfach sein Leben lebt, nimmt Anteil, muss aber dabei nicht unbedingt ein Ziel verfolgen. Wenn allerdings ethisch bedingte Ziele gesetzt werden, kann die Partizipation moralisch gewertet werden. In der Regel assoziiert man gute und erstrebenswerte Ziele mit dem Begriff – und übersieht, dass man auch an üblen Absichten teilhaben und verwerfliche Ziele mitverfolgen kann.“ Vgl. Kohl, E.: Partizipation als Anspruch von Bildung: Zwischen Ideologie und Illusion in der Entwicklungszusammenarbeit, Wien 1993, S. 52.

¹⁹¹ Jaun, T.: „Durch Identifikation zu Verantwortungsbewusstsein.“ Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen als Chance für eine nachhaltige Entwicklung. In: Kaufmann-Hayoz, R./Künzli, C.: „... man kann ja nicht einfach aussteigen.“ Kinder und Jugendliche zwischen Umweltangst und Konsumlust, Zürich 1999, S. 263.

Die *entwicklungspsychologische Perspektive* des Partizipationsbegriffs greift den Paradigmenwechsel des sich zu formenden Menschen zu einem mitformenden Menschen auf. Die aus der philosophischen Perspektive benannte Annahme der Akzeptanz von Kindern und Jugendlichen als eigene Persönlichkeiten mit Rechten und Pflichten, wird aus dieser Perspektive kritisch betrachtet, da davon ausgegangen wird, dass Teilhabe auch soziale und kognitive Kompetenz voraussetzt. Hierbei steht nicht so sehr die Möglichkeit der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Fokus, sondern die Frage nach den altersgemäßen Beteiligungsmöglichkeiten, „... welche eine echte Mitsprache erlauben und gleichzeitig eine Manipulation seitens der Erwachsenen verhindern.“¹⁹² Aus dieser Perspektive wird Partizipation durch die individuellen Voraussetzungen und Kompetenzen als Voraussetzung von Teilhabe ausgedrückt.

Aus *pädagogischer* Perspektive bezieht sich der Begriff der Partizipation auf die Gestaltungsmöglichkeiten, die Kindern und Jugendlichen in ihrer jeweiligen Lebenswelt angeboten werden sollen, um ihnen in Anlehnung an das Konzept des Erfahrungslernens von Dewey ein vielfältiges und nachhaltiges Lernen von Partizipation zu ermöglichen.¹⁹³ Hierbei fungiert die Erziehung nicht als Mittel der Politik, sondern als Vermittlung von Politik oder demokratischer Erfahrung. „Demokratie lernen“ als Erfahrungslernen beinhaltet einerseits eine aktive Seite, die sich auf das Versuchen und Ausprobieren bezieht und andererseits eine passive Seite, die sich auf das Hinnehmen und Akzeptieren von Gegebenheiten bezieht. Beide Seiten wirken zusammen und dieses Ineinander-Greifen stellt nach Dewey den größten Wert dar. „Durch Erfahrung lernen heißt daher, dass durch das Handeln hervorgebrachte Veränderungen zurückwirken müssen und dadurch erst Sinn und Bedeutung gewinnen können.“¹⁹⁴

¹⁹²Fatke, R./Nikowitz, M.: „Den Kindern eine Stimme geben.“ Partizipation von Kindern in der Schweiz, Zürich 2003, S. 12.

¹⁹³ Vgl. Dewey, J.: *Experience and Education*, New York 1997.

¹⁹⁴ Biedermann, H.: *Junge Menschen an der Schwelle politischer Mündigkeit. Partizipation: Patentrezept politischer Identitätsfindung?*, Münster 2006.

Aus *juristischer* Sicht interessieren im Zusammenhang mit der Themenstellung die Postulate Freiwilligkeit und Gleichheit, die die Basis einer Demokratie bilden. In diesem Kontext bildet Partizipation die Grundlage für die langfristige Aufrechterhaltung des demokratischen Systems. In Hinblick auf Kinder und Jugendliche wird der Partizipationsgedanke in der UN-Konvention¹⁹⁵ über die Rechte des Kindes gesetzlich verankert: „Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührende Angelegenheiten frei zu äußern, und die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife zu berücksichtigen.“¹⁹⁶ Somit bilden Anerkennung von Rechten und Pflichten, die Teilnahme unter der Prämisse der Freiwilligkeit, die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung und die Berücksichtigung und Integration der Meinung in den politischen Prozess die Kernelemente von Partizipation aus juristischer Perspektive.

Aus *politischer* Perspektive wird unter dem Begriff der Partizipation die Verteilung und Abgabe von Macht zusammengefasst. Dabei steht im Vordergrund, dass nicht einzelne Personen über das Wohl einer Gemeinschaft entscheiden, sondern dass Akteure in gesellschaftliche Zusammenschlüsse eingebunden sind. Dieses System basiert auf der Voraussetzung, dass prinzipiell jeder an den politischen und sozialen Entscheidungsprozessen teilhaben kann und dass alle Wege für jeden transparent sind und offen stehen. In Hinblick auf das partizipative Element wird diese Voraussetzung mitunter als das bedeutendste Kennzeichen einer demokratischen Politik benannt.¹⁹⁷

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Begriff der Partizipation durch die Berücksichtigung unterschiedlicher Perspektiven einzugrenzen ist.

¹⁹⁵ Die Erklärung über die Rechte des Kindes sind in einer UNO Vollversammlung 1989 angenommen worden.

¹⁹⁶ UNO: Un-Konvention über die Rechte des Kindes. <http://www.unicef.de/fileadmin/mediathek/download/D0011.pdf>.

¹⁹⁷ Vgl. Biedermann, H.: Junge Menschen an der Schwelle politischer Mündigkeit. Partizipation: Patentrezept politischer Identitätsfindung?, Münster 2006, S. 97.

Wesentliche Elemente sind hiernach, dass die Teilnehmenden als autonome Individuen anerkannt werden, die eigene Werte und Rechte haben (philosophische Perspektive), dass zur Teilnahme bestimmte soziale und kognitive Kompetenz unabdingbar ist (entwicklungstheoretische Perspektive), dass die Möglichkeit zur Partizipation ihre Ausgestaltung in lebensnahen Prozessen findet, die die Möglichkeit des Erfahrungslernens geben (pädagogische Perspektive), dass die Postulate Freiheit und Gleichheit die Basis für Partizipation im Rahmen der demokratischen Rechtsstaatlichkeit bilden (juristische Perspektive) und dass in partizipativen Modellen über die Möglichkeit der Öffnung von Entscheidungsprozessen die Machtverteilung im Sinne des Gleichheitspostulats ausgeformt werden kann (politische Perspektive).

4.2. Dimensionen politischer Beteiligung

Die politische Beteiligung in westlichen Industrienationen hat sich im Verlauf der letzten Jahrzehnte erheblich gewandelt. In den ersten fünfzehn bis zwanzig Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg haben die Bürger das politische Geschäft fast ausschließlich den etablierten Parteien und den Politikexperten überlassen. Der Bürger hat am politischen Geschehen einzig und allein durch die Teilnahme an Wahlen partizipiert und konnte insbesondere aus den aufkommenden Massenmedien entnehmen, was politisch entschieden und gestaltet worden ist. Dieses Bild hat sich spätestens zu dem Zeitpunkt, als die jungen Bildungseliten sich den wirtschafts- und innenpolitischen Zielsetzungen nicht mehr verbunden fühlten, verändert. Sie formulierten vielfach ihre eigenen Vorstellungen von Politik und haben dies in neuen politischen Beteiligungsformen ausgedrückt, so dass es fortan zu einem Nebeneinander konventioneller und unkonventioneller Partizipationsformen gekommen ist.

Ausgehend von dieser Entwicklung untersucht das folgende Kapitel den Gegenstandsbereich der politischen Partizipation. Nach einer begrifflichen Einordnung erfolgt die Einordnung der politischen Partizipation in den gesellschaftlichen Rahmen sowie anhand des Beispiels der Bundesrepublik Deutschland in die Darstellung verfassungsrechtlicher Grundlagen der Beteiligung, um anschließend auf unterschiedliche Formen politischer Teilhabe einzugehen. Ferner werden die untersuchungsrelevanten Beiträge der sozialwissenschaftlichen Forschung zur politischen Beteiligung zusammengefasst vorgestellt.

Die politikwissenschaftliche Partizipationsforschung unterscheidet ein instrumentelles und ein normatives Politikverständnis. Das instrumentelle Verständnis versteht Partizipation immer zielgerichtet und meint „those activities by private citizens that are more or less directly aimed at influencing the selection of governmental personnel and/or the actions they take.“¹⁹⁸

Die normative Partizipationstheorie schließt im Unterschied dazu auch Bestrebungen ein, die nicht ausschließlich einem bestimmten Ziel dienen. Politische Partizipation ist dieser Auffassung nach ein Wert an sich, somit können auch symbolische Akte als Beteiligung angesehen werden. Partizipation wird somit verstanden als „... actions of private citizens by which they seek to influence or to support government and politics. (...) it includes not and only active roles that people pursue in order to influence political outcomes but also ceremonial and support activities.“¹⁹⁹

¹⁹⁸ Kaase, M./Marsh, A.: Political Action: A Theoretical Perspective. In: Barnes, S.H./Kaase, M. u. a.: Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies, Beverly Hills/London 1979, S. 27. Unter Partizipation werden in westlichen Ländern alle Tätigkeiten verstanden, die „Bürger freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen.“ Ebenso bei Uehlinger, H.M.: Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1988, S. 2 und Parry, G./ Moyser, G./Day, N.: Political Participation and Democracy in Britain, Cambridge 1992, S. 16-39.

¹⁹⁹ Bei Conway werden unter anderem auch die instrumentellen Aspekte hervorgehoben, besondere Akzente liegen auf den symbolischen Bestrebungen. Eine deutliche Trennung zwischen symbolischer und instrumenteller Perspektive scheint nicht gewünscht: „Some forms of political participation generally regarded as

Die intensiven Forschungen und Untersuchungen zur Festlegung eines Partizipationsbegriffs in den 70er Jahren machen die Komplexität des Gegenstandsbereichs deutlich. Nicht nur der Aufwand für politische Beteiligung, sondern auch die Art und Weise des Einflusses haben im Vordergrund der Definitionsbemühungen gestanden. Die Forschergruppe um *Verba* und *Nie* hat daraus einen Katalog entwickelt, der die Mehrdimensionalität des Gegenstandsbereichs der politischen Beteiligung herausstellt und abgrenzt. Dieser Kriterienkatalog umfasst auch die Begriffe *voting*, *particularized contacts*, *campaign activity* und *communal activity*²⁰⁰

Die von *Verba* und *Nie* vertretene Strukturierung schließt die Form der unkonventionellen politischen Partizipation aus. Der Begriff des *protestors*²⁰¹ wurde von *Milbrath* und *Goel* in deutlicher Anlehnung an *Verba* und *Nie* benutzt, um die Strukturen von politischer Beteiligung zu erweitern, die Besonderheit von politischem Protest herauszustellen²⁰² und in die relevante Literatur einzuordnen. Die verschiedenen Partizipationsformen werden anhand der nachfolgenden Struktur zusammengefasst dargestellt.

instrumental may also be symbolic“. Vgl. Conway, M. M.: *Political Participation in the United States*, 2. Aufl., Washington 1991, S. 12.

²⁰⁰ Vgl. Verba, S./Nie, N.H./Kim, J.: *Participation and Political Equality. A Seven-Nation Comparison*, Chicago 1978, S. 58f.

²⁰¹ Vgl. Milbrath, L.W./Goel, M.L.: *Political Participation*, 2. Aufl., Chicago 1977, S. 12.

²⁰² Vgl. ebd., S. 13.

Dimensionen politischer Beteiligung		Formen politischer Beteiligung	Konkrete Akte politischer Beteiligung
Konventionell bzw. verfasst		Staatsbürgerrolle	Beteiligung an Wahlen
		Parteienorientierte Partizipation	Eintritt in eine Partei, aktive Mitarbeit
Unkonventionell bzw. unverfasst	legal		Mitarbeit in einer Bürgerinitiative, Teilnahme an genehmigten Demonstrationen, Unterschriftensammlungen, Beteiligung an Versammlungen und öffentlichen Diskussionen
	illegal - gewaltlos	Ziviler Ungehorsam	Teilnahme an nicht genehmigten Demonstrationen, Beteiligung an wilden Streiks, Blockaden und Hausbesetzungen
	illegal - gewaltsam	Politische Gewalt	Ausübung von Gewalt gegen Personen und Sachgegenstände

Abb. 7: Dimensionen politischer Beteiligung²⁰³

Eine verfasste politische Beteiligungsform meint die institutionell verbindliche Verankerung in der Verfassung oder in einer nachgegliederten rechtlichen Vereinbarung. Bei unverfassten Formen der politischer Beteiligung soll gezielt auf spezielle Entscheidungen des politischen Systems eingewirkt werden, wobei keine generalisierte Handlungsvollmacht (wie das bei Wahlen der Fall ist) erteilt wird.²⁰⁴ Das Bürgerbegehren gilt als ein Beispiel für eine Form direkter politischer Beteiligung. Die Verfassungen einiger Bundesländer sehen direktdemokratische Verfahren vor, diese spielen insbesondere auf kommunaler Ebene eine bedeutende Rolle. Im Gegensatz hierzu steht die Bürgerinitiative, die als nicht verfasste politische Beteiligungsform gilt. Die in dieser Untersuchung vorliegende Partizipation von Jugendlichen in politischen Parteien ist diesen Unterscheidungsmerkmalen zufolge verfasste und in der Regel indirekte Beteiligung.

²⁰³ Quelle: Buse, M.J./Nelles, W.: Formen und Bedingungen der Partizipation im politisch-administrativen Bereich. In: Alemann, U. von: Partizipation - Demokratisierung - Mitbestimmung. Problemstellung und Literatur in Politik, Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft. Eine Einführung, 2. Aufl., Opladen 1978, S. 87.

²⁰⁴ Vgl. Alemann, U. von: Politikwissenschaft, München 1994, S. 22.

Die Sozialforschung kennt eine weitere Abgrenzung: Die Einteilung der politischen Partizipation in konventionelle und unkonventionelle Beteiligung. Diese Position war forschungsleitend für die Political Action Studie von *Barnes* und *Kaase*.²⁰⁵ Diese auch von *Verba* und *Nie* vertretene Position²⁰⁶ betont die Notwendigkeit der Legalität von politischen Handlungen, also eine gegebene gesetzliche Grundlage politischer Partizipation. Somit findet konventionelle politische Beteiligung direkt oder indirekt im Kontext von Wahlprozessen statt.²⁰⁷

Unkonventionelle Beteiligung steht somit im Zusammenhang mit Protest und unterläuft nach Auffassung der 70er-Jahre die Normen der gesetzlichen und rechtlichen Regelungen.²⁰⁸ Den Schwerpunkt unkonventioneller politischer Beteiligung bilden die neuen sozialen Bewegungen, die durch Themen wie Ökologie, Frieden und Abrüstung, Menschenrechte und Entwicklung, Selbstbestimmung und Emanzipation, Partizipation und Bürgerrechte Schwerpunkte. Ausgangspunkt für die Etablierung dieser Bewegungen ist der einsetzende Wertewandel gegen Ende der 60er-Jahre und die damit einhergehenden Konfliktlinien „alt-materialistische“ versus „neupostmaterialistische“ Politik. Die Anhänger stammen in der Regel aus der so genannten Mittelschicht und sind gekennzeichnet durch einen eher höheren Bildungsabschluss. Linke Postmaterialisten repräsentieren in der Überzahl die Mitglieder dieser neuen sozialen Bewegungen. Neben den progressiven Kräften zählen aber auch reaktionäre Gruppen des rechten Spektrums zu diesen Gruppen.

Die Erweiterung des Partizipationsrepertoires der Bürger gegen Ende der 60er-Jahre hat u. a. auch dazu geführt, dass gegenwärtig unterschieden werden kann zwischen demokratischer (legaler) und aggressiver (illegaler) politischer

²⁰⁵ Vgl. Barnes, S.H./Kaase, M. u. a.: *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*, London 1979.

²⁰⁶ Verba S./Nie, N.H.: *Political Participation*. In: Greenstein F./Polsby, N. (Hrsg.): *Handbook of Political Science*, Vol. 4/1975, Nongovernmental Politics, Reading, S. 51.

²⁰⁷ Vgl. Marsh A./Kaase, M.: *Measuring Political Action*. In: Barnes, S.H./Kaase, M.: *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*. London 1979, S. 84.

²⁰⁸ Vgl. ebd. S. 41.

Partizipation.²⁰⁹ Legale politische Partizipation gliedert sich in konventionelle Formen (Wählen gehen, Parteiaktivitäten auf den verschiedenen Ebenen) und unkonventionelle Ausprägungen (Boycott oder Demonstrationen). Unter illegale Partizipation fallen Ungehorsam und Gewalt.

Im Verlauf der Partizipationsforschung ist zunehmend die Forderung laut geworden, die vorliegenden Strukturierungsmodelle weiterzuentwickeln. Diese Forderung resultiert u. a. aus der Frage, ob nicht eine längst zur Realität gewordene Bürgerinitiative aus dem Bereich der unkonventionellen Beteiligung heraus fällt.²¹⁰ Ähnliche Fragen lassen sich an Formen der Partizipation stellen, die von *Barnes* und *Kaase*, aber auch von *Muller* in den Bereich der unkonventionellen Beteiligung eingeordnet worden sind, wie beispielsweise Demonstrationen, die nunmehr zum alltäglichen Gegenstandsbereich der politischen Beteiligung gehören.²¹¹ *Uehlinger* macht in Anlehnung an *Muller* das Kennzeichen der Legalität bzw. Illegalität zum ersten grundlegenden Entscheidungskriterium der Partizipations- und Aktivitätsform.²¹²

Eine erweiterter Kriterienkatalog²¹³ der politischen Partizipation ist von der Forschergruppe um *Parry* 1992 in Großbritannien vorgestellt worden. Somit gehören zur politischen Partizipation:

²⁰⁹ Vgl. Muller, E.N.: An Explanatory Model for Differing Types of Participation. In: *European Journal of Political Research*, 10/1982, S. 1.

²¹⁰ Uehlinger, H.M.: Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Strukturen und Erklärungsmodelle, Opladen 1988, S. 219-220.

²¹¹ Vgl. Verba, S./Schlozmann, K.L./Brady, H.E.: *Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics*, Cambridge 1995, S. 47. Hier wird Beteiligung in konventionelle und Mainstream-Partizipation unterschieden, deren Abgrenzung aber von Zeit und Ort variiert. Demonstrationen werden von den unterschiedlichsten Gruppen als Protestform genutzt und zählen zur Mainstream-Partizipation. Das jeweilige politische und gesellschaftliche System, indem Partizipation stattfindet, wird durch die Angabe Ort betont, da viele in Demokratien übliche Formen der Beteiligung in anderen z. B. autoritären Systemen verboten sind.

²¹² Vgl. Uehlinger, H.M.: Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Strukturen und Erklärungsmodelle, Opladen 1988, S. 134.

²¹³ Vgl. Parry, G./Moyser, G./Day, N.: *Political Participation and Democracy in Britain*, Cambridge 1992, S. 51.

1. das Wählen,
2. das Contacting,
3. die parteiorientierte Partizipation,
4. die kollektiven Aktionen²¹⁴,
5. die direkten Aktionen sowie
6. die politische Gewalt.²¹⁵

Neben der Legalität bildet auch die Legitimität ein wichtiges Kriterium bei der Strukturierung politischer Beteiligungsformen. Einige Formen sind durchaus legal, aber nicht legitim. Legale verfasste Handlungen, die von der Gesellschaft als legitim und damit eher positiv bewertet werden, werden in der Forschung ebenfalls als konventionell bezeichnet. Nicht verfasste Handlungen sind unabhängig von ihrem Legalitäts- und Legitimitätsstatus als unkonventionell verfasst.²¹⁶

Der Forschungsgegenstand der Partizipationsforschung umfasst neben dem tatsächlichen politischen Verhalten auch die Einstellungen und Affinitäten zur Partizipation. Diese Einteilung ergibt sich aus der Auffassung, dass eine „Identität von Einstellung und Verhalten in der Regel nicht gegeben ist.“²¹⁷ Grundsätzlich werden Einstellungen zur Beteiligung aber als Voraussetzung für die tatsächliche Partizipation angesehen.²¹⁸ Ihre Untersuchung ermöglicht somit

²¹⁴ Hierunter werden sowohl politische Aktivitäten in Gruppen, als auch die Teilnahme an Demonstrationen oder Unterschriftenaktionen verstanden. Somit liegt dieser Bereich zwischen der bisher gewählten Einteilung in die konventionellen und unkonventionellen Formen der Beteiligung. Vgl. ebd., S. 51-53.

²¹⁵ Uehlinger hingegen unterscheidet fünf Kriterien. Demnach lässt sich politische Partizipation nach der Staatsbürgerrolle und den Aufgaben und Handlungen die damit verbunden sind, die parteienorientierte Partizipation, die problemorientierte Partizipation, der zivile Ungehorsam und die politische Gewalt, unterscheiden. Vgl. Uehlinger, H.M.: Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Strukturen und Erklärungsmodelle, Opladen 1988, S.129 ff.

²¹⁶ Vgl. Barnes, S.H./Kaase, M. u. a.: Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies, Beverly Hills/London 1979, S. 42.

²¹⁷ Verba, S./Nie, N.H.: Participation in America: Social Equality and Political Democracy, New York 1972, S. 3

²¹⁸ Vgl. Barnes, S.H./Kaase, M.: Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies, Beverly Hills/London 1979, S. 42; Verba, S./Nie, N.H./Kim, J.:

die Analyse politischen Wandels und der Bedingungen, unter denen politische Beteiligung geleistet werden kann.

Zahlreiche Formen legaler politischer Partizipation (z. B. die Beteiligung an Unterschriftenaktionen oder an genehmigten Demonstrationen) sind in Deutschland durch die Grundrechte der freien Meinungsäußerung (Art. 5 GG), der Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG) und des Petitionsrechts (Art. 17 GG) geschützt. Veranstalter und Teilnehmer an Versammlungen und Aktionen haben sich jedoch an Rechtsvorschriften zu halten. Was allgemein verboten ist, wird nicht dadurch legal, dass es im Rahmen einer genehmigten Veranstaltung geschieht. Im Einklang mit Art. 5 GG (Grundrechtsschranken) bleiben strafbare Meinungsäußerungen auch bei Versammlungen und Aktionen verboten. Durch die genannten Artikel setzt die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland den Rahmen für die politische Beteiligung innerhalb der Gesellschaft.

Obwohl eine Reihe von Partizipationsaktivitäten durch das Grundgesetz geschützt werden, ist in den 70er-Jahren die Legitimität dieser Aktionen von einer starken Minderheit der Bundesbürger in Frage gestellt worden. Dennoch war bereits „zu diesem Zeitpunkt eine gewisse Konventionalisierung“ legaler Protestaktionen zu verzeichnen.²¹⁹ Dies wird anhand der Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger deutlich, sich an entsprechenden Aktivitäten zu beteiligen. Bereits Mitte der 70er-Jahre sind zahlreiche Bundesbürger bereit gewesen, sich an genehmigten Demonstrationen und Unterschriftenaktionen zu beteiligen, wie durch die nachfolgende Tabelle deutlich wird. Dies lässt auf eine schon länger vorhandene Verankerung legaler Protestaktionen im Spektrum der politischen Beteiligung schließen.

Participation and Political Equality. A Seven-Nation Comparison, Chicago 1978, S. 70-93; Kaase, M.: Mass Participation. In: Jennings, M.K./van Depth, J. (Hrsg.): Continuities in Political Action: A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies, Berlin 1990, S. 37.

²¹⁹ Gabriel, O./Holtmann, E. (Hrsg.): Handbuch politisches System der Bundesrepublik Deutschland, München 1997, S. 457.

Jahre		1974	1980	1986	1988	1989	1990	1991	1992	1995
Enges Potenzial										
Unterschriften- sammlung	West	31	18	29	26	43	42	46	44	24
	Ost							39	32	15
Genehmigte Demonstration	West	9	5	11	11	13	17	15	14	17
	Ost							25	20	21
Weites Potenzial										
Unterschriften- sammlung	West	84	81	79	77	81	84	83	82	71
	Ost							79	80	53
Genehmigte Demonstration	West	65	50	54	48	50	56	51	51	54
	Ost							66	62	51

Abb. 8: Legale Protestaktivitäten in West- und Ostdeutschland ²²⁰

Die Tabelle zeigt, dass sich die Beteiligung an legalen Protestaktionen nicht nach einem regelmäßigen Muster entwickelt hat. Es wird deutlich, dass sich wesentlich mehr Bürgerinnen und Bürger an Unterschriftenaktionen als an genehmigten Demonstrationen beteiligt haben.

Die Bereitschaft zur Teilnahme an Demonstrationen oder die Teilnahme selbst unterliegt periodischen Schwankungen. Die fehlende Kontinuität ergibt sich aus der Aktualität von Themen, die das Land und die Gesellschaft betreffen und bewegen. Als Höhepunkte der Protestgeschichte in Deutschland gelten die Studentenbewegung und die außerparlamentarische Opposition von 1968 sowie die Bürgerbewegungen in Ostdeutschland 1989/1990. Während sich die Studentenbewegung eher an den intellektuellen Teil der deutschen Bevölkerung richtete und sich in Teilen mit dem Ziel der Systemsprengung schließlich radikalisierte, haben sich die Proteste und Demonstrationen in der Phase des

²²⁰ Quelle: Vgl. ebd. S. 240.

Umbruchs 1989/1990 zu einer Massenbewegung ausgebildet, die friedlich gegen das bestehende System protestiert haben²²¹

Insgesamt ist die Zahl der Protestaktionen in Deutschland von Jahr zu Jahr angestiegen, wobei die Teilnehmerzahlen schwankten. Aufgrund des Rückgangs postmaterialistischer Tendenzen in Deutschland sind die neuen sozialen Bewegungen als Phänomen der 70er- und 80er-Jahre einzuordnen. Im Zuge der Globalisierung sind sie von den NGOs (Nicht-Regierungsorganisation) abgelöst worden. Diese haben aufgrund des enormen Mobilisierungspotenzials und der Ausnutzung der modernen Kommunikationsmittel eine internationale Vernetzung erreicht und somit eine hohe politische Wirkungsmacht.²²²

In Westdeutschland ist nach der Wiedervereinigung keine größere Änderung im Potenzial für legale Protestaktionen festzustellen. Wenn man einen Ost-West-Vergleich vornimmt, wird deutlich, dass im Osten die Bereitschaft zur Beteiligung an Demonstrationen stärker verbreitet ist als im Westen. Die Bereitschaft zur Beteiligung an Unterschriftenaktionen ist in den alten Bundesländern Anfang bis Mitte der 90er Jahre stärker verbreitet gewesen als im Osten.²²³

Legale politische Protestaktionen gehören in den westlichen Demokratien zum Handlungsrepertoire eines großen Teils der Bevölkerung. Verglichen mit anderen europäischen Ländern nimmt Deutschland eine mittlere Position ein.²²⁴ Die Bereitschaft zu Unterschriftenaktionen ist etwas stärker ausgeprägt als im

²²¹ Vgl. Rucht, D.: Wendepunkte der Protestgeschichte Deutschlands. In: Imhof, K./Schulz, P. (Hrsg.): Kommunikation und Revolution, Zürich 1998, S. 382 ff.

²²² Vgl. Beisheim, M./Zürn, M.: Transnationale Nicht-Regierungsorganisationen. Eine Antwort auf die Globalisierung?, In: Klein, A. (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven, Opladen 1999, S. 306-319.

²²³ Vgl. Gabriel, O./Holtmann, E.: Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland, München 1997, S. 458.

²²⁴ Vgl. Rucht, D.: Soziale Bewegungen als demokratische Produktionskraft. In: Klein, A./Schmalz-Bruns, R. (Hrsg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen, Bonn 1997, S. 382-403.

Durchschnitt der EU-Staaten, bei der Teilnahme an Demonstrationen sind eher unterdurchschnittliche Werte ermittelt worden.²²⁵

Im Gegensatz zu den legalen Protestaktionen werden Aktionen des so genannten zivilen Ungehorsams, wie Streiks, Verkehrsblockaden, Boykotte, Sit-Ins etc. von der Mehrheit der Bundesbürger nicht als legitime Formen der Interessendurchsetzung eingestuft. Diese Formen der politischen Beteiligung verstoßen oftmals gegen geltende Rechtsvorschriften und beeinträchtigen die Rechte Dritter. Diese Beteiligungsarten spielten bisher in Deutschland (mit Ausnahmen wie zum Beispiel den Castor Transporten) eine untergeordnete Rolle. Zwar erklären die Bundesbürger, dass sie bei gegebenem Anlass Boykotte oder andere Ausdrucksmöglichkeiten des zivilen Ungehorsams in Betracht ziehen würden, doch die tatsächliche Beteiligung hierzu ist nur bei einer Minderheit zu finden.

Im Vergleich zu anderen EU Staaten sind die Bereitschaft zum zivilen Ungehorsam und die Beteiligung an etwaigen Aktivitäten sehr schwach entwickelt. Die Entwicklung des zivilen Ungehorsams bis in die frühen 90er Jahre ist in der nachfolgenden Abbildung zusammengefasst.

²²⁵ Vgl. Kaase, M.: Zur Entwicklung von konventionellen und unkonventionellen Formen politischer Beteiligung in westlichen Demokratien. In: Kleinfeld, R./Luthardt, W.: Westliche Demokratien und Interessenvermittlung. Zur aktuellen Entwicklung nationaler Parteien- und Verbändesysteme, Marburg 1998, S. 17-31.

Jahre		1974	1980	1986	1988	1989	1990	1991	1992
Enges Potenzial									
Bojkotte	West	4		4	5	6	10	6	7
	Ost							2	2
Verkehrsblockaden	West	2	1			4			
Wilde Streiks	West	1	0			1			
Steuerstreiks	West	1	0			2			
Sit-Ins	West	0	0			1			1
	Ost								1
Weites Potenzial									
Bojkotte	West	51	43	46	44	43	52	42	47
	Ost							34	33
Verkehrsblockaden	West	17	23			23			
Wilde Streiks	West	22	17			17			
Steuerstreiks	West	29	27			28			
Sit-Ins	West	27	13			13			18
	Ost								6

Abb.: 9: Ziviler Ungehorsam in West- und Ostdeutschland²²⁶

Auch politische Gewalt als Möglichkeit zur Durchsetzung politischer Ziele ist in allen westlichen Demokratien zu finden. Hier lässt sich kein einheitliches europäisches Bild zeichnen, da die Ursachen und Auslösefaktoren für politische Gewalt sehr unterschiedlich sind und das Gewaltpotenzial in einer Gesellschaft nur sehr schwer zu fassen ist. Die Beweggründe für die Anwendung politischer Gewalt haben sich in den letzten zwanzig Jahren stark verändert. Während früher die linksextremistische Gewalt²²⁷ eine große Rolle spielte, hat in den vergangenen Jahren die rechtsextremistische Gewalt zugenommen. Politische Gewaltakte spielen in Deutschland zwar eine untergeordnete Rolle, dennoch genügen oft geringe Anlässe, um sie hervortreten zu lassen. Die Übergänge von der legalen Demonstration über den zivilen Ungehorsam bis hin zur politischen Gewalt sind fließend.²²⁸

²²⁶ Quelle: Gabriel, O./Holtmann, E. (Hrsg.): Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland, München 1997, S. 464.

²²⁷ Vgl. Baake, D./Ferchhoff, W.: Jugend und Kultur. In: Krüger, H.-H. (Hrsg.): Handbuch der Jugendforschung, 2. Aufl., Opladen 1993, S. 403-447.

²²⁸ Die Kriminalitätsbelastung ist bei jungen Menschen deutlich größer ausgeprägt als bei Vollerwachsenen. Diese Überrepräsentation junger Menschen unter den Tatverdächtigen als auch unter den Verurteilten zeichnet sich seit längerem ab. Dabei

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass neben den konventionellen politischen Beteiligungsformen der „politische Protest, zumal in seiner offensiveren, bewegungstypischen Form, eine wichtige und im Zeitverlauf zunehmende Bedeutung im Verhaltensrepertoire der Bürgerschaft einnimmt.“²²⁹ Hieraus resultieren soziokulturelle Bewegungsmilieus, die infrastrukturelle Organisationszentren entwickelt haben und deren Abbildung schließlich im deutschen Parteiensystem sichtbar geworden ist. Beispielhaft hierfür sind die Gründungen alternativer Wahlbündnisse und Listen bereits Ende der 70er-Jahre. Die Partei Bündnis '90/die Grünen steht exemplarisch für die Entwicklung einer sozialen Bewegung: Radikale Forderungen sind durch pragmatische Konzepte abgelöst und kontinuierlich worden und werden noch die basisdemokratischen Elemente zugunsten einer stärkeren Professionalisierung der Partei zurückgenommen.²³⁰

Insgesamt macht die Betrachtung der Dimensionen politischer Partizipation deutlich, dass das Nebeneinander von konventioneller und unkonventioneller politischer Partizipation nicht als Krisen-Erscheinung der Demokratie zu werten ist, sondern als Ausdruck grundlegender Wandlungsprozesse in den politischen Orientierungen der Bevölkerung. Das Reservoir konventioneller und unkonventioneller Formen wird situationsabhängig und zielorientiert eingesetzt. Ein neues Partizipationsverständnis hat die „Normalisierung des Unkonventionellen“²³¹ möglich gemacht. Somit ist eine dauerhafte Koexistenz

wird in den Untersuchungen von einer „Linksschiefe“ gesprochen. Hierbei steigt die Kriminalitätsbelastung vom 14. Lebensjahr zunächst steil an und erreicht dann im Alter der Heranwachsenden und Jungerwachsenen ihren Gipfel und läuft bis zum 35. Lebensjahr allmählich aus. Vgl. Verfassungsschutzbericht 2004. http://www.verfassungsschutz.de/download/SHOW/vsbericht_2004.pdf

²²⁹ Rucht, D.: Soziale Bewegungen als demokratische Produktionskraft. In: Klein, A./Schmalz-Bruns, R. (Hrsg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen, Bonn 1997, S. 389.

²³⁰ Vgl. Raschke, J.: Die Zukunft der Grünen. So kann man nicht regieren, Frankfurt 2001.

²³¹ Wessels, B.: Politisierung entlang neuer Konfliktlinien. In: Klein, A./Schmalz-Bruns, R. (Hrsg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen, Bonn 1998, S. 214.

von verfasster und unverfasster politischer Partizipation auch zukünftig zu erwarten.

4.3. Politikverdrossenheit

Der Begriff der Politikverdrossenheit²³² wird an dieser Stelle gesondert dargestellt, um dieses mittlerweile zum Modebegriff gewordene Phänomen zu beschreiben und mögliche Zusammenhänge mit der Fragestellung in dieser Arbeit aufzuzeigen.²³³

Politikverdrossenheit beschreibt zunächst eine distanzierte bis ablehnende Haltung der Bürger zur Politik. Gelegentlich wird auch eine gleichgültige Haltung mit dem Begriff der Politikverdrossenheit verbunden. Etymologisch abgeleitet von „verdrießen“ wird demzufolge eine Einstellung gekennzeichnet, die von Missmut und Verärgerung geprägt ist. Zur Verständnisklärung gehört eine weitere Dimension. Sie umfasst die Distanz zum jeweiligen Objekt, um das es geht – in diesem Fall die Politik. Diese Distanz kann als eine „Mischung aus Enttäuschung, Resignation, Ohnmacht und Ressentiment“ betrachtet werden. Somit sind sowohl Kritik als auch Distanz gegenüber dem gewählten Referenzobjekt maßgeblich, um das Phänomen der Verdrossenheit angemessen zu beschreiben.²³⁴ *Arzheimer* identifiziert im Ausdruck von Politikverdrossenheit Gefühle von Enttäuschung und Unzufriedenheit sowie

²³² „Ein Gespenst geht um in Deutschland, und es heißt Politikverdrossenheit.“ Vgl. Schweda, B.: Dynamisch und machtlos? Podiumsdiskussion mit jungen Abgeordneten, In: Das Parlament, 50. Jhrg., Nr. 28, Wochenzeitung vom 07.07.2000, S. 18.

²³³ Umfassende neuere Studien zum Begriff der Politikverdrossenheit liegen vor von Pickel, G.: Jugend und Politikverdrossenheit. Zwei politische Kulturen im Deutschland nach der Vereinigung?, Opladen 2002 und Arzheimer, K.: Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs, Wiesbaden 2002.

²³⁴ Maier, J.: Politikverdrossenheit in der Bundesrepublik Deutschland. Dimensionen-Determinanten-Konsequenzen, Opladen 2000, S. 360.

Misstrauen gegenüber den Objekten der Verdrossenheit als die am häufigsten verwendeten Einstellungen.²³⁵

Diese Zweidimensionalität kommt auch im Theoriemodell der Politischen Unterstützung von *Easton* zum Ausdruck,²³⁶ auf das sich auch *Arzheimer*²³⁷ und *Maurer*²³⁸ in ihren Analysen des Phänomens der Politikverdrossenheit beziehen.

Der Bürger richtet *Easton* zufolge Ansprüche an das politische System (*Input*), die politischen Handlungsträger treffen Entscheidungen (*Output*), die mit den Folgen dieser Entscheidungen (*Outcome*) vom Bürger bewertet werden. Diese Bewertung ist relevant für die Unterstützung, die der Bürger der Politik entgegenbringt und die wiederum Teil des *Inputs* ist. Dabei differenziert *Easton* die spezifische Unterstützung als die eigentliche Bewertung konkreter Outputs, die dementsprechenden Schwankungen unterliegt. „Diffuse Unterstützung dagegen ist definiert als langfristige stabile, leistungsunabhängige Bindung an ein politisches System, die zuerst durch den Sozialisationsprozess und in zweiter Linie durch konkrete Erfahrungen mit dem System entsteht. Sie ist also nicht vollkommen leistungsunabhängig, sorgt aber dafür, dass auch unbefriedigende Leistungen des politischen Systems über einen gewissen Zeitraum hingenommen werden.“²³⁹ Neben den Unterstützungsformen ‚spezifisch‘ und ‚diffus‘ sieht *Easton* in seinem Konzept mit der ‚diffus-spezifischen Unterstützung‘ eine dritte Variante. Diese dritte Form geht über die Bewertung konkreter Einzel-Outputs hinaus und fasst verschiedene Urteile zu einer Bewertung der realen Politik mit ihren Akteuren, Prozessen und Outputs zusammen, ohne die Ebene der grundsätzlichen Bewertung der politischen Ordnung zu verlassen.²⁴⁰

²³⁵ Vgl. Arzheimer, K.: Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs, Wiesbaden 2002, S. 130.

²³⁶ Vgl. Easton, D.: A System Analysis of Political Life, New York 1965.

²³⁷ Vgl. Arzheimer, K.: Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs, Wiesbaden 2002, S. 130.

²³⁸ Vgl. Maurer, M.: Politikverdrossenheit durch Medienberichte. Eine Paneluntersuchung, Konstanz 2003.

²³⁹ Ebd. S. 23.

²⁴⁰ Vgl. ebd. S. 19.

Die Unterscheidung in verschiedene Formen politischer Unterstützung ermöglicht es, das Ausmaß von Politikverdrossenheit bei jungen Menschen differenziert zu betrachten. Politikverdrossenheit ist demzufolge mehr als die Bewertung einzelner Entscheidungen und sie kann nicht gleichgesetzt werden mit einer Verdrossenheit gegenüber der Demokratie und gegenüber einer demokratischen Verfasstheit des Staates. Eher kann sie als diffuse Unzufriedenheit mit (wahrgenommenen) typischen Mustern der realen politischen Prozesse und den politischen Akteuren definiert werden.²⁴¹

Der Begriff Politikverdrossenheit trifft nicht nur die Jugend, sondern ist eine gesellschaftliche Erscheinung, obwohl dieses Phänomen in der Öffentlichkeit oftmals als Problem der Jugend thematisiert wird. Die Diskussion und Argumentation um diesen Begriff endet oftmals in der Klassifikation der heutigen Jugend als „politikfeindlich“ und „politikmüde.“²⁴² Diese Attribute werden vielerorts belegt durch die geringe Wahlbeteiligung der jungen Menschen sowie durch das geringe Vertrauen in politische Institutionen. So liegt es nahe, ein sinkendes Interesse an der Politik in der jugendlichen Lebenswelt auszumachen und Jugendlichen in Anlehnung an gesellschaftliche Veränderungen vorzuwerfen, sich nur an eigenen Interessen und Werten zu orientieren.

Demgegenüber kann aber nicht von einer generellen „Politikverdrossenheit“ unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen gesprochen werden, denn zahlreiche Untersuchungen²⁴³ zeigen, dass Teile dieser Altersgruppe sehr wohl

²⁴¹ Es wird darauf hingewiesen, dass es keine spezifische Operationalisierung gibt, mit der Politikverdrossenheit gemessen werden kann. Entsprechend der Ausrichtung des jeweiligen Forschungsdesigns werden zumeist Indikatoren aus z. B. politikwissenschaftlichen, soziologischen, psychologischen oder medienwissenschaftlichen Forschungsfeldern herangezogen.

²⁴² Vgl. Burdewick, I.: Jugend-Politik-Anerkennung, eine qualitative empirische Studie zur politischen Partizipation 11- bis 18-Jähriger, Bonn 2003, S. 78.

²⁴³ Vgl. Deutsche Shell Jugendstudie 2000 und 2002; Gille, M./Krüger, W. (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29-Jährigen im vereinigten Deutschland, Opladen 2000, S. 205-265; Hoffmann-Lange, U.: Jugend und Demokratie und Deutschland, DJI-Jugendsurvey 1, Opladen 2005.

Interesse an ökologischen Themen, Friedens- und Entwicklungspolitik zeigen und demzufolge von einem generellen Desinteresse junger Menschen an der Politik nicht ausgegangen werden kann.

Somit ist weniger ein Rückgang in der Bereitschaft zur politischen Beteiligung Jugendlicher festzustellen, sondern vielmehr eine Änderung des politischen Beteiligungsspektrums junger Menschen erkennbar. Die Eurovol-Studie²⁴⁴ zeigt, dass im Jahr 1996 fast ein Viertel der befragten Jugendlichen im Alter von 14 bis 24 Jahren eine freiwillige soziale und damit gesellschaftlich Nutzen stiftende Tätigkeit ausgeübt haben. Die qualitativ ausgerichteten Teile der Shell-Studien aus den Jahren 1997 und 2000 machen deutlich, dass sich Jugendliche je nach Grad der persönlichen Betroffenheit politisch engagieren, was jedoch ohne nachweisliche Mitgliedschaft in einer Partei oder ohne Übernahme eines Amtes geschieht.²⁴⁵ Entsprechend fasst die 12. Shell Studie zusammen: „Nicht die Jugend ist politikverdrossen, sondern sie erlebt im Gegenteil die Politik als jugendverdrossen.“²⁴⁶

Eine allgemeine und grundsätzliche Politikverdrossenheit bei jungen Menschen kann auf Basis dieser Studienergebnisse nicht ausgemacht werden. Deutlich wird aber - und das zeigen auch die Ausführungen der bisherigen Kapitel - dass Jugendliche und junge Erwachsene mit der Arbeit der politischen Handlungs- und Entscheidungsträger nicht zufrieden sind. Damit sind die Bereiche der „polity-making“ gemeint, die aus politikwissenschaftlicher Perspektive für den Output des Systems verantwortlich sind²⁴⁷ und anhand derer auch die Leistungsfähigkeit der Politik festgemacht werden kann. Die Ergebnisse der angeführten Studien zeigen, dass junge Menschen insbesondere Politiker und

²⁴⁴ Vgl. Gaskin, K./Smith, J.: A new Civic Europe? A Study of Extent and Role of Volunteering, London 1996.

²⁴⁵ Vgl. Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend '97 - Zukunftsperspektiven, gesellschaftliches Engagement, politische Orientierungen, Opladen 1997; Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend 2000. 13. Shell Jugendstudie, Opladen 2000.

²⁴⁶ Vgl. Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend '97 - Zukunftsperspektiven, gesellschaftliches Engagement, politische Orientierungen, Opladen 1997.

²⁴⁷ Vgl. Almond, G./Verba, S.: The Civic Culture Revisited. An Analytic Study, Princeton 1980, S. 45.

Parteien negativ bewerten.²⁴⁸ In der Konsequenz sehen Jugendliche keinen Grund, warum sie sich in Parteien bzw. für Politiker engagieren sollten. Die Partizipation wird als nicht lohnenswert betrachtet. Zwar wird die demokratische Ordnung als Staatsform nicht hinterfragt, wohl aber die Art der Aufgabenwahrnehmung und das Ausmaß der Ergebnisse, die politische Handlungsträger erbringen.²⁴⁹

In Bezug auf die Fragestellung der vorliegenden Arbeit wird darauf hingewiesen, dass das sinkende politische Interesse nicht eine besonders jugendspezifische Ausprägung ist. Eine ablehnende Haltung ist, wenn auch etwas geringer, ebenfalls in anderen Altersgruppen zu finden. *Pickel* weist darauf hin, dass junge Menschen sich in der Regel sogar offener gegenüber der politischen Teilhabe verhalten.²⁵⁰ Gerade diese flexiblere Herangehensweise an politische Zusammenhänge erfordert andere auf Jugendliche zugeschnittene Partizipationsformen und ein entsprechendes Eingehen der traditionellen Politik auf diese Lebenswelt. Bestätigt wird dies durch Untersuchungen, die zeigen, dass der grundsätzlichen Engagementbereitschaft junger Menschen, die im Vergleich zur Gesamtbevölkerung stärker ausgeprägt ist, die Annahme gegenüber steht, dass das eigene Wirken nicht effektiv ist.²⁵¹ Somit sind Jugendliche grundsätzlich bereit, sich zu engagieren, glauben aber, dass sie ihr Engagement nicht effektiv genug einbringen können.

Im Zusammenhang mit den im dritten Kapitel beschriebenen Theorien und Annahmen zur Sozialisation ist darauf hingewiesen worden, dass Jugendliche nicht als einheitliche, klar definierte und abgrenzbare Gruppe anzusehen sind, sondern dass das Jugendalter eine Phase umfasst, die von Lebensumbrüchen

²⁴⁸ Vgl. *Pickel, G.: Jugend und Politikverdrossenheit. Zwei politische Kulturen im Deutschland nach der Vereinigung?*, Opladen 2002, S. 164.

²⁴⁹ Diese Annahme wird auch bei *Lipset* ausgeführt, der bei der Bewertung von Demokratien und deren Stabilität zwischen der Legitimität und Effektivität differenziert. Vgl. *Lipset, S.M.: Political Man. The Social Bases of Politics*, Baltimore 1981.

²⁵⁰ Vgl. *Pickel, G.: Jugend und Politikverdrossenheit. Zwei politische Kulturen im Deutschland nach der Vereinigung?*, Opladen 2002, S. 161.

²⁵¹ Vgl. *Pickel, G.: Jugend und Politikverdrossenheit. Zwei politische Kulturen im Deutschland nach der Vereinigung?*, Opladen 2002, S. 167.

geprägt ist. Somit liegen mögliche Begründungen für das mangelnde Interesse an den institutionellen Formen der Politik zum einen in den durch den Sozialisationsprozess erworbenen Werten und Normen (Sozialisationshypothese), aus denen ein individueller Anspruch abgeleitet wird.

Daneben spielt aber auch das individuelle Umfeld des Jugendlichen eine große Rolle (Situationshypothese) und die Erfahrung, die der Einzelne mit Politik gemacht hat und ob er sich von den politischen Handlungsträgern anerkannt fühlt (Identitätshypothese). Zum anderen resultiert das mangelnde Interesse auch in der größer gewordenen Distanz zwischen der etablierten Politik und den jungen Menschen. Somit befinden sich junge Menschen in einem Spannungsfeld zwischen den eigenen biografischen Anforderungen im Prozess des Erwachsenwerdens und andererseits sind sie von den politischen Verantwortlichen und Institutionen enttäuscht.

Aus pädagogischer Perspektive stehen im Zusammenhang mit der Bewertung der Demokratie zum einen die im Prozess der Sozialisation übernommenen Werte und Orientierungen im Vordergrund und zum anderen die Annahme, dass generelle sozialstrukturelle und situative Unterschiede die Differenzen in politischen Einstellungen bedingen. Darüber hinaus ergänzen sich die Erfahrungen des Einzelnen zur Herausbildung einer eigenen politischen Identität, die für die Einstellung zu politischen Themen und die Übernahme einer potenziellen politischen Rolle unabdingbar ist.

Zusammenfassend lässt sich somit festhalten, dass Politikverdrossenheit eine kollektive Haltung des Bürgers zum Gesamtkomplex der Politik darstellt, wobei eine Fokussierung auf politische Akteure und Parteien erfolgt. Politikverdrossenheit bezieht sich in Anlehnung an das Konzept der politischen Unterstützung nach *Easton* auf den Bereich der diffus-spezifischen Unterstützung. Sie ist damit keine Ablehnung des demokratischen Systems als solches, aber auch mehr als bloße Verärgerung über einzelne konkrete Ereignisse.

4.4. Zum Verhältnis Jugend und Politik

In demokratischen Gesellschaften sind die politische Partizipation von Jugendlichen und die gesellschaftliche Integration der Jugend bedeutende Themen. Es sei noch einmal darauf hingewiesen, dass die Teilhabe der Jugend an sozialen und politischen Prozessen wird als wesentliches Element der Stabilität, Akzeptanz und Entwicklung einer lebendigen Demokratie angesehen.

Dabei ist der Zugang der Kinder und Jugendlichen zur Politik ein besonderer und geprägt von einer kritischen Sensibilität im Umgang mit Bereichen der politischen und sozialen Moral: „Kinder und Jugendliche verstehen Politik ganzheitlich - nicht nur intellektuell, sondern auch mit ihrer Seele und ihren ganzen Gefühlen. Ängste, Bedürfnisse und Sorgen, die sich nicht immer in Worte fassen lassen, werden von ihnen mit in die politische Diskussion einbezogen. Durch ihre biografische Umbruchsituation verstärkt, setzen sie sich sehr intensiv mit Sinngebungs- und Orientierungsfragen auseinander.“²⁵²

Gründe für ein politisches Engagement sehen Jugendliche dann, wenn sie von der Wirksamkeit der eigenen Arbeit überzeugt sind. Das bedeutet, sie können sich dann vorstellen, politisch zu agieren, wenn die Themenstellung transparent und überschaubar ist und in einem zeitlich begrenzten Rahmen stattfindet. Dabei zeigt sich, dass es den Jugendlichen wichtig ist, in ihr soziales Gefüge eingebunden zu sein und sich zusammen mit dem Freundeskreis für ein abgegrenztes Thema zu engagieren. *Pickel* hat in einer Studie Voraussetzungen zusammengestellt, die für das Engagement Jugendlicher entscheidend sind:

²⁵² Hurrelmann, K.: Warum die junge Generation politisch stärker partizipieren muss. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B44/2001, S. 6.

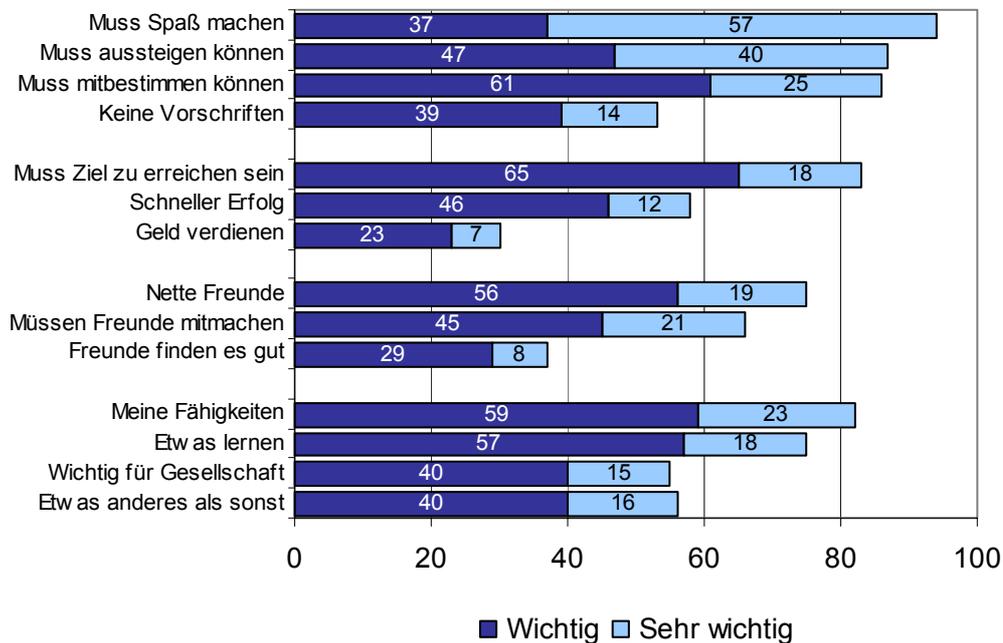


Abb. 10: Gründe für politisches Engagement bei 12- bis 24-Jährigen ²⁵³

Diese Abbildung lässt auf die Erwartungen junger Menschen an den Rahmen politischer Beteiligung schließen: Flexibel, zeitnah, transparent, wissenserweiternd und letztendlich eingebunden in die individuellen sozialen Kontakte.

In den nachfolgenden Kapiteln geht es zunächst um die Bedeutung politischer Partizipationsmöglichkeiten für Jugendliche und um die Frage, welche Beteiligungsformen für sie eine Rolle spielen. Dabei werden die bereits beschriebenen veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in denen Jugendliche agieren, berücksichtigt.

²⁵³ Quelle: Pickel, G.: Jugend und Politikverdrossenheit. Zwei politische Kulturen im Deutschland nach der Vereinigung?, Opladen 2002, S. 44.

4.4.1. Interesse und Einstellungen

Entsprechend den Konzepten der Politischen-Kultur-Forschung²⁵⁴ ist die Stabilität eines demokratischen Systems von der Akzeptanz und der Unterstützung der nachwachsenden Generation abhängig. Der Begriff Demokratie ist hierbei nicht in erster Linie als institutionelle Staatsform zu sehen, vielmehr steht die ideologische Idee im Vordergrund, demzufolge es einer tragenden gesellschaftlichen Breite bedarf und die fest in der Gesellschaft verankert sein sollte. Inwiefern der demokratische Gedanke in einer Gesellschaft verinnerlicht ist, spiegelt sich in dem Verhältnis von politischen Einstellungen, Verhaltensweisen und der Unterstützung der jungen Menschen gegenüber dem demokratischen und politischen System wider.²⁵⁵

Jugendliche unterscheiden sich deutlich innerhalb ihrer Lebensphase. Dabei liegen die unter 18-Jährigen um bis zu 20%-Punkte in ihrem persönlichen Interesse unter den 18- bis 23-Jährigen und um bis zu 35%-Punkte unter der Gruppe der 24- bis 29-Jährigen.²⁵⁶ Diese Diskrepanz lässt sich durch den Zugewinn an politischer Handlungsfähigkeit ab der Vollendung des 18. Lebensjahres erklären und der daraus resultierenden Konfrontation mit Politik. Die Notwendigkeit sich mit Politik auseinander zu setzen, ist unter 18 Jahren nicht gegeben, da ein substantielles Einwirken durch Wahlen nicht grundsätzlich möglich ist.

²⁵⁴ Vgl. Almond, G./Verba, S.: The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Princeton 1963; Easton, D.: A Re-Assessment of the Concept of Political Support. In: British Journal of Political Science 5/1968, S. 435-457; Berg-Schlosser, D./Schissler, J.: Politische Kultur in Deutschland. Sonderheft 18 der Politischen Vierteljahresschrift, Opladen 1987.

²⁵⁵ Vgl. Easton, D.: A Re-Assessment of the Concept of Political Support. In: British Journal of Political Science 5/1968, S. 435-457 und Easton, D.: A System Analysis of Political Life, New York 1979.

²⁵⁶ Vgl. Pickel, G.: Jugend und Politikverdrossenheit. Zwei politische Kulturen im Deutschland nach der Vereinigung?, Opladen 2002, S. 23.

Die geringe Wahlbeteiligung von Erstwählern und Erstwählerinnen und die Nachwuchsprobleme bei den etablierten Parteien,²⁵⁷ weisen auf eine große Distanz junger Menschen zu den etablierten Handlungsträgern hin. So zeigen Jugendstudien einen Rückgang des Interesses an Politik,²⁵⁸ sinkendes Vertrauen in die staatlichen Institutionen²⁵⁹ und eine Absage an die klassischen Partizipationsformen, wie die Stimmabgabe bei der Wahl, oder die Parteimitgliedschaft.²⁶⁰

Auch andere gesellschaftliche Institutionen wie die Gewerkschaften, die Kirchen und Jugendverbände leiden unter Nachwuchsmangel.²⁶¹ Diese Diskrepanz zwischen dem grundsätzlichen politischen Interesse einerseits und der Ablehnung der institutionalisierten Politik andererseits, trifft auf Mädchen und jungen Frauen in einem noch stärkeren Maße zu als bei den Jungen und Männern im selben Alter.²⁶² Demzufolge sind es eher junge Männer, die theoretisch zu

²⁵⁷ Nach Wiesendahl stellt sich die Jungmitgliederentwicklung der etablierten Parteien über die letzten 25 Jahre dar, „wie die Geschichte eines Exodus von mehreren Junggenerationen, die mit den Parteien nichts mehr zu tun haben wollen.“ Vgl. Wiesendahl, E.: Keine Lust mehr auf Parteien. Zur Abwendung Jugendlicher von den Parteien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B10/2001, S. 7.

²⁵⁸ Vgl. Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend '97 - Zukunftsperspektiven, gesellschaftliches Engagement, politische Orientierungen, Opladen 1997; Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend 2000. 13. Shell Jugendstudie, Opladen 2000; Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend 2002. Zwischen pragmatischem Idealismus und robustem Materialismus, Frankfurt 2002.

²⁵⁹ Vgl. Krüger, W.: Vertrauen in Institutionen. In: Hoffmann-Lange, U. (Hrsg.): Jugend und Demokratie in Deutschland, DJI-Jugendsurvey 1, Opladen 1995, S. 245-274; Münchmeier, R.: Die Lebenslage junger Menschen. In: Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend '97 - Zukunftsperspektiven, gesellschaftliches Engagement, politische Orientierungen, Opladen 1997, S. 277-301.

²⁶⁰ Vgl. Gaiser, W./Rijke, J. de: Partizipation und politisches Engagement. In: Gille, M./Krüger, W. (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29-Jährigen im vereinigten Deutschland, Opladen 2000, S. 271 ff.

²⁶¹ Vgl. Hoffmann-Lange, U.: Jugend zwischen politischer Teilnahmereitschaft und Politikverdrossenheit. In: Palentien, C./Hurrelmann, K. (Hrsg.): Jugend und Politik. Ein Handbuch für Forschung, Lehre und Praxis, 2. Aufl., Neuwied 1998, S. 179.

²⁶² Vgl. Fischer, A.: Jugend und Politik. In: Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend 2000. 13. Shell Jugendstudie, Opladen 2000, S. 261-282; Deutsche Shell (Hrsg.), Jugend 2002. Zwischen pragmatischem Idealismus und robustem Materialismus, Frankfurt 2002.

einer Mitgliedschaft in Parteien bereit sind als Frauen, die sich eher in einer Bürgerinitiative engagieren würden.²⁶³

Ein weiteres Phänomen ist die bereits angesprochene kontinuierlich rückläufige Wahlbeteiligung²⁶⁴ junger Menschen, die deutlich unter der der Gesamtbevölkerung liegt. Die Teilnahme der 18- bis 24-Jährigen an Bundestagswahlen zwischen 1983 und 1990 ist von 84,5% auf 62,9% gesunken. Bei den Landtagswahlen hat sich die Beteiligung zwischen 1972, 1976, 1998 und 2000 von 70,6% auf 48,2% reduziert.²⁶⁵ Auch hier liegt die Wahlbeteiligung von weiblichen Wählern unter der der gleichaltrigen Männer.

Ein großer Anteil der Jugendlichen spricht sich im Gegensatz zu den Erwachsenen nicht für eine bestimmte Partei aus. Die deutliche Mehrheit hält Politiker und Politikerinnen für nicht vertrauenswürdig.²⁶⁶ Als Gründe für diese Entwicklung können Verhaltensweisen im Umgang mit politischen Skandalen, wie z. B. Verstöße gegen das Parteiengesetz im Rahmen der Parteienfinanzierung, genannt werden.²⁶⁷ Diese Vorstellung hat sich in der deutschen Bevölkerung eher verstärkt als abgeschwächt. Eine Studie des INRA-Instituts 2001 zeigt, dass die Zahl der Personen, die Parteien und Politiker

²⁶³ Schneider, H.: Politische Partizipation - zwischen Krise und Wandel. In: Hoffmann-Lange, U. (Hrsg.): Jugend und Demokratie in Deutschland, DJI-Jugendsurvey 1, Opladen 1995, S. 275-335.

²⁶⁴ Vgl. ebd. S. 243.

²⁶⁵ Vgl. Gaiser, W./ Rijke, J. de: Partizipation und politisches Engagement. In: Gille, M./Krüger, W. (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29-Jährigen im vereinigten Deutschland, Wiesbaden 2000, S. 255; Wiesendahl, E.: Keine Lust mehr auf Parteien. Zur Abwendung Jugendlicher von den Parteien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B10/2001, S. 10. Untersuchungen zum Rückgang der Wahlbeteiligungen von jungen Menschen finden sich auch bei Gaiser, W./Rijke, J. de: Gesellschaftliche Beteiligung der Jugend. Handlungsfelder, Entwicklungstendenzen, Hintergründe. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B44/2001, S. 8-16.

²⁶⁶ Vgl. Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend 2000. 13. Shell Jugendstudie, Opladen 2000, S. 261.

²⁶⁷ Arnim, H.H. von: Demokratie ohne Volk. Plädoyer gegen Staatsversagen, Machtmissbrauch und Politikverdrossenheit, München 1993.

generell als korrupt ansehen, zwischen 1995 und 2000 von 30% auf 40% zugenommen hat.²⁶⁸

Die PCE-Studie 2000²⁶⁹ verdeutlicht die Auffassung der Befragten, dass Politiker vor Nichts zurückschrecken, um ihre Interessen durchzusetzen und dass der Staat von den Parteien als Eigentum behandelt wird. Die Konsequenz ist die generelle Abwertung politischen Handelns im Rahmen des konventionellen politischen Systems und damit korrespondierend eine generelle negative Betrachtung der Politik durch die Jugendlichen:

Jahre	1992 (Angaben in %)		1997 (Angaben in %)	
	West	Ost	West	Ost
Aussagen				
Ich glaube nicht, dass sich Politiker viel darum kümmern, was Leute wie ich denken.	77	81	75	83
Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.	69	78	65	73
Die Politiker sind doch nur daran interessiert, gewählt zu werden, und nicht daran, was die Wähler wirklich wollen.	81	84	79	85
Bei uns gibt es nur einige wenige Mächtige, und alle anderen haben keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.	72	76	68	78

Abb. 11: Vertrauen in die Reaktionsbereitschaft des politischen Systems²⁷⁰

²⁶⁸ Vgl. Böge, W.: Empirische Bestandsaufnahmen zur Partizipationsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger in den alten Bundesländern, Bonn 2001.

²⁶⁹ Vgl. Pickel, G./Jacobs, J.: Einstellungen zur Demokratie und zur Gewährleistung von Rechten und Freiheiten in den jungen Demokratien Mittel- und Osteuropas, Frankfurt 2001, S. 8.

²⁷⁰ Quelle: Gille, M./Krüger, W./Rijke, J. de: Politische Orientierungen. In: Gille, M./Krüger, W. (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29-Jährigen im vereinigten Deutschland, Opladen 2000, S. 241.

Die dargestellten Ergebnisse weisen auf das geringe Vertrauen gegenüber Politikern hin. Dieses Misstrauen kommt insbesondere dadurch zum Ausdruck, dass den politisch Verantwortlichen die Bereitschaft abgesprochen wird, die Interessen der Wähler zu berücksichtigen und umzusetzen.

Im internationalen Vergleich zeigen die deutschen Jugendlichen ein unterdurchschnittliches politisches Engagement und eine geringe Mitbestimmungs- und Beteiligungsbereitschaft. Dies trifft nach Erkenntnissen der IEA-Studie insbesondere auf die konventionelle politische Beteiligung zu, die sich in der Bereitschaft zeigt, an einer Wahl teilzunehmen, einer Partei beizutreten oder sich wählen zu lassen. Durchschnittliche Werte zeigen sich bei der Bereitschaft, sich vor einer Wahl über den Kandidaten zu informieren. Deutsche Jugendliche sind darüber hinaus im internationalen Vergleich weniger an schulischer Mitbestimmung interessiert und engagieren sich außerhalb der Schule kaum in politischen und sozialen Gruppen.²⁷¹

4.4.2. Vertrauen in die Institutionen

Die negative Beurteilung von Politik im Allgemeinen betrifft nicht nur die Repräsentanten des politischen Systems, sondern auch die politischen Institutionen. Die umfangreiche Forschungsliteratur²⁷² zählt dazu auf der einen

²⁷¹ Vgl. Oesterreich, D.: Die politische Handlungsbereitschaft von deutschen Jugendlichen im internationalen Bereich. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 50/2001, S. 1-8.

²⁷² Vgl. Walz, D.: Parteienidentifikation, Institutionenvertrauen und Systemunterstützung in Ost- und Westdeutschland. In: Gabriel, O./Falter, J. (Hrsg.): *Wahlen und politische Einstellungen in westlichen Demokratien*, Opladen 1996, S. 43-75 und Walz, D.: Vertrauen in die Institutionen in Deutschland zwischen 1991 und 1995. In: *ZUMA-Nachrichten*, 38/1996, S. 70-89, sowie Walz, D.: Einstellungen zu den politischen Institutionen. In: Gabriel, O. (Hrsg.): *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinten Deutschland*, Opladen 1997, S. 112-149; Rosar, U.: *Policy-Orientierung und Systemstabilität 1991-1995. Die Bedeutung der politischen Agenda für das Vertrauen in rechtsstaatliche und politische Institutionen*. In:

Seite die Institutionen, die dem politischen Tagesgeschäft nahe stehen (Parteien²⁷³, Bundestag) und auf der anderen Seite die politischen Institutionen, die eher allgemeiner gefasst sind und eine gewisse Distanz zum politischen Tagesgeschehen besitzen (Bundesverfassungsgericht, Polizei, Bundeswehr). Diese werden in der Literatur als „Policy-Making“-Institutionen bezeichnet und dem Bereich der Judikative oder Exekutive zugeordnet, während die erstgenannten zum Bereich der Legislative gehören.

Leistungsabhängige und leistungsunabhängige Faktoren fließen ebenfalls bei der Bildung von Vertrauen gegenüber den Institutionen mit ein.²⁷⁴ Die Studien des DJI Jugendsurveys²⁷⁵ zeigen, dass sich die Rangfolge nach dem Maß des Vertrauens zwischen den Jahren 1992 und 1997 kaum verändert hat.

Meulemann, H. (Hrsg.): Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung, Opladen 1998, S. 129-155; Gabriel, O.: Demokratiezufriedenheit und demokratische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B22/1987, S. 32-45; Gabriel, O.: Institutionenvertrauen im vereinten Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B43/1993, S. 3-12; Gabriel, O.: Integration durch Institutionenvertrauen? Struktur und Entwicklung des Verhältnisses der Bevölkerung zum Parteienstaat und zum Rechtsstaat im vereinten Deutschland. In Friedrichs, J./Jagodzinski, W. (Hrsg.): Soziale Integration, Sonderheft 39/1999 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen 1999, S. 199-235.

²⁷³ Politiker und Parteien werden von den Bürgern fast als synonym angesehen und entsprechend eher ungünstig bewertet. Vgl. Pickel, G./Jacobs, J.: Einstellungen zur Demokratie und zur Gewährleistung von Rechten und Freiheiten in den jungen Demokratien Mittel- und Osteuropas, Frankfurt 2001, S. 21ff.

²⁷⁴ Vgl. Gille, M./Krüger, W. (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29-Jährigen im vereinigten Deutschland, Opladen 2000, S. 235.

²⁷⁵ Der Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts in München versteht sich als Trendstudie bzw. als replikativer Survey. In einem regelmäßigen Turnus werden bei ähnlicher methodischer und inhaltlicher Konzeption, Veränderungen im Bereich der politischen Orientierungen Jugendlicher untersucht. Dieser Ansatz gibt Aufschluss, ob die gewonnenen Erkenntnisse kurzfristige Phänomene sind oder ob sich eine Entwicklung längerfristig manifestiert hat. Seit Anfang der 90er Jahre veröffentlicht das Deutsche Jugendinstitut seinen Jugendsurvey über die Lebensverhältnisse und politischen Orientierungen Jugendlicher in Deutschland. Vgl. Hoffmann-Lange, U.: Jugend und Demokratie in Deutschland, DJI Jugendsurvey 1, Opladen 1995; Gille, M./Krüger, W. (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten, Politische Orientierungen der 16- bis 29-Jährigen im vereinigten Deutschland, Opladen 2000.

Jahre	1992 (Angaben in %)			1997 (Angaben in %)		
	West	Ost	Diff.	West	Ost	Diff.
Politische Parteien	23	19	-4	21	13	-8
Großunternehmen	26	23	-3	23	26	3
Europäische Kommission	-	-	-	33	30	-3
Europaparlament	-	-	-	34	32	-2
Kirchen	25	22	-3	26	18	-8
Bundesumweltministerium	35	33	-2	31	31	0
Bundesregierung	31	26	-5	29	26	-3
Gewerkschaften	42	38	-4	39	40	1
Fernsehen	40	33	-7	32	33	1
Presse	37	25	-12	34	28	-6
Bundestag	40	32	-8	37	31	-6
Bundeswehr	32	30	-2	37	46	9
Bürgerinitiative	55	53	-2	54	57	3
Gerichte	55	46	-9	53	48	-5
Bundesverfassungsgericht	63	54	-9	63	58	-5
Polizei	49	33	-16	55	49	-6
Greenpeace	68	60	-8	64	56	-8

Abb. 12: Vertrauen in Institutionen²⁷⁶

Die Abbildung verdeutlicht die strukturelle Ähnlichkeit zwischen dem Westen und dem Osten Deutschlands, womit eine fast identische Platzierung der einzelnen Institutionen gemeint ist. Auch ist die Differenz in das Vertrauensniveau zwischen Ost und West gesunken, da sich das Vertrauen bei den westdeutschen Befragten verringert hat, während es im Osten leicht angestiegen ist.²⁷⁷ Insgesamt bringt die ostdeutsche Bevölkerung dem institutionellen System der Bundesrepublik Deutschland weniger Vertrauen entgegen als die westdeutsche. Die Diskrepanz im Vertrauen zwischen West- und Ostdeutschland scheint schrittweise und generationsspezifisch zügiger zu

²⁷⁶ Quelle: Gille, M./Krüger, W./Rijke, J. de: Politische Orientierungen. In: Gille, M./Krüger, W. (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29-Jährigen im vereinigten Deutschland, Opladen 2000, S. 236.

²⁷⁷ Vgl. ebd. S. 237.

verschwinden. Die staatsnahen Institutionen gewinnen - wenn auch von einem niedrigen Niveau kommend - bei den Jugendlichen ein wenig mehr an Vertrauen, wenngleich ihre Werte sehr deutlich unter denen der nichtstaatlichen Institutionen liegen. Die Parteien selbst liegen im Vergleich mit allen anderen Institutionen sowohl 1992 als auch fünf Jahre später auf dem letzten Platz der Vertrauens-Rangfolge.

4.4.3. Beispiele jugendlicher Beteiligungsformen

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Entscheidungen, die ihre Lebenswelt betreffen, ist ein gesellschaftspolitisches Anliegen. Einleitend sei an dieser Stelle noch einmal zusammengefasst: Die politische Beteiligung von Menschen wird als „konstitutives Merkmal einer Demokratie“²⁷⁸ angesehen, so dass der Distanzierung von Jugendlichen durch Etablierung von Beteiligungsmöglichkeiten entgegengewirkt werden sollte. Gleichzeitig sind sie Teil der politischen Bildung und Sozialisation.

Zwar haben Jugendliche in einigen Bundesländern das Recht, an Kommunalwahlen teilzunehmen und können damit auch auf kommunaler Ebene das repräsentative politische System beeinflussen, aber dies hat keine bundesweite Gültigkeit.²⁷⁹ In den vergangenen Jahren wurden zahlreiche Modelle der politischen Einflussnahme junger Menschen auf kommunaler Ebene diskutiert, entwickelt und erprobt. Zur Systematisierung der unterschiedlichen Beteiligungsformen finden sich in der Literatur unterschiedliche Ansätze.

²⁷⁸ Fuchs, D.: Demokratie und Beteiligung in der modernen Gesellschaft: Einige demokratietheoretische Überlegungen. In: Niedermayer, O./Westle, B.: Demokratie und Partizipation. Festschrift für Max Kaase, Wiesbaden 2000, S. 250.

²⁷⁹ Bisher gilt diese Regelung nur in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt.

Insgesamt wird unterschieden zwischen den offenen, projektorientierten und den parlamentarischen Formen der Kinder- und Jugendbeteiligung.

Modell	Hauptmerkmal	Thematische Orientierung
Kinder und Jugendforum	kontinuierlich/offen	Lokale Fragen aus dem Umfeld kindlicher und jugendlicher Aktivitäten
Kinder- und Jugendparlament/ Jugendgemeinderat		Kommunale Fragen/Kindliche und jugendliche Belange
Kinder- und Jugendbeteiligung/ Anhörung	Vertretung von Kinder- und Jugendgruppen	Stadt- und Verkehrsplanung/ Baumaßnahmen
Initiativen/Projekte	Beteiligung an planerischen Maßnahmen, die Kinder und Jugendliche betreffen	Umwelt und Verkehrsfragen, Spiel- und Aktionsfelder von Kindern und Jugendlichen
Mitbestimmungs- und Selbstbestimmungsgremien	Zeitlich und thematisch begrenzte, spontane Aktionen (oft in Kooperation mit Bürgerinitiativen)	Pädagogische Orientierung
Kommunales Wahlrecht	Zeitlich fixierte und thematisch unbegrenzte Form der Wahl von Vertretern für das Kommunalparlament	„alles und nichts“

Abb. 13: Formen einer politischen Kinder- und Jugendbeteiligung²⁸⁰

Die offenen Beteiligungsformen sind für alle Kinder und Jugendliche zugänglich und basieren auf freiwilligem Engagement. Aufgrund der Alterstruktur wird nicht der Anspruch der altersmäßigen Repräsentativität erhoben. Im Vordergrund stehen die individuellen und partiellen Interessen. Zu diesen Modellen gehören die Jugendforen, Kinderkonferenzen oder Jugendhearings. Bei den

²⁸⁰ Quelle: Ottersbach, M.: Kinder- und Jugendforen als Beispiel neuer Formen der politischen Jugendarbeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B44/2001, S. 19.

projektorientierten Formen der Beteiligung handelt es sich um zeitlich begrenzte Zusammenschlüsse, verbunden mit dem Ziel, eine spezifische Aufgabe durchzuführen. Hierbei kommen oftmals kreative Methoden in Form von Zukunftswerkstätten oder der Gestaltung von institutionalisierten Lebensräumen (Schulhöfe) zum Tragen. Im Gegensatz dazu stehen die parlamentarischen Beteiligungsformen, in denen gewählte Kinder und Jugendliche agieren. Diese repräsentativen Beteiligungsformen sind Gremien mit gewählten oder delegierten Vertretern unterschiedlicher Altersstufen. Hierzu zählen die Jugendgemeinderäte, Jugendstadträte, Jugendbeiräte, Stadtteiljugendräte sowie Kinder- und Jugendparlamente.

Ergänzend zu dieser Systematik kann die Vertretung von Kindern und Jugendlichen in Erwachsenengremien genannt werden. Diese bieten innerhalb bestimmter Planungsgruppen von Erwachsenengruppen direkte Beteiligungsmöglichkeiten, z. B. in Stadtteilarbeitskreisen, Runden Tischen oder Bürgerinitiativen. In diese Kategorie fallen auch Angebote von politischen Mandatsträgern an Kinder und Jugendliche, direkt mit ihnen Kontakt aufzunehmen und ihre Anliegen zu behandeln. Zu diesem Zweck besuchen Politiker mitunter Schulen, bieten Sprechstunden an oder öffnen ihr Büro für Schulklassen.

Rechtlich verankert ist die Partizipation von Jugendlichen und Kindern im Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) von 1990 und in der 1992 durch den deutschen Gesetzgeber ratifizierten UN-Kinderrechtskonvention. Der Gesetzestext dieser Konvention besagt, dass Kinder und Jugendliche entsprechend ihres Entwicklungsstandes an den Entscheidungen der Jugendhilfe zu beteiligen sind. Dabei sollen Angebote der Jugendarbeit nicht nur auf Kinder und Jugendliche zugeschnitten sein, sondern auch von ihnen erarbeitet und mitbestimmt werden. Die Bestimmungen der Kinderrechtskonvention führten zu ergänzenden Bestimmungen in den Gemeindeordnungen einiger Bundesländer, die eine Partizipation von Kindern und Jugendlichen sichern sollen.

Land	Fundstelle	Inhalt	Datum
Schleswig-Holstein	§ 47f GO	Beteiligung bei Planungen und Vorhaben, welche die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren; in angemessener Weise; Dokumentationspflicht	1.4.1996
Saarland	§§ 5 und 49a, Komm-SelbstVwG	Gemeinden haben die Aufgabe, der Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen besonderes Gewicht beizumessen. Gemeinden können Kinder und Jugendliche bei Planungen und Vorhaben beteiligen, wenn diese ihre Interessen berühren.	23.4.1997
Rheinland-Pfalz	§ 16c GmO § 46b GmO	Beteiligung bei Planung und Vorhaben, welche die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren; in angemessener Weise; in den Gemeinden kann eine Jugendvertretung eingerichtet werden	21.3.1998
Hessen	§ 4c HGO § 4c HKO	Beteiligung bei Planung und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren; in angemessener Weise; geeignete Verfahren sollen entwickelt und durchgeführt werden	8.6.1998
Baden-Württemberg	§ 41a GmO	Die Gemeinden können einen Jugendgemeinderat einrichten. Vorschlags- und Anhörungsrecht im Gemeinderat sind möglich.	16.7.1998

Abb. 14: Ausgewählte Gemeindeordnungen ²⁸¹

Verbunden mit den Regelungen war die Einrichtung von Jugendparlamenten und Jugendgemeinderäten, die mit Vorschlags- und Anhörungskompetenzen ausgestattet sind. Inhaltlich und formal weisen die Jugendgremien oder Jugendforen eine deutliche Anlehnung an konventionellen Politikformen auf. Idee ist die selbstverständliche Einbindung von Kindern und Jugendlichen in den Prozess politischer Entscheidungen vor dem Hintergrund der Akzeptanz einer

²⁸¹ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommune. Ergebnisse einer bundesweiten Erhebung, Bonn 1999, S. 25.

eigenständigen Kinder- und Jugendpolitik anstelle der vorherrschenden politischen Praxis, diese in die allgemeine Familienpolitik zu integrieren.

Entsprechend dieser Institutionalisierung unterscheiden sie sich von den offenen und projektorientierten Partizipationsformen. Es gibt keine Verpflichtung der Gemeinden, die Jugendlichen in Planungs- und Entscheidungsprozesse zu integrieren. Die Kinder- und Jugendforen sind öffentlich und werden in der Regel von einem Erwachsenen geleitet oder moderiert. Vertreter aus Politik und Verwaltung agieren als Experten zu bestimmten Sachfragen und Prozessen. Durch das Verfahren der Kinder- und Jugendparlamente werden die Kinder und Jugendlichen frühzeitig in demokratische Verfahren eingebunden. Sie lernen ihre Anliegen und Ansprüche auf formalem und sachlichem Wege in die Öffentlichkeit zu tragen und erlernen die Prozesse der diskursiven Konfliktregelung.

Zur politischen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sind eine Reihe von Beiträgen und Untersuchungen veröffentlicht worden.²⁸² Hierbei stehen zum einen die verschiedenen Formen und Möglichkeiten der Partizipation im Fokus und zum anderen die Übertragung dieser Ergebnisse auf die Bereiche des sozialen und politischen Lernens und die Optimierung der Umsetzung von kindlichen und jugendlichen Interessen. Auch das Für und Wider der Einrichtung von Jugendforen steht im Fokus der wissenschaftlichen Diskussionen. Kritik wird vor allem daran geübt, dass Kindern und Jugendlichen bei diesen Partizipationsformen gerade die Strukturen der konventionellen Erwachsenenpolitik aufgezeigt werden, denen diese Altersgruppe nachweislich

²⁸² Vgl. Schröder, R.: Kinder reden mit! Beteiligung an Politik, Stadtplanung und -gestaltung, Weinheim 1995; Bartscher, M.: Partizipation von Kindern in der Kommunalpolitik, Freiburg 1997; Bruner, C./Winkelhofer, U./Zinser, C.: Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommune. Ergebnisse einer bundesweiten Erhebung, Berlin 1999; Hurrelmann, K.: Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung, 6. Aufl., Weinheim 1999; Ottersbach, M.: Kinder und Jugendforen als Beispiel neuer Formen der politischen Jugendarbeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B44/2001, S. 17-23; Oerter, R./Höfling, S.: Mitwirkung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen, München 2001; Kammerer, B. (Hrsg.): Beteiligung von Kindern für Kinder mit Kindern, Nürnberg 2001;

kritisch gegenübersteht. Somit besteht die Gefahr, dass diese Formen der Beteiligung nicht zu mehr Partizipation von Jugendlichen führen, sondern im Gegenteil die Jugendlichen vor der Beteiligung an Politik und ihren Prozessen abschrecken.

Das Angebot an politischen Partizipationsmöglichkeiten lässt eine geordnete Übersicht vermissen: „Europaweit werden neue Institutionen diskutiert und geschaffen, werden Projekte durchgeführt, die jungen Menschen neue, größere Partizipationsmöglichkeiten versprechen. Kinder- und Jugendparlamente, Kinderverträglichkeitsprüfungen, neue Strukturen in der Kinder- und Jugendarbeit, Runde Tische mit jungen Menschen, Anwalts- und Ombudsstellen, Informationsbörsen, formelle und informelle Mitwirkungsverfahren auf den unterschiedlichsten Ebenen, die - heftig umstrittene - Herabsetzung des Wahlalters, der zehnte Kinder- und Jugendbericht²⁸³ - überall tritt Partizipation von Kindern als Leitthema auf.“²⁸⁴ Angesichts der Fülle an Möglichkeiten ist darauf zu achten, dass mit den Beteiligungsformen auch eine entsprechende Qualität verbunden ist, die eine adäquate Umsetzung jugendlicher Interessen gewährleistet. Als wesentliche Qualitätsmerkmale sind in diesem Zusammenhang zu nennen:²⁸⁵

1. Partizipationsmodelle müssen Kinder und Jugendliche als Individuen mit eigenen Ideen und Handlungsintentionen begreifen.
2. Die Partizipationsmodelle müssen sich einer alters- und zeitgemäßen Arbeits- und Kommunikationsmethode öffnen.

²⁸³ Vgl. Bericht des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 1998.

²⁸⁴ Vgl. Winkler, M.: Diesseits der Macht. Partizipation in Hilfen zur Erziehung, Annäherung an ein komplexes Problem. In: Neue Sammlung, 40. Jhrg., Heft 2/2000, S. 188.

²⁸⁵ Ottersbach, M.: Kinder und Jugendforen als Beispiel neuer Formen der politischen Jugendarbeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B44/2001, S. 20.

3. Die Angebote müssen möglichst viele Jugendliche beiderlei Geschlechts, mit verschiedenen Schulbildungen und unterschiedlichem Artikulationsvermögen ansprechen.
4. Partizipationsmodelle müssen in der Lebenswelt der Jugendlichen ansetzen. Erfolge des Engagements müssen auch kurzfristig erkennbar sein und sollen nicht durch Bürokratie behindert werden.
5. Partizipationsmodelle müssen unter der Beteiligung aller Interessierten eingerichtet werden und sich gegenseitig ergänzen. Dabei werden bewährte Strukturen aufgegriffen und es wird Raum zur Weiterentwicklung und Veränderung gegeben.
6. Partizipationsmodelle müssen die tatsächlichen Interessen junger Menschen berücksichtigen. Ein organisatorischer und materieller Rahmen muss langfristige Partizipation sicherstellen.

4.5. Zusammenfassung

Angewendet auf den politischen Bereich kann zwischen einem instrumentellen (zweckrational) und einem normativen (Beteiligung als Wert an sich) Partizipationsbegriff unterschieden werden. Während unter dem instrumentellen Begriff diejenigen Handlungen zusammengefasst sind, die Bürger tätigen, um auf konkrete politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen, lässt sich im normativen Sinne die Akzeptanz der Demokratie an dem politischen Interesse und der Unterstützung durch seine Bürger messen.

Die Partizipationsforschung hat verschiedene Formen politischer Beteiligung identifiziert und beschrieben. Differenziert werden kann zwischen verfassten und nicht verfassten, zwischen legalen und illegalen sowie zwischen konventionellen

und unkonventionellen Formen der Beteiligung. Die Darstellung der Ausdrucksformen von Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland zeigt, dass es ein Nebeneinander von Möglichkeiten gibt und dass Politik nicht dort anfängt, wo der Einflussbereich der Parteien beginnt. Diese Koexistenz ist dabei nicht als Schwäche einer Demokratie zu werten, sondern ermöglicht dem Bürger auf vielfältige Art und Weise im gesellschaftlichen und politischen Rahmen zu partizipieren. Bezogen auf die vorliegende Arbeit bedeutet diese Tatsache auch, dass die Parteien, die dem Bereich der konventionellen institutionalisierten Beteiligungsform zuzuordnen sind, eine starke Konkurrenz haben, wenn es um die Rekrutierung von Mitgliedern geht.

Ausgehend vom normativen Partizipationsverständnis steht das Verhältnis von Jugendlichen und den konventionell verfassten Parteien auf dem Prüfstand. Insbesondere junge Menschen verbinden mit dem Interesse an Politik und dem Ausdruck von politischem Handeln nicht automatisch die politischen Parteien und wenn, dann ist diese Assoziation in der Regel mit negativen Aspekten verbunden. Deutlich wird, dass Jugendliche sich aus mehreren Gründen von der etablierten Politik und ihren Organisationsformen distanzieren. Sie bevorzugen mehrheitlich ein Teilnahme-Modell, das ihrer zeit- und jugendgerechten Lebensart entspricht. Aspekte wie der Wunsch nach Öffnung, Flexibilisierung und eine an die jugendliche Lebenswelt angelehnte institutionalisierte Politik stehen hierbei im Vordergrund.

Vor diesem Hintergrund steht die Etablierung alternativer Beteiligungsformen, die exklusiv auf Kinder und Jugendliche ausgerichtet sind, im Interesse. Die Kinder- und Jugendforen sollen die Anforderungen erfüllen, die junge Menschen von politischer Mitbestimmung erwarten. Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob diese Institutionen tatsächliche politische Mitsprache haben und somit politische Ernsthaftigkeit symbolisieren oder ob sie als bloße Spielwiese fungieren und der Beitrag Jugendlicher in Hinblick auf politische Kreativität und Teilhabe nicht adäquat abgefragt wird.

Die Ergebnisse der zitierten Jugendstudien unterstreichen die Forderung nach einer strukturellen Neuausrichtung der etablierten Politik. Dabei stehen junge Menschen in ihrer Lebensphase in einem Spannungsfeld zwischen den vielfältigen biografischen Anforderungen und der Enttäuschung durch die politischen Akteure. Durch diese Diskrepanz erreicht Politik die Jugendlichen immer weniger und führt dazu, dass konventionell verfasste Politik einen immer geringer werdenden Stellenwert bei jungen Menschen erhält. Hinzu kommt, dass junge Menschen von der Wirksamkeit des eigenen Engagements, die eine wesentliche Grundlage für die politische Motivation bildet, nicht überzeugt sind.

Trotz dieser Fragezeichen an die etablierte Politik und an konventionelle Beteiligungsformen, kann nicht von einer Politikverdrossenheit unter den Jugendlichen gesprochen werden. Es hat sich gezeigt, dass die jungen Menschen die demokratische Verfasstheit des Staates unterstützen. Sie zeigen eine grundsätzliche Bereitschaft, sich gesellschaftlich zu engagieren, nur eben nicht in dem bezeichneten konventionellen Raum. Insgesamt spielt für die Bereitschaft zum politischen Engagement der Sozialisationsprozess eine wichtige Rolle. Dieser wirkt sich insbesondere auf die Bewertung von Politik und die persönliche Rolle in diesem Kontext aus. Die Bedeutung von Politik für den Einzelnen hängt somit auch davon ab, ob jemand durch die Politik Anerkennung erfährt oder ob er sich abgelehnt und gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen benachteiligt sieht.

Welche Konsequenzen politische Parteien aus den bislang vorliegenden Erkenntnissen gezogen haben bzw. vor welchen Herausforderungen sie gegenwärtig und zukünftig stehen, ist Inhalt des nachfolgenden Kapitels.

5. Parteien

Die Entwicklung der gesellschaftlichen und politischen Partizipation hat eine Verschiebung der Beteiligung zu unkonventionellen Formen außerhalb des institutionellen Rahmens der repräsentativen Demokratie zur Folge. Exemplarisch ist dies an der ständig sinkenden Wahlbeteiligung auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene abzulesen. Ein weiteres Beispiel sind die sinkenden Mitgliederzahlen etablierter Parteien.

Der Trend verdeutlicht den Wandel, in dem sich die Parteienlandschaft²⁸⁶ in Bezug auf ihre Mitglieder befindet. Der Mitgliederschwund stellt insbesondere für die Parteien ein vielschichtiges Problem dar, denn Mitglieder sind für die Parteien und ihren Erhalt nicht nur aus finanzieller Perspektive eine wichtige Ressource. Die Umsetzung der Ziele und entsprechende organisatorische Herausforderung basiert auf der Unterstützung von Mitgliedern. Das Angebot an politischem Personal hängt von der Stärke und der Zufuhr an Mitgliedern ab. Andernfalls wären Parteien gezwungen, sich von einer Mitgliederpartei in eine „Kartellpartei“ oder in eine „professionelle Wählerpartei“ umzuwandeln.²⁸⁷ Hierbei wäre die Bindung an die Gesellschaft und die Unterstützung durch viele Mitglieder nicht mehr in dem großen Umfang notwendig.

Nachfolgend werden wesentliche Aussagen der politikwissenschaftlichen Forschung diskutiert, um untersuchungsrelevante Erklärungsmuster für eine Beteiligung in Parteien aber zugleich auch für den Rückgang der

²⁸⁶ Auf die Stellung und Integration der Parteien im deutschen politischen System ist in der Einleitung verwiesen worden. Dort wurde auch auf die wesentlichen theoretischen Auseinandersetzungen und wissenschaftlichen Perspektiven der Parteienforschung in den letzten Jahrzehnten verwiesen, die den Wandel der Parteienlandschaft fokussieren. Dabei kann konstatiert werden, dass es zu den Parteien im politischen System der Bundesrepublik Deutschland letztendlich keine Alternative gibt: „Als Klammer für die Willensbildung innerhalb und außerhalb von Parlament und Regierung sind sie immer noch unverzichtbar.“ Vgl. Beyme, K. von: Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien, Wiesbaden 2000, S. 12.

²⁸⁷ Vgl. ebd. S. 13.

Mitgliederzahlen zu erhalten. Aufbauend darauf werden die wesentlichen Aspekte zum Thema Jugend und Parteien näher betrachtet.

5.1. Parteiorientierte Partizipation

In den nachfolgenden Abschnitten wird das Spektrum der Beteiligungsformen dargestellt, das sich im Rahmen einer Mitarbeit in Parteien ergeben kann. Darüber hinaus werden die Motive und Hintergründe betrachtet, die aus heutiger Sicht ausschlaggebend dafür sind, dass sich Personen zur Mitarbeit in einer politischen Partei bereit erklären.

5.1.1. Partizipationstypen

Die Mitgliedschaft in einer politischen Partei ist eine spezifische Form der Partizipation. Der ohnehin sehr geringe Anteil der Bevölkerung, der sich in einer Partei engagiert, unterscheidet sich selbst nochmals bezogen auf Zielsetzungen und Handlungsbereitschaft. Die Literatur unterscheidet ein breites Spektrum an parteiorientierten Partizipationstypen, wie aus der nachfolgenden Übersicht ersichtlich wird.

L.W. Milbrath/ M.L. Goel, 1977	S. Verba/ N.H. Nie/J. Kim, 1978	H.-M. Uehlinger 1988	G. Parry/ G. Moyser/ N. Day 1992
Persuade others how to vote	Persuade others for a candidate	-	-
-	-	-	Been involved in fund-raising for a party or candidate
Give money to party or candidate	Give money in a campaign	-	-
Attend meetings, rallies	Attended political meetings or rallies	-	Attend a campaign meeting or rally
-	Display or distribute campaign posters or leaflets	-	Canvassed or knocked on doors for a party or candidate
Actively work for party or candidate	Ever worked for a party	Als Wahlhelfer Kandidaten unterstützen	Done clerical, or office work for a party or candidate
-	-	In einer politischen Gruppierung mitmachen	-
Join and support political party	Member of political club or organization	In eine Partei eintreten, aktiv mitarbeiten	-
Be a candidate for office	-	-	-
-	-	Ein politisches Amt übernehmen	-

Abb. 15: Merkmale des parteiorientierten Partizipationstyps²⁸⁸

Die Formen der Partizipation sind in der Abbildung nach dem Ausmaß der Einbindung in die Parteiarbeit angeordnet, angefangen bei der Überzeugungsarbeit oder der materiellen Unterstützung für eine Partei bis hin zur eigenen Amtsübernahme am anderen Ende des Partizipations-Spektrums. *Milbrath* und *Goel* benennen somit ein weites Spektrum, das sich von politischer Kommunikation bis zur eigenen Übernahme von politischer Verantwortung erstreckt.²⁸⁹ Diese Kategorisierung ist auch bei *Verba* u. a. zu finden,²⁹⁰ während *Uehlinger* eher die intensiven, langfristigen und mit Anstrengungen verbundenen Formen der Beteiligung in den Mittelpunkt stellt, so z. B. die Mitarbeit als Wahlhelfer. Auch wird hierbei die aktive Mitarbeit in einer Partei mit dem formalen Eintritt und somit einer Mitgliedschaft verbunden. *Parry* hingegen

²⁸⁸ Quelle: Hallermann, A.: Partizipation in politischen Parteien. Vergleich von fünf Parteien in Thüringen, Jena 2003, S. 25.

²⁸⁹ Vgl. Milbrath, L.W./Goel, M.L.: Political Participation, 2. Aufl., Chicago 1977, S. 18ff.

²⁹⁰ Vgl. Verba, S./Nie, N.H./Kim, J.: Participation and Political Equality. A Seven-Nation Comparison, Chicago, S. 55ff.

verweist eher auf die Beteiligung an kurzfristigen Aktionen, die sich nicht im Rahmen einer formalen Mitgliedschaft in der Partei vollziehen müssen.²⁹¹

Deutlich wird, dass die Partizipation in Parteien aus Sicht der Forschung nicht klar zu definieren ist und deshalb auch als sogenannter „schwieriger Partizipationstyp“²⁹² bezeichnet wird. Verbunden mit dem Problem, den parteiorientierten Partizipationstypen zu definieren, ist auch die Ermittlung des Anteils der Bevölkerung, der zum parteiorientierten Typ gezählt werden kann. In ihrer Studie fragten *Verba, Nie* und *Kim* nach der tatsächlichen Beteiligung der Befragten in einer politischen Partei und erhielten zwischen vier und fünfzig Prozent Zustimmung.²⁹³ *Milbrath* und *Goel* erhielten auf die Frage nach einer Bereitschaft zur Beteiligung in einer Partei Werte zwischen drei und 35 Prozent, wobei der Anteil entsprechend der Fragestellung variierte.²⁹⁴ Somit schwanken die Zahlen in Bezug auf die Vorstellung von eigener Beteiligung und dem tatsächlichen Engagement. Dies wird auch bei *Uehlinger* bestätigt, der eine Diskrepanz zwischen der Vorstellung von parteiorientierten Aktivitäten und der faktischen Ausübung konstatiert.²⁹⁵ *Parry* u. a. fragte konkret nach den Handlungen während der letzten fünf Jahre und erhielt vier bis neun Prozent zustimmende Antworten in Bezug auf die Beteiligung in einer Partei.²⁹⁶

Trotz der beschriebenen Schwierigkeiten, den parteiorientierten Partizipationstypen zu definieren und das konkrete Ausmaß der Beteiligung innerhalb der Bevölkerung zu ermitteln, hat sich die Partizipation in politischen Parteien in der wissenschaftlichen Literatur als Partizipationstyp eigener Art

²⁹¹ Vgl. Parry, G./Moyser, G./Day, N.: *Political Participation and Democracy in Britain*, Cambridge 1992, S. 43.

²⁹² Hallermann, A.: *Partizipation in Parteien. Vergleich von fünf Parteien in Thüringen*, Jena 2003, S. 26.

²⁹³ Vgl. Verba, S./Nie, N.H./Kim, J.: *Participation and Political Equality. A Seven-Nation Comparison*, Chicago 1978.

²⁹⁴ Vgl. Milbrath, L.W./Goel, M.L.: *Political Participation*, 2. Aufl., Chicago 1977, S. 18f.

²⁹⁵ Vgl. Uehlinger, H.M.: *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Strukturen und Erklärungsmodelle*, Opladen 1988, S. 33.

²⁹⁶ Vgl. Parry, G./Moyser, G./Day, N.: *Political Participation and Democracy in Britain*, Cambridge 1992, S. 43.

etabliert. Zum einen bildet sich dabei ein Partizipationstyp heraus, der von *Verba, Nie* und *Kim* als „Campaign Activist“ definiert wird. Dieser Typ zeichnet sich durch den Wunsch aus, die eigenen Kompetenzen und Präferenzen in den politischen Bereich einzubringen und im Prozess der Interaktion, Initiative und Kooperation durchzusetzen.²⁹⁷ *Uehlinger* betont in Hinblick auf den parteiorientierten Partizipationstyp, dass „nicht die Einzelfrage im Vordergrund (steht), sondern der Ausdruck einer allgemeinen politischen Richtung, einer Ideologie.“²⁹⁸ *Milbrath* und *Goel* stellen die bei ihnen bezeichneten „party and campaign workers“ an die Spitze derjenigen, die sich zum parteiorientierten Partizipationstyp zählen lassen: „These people are the ‘gladiators’ in political contest; they do most of the work while the majority of the population sits in the spectator grandstands and decides who has won the contest (by voting for their favourite).“²⁹⁹

5.1.2. Beteiligungs-Motive

Die Gründe für eine Bereitschaft zum Engagement in einer politischen Partei sind aus Sicht der Partizipationsforschung breit gefächert. „The data show the wide cross-national variation we have come expect in relation to this act.“³⁰⁰ Übereinstimmend wird ein Zusammenhang zwischen einer guten Ausstattung mit Ressourcen wie Bildung, Einkommen und somit eher hohem Sozialstatus und der parteiorientierten Partizipationsbereitschaft ausgemacht.³⁰¹ Weiterhin werden eher ein mittleres Alter, männliches Geschlecht und kommunikative

²⁹⁷ Vgl. Verba, S./Nie, N.H./Kim, J.: *Participation and Political Equality. A Seven-Nation Comparison*, Chicago 1978, S. 313.

²⁹⁸ Uehlinger, H.M.: *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Strukturen und Erklärungsmodelle*, Opladen 1988, S. 130.

²⁹⁹ Milbrath, L.W./Goel, M.L.: *Political Participation*, 2. Aufl., Chicago 1977, S. 13.

³⁰⁰ Verba, S./Nie, N.H./Kim, J.: *Participation and Political Equality. A Seven-Nation Comparison*, Chicago 1978, S. 288.

³⁰¹ Vgl. Verba, S./Nie, N.H./Kim, J.: *Participation and Political Equality. A Seven-Nation Comparison*, Chicago 1978, S. 287.

Kompetenz als wesentliche Kennzeichen des 'party campaign activists' betrachtet.³⁰² Darüber hinaus spielen die Einstellungen zum politischen System und dessen wahrgenommenen Partizipationschancen eine Rolle, da sich diese auf das eigene Engagement auswirken.³⁰³

Die Gründe für die Bereitschaft, sich in einer Partei zu engagieren, teilt *Niedermayer* in *expressive* und *instrumentelle Motive* ein. Für Menschen mit expressiven Motiven stellt die Mitarbeit in einer Partei einen eigenen Wert dar. Hierbei werden zum einen emotional-affektive Ansprüche und Wünsche erfüllt wie z. B. die Unterstützung eines *charismatischen Führers* oder es steht die Teilhabe am sozialen Leben der Partei im Vordergrund.³⁰⁴ Weiterhin fasst *Niedermayer* unter den expressiven Momenten die von Individuen übernommenen und internalisierten Werte und Normen einer Gesellschaft zusammen, die für einen Parteibeitritt ausschlaggebend sein können.³⁰⁵ Ein weiterer Grund wird in Anlehnung an Max *Webers* Idee vom wertrationalen Verhalten angeführt und bezieht sich auf „... die Identifikation mit einer übergreifenden Weltanschauung und gruppen- bzw. milieuspezifischen Wertvorstellung.“³⁰⁶ Damit sind auch die durch den Sozialisationsprozess in der Familie und im weiteren Umfeld entstandenen Einstellungen zum politischen System und die Anerkennung der Parteien als zentrale Akteure gemeint.³⁰⁷

Zu den instrumentellen Motiven, die für die Mitarbeit in einer Partei ausschlaggebend sind, zählt für *Niedermayer* die Möglichkeit, durch die

³⁰² Vgl. Parry, G./Moyser, G./Day, N.: *Political Participation and Democracy in Britain*, Cambridge 1992, S. 124ff.

³⁰³ Vgl. Uehlinger, H.-M.: *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Strukturen und Erklärungsmodelle*, Opladen 1988, S. 210.

³⁰⁴ Vgl. Niedermayer, O.: *Beweggründe für das Engagement in politischen Parteien*. In: Gabriel, O./Niedermayer, O./Stöss, R.: *Parteiendemokratie in Deutschland*, Bonn 2001, S. 297-212.

³⁰⁵ Vgl. ebd. S. 302.

³⁰⁶ Florack, M./Grunden, T./Korte, K.-R.: *Strategien erfolgreicher Mitgliederrekrutierung der politischen Parteien*. In: Schmid, J./Zolleis, U.: *Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen*, Wiesbaden 2005, S. 100.

³⁰⁷ Vgl. Niedermayer, O.: *Beweggründe für das Engagement in politischen Parteien*. In: Gabriel, O./Niedermayer, O./Stöss, R.: *Parteiendemokratie in Deutschland*, Bonn 2001, S. 303.

Beteiligung in einer Partei die individuellen Vorstellungen und Ziele in den politischen Prozess einzuspeisen und durchzusetzen. Des Weiteren dient die Partizipation in der Partei der Erweiterung der eigenen politischen Kompetenz. Die Partei fungiert als Institution, die Bildung und Wissen bereitstellt, so dass das Mitglied diese Dinge aufnehmen und für sich nutzen kann. Letztendlich stehen für den Einzelnen unter dem Aspekt der instrumentellen Motivation auch die persönlichen Vorteile, die mit der Mitgliedschaft in einer Partei verbunden werden, im Vordergrund. Diese beziehen sich im Wesentlichen auf materielle und finanzielle Vergünstigungen und Unterstützungen, sowie die Nutzung des politischen Umfeldes, um das eigene berufliche Netzwerk positiv zu erweitern.³⁰⁸

Die Partizipation in einer Partei ist sehr stark vom Umfeld, also vom politischen System und der Integration des Parteiengefüges abhängig, so dass bei der generellen Betrachtung von parteiorientierter Partizipation auf die Untersuchung von Parteimitgliedern und deren Sozialstruktur zurückgegriffen werden muss.³⁰⁹

Dabei lassen sich durchaus Auffälligkeiten konstatieren. Angelehnt an *Zapf* wird unter dem Begriff der Sozialstruktur allgemein „... die demographische Grundgliederung der Bevölkerung, die Verteilung zentraler Ressourcen wie Bildung, Einkommen und Beruf, die Gliederung nach Klassen, Schichten, Sozialmilieus und Lebensstilen, aber auch die sozialen Prägungen des Lebenslaufes in der Folge der Generationen“ verstanden.³¹⁰ Erklärungsansätze und Analysen in Bezug auf die Parteimitgliedschaft basieren zum einen auf einem *parteientheoretischen* Zugang und zum anderen auf einer

³⁰⁸ Vgl. ebd.

³⁰⁹ Vgl. Hallermann, A.: Partizipation in Parteien. Vergleich von fünf Parteien in Thüringen, Jena 2003, S. 28.

³¹⁰ Zapf, W.: Sozialstruktur und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik Deutschland. In: Weidenfeld, W./Zimmermann, H. (Hrsg.): Deutschland-Handbuch, Bonn 1989, S. 101.

partizipationstheoretischen Herangehensweise.³¹¹ Diese zwei unterschiedlichen Analyseverfahren ergeben sich aus der Vielzahl von Aspekten und Daten, die unter dem Begriff der Sozialstruktur zu fassen sind und die durch eine Kategorisierung geordnet, begrenzt, systematisiert und eingeordnet werden können.

Der erste Ansatz gibt in Anlehnung an die von *Lipset* und *Rokkan* entwickelte Cleavage-Theorie³¹² Auskunft über die sozialen Merkmale einzelner Parteimitglieder. Da es in der vorliegenden Forschungsarbeit um die Betrachtung von Nicht-Mitgliedern geht, wird dieser Ansatz nur kurz umrissen. In Anlehnung an *Lipset* und *Rokkan* „repräsentieren die politischen Parteien in Westeuropa Koalitionen zwischen politischen Eliten und gesellschaftlichen Großgruppen, die aus dauerhaften, organisierten, interessen- oder wertmäßig begründeten sozialen Konflikten (Cleavages) hervorgegangen sind.“³¹³ Die Theorie stellt in Bezug auf die Parteien deren Unterschiede untereinander in den Vordergrund und konstatiert historisch gewachsene Konfliktlinien, die zwar auch heute noch in den Parteien zu finden sind, sich aber mehr vermischen oder sogar auflösen.

Der zweite Ansatz geht davon aus, dass eine detaillierte Betrachtung der Faktoren, die den Grad der politischen Partizipation beeinflussen, sich vor allen Dingen in einem zeitlich begrenzten und betroffenenorientierten Rahmen vollzieht.³¹⁴ Er gibt darüber Auskunft, welche Bedingungen generell erfüllt sein müssen, damit sich ein Bürger in einer Partei engagiert. Aus dieser Perspektive steht der Unterschied zwischen den Parteimitgliedern und den Nicht-Mitgliedern

³¹¹ Vgl. Gabriel, O./Niedermayer, O.: Entwicklung der Sozialstruktur der Parteimitgliedschaften. In: Gabriel, O./Niedermayer, O./Stöss, R. (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland, Bonn 2001, S. 286 ff.

³¹² Vgl. Lipset, S.M./Rokkan, S.: Cleavages Structures, Party Systems, and Voter Alignments. In: dies. (Hrsg.): Party, Systems, and Voter Alignments: Cross-National Perspectives, New York 1969, S. 1-64.

³¹³ Ebd. S.33.

³¹⁴ Vgl. Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend 2002. Zwischen pragmatischem Idealismus und robustem Materialismus, Frankfurt 2002.

im Fokus. Ausschlaggebend für die individuelle Ausprägung politischer Partizipation in Parteien sind im Wesentlichen drei Faktoren.³¹⁵

Erstens hängt Art und Ausmaß politischer Partizipation von dem *Sozialstatus* und der individuellen *Ressourcenausstattung* ab. Je mehr partizipationsrelevante Ressourcen wie z. B. Zeit, Einkommen und Information dem Einzelnen zur Verfügung stehen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit des politischen Engagements. Empirisch wird dieser Ressourcenzugang durch die sozialstrukturellen Indikatoren wie Berufstätigkeit, Bildung und das zur Verfügung stehende Einkommen erfasst.

Zweitens hängt die Bereitschaft zur politischen Partizipation mit dem Grad *sozialer Integration* und *Betroffenheit* zusammen.³¹⁶ Der Anreiz zur politischen Aktivität ist im unmittelbaren Zusammenhang mit der persönlichen Lebenswelt und dem Lebenszyklus wie Familiensituation, Alter, Kinder, Berufstätigkeit und die Auswirkungen politischer Rahmenbedingungen und Entscheidungen hierauf zu sehen. Es liegt die Annahme zugrunde, dass durch politische Vorgänge die Lebenswelt des Einzelnen so betroffen wird, dass er sich politisch engagiert oder je nach Situation eben auch nicht.

Drittens ist politische Partizipation in Parteien auch das Ergebnis von *Sozialisationsinflüssen*. Ausschlaggebend für ein Engagement sind die im Sozialisationsprozess erworbenen Werte und Normen.³¹⁷ Damit sind all jene Prozesse gemeint, durch die der Einzelne über die Beziehung zu seiner physischen und psychischen Umwelt relativ dauerhafte Verhaltensweisen erwirbt, die ihn befähigen, am sozialen und politischen Leben teilzuhaben und an dessen Prozessen und Entwicklungen mitzuwirken. Dementsprechend drückt sich Sozialisation im beabsichtigten und unbeabsichtigten Zusammenwirken von

³¹⁵ Gabriel, O./Niedermayer, O.: Entwicklung der Sozialstruktur der Parteimitgliedschaften. In: Gabriel, O./Niedermayer, O./Stöss, R. (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland, Bonn 2001, S. 287.

³¹⁶ Vgl. ebd. S. 283.

³¹⁷ Wie bereits in Kapitel 3 erörtert.

Individuen, sozialen Gruppen und Institutionen aus, die zur sozialen Einbindung des Einzelnen und zum gemeinschaftlichen Wohlergehen beitragen. Nach sozialisationstheoretischer Annahme konstruieren Individuen durch ihr Handeln eine soziale Welt, die auf sie selbst zurückwirkt. Die daraus entwickelte dialektische Einbindung des Einzelnen in soziale Handlungsbezüge und als Mitglied der Gesellschaft verfestigt sich auch in Erwartungen an politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen und Partizipationsmöglichkeiten.

5.2. Mitgliederentwicklung

Im Mittelpunkt der nachfolgenden Abschnitte steht die Untersuchung der Mitgliederentwicklung in den Parteien. Neben der generellen Entwicklung der Mitgliederzahlen wird ein besonderes Augenmerk darauf gerichtet, wie sich die Anteile der Altersgruppen entwickelt haben und welche politikwissenschaftlichen Erklärungsansätze angeführt werden, diese Mitgliederentwicklungen nachvollziehbar zu machen.

5.2.1. Allgemeine Betrachtungen

Der Wettbewerb zwischen den Parteien und anderen Formen von politischer Beteiligung hat zugenommen. In der zugrunde liegenden Annahme, dass politische Partizipation bestimmter individueller Voraussetzungen bedarf, bedeutet dies, dass alle Anbieter von Beteiligungsformen um eine zahlenmäßig begrenzte Gruppe konkurrieren. Zwar gibt es auch eine Schnittmenge von Menschen, die sich potenziell sowohl parteibezogen als auch unkonventionell

engagieren,³¹⁸ aber die Parteien erreichen diese Gruppen immer weniger, wie die folgende Abbildung zur Entwicklung der Parteimitgliedschaften verdeutlicht.

Entwicklung der Parteimitgliedschaften 1990-2004: Stand jeweils 31.12. und Veränderung zum Vorjahr in Prozent												
	CDU ¹		SPD ²		CSU		FDP		GRÜNE ³		PDS ⁴	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
1990	(658.411)	-	943.402	-	186.198	-	178.625	-	41.316	-	280.882	-
1991	751.163	-	919.871	-2,5	184.513	-0,9	137.853	-22,8	38.873	-5,9	172.579	-38,6
1992	713.846	-5,0	885.958	-3,7	181.757	-1,5	103.488	-24,9	36.320	-6,6	146.742	-15,0
1993	685.343	-4,0	861.480	-2,8	177.289	-2,5	94.197	-9,0	39.761	9,5	131.406	-1,5
1994	671.497	-2,0	849.374	-1,4	176.250	-0,6	87.992	-6,6	43.899	10,4	123.751	-5,8
1995	657.643	-2,1	817.650	-3,7	179.647	1,9	80.431	-8,6	46.410	5,7	114.940	-7,1
1996	645.786	-1,8	792.773	-3,0	179.312	-0,2	75.038	-6,7	48.034	3,5	105.029	-8,6
1997	631.700	-2,2	776.183	-2,1	178.457	-0,5	69.621	-7,2	48.980	2,0	98.624	-6,1
1998	626.342	-0,8	775.036	-0,1	179.520	0,6	67.897	-2,5	51.812	5,8	94.627	-4,1
1999	638.056	1,9	755.066	-2,6	181.873	1,3	64.407	-5,1	49.488	-4,5	88.594	-6,4
2000	616.722	-3,3	734.667	-2,7	178.347	-1,9	62.721	-2,6	46.631	-5,8	83.475	-5,8
2001	604.135	-2,0	717.513	-2,3	177.036	-0,7	64.063	2,1	44.053	-5,5	77.845	-6,7
2002	594.391	-1,6	693.894	-3,3	177.667	0,4	66.560	3,9	43.881	-0,4	70.805	-9,0
2003	587.244	-1,2	650.798	-6,2	176.950	-0,4	65.192	-2,1	44.052	0,4	65.753	-7,1
2004	579.526	-1,3	605.807	-6,9	172.855	-2,3	64.146	-1,6	44.344	0,7	-	-

1) Am 31.12.1990 waren erst wenige ostdeutsche Mitglieder in der Zentralen Mitgliederkartei der CDU erfasst, die Erfassung wurde im September 1991 abgeschlossen. Verlässliche Zahlen liegen daher erst zum 31.12.1991 vor.
2) Durch EDV-Umstellung Anfang 1998 sind insges. 5240 Mitglieder verloren gegangen.
3) 1993 Vereinigung mit Bündnis 90; 2004: vorläufige Zahlen
4) 1990 bestanden noch keine westdeutschen Landesverbände; Schätzung der westdeutschen Mitgliederzahl (etwa 600). Daten zum 31.12.2004 bei Redaktionsschluss (April 2005) noch nicht vorhanden.

Abb. 16: Mitgliederentwicklung in Parteien³¹⁹

Im Anschluss an die Eintrittswelle in den 70er-Jahren haben die Parteien einen enormen Verlust an Mitgliedern erlitten. Neue Mitglieder sind seit dieser Hochkonjunktur der Parteieintritte im Rahmen der Politisierung der jüngeren Generation in den 70er-Jahren ausgeblieben. Beispielsweise hat die SPD 1975 noch zur Hälfte aus neuen Mitgliedern, die erst 1969 eingetreten waren, bestanden. Dieser Gesamtanteil ist aber im Zuge der in den 80er-Jahren einsetzenden Nachwuchsebbe kontinuierlich zurückgegangen.³²⁰ Zusammengefasst ist festzustellen, dass im Jahre 1980 noch ca. 4,5% der wahlberechtigten Bevölkerung Mitglied in einer politischen Partei gewesen sind, während dieser Anteil bis zum Jahr 2003 auf 2,5% zurückgegangen ist.

³¹⁸ Vgl. Gabriel, O.: Bürgerbeteiligung in den Kommunen, 2002, S. 135.

³¹⁹ Quelle: <http://polwiss.fu-berlin.de/osz/dokumente/PDF/mitglied.pdf>.

³²⁰ Vgl. Wiesendahl, E.: Parteiendemokratie in der Krise. Das Ende der Mitgliederpartei? In: Glaab, M. (Hrsg.): Impulse für eine neue Parteiendemokratie. Analysen zu Krise und Reform, München 2003, S. 30.

Durch die Deutsche Wiedervereinigung ist es Anfang der 90er-Jahre bei Bündnis 90/die Grünen und bei der FDP bedingt durch die Übernahme der Mitgliederbestände der ehemaligen Blockparteien zu einer kurzen Stabilisierung der Mitgliederzahlen gekommen³²¹ Doch die Mitgliederentwicklung dieser Parteien hat sich im Laufe der folgenden Jahre dem Gesamttrend angepasst, der einen stetigen Mitgliederverlust bei den Parteien in den 90er-Jahren aufweist. Diese Entwicklung der Mitgliederzahlen ist keine spezifisch deutsche, sondern steht im Einklang mit einer europäischen Tendenz, anhand derer erkennbar wird, dass alle Parteien in den westeuropäischen Ländern starke Mitgliederverluste in Kauf nehmen mussten. In Italien, Großbritannien und Frankreich haben sich die Mitgliederzahlen der Parteien im gleichen Zeitraum halbiert.³²²

In Deutschland hat sich der Trend des Mitgliederverlustes mit Beginn des neuen Jahrhunderts weiter fortgesetzt. Besonders die SPD hat starke Verluste zu verzeichnen. Während der Beteiligung an der Regierung haben insgesamt 120.000 Mitglieder die Partei verlassen. Ausgehend vom Höchststand der Mitgliederzahlen in den 70er-Jahren haben 47% der Mitglieder der SPD und 33% der CDU den Rücken gekehrt. Regional betrachtet kann die SPD im Osten nicht wirklich Fuß fassen, punktet dagegen in den westdeutschen Städten. Die CDU findet ihre Mitglieder auf dem Land, vorwiegend im Süden. Die FDP und die PDS konnten sich im Osten eigene Hochburgen aufbauen.³²³

³²¹ Vgl. Gabriel, O./Niedermayer, O.: Entwicklung der Sozialstruktur der Parteimitgliedschaften. In: Gabriel, O./Niedermayer, O./Stöss, R. (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland, Bonn 2001, S. 277-301.

³²² Vgl. Mair, P./Biezen, I.: Party-membership in Twenty European Democracies, 1980-2000. In: Party Politics, 7/2000, S. 5-21.

³²³ Vgl. Gabriel, O./Niedermayer, O.: Entwicklung der Sozialstruktur der Parteimitgliedschaften. In: Gabriel, O./Niedermayer, O./Stöss, R. (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland, Bonn 2001, S. 282.

5.2.2. Spezielle Perspektiven

Aus partizipationstheoretischer Perspektive betrachtet, sind die Mitglieder in den Parteien eher männlich, Frauen sind deutlich in der Unterzahl. Dabei besitzt das Parteimitglied in der Regel einen höheren Schulabschluss und ist gut ausgebildet und demzufolge besitzen die Mitglieder ein höheres Einkommens-Niveau als der Durchschnitt der Bevölkerung. Wie bereits angesprochen, sind bei der SPD und bei Bündnis 90/die Grünen die ostdeutschen Parteimitglieder im Vergleich zur Gesamtbevölkerung unterrepräsentiert. Altersmäßig ist die Mehrheit der Parteimitglieder seit geraumer Zeit im mittleren Bereich einzuordnen, also zwischen 45 und 60 Jahre alt, wie aus der nachfolgenden Tabelle deutlich wird.

Parteimitglieder nach Alter 1990-2004: Stand jeweils 31.12. (Angaben in Prozent)															
	CDU ¹			SPD ²			CSU ³			FDP ⁴			PDS ⁵		
	-29	30-59	60-	-29	30-59	60-	-30	31-60	61-	-29	30-59	60-	-30	31-60	61-
1990	(6,6)	(63,7)	(29,2)	10,2	65,2	24,6	7,0	67,2	25,8	-	-	-	-	-	-
1991	6,8	63,1	29,6	9,9	65,0	25,2	6,5	66,7	26,8	-	-	-	-	-	-
1992	6,2	62,8	30,6	9,1	65,3	25,6	5,9	66,2	27,9	-	-	-	-	-	-
1993	5,7	62,3	31,7	8,5	65,4	26,0	5,6	65,6	28,9	-	-	-	-	-	-
1994	5,4	61,2	33,0	8,1	65,6	26,4	5,3	64,5	30,1	-	-	-	-	-	-
1995	5,2	59,8	34,5	7,4	65,2	27,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1996	5,1	58,6	36,0	6,9	64,7	28,3	-	-	-	7,8	65,6	25,3	-	-	-
1997	4,9	57,0	37,7	6,5	64,1	29,4	5,8	63,0	31,1	7,4	64,4	28,1	-	-	-
1998	5,1	55,3	39,3	5,6	61,7	32,7	-	-	-	8,7	62,0	28,4	-	-	-
1999	5,5	53,7	40,4	4,6	58,9	36,5	-	-	-	8,8	60,4	30,1	2,3	29,4	68,3
2000	5,5	51,8	42,4	4,4	57,6	38,1	5,7	56,3	38,0	9,2	58,4	31,8	1,8	31,2	67,0
2001	5,3	50,4	44,0	4,4	56,5	39,2	5,9	55,2	38,8	10,1	56,9	32,5	2,3	29,4	68,3
2002	5,2	49,4	44,9	4,6	55,0	40,4	5,9	54,6	39,4	11,7	56,1	32,2	3,6	27,7	68,7
2003	5,4	48,6	45,7	4,6	53,2	42,2	5,9	54,0	40,1	11,7	54,9	33,4	3,3	29,1	67,6
2004	5,5	48,0	46,2	4,8	52,5	42,7	5,7	53,2	41,1	11,4	54,0	34,6	-	-	-

Parteieneintritt mögl. ab einem Alter von 16 Jahren; SPD seit 1998: 14 Jahren; an 100 Prozent fehlende Werte: ohne Angaben.
 1) Am 31.12.1990 waren erst wenige ostdeutsche Mitglieder in der Zentralen Mitgliederkartei der CDU erfasst, die Erfassung wurde im September 1991 abgeschlossen. Der Altersaufbau der Gesamt-CDU wird daher erst am 31.12.1991 verlässlich wiedergegeben.
 2) 1990: nur Westdeutschland; 1998 Eintrittsalter auf 14 Jahre herabgesetzt
 3) Zwischen 1995 und 2000 waren aufgrund von Problemen mit der EDV-Umstellung Auswertungen der Mitgliederkartei nach sozialstrukturellen Variablen kaum möglich; Stand 1997: 31.07.1997, 2000: 19.01.2001, 2001: 28.01.2002, 2002: 16.01.2003, 2003: 14.01.2004, 2004: 08.02.2005
 4) Daten erst ab 1996 verfügbar.
 5) Endgültige Daten zum 31.12.2004 bei Redaktionsschluss (April 2005) noch nicht vorhanden.

Abb. 17: Mitgliederstruktur in Parteien nach Altersgruppen ³²⁴

Die Übersicht der Mitglieder-Entwicklung zeigt auch, dass der Anteil der unter 30-Jährigen Parteimitglieder insbesondere in den großen Parteien während der 90er-Jahre kontinuierlich abgenommen hat und seitdem tendenziell stagniert.

³²⁴ Diese Aussagen treffen auf die im Bundestag vertretenen Parteien zu. Lediglich die PDS bildet eine Ausnahme. Vgl. Quelle: <http://polwiss.fu-berlin.de/osz/dokumente/PDF/mitglied.pdf>.

Nicht nur der Partei Bündnis 90/die Grünen kann man heute die Bezeichnung einer „Ein-Generationen-Partei“³²⁵ zukommen lassen. Hinsichtlich der Altersstruktur zeigen CDU/CSU, SPD und FDP das gleiche Phänomen. *Wiesendahl* stellt eine „Generationenlücke“ fest, die so ausgedehnt ist, „dass eine ganze Elternschaft in den Parteien fehlt, die über familiäre Übertragungsprozesse ihre Parteizugehörigkeit an ihre bereits heranwachsenden Kinder weitergeben könne.“³²⁶ Der Mitgliederstamm der beiden Großparteien besteht heute zum größten Teil aus der Generation, die in den 70er Jahren zu ihr fand und die dann aufgrund des fehlenden Nachwuchses geschlossen unter sich geblieben ist. Damit stehen die Parteien für die unmodern wirkenden 70er- und 80er-Jahre. Ein Vergleich zur Alterstruktur zum Beispiel der SPD mit der der deutschen Wohnbevölkerung macht deutlich, dass ein großes Repräsentationsdefizit in der Altersgruppe bis 30 Jahren vorhanden ist (SPD 4,4 Prozent/Bevölkerung 15,2 Prozent), aber gleichzeitig eine Überbevölkerung der über 60-Jährigen vorliegt (SPD 38 Prozent/Bevölkerung 25,1 Prozent).³²⁷ Sicherlich wird auch die Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland immer älter, aber die Zahlen verdeutlichen, dass die Parteien den Kontakt zu den Jugendlichen in der Gesellschaft verlieren. „Damit ist eben jener aus Sicht der ‘Linkage-Theorie’ gemeinte, nunmehr gestörte Kommunikationsprozess zwischen Parteien und Gesellschaft bezeichnet, der den Informationsaustausch zwischen beiden Gruppen sicherstellen soll.“³²⁸

Die Reduzierung von Mitgliedern bestimmter Altersgruppen bedeutet somit auch, dass der Informationsfluss über diese Teile der Bevölkerung begrenzt wird. Dabei kann es zwar sein, dass die Partei sich nach innen gut organisiert, aber ihre

³²⁵ Florack, M./Grunden, T./Korte, K.-R.: Strategien erfolgreicher Mitgliederrekrutierung der politischen Parteien. In: Schmid, J./Zolleis, U.: Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen, Wiesbaden 2005, S. 99.

³²⁶ Wiesendahl, E.: Keine Lust mehr auf Parteien. Zur Abwendung Jugendlicher von Parteien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B10/2001, S. 10.

³²⁷ Vgl. Wiesendahl, E.: Parteiendemokratie in der Krise. In: Glaab, M.: Impulse für eine neue Parteiendemokratie. Analysen zu Krise und Reform, München 2003, S. 33.

³²⁸ Alemann, U. von/Godewerth, Th.: Die Parteiorganisation der SPD. Erfolgreiches Scheitern? In: Schmid, J./Zolleis, U.: Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen, Wiesbaden 2005, S. 165.

eigene Offenheit für die Gesellschaft verliert und sich somit substantiell von ihr entfremdet. Der Partei gehen soziale Kenntnisse und aufschlussreiche Einblicke mit Gegenwartsbezug verloren. Diese Tendenz erschwert gleichzeitig die Möglichkeit, sich insbesondere für junge Menschen attraktiv und glaubwürdig darzustellen. Damit befinden sich die Parteien in einem unkontrollierbaren und automatisch ablaufenden 'Teufelskreis' zwischen überalternden Parteimitgliedern, die den Parteieintritt unattraktiv gestalten und einem nachhaltig ausbleibenden Nachwuchs von Mitgliedern, der zu einem immer stärker schrumpfenden Anteil junger Mitglieder führt. *Wiesendahl* bildet diesen Zusammenhang wie folgt ab:

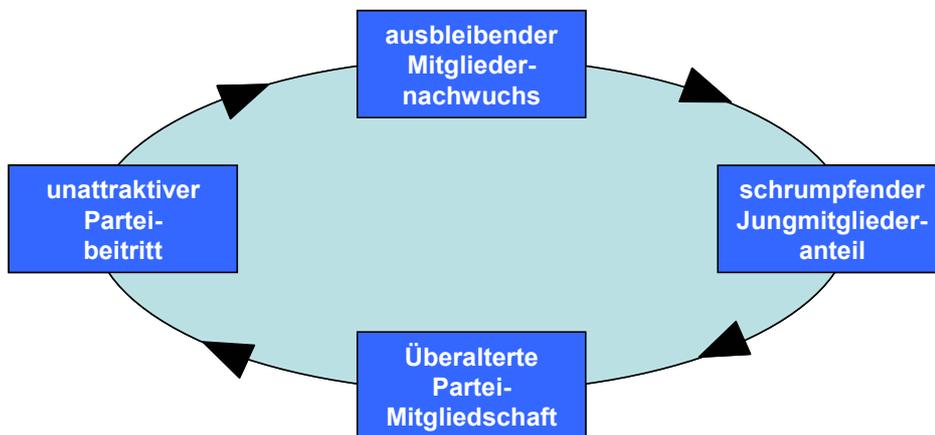


Abb. 18: Kreislauf der Mitgliederverluste in Parteien ³²⁹

Die Schwäche bei der Rekrutierung von neuem Nachwuchs wirkt sich auch auf die Rekrutierungsfunktion von Parteien aus. Parteien müssen in Gemeinden, Städten, auf Kreistagen, Landtagen und Bezirksversammlungen Posten und Positionen besetzen. Dabei zeigt sich, dass langfristig nicht genügend Personal vorhanden sein wird, um diese Funktionen adäquat zu besetzen. „Ein Verhältnis von 50.000 Funktionen zu gut 70.000 bis 100.000 aktiven Mitgliedern führt schon auf mittlere Sicht zu erheblichen Schwierigkeiten.“³³⁰ Somit ist eine

³²⁹ Wiesendahl, E.: Parteiendemokratie in der Krise. In: Glaab, M.: Impulse für eine neue Parteiendemokratie. Analysen zu Krise und Reform, München 2003, S. 33.

³³⁰ SPD: Beschluss des Parteivorstandes vom 22. Mai 2000, Berlin 2000.

nachhaltige Nachwuchsrekrutierung eine unausweichliche Anforderung für die Parteien, denn letztendlich geht es um den Erhalt von Gestaltungsmöglichkeiten und Mitsprache und demzufolge um die Daseinsberechtigung der Parteien selbst.

Deutlich wird die Notwendigkeit ausreichender und stabiler Mitgliederzahlen auch im Zusammenhang mit der Durchführung von Wahlkämpfen. Neben den Spielregeln des Medienwahlkampfes sind es insbesondere die persönlichen Gespräche von Parteimitgliedern mit potenziellen Wählern an der Basis und die Auseinandersetzung im Umfeld des Parteimitglieds, der als Multiplikator wirkt, die einen erfolgreichen Wahlausgang bestimmen.³³¹

Ein spürbarer Mitgliederrückgang der Parteien führt auch zu finanziellen Konsequenzen. Die Parteien, die sich weitgehend aus Mitgliedsbeiträgen finanzieren, haben deutliche finanzielle Einbußen zu tragen, die sich dann auf den Umfang und auf die Qualität von Wahlkämpfen und auf den Aktivitätsgrad der Mitgliederwerbung auswirken. Beispielhaft angeführt stellt sich der Mitgliederrückgang für die SPD wie folgt dar: Der „... Verlust von 120.000 Mitgliedern seit 1998 bedeutet gleichfalls einen Verlust von ca. 9,2 Millionen Euro Einnahmen pro Jahr und so wird die Partei durch die jüngste Austrittswelle zu Personalabbau gezwungen.“³³²

5.2.3. Erklärungsansätze für Mitgliederverluste

Aus politikwissenschaftlicher Perspektive sind zwei wesentliche Ansätze zu nennen, die den Mitgliederrückgang in den Parteien zu erklären versuchen. Der

³³¹ Vgl. Griese, H.: Von der Notwendigkeit des Wahlkampfmanagements. In: Berg, Th.. (Hrsg.): Moderner Wahlkampf - Blick hinter die Kulissen, Opladen 2002, S. 90 ff.

³³² Florack, M./Grunden, T./Korte, K.-R.: Strategien erfolgreicher Mitgliederrekrutierung der politischen Parteien. In: Schmid, J./Zolleis, U: Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen, Wiesbaden 2005, S. 99.

erste Ansatz geht von der Annahme aus, dass der Mitgliederbedarf der Parteien geringer geworden ist bzw. durch zu viele Mitglieder ein Nachteil für die Partei entstehen kann.

Diesem Ansatz liegen zwei Theorien zugrunde: Erstens die *'realistische Theorie der Demokratie'*,³³³ die von *Schumpeter* und *Lipset* formuliert und von *Downs* etabliert wurde und letztendlich die Dominanz von politischen Eliten in einer Demokratie begründet. Das Volk hat die Aufgabe, zwischen konkurrierenden Führungsgruppen zu entscheiden und diese durch die Möglichkeit der Abwahl zu kontrollieren. Dabei würde zuviel innerparteiliches Mitspracherecht die politisch Verantwortlichen an der Ausführung ihrer Tätigkeit hindern.³³⁴ Diese Auffassung definiert Elitenherrschaft in einer Demokratie als notwendige Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit und die Stabilität eines politischen Systems und steht damit im Gegensatz zu dem von *Michels* formulierten Ansatz, dass Elitenherrschaft als Phänomen einer Krise des politischen Gefüges betrachtet werden kann.³³⁵

Die zweite Theorie zur Erklärung von Mitgliederverlust in den Parteien aus Sicht der realistischen Demokratietheorie bezieht sich auf den von *Kirchheimer*³³⁶ und *Epstein*³³⁷ benannten Aspekt des technologischen und institutionellen Wandels nach dem Zweiten Weltkrieg. Hierbei steht die zunehmende Professionalisierung der politischen Arbeit, bezogen auf Organisation und Kommunikation im Vordergrund, die den politischen Prozess direkter und einfacher gestaltet. Dabei ermöglichen die Medien die direkte Kommunikation zwischen den Wählern und den politischen Eliten und machen somit einen großen Apparat von Parteibürokratie scheinbar unnötig. Viele der

³³³ Vgl. Downs, A.: *An economic theory of democracy*, New York 1957.

³³⁴ Vgl. May, J.: *Opinion structure of political parties. The special law of curvilinear disparity*. In: *Political Studies* 2/1989, S. 135-151.

³³⁵ Vgl. Wiesendahl, E.: *Parteien und Demokratie. Eine soziologische Analyse paradigmatischer Ansätze der Parteienforschung*, Opladen 1980, S. 120ff.

³³⁶ Vgl. Kirchheimer, O.: *Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems*. In: *Politische Vierteljahresschrift* 6/1991, S. 20-41.

³³⁷ Epstein, L.D.: *Political parties in Western democracies*, London 1967.

klassischen Aufgaben im Wahlkampf werden an Agenturen und Experten 'outsourcet' und nicht mehr von der Parteiorganisation oder den Mitgliedern selbst erledigt. Diese Auslagerung von Aufgaben ist unter anderem möglich, weil die Parteien mit der Etablierung der staatlichen Parteienfinanzierung neben der klassischen Finanzierung durch Mitgliederbeiträge eine weitere stabile Finanzierungsquelle besitzen.

Der zweite politikwissenschaftliche Ansatz zur Erklärung des Mitgliederrückgangs in Parteien gelangt zu dem Schluss, dass die Bindung des Einzelnen zur Parteiorganisation zurückgeht, so dass eine Marginalisierung der Mitgliederorganisation festzustellen ist.³³⁸ Einerseits müssen die Parteien sich öffnen, um Wähler zu gewinnen und Stimmen zu maximieren, andererseits können Parteien dabei heute nicht mehr auf einen festen Stamm von Wählern, die über eine feste parteipolitische Bindung verfügen, zurückgreifen. „Wählerorientierung und soziale Heterogenität führen, so das Argument, jedoch unmittelbar zu einer Entwertung der Rolle des einzelnen Parteimitglieds.“³³⁹ Dies zeigt sich darin, dass das einzelne Parteimitglied zum einen für das Gelingen der Organisation nicht mehr so sehr von Bedeutung ist und zum anderen weniger Rechte in Bezug auf die Mitbestimmung in den einzelnen Parteigremien hat. Die Folge ist eine Diskrepanz zwischen der „professionalisierenden Parteispitze“³⁴⁰ und der Basis der Partei. Insgesamt ist die Auflösung einer engen Bindung des Einzelnen zur Partei die Folge.³⁴¹

Ergänzend dazu sieht *Detterbeck* die Repräsentationsschwäche der Parteien, das gestiegene Bildungsniveau (je besser ausgebildet, desto unabhängiger und desto

³³⁸ Vgl. Panebianco, A.: *Political Parties: organization and power*, Cambridge 1988 und Katz, R.S./Mair, P.: *Changing models of party organizations and party democracies: the emergence of the Cartel party*. In: *Party Politics* 1/1989, S. 5-28.

³³⁹ Detterbeck, K.: *Die strategische Bedeutung von Mitgliedern für moderne Parteien*. In: Schmid, J./Zolleis, U.: *Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen*, Wiesbaden 2005, S. 65.

³⁴⁰ Ebd.

³⁴¹ Vgl. Katz, R.S.: *Party as linkage. A vestigial function?* In: *European Journal of Political Research* 18, S. 143-161 und Mair, P.: *Party system change. Approaches and interpretations*, Oxford 1997.

weniger sozialisierbar durch die Parteien) und die sozialen Motive (Parteien fungieren nicht mehr als Ort der gesellschaftlichen Interaktion) als Ursachen für Rekrutierungsprobleme der Parteien an.³⁴²

Zusammenfassend lassen sich die Erklärungsansätze so interpretieren, dass der Bedarf an Mitgliedern für die Parteien zurückgeht, da die Leistung und der Einfluss des Einzelnen an Gewicht verloren hat bzw. nicht mehr in einem solchen Maße benötigt wird. Gleichzeitig wird deutlich, dass die Parteien nicht in der Lage sind, neue Mitglieder zu motivieren und zu rekrutieren. Hier ist kein bewusstes Vorgehen zu vermuten, sondern es kann die Auffassung vertreten werden, dass es bestimmte Defizite bei den Parteien selber sind, die das Ausbleiben neuer Mitglieder bedingen.³⁴³

5.3. Parteien und Jugendliche

Auf Basis einer Beschreibung der generellen Partizipationsmöglichkeiten in Parteien sowie der Darstellung wichtiger Aspekte zur Mitgliederentwicklung und -struktur, geht es im Folgenden um den Gegenstandsbereich von Parteien und Jugendlichen. Dazu werden zunächst die Funktionen von Parteien im demokratischen System erläutert. Diese Funktionen fungieren als Orientierungsrahmen, um im weiteren Verlauf der Arbeit zu prüfen, in welchem Ausmaß die Parteien diese Funktionen in ihrer Ausrichtung der jugendlichen Altersgruppe gegenüber erfüllen. Darüber hinaus werden die wesentlichen organisatorischen Elemente politischer Jugendorganisationen angeführt, um

³⁴² Vgl. Detterbeck, K.: Die strategische Bedeutung von Mitgliedern für moderne Parteien. In: Schmid, J./Zolleis, U.: Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen, Wiesbaden 2005, S. 65.

³⁴³ Vgl. Scarrow, S.E.: Parties without members? Party organization in a changing electoral environment. In: Dalton, R./Wattenberg, M.P. (Hrsg.): Parties without partisans. Political change in advanced industrial democracies, Oxford 2000, S. 79-101.

daran anschließend beispielhafte Aktivitäten von Parteien zu skizzieren, die darauf ausgerichtet sind, Jugendliche für eine Mitarbeit zu gewinnen.

5.3.1. Grundlagen

Die wesentlichen Aufgaben und Ziele von Parteien bilden einen Forschungsgegenstand, der als einer der frühesten der Politikwissenschaft angesehen werden kann. Hinsichtlich des notwendigen Wandels der Parteien bedingt durch die Auflösung von festen und hergebrachten cleavages, rückt die Partei als Organisation wie schon bei *Michels* und *Ostorgorski* betrachtet und auch bei *Duverger* beleuchtet in den Mittelpunkt des Interesses.³⁴⁴ Parteien werden durch die gesellschaftlichen Umstände in die Pflicht genommen, sich strategisch und organisatorisch aktiv zu verhalten, um sich an die veränderten Bedingungen der Umwelt anzupassen und Veränderungsprozesse begleiten zu können.³⁴⁵

Um sich der Bedeutung und der Stellung der Parteien im demokratischen System nähern zu können, wird es als notwendig erachtet, die Ziele und Aufgaben von Parteien darzustellen. *Von Alemann*³⁴⁶ weist in diesem Zusammenhang auf wichtige Funktionen von politischen Parteien hin, die auch auf den Aufgabenkatalog der Jugendorganisationen übertragen werden können.³⁴⁷

³⁴⁴ Vgl. Beyme, K. von: Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien, Wiesbaden 2000.

³⁴⁵ In der politikwissenschaftlichen Auseinandersetzung werden diese Anstrengungen unter dem Begriff der „modern party change“ zusammengefasst. Vgl. hierzu ebd.

³⁴⁶ Vgl. Alemann, U. von: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 2003, S. 212 ff.

³⁴⁷ Die Ziele und Aufgaben von Parteien variieren in der politikwissenschaftlichen Parteienforschung in Bezug auf die Quantität der angegebenen Funktionen. Zusammengefasst werden die wesentlichen Aufgaben von Parteien bei Wiesendahl, E.: Parteien und Demokratie. Eine soziologische Analyse paradigmatischer Ansätze in der Parteienforschung, Opladen 1980; Steffani, W.: Parteien als soziale Organisationen. Zur politologischen Parteianalyse. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 19.4.1988, S. 549-

Die *Partizipationsfunktion* der Parteien bezieht sich nicht nur auf die Stimmabgabe bei den Wahlen, sondern auch auf die Vorstellung, dass über die Mitarbeit in Parteien die repräsentative Demokratie zum Ausdruck kommt und durch die innerparteiliche Willensbildung verwirklicht wird. Die *Transmissionsfunktion* beinhaltet die Bündelung der gesellschaftlichen Erwartungen und Interessen und deren Artikulation in Form von politischem Handeln. Mit der *Selektionsfunktion* wird die Rekrutierung von politischem Personal umschrieben, zum einen aus den Reihen der Parteien, zum anderen auch extern in Form der Gewinnung von Experten und Betroffenen.³⁴⁸

Im Hinblick auf die Jugendorganisationen ist die *Integrationsfunktion* von Parteien von besonderer Bedeutung. Sie soll sicherstellen, dass in einer pluralistischen Gesellschaft die unterschiedlichen Interessen und Lebensweisen Berücksichtigung finden, miteinander verknüpft werden und durch die Einbindung in die politischen Strukturen und Prozesse aufgenommen werden. Die partiellen gesellschaftlichen Interessen der Jugendlichen stellen einen solchen zu integrierenden Faktor dar. In diesem Zusammenhang ist von Bedeutung, dass die Jugendorganisation der Parteien die institutionellen Rahmenbedingungen für die demokratische Artikulation dieser Interessen und Lebensumstände und die Sicherstellung der prozessualen politischen Integrität bilden.

Von Alemann weist weiter auf die *Sozialisationsfunktion* von Parteien hin. Zum einen werden die Parteimitglieder politisch geprägt, indem sie die Werte und Normen der eigenen Partei übernehmen und die jeweiligen politischen Verfahrensweisen und Prozesse erlernen. Gleichzeitig sind die Parteien auch als

560; Alemann, U. von: Parteien und Gesellschaft in der Bundesrepublik. Rekrutierung, Konkurrenz und Responsivität. In: Mitzel, A./Oberreuter, H. (Hrsg.): Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, 2. Aufl., Bonn 1992; Niedermayer, O./Stöss, R. (Hrsg.): Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Opladen 1993; Alemann, U. von: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 2003.

³⁴⁸ Vgl. Steffani, W.: Parteien als soziale Organisationen. Zur politologischen Parteianalyse. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 19.4.1988, S. 549-560.

politische Sozialisationsinstanz im Kontext der politischen Bildung von Bedeutung. Es geht nicht allein nur darum, die eigenen Mitglieder zu sozialisieren, sondern darüber hinaus auch gegenüber Nicht-Mitgliedern präsent zu sein und sich als Ansprechpartner für die politischen Belange zur Verfügung zu stellen.

Unter der Funktion der *Selbstregulation* wird die Partei als Organisation verstanden, die sich in erster Linie um ihren eigenen Erhalt kümmert und zu diesem Zweck diverse Netzwerke von „Vorfeldorganisationen, Parteistiftungen, Wirtschaftsunternehmen, Kulturvereinen und Beratungsgremien“³⁴⁹ etabliert hat. Parteien tragen in bedeutendem Maße zum Erhalt eines demokratischen Systems bei. Diese Erkenntnisse der politischen Kulturforschung³⁵⁰ finden sich in der *Legitimationsfunktion* wieder. Akzeptanz und Partizipation, insbesondere der jungen Generation, sind Voraussetzungen für die fortdauernde und nachhaltige Stabilität eines demokratischen Systems.³⁵¹

Basierend auf diesen Funktionen leitet von *Alemann* eine klare Definition des Parteibegriffs ab: Parteien sind demnach „auf Dauer angelegte gesellschaftliche Organisationen, die Interessen ihrer Anhänger mobilisieren, artikulieren und bündeln und diese in politische Macht umzusetzen suchen - durch die Übernahme von Ämtern in Parlamenten und Regierungen.“³⁵²

Diese Definition macht deutlich, dass die Parteien einerseits in den politischen Ämtern in Regierung und Parlament eingebunden, andererseits aber auch in der Gesellschaft verankert sind. Sie stellen somit ein Bindeglied zwischen beiden Bereichen dar und vernetzen diese. Sie erfüllen damit eine Linkage-Funktion, die

³⁴⁹ Alemann, U. von: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, 3. Aufl., Opladen 2003, S. 216.

³⁵⁰ Vgl. zusammenfassend Berg-Schlosser, D./Schissler, J. (Hrsg.): Politische Kultur in Deutschland. Sonderheft 18 der Politischen Vierteljahresschrift, Opladen 1987.

³⁵¹ Vgl. auch Pickel, G.: Jugend und Politikverdrossenheit. Zwei politische Kulturen im Deutschland nach der Vereinigung?, Opladen 2002, S. 11.

³⁵² Alemann, U. von: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, 3. Aufl., Opladen 2003, S. 217.

wie eine „substantive connection between rulers and ruled“³⁵³ ausgelegt werden kann.

Vor dem Hintergrund der Fragestellung bedeutet dies, dass die Parteien stabile Kommunikationsstrategien besitzen müssen, um die Präferenzen der Jugendlichen auszumachen, zu selektieren und zu aggregieren. Schließlich müssen die Erkenntnisse in die Strukturierung der eigenen Organisation und Kommunikation eingebunden und in politisches Handeln umgesetzt werden. Letztendlich dient dieser Prozess der Stabilität und dem Erhalt der Partei selbst.³⁵⁴

Parteien bilden somit über ihre Jugendorganisationen eine Plattform zur Erfüllung der Partizipationswünsche von Jugendlichen und schaffen damit eine Möglichkeit für junge Menschen, aktiv an politischen Meinungsbildungsprozessen teilzunehmen und konkrete Entscheidungen zu beeinflussen. Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang, dass die Motivation für eine Mitgliedschaft in einer Partei aus Sicht junger Erwachsener auch davon abhängt, wie stark die Jugendorganisationen Einfluss auf Programmatik und Politik der Mutterpartei haben. In Anlehnung an *Grunden* sind eine Reihe struktureller Voraussetzungen ausschlaggebend für diesen Einfluss auf die parteiinterne Meinungsbildung.³⁵⁵

Das *quantitative Mobilisierungspotenzial* drückt aus, mit welchem maximalen Stimmenvolumen eine Jugendorganisation ihr politisches Gewicht auf höheren Entscheidungsebenen der Mutterpartei geltend machen kann. Dieses Stimmengewicht macht deutlich, inwiefern das Votum der Parteijugend benötigt

³⁵³ Lawson, K.: *Political Parties and Linkage. A Comparative Perspective*, London 1980, S. 3.

³⁵⁴ Vgl. Panebianco, A.: *Political Parties: Organization and Power*, Cambridge 1988, S. 12.

³⁵⁵ Vgl. Grunden, T.: Einflusspotenziale der parteipolitischen Jugendorganisationen, Jungsozialisten und Junge Union im Vergleich. In: Alemann, U. von/Morlok, M./Godewerth, Th. (Hrsg): *Jugend und Politik. Möglichkeiten und Grenzen politischer Betätigungen der Jugend*, i.E.

wird, um Mehrheiten in wichtigen Entscheidungsgremien herbeizuführen und wie sehr eine Mutterpartei auf die Unterstützung ihrer Jugendorganisation angewiesen ist.

Dieses Potenzial kann aber nur dann zur Einflussnahme innerhalb der Mutterpartei genutzt werden, wenn die Jugendorganisation über ein bestimmtes *Maß an kollektiver Handlungsfähigkeit* verfügt, d. h. wenn ein Großteil der Mitglieder auf ein gleich gerichtetes Handeln verpflichtet werden kann.³⁵⁶ Demnach kommt es darauf an, dass einmal getroffene Entscheidungen auch über einen längeren Zeitraum gelten, so dass Jugendorganisationen als berechenbarer und verbindlicher politischer Partner der Mutterpartei angesehen werden. Diese Verbindlichkeit wiederum verstärkt die Handlungsmöglichkeiten der Spitzenrepräsentanten in der Mutterpartei und bedeutet demzufolge auch ein höheres Einflusspotenzial zur Durchsetzung politischer Interessen Jugendlicher.

Neben dem Mobilisierungspotenzial und der kollektiven Handlungsfähigkeit hängt die Einflussmöglichkeit der Jugendorganisationen auch davon ab, wie sehr die von der Mutterpartei zugeordnete *Erfüllung von Funktionen* wahrgenommen wird. Nach Auffassung von *Volkman* fallen hierunter vor allem die Berücksichtigung jugendspezifischer Themen sowie Kooperations- und Rekrutierungsfunktionen,³⁵⁷ während *Grunden* eine Aufteilung in nach außen gerichtete sensorische Funktionen und parteiintern gerichtete Bindungsfunktionen vornimmt.³⁵⁸

³⁵⁶ Schimank, U.: Organisationen, Akteurskonstellationen, korporative Akteure, Sozialsysteme. In: Allmendinger, J./ Hinz, Th. (Hrsg.): Soziologie der Organisationen, Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Köln 2002, S. 35.

³⁵⁷ Vgl. Volkman, U.: Die Jugendorganisationen der Parteien - Struktur, rechtliche Stellung, Finanzierung. In: Alemann, U. von/Morlok, M./Godewerth, Th. (Hrsg.): Jugend und Politik. Möglichkeiten und Grenzen politischer Betätigungen der Jugend, i.E.

³⁵⁸ Vgl. Grunden, T.: Einflusspotenziale der parteipolitischen Jugendorganisationen, Jungsozialisten und Junge Union im Vergleich. In: Alemann, U. von/Morlok, M./Godewerth, Th. (Hrsg.): Jugend und Politik. Möglichkeiten und Grenzen politischer Betätigungen der Jugend, i.E.

Zu den sensorischen Funktionen der Jugendorganisationen zählen demnach die Fähigkeiten, Jugendliche und junge Erwachsene als Wähler und Mitglieder an die Partei zu binden, jugendspezifische Themen aufzunehmen und adäquate Problemlösungen und Kommunikationsformen anzubieten. Die parteiinternen Bindungsfunktionen umfassen die Ausbildung des politischen Nachwuchses, die Schaffung eines Pools an Potenzialträgern für politische Ämter und Mandate sowie die Stärkung der Kampagnenfähigkeit.

Ein vierter, nach Auffassung von *Grunden* wichtiger Faktor für den Grad der Einflussnahme von Jugendorganisationen ist ihre *Anschlussfähigkeit an die Wertvorstellungen der Mutterpartei*, d. h. parallel zur Wahrung eines eigenständigen Profils in der Lage zu sein, die identischen programmatischen Belange der Mutterpartei zu vertreten und gemeinsam zu verfolgen.³⁵⁹

Die genannten vier Aspekte – das quantitative Mobilisierungspotenzial, die kollektive Handlungsfähigkeit, der Erfüllungsgrad von Funktionen für die Mutterpartei sowie die programmatische Anschlussfähigkeit - sind wichtige partei-strukturelle Voraussetzungen, um interessierte Jugendliche und junge Erwachsene für die Mitarbeit in einer Partei gewinnen zu können und gehören demzufolge mit in eine Betrachtung von Ansatzpunkten zur Erhöhung der parteibezogenen Partizipationsbereitschaft Jugendlicher.

5.3.2. Organisatorischer Rahmen politischer Jugendorganisationen

Die Jugendorganisationen der Parteien sind als eine institutionalisierte Verbindung zwischen der Mutterpartei und einem Teil der Gesellschaft anzusehen. Zum einen können sie der Mutterpartei über die sozialen Bedürfnisse der Jugendlichen berichten, zum anderen können die Jugendlichen in den Jugendorganisationen als Multiplikatoren für die Ziele der jeweiligen politischen

³⁵⁹ Ebd.

Partei bei Nicht-Mitgliedern werben. Das Erreichen einer erfolgreichen politischen Arbeit im Sinne von Anerkennung durch Wahl oder Partizipationsbereitschaft, ist von der Art und Weise der Zusammenarbeit und Kommunikation abhängig und die „innerparteiliche Geschlossenheit ist das Resultat eines permanenten Verhandlungsprozesses zwischen den Eliten der verschiedenen Parteiebenen über Politik, Positionen und Patronage.“³⁶⁰

Die Aufgaben der Jugendorganisationen scheinen formal nahezu identisch zu denen der Parteien zu sein. Die Jugendorganisationen der Parteien sind im Kontext der unterschiedlichen, wenngleich zahlreichen Untergliederungen, Vereinigungen und Abspaltungen einzuordnen.

Der Begriff der Jugend ist in Bezug auf die Jugendorganisationen der Parteien ein wenig irreführend und unterscheidet sich in Bezug auf das Mitgliedsalter sehr von der altersmäßigen Einordnung der Jugendlichen in der vorliegenden Forschungsarbeit.³⁶¹ Das Höchstalter der Mitglieder in den Jugendorganisationen variiert zwischen 27 Jahren bei der Grünen Jugend und 35 Jahren bei der Jungen Union, den Jungsozialisten und den Jungen Liberalen.³⁶² Diese altersmäßige Einordnung der Jugendlichen in den Parteien umfasst somit die in der Pädagogik und Sozialwissenschaft bezeichneten Phasen des Jugendalters, des Nachjugendalters und des Erwachsenenalters.³⁶³

Im Hinblick auf die Organisation der Mitgliedschaft können die Jugendorganisationen anhand ihrer Verbindung zur Mutterpartei und der

³⁶⁰ Poguntke, Th.: Parteien ohne (An-)Bindung. Verkümmern die organisatorischen Wurzeln der Parteien? In: Schmid, J./Zolleis, U. (Hrsg.): Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen, Wiesbaden 2005, S. 50.

³⁶¹ An dieser Stelle sei noch einmal erwähnt, dass in der vorliegenden Untersuchung Jugendliche zwischen 15 und 18 Jahren im Fokus der Betrachtung stehen.

³⁶² Vgl. § 2 Abs. 1 Satz 2 der Satzung der Jungen Union Deutschlands 1969, zuletzt geändert 2005; Abschnitt III, Ziffer 1 der Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten und Jungsozialistinnen in der SPD 1974, letzte Änderung 2001; § 3 Abs. 1 der Bundessatzung der Jungen Liberalen, Stand 1999.

³⁶³ Vgl. Hurrelmann, K.: Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung, 6. Aufl., Weinheim 1999, S. 23.

generellen Bereitschaft zur Öffnung unterschieden werden. Im Wesentlichen können unter den Jugendorganisationen der im Bundestag vertretenen Parteien zwei Organisationstypen ausgemacht werden.

Mitglieder der Jungen Union, der Jungsozialisten und der Grünen Jugend sind nicht automatisch Mitglieder der jeweiligen Mutterpartei,³⁶⁴ aber die Jugendorganisationen sind formal und inhaltlich integriert. Zwischen der FDP und den Jungen Liberalen sowie zwischen der PDS und ihrem Jugendverband „Solid“ besteht keine rechtliche Anbindung und inhaltliche Abhängigkeit. Im Gegensatz zu dem erstgenannten Organisationstyp ist in diesen beiden Fällen eine stärkere Trennung zwischen der Mutterpartei und der ihr nahe stehenden Jugendorganisation zu verzeichnen. Die Möglichkeit einer vollständigen Integration des Jugendverbandes in die Mutterpartei in der Form, dass Mitglieder der Jugendorganisation auch automatisch der Mutterpartei angehören, existiert in der Praxis nicht mehr.³⁶⁵

Die Finanzierung der Jugendorganisationen der Parteien soll an dieser Stelle eine kurze Erwähnung finden. Nicht zuletzt hängt eine effektive und somit auch unabhängige einflussreiche Arbeit der Jugendorganisationen auch von der Art und Weise der Finanzierung ab.

Über den gesamten Finanzierungsrahmen der parteipolitischen Jugendorganisationen gibt es keine exakten Angaben, da sich auch die

³⁶⁴ Umgekehrt kann dies aber der Fall sein. SPD Mitglieder, die unter 35 Jahren sind, sind automatisch Mitglieder der Jungsozialisten. „Der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten und Jungsozialistinnen gehören die Mitglieder der SPD bis zur Vollendung des 35. Lebensjahres an. Vgl. Abs. III Ziffer 1 Satz 1 der Richtlinien der Jungsozialisten. Im Gegensatz zu den Jusos bedingt die Mitgliedschaft bei der Jungen Union und der Grünen Jugend eine eigene Beitragspflicht. Vgl. Volkmann, U.: Die Jugendorganisationen der Parteien - Struktur, rechtliche Stellung, Finanzierung. In: Alemann, U. von/Morlok, M./Godewerth, Th. (Hrsg): Jugend und Politik. Möglichkeiten und Grenzen politischer Betätigungen der Jugend, i.E.

³⁶⁵ Nach diesem Modell wurde bis 1997 im Verband der Jungsozialisten verfahren, die nach dem Prinzip einheitlicher Mitgliedschaft operierten.

Organisationen selber diesbezüglich in ihrer Informationspolitik zurückhalten.³⁶⁶ Selbst der Anteil einzelner Einnahmequellen ist nicht bekannt, lediglich die Quellen selbst sind transparent und umfassen die Mitgliederbeiträge, Spenden von natürlichen und juristischen Personen, Einnahmen aus Veranstaltungen oder anderer unternehmerischer Tätigkeit und staatlichen Mitteln. Darüber hinaus erhalten die Jugendorganisationen Zuwendungen von der entsprechenden Mutterpartei.³⁶⁷

Der Umfang der Mitgliederbeiträge ist erfahrungsgemäß eher gering im Vergleich zu den übrigen Einnahmequellen, zum einen da die Jugendorganisationen kein eigenes Beitragserhebungsrecht besitzen, zum anderen aber auch aufgrund der eher geringen Finanzmittel, über die die Mitglieder (Schüler, Auszubildende, Studenten, etc.) verfügen.

Transparent ist im Zusammenhang mit der Finanzierung der Jugendorganisationen einzig und allein der Umfang staatlicher Unterstützung, da diese Posten in den Rechenschaftsberichten der Parteien auszuweisen sind. Öffentliche finanzielle Unterstützung wird insbesondere aus dem Budget des Kinder- und Jugendplans des Bundes, der Länder und der Kommunen bereitgestellt. Des Weiteren werden Finanzmittel speziell auf Bundesebene durch den „Ring politischer Jugend“ an konkrete Projekte und - dies aber begrenzt - an Institutionen vergeben.³⁶⁸ Aus den Rechenschaftsberichten über die Jahre 2000 bis 2003 der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien geht folgender Umfang an öffentlichen Zuschüssen für die parteipolitischen Jugendorganisationen hervor.

³⁶⁶ Vgl. Volkmann, U.: Die Jugendorganisationen der Parteien - Struktur, rechtliche Stellung, Finanzierung. In: Alemann, U. von/Morlok, M./Godewerth, Th. (Hrsg): Jugend und Politik. Möglichkeiten und Grenzen politischer Betätigungen der Jugend, i.E.

³⁶⁷ Vgl. Rübenkönig, J.: Die Rechenschaftspflicht der politischen Parteien nach Art. 21 Absatz 1 Satz 4 GG, 2003, S. 177 ff.

³⁶⁸ Vgl. Volkmann, U.: Die Jugendorganisationen der Parteien-Struktur, rechtliche Stellung, Finanzierung. In: Alemann, U. von/Morlok, M./Godewerth, Th. (Hrsg): Jugend und Politik. Möglichkeiten und Grenzen politischer Betätigungen der Jugend, i.E.

Jahr	Jung-sozialisten (SPD)	Junge Union (CDU/CSU)	Junge Liberale (FDP)	Grüne Jugend u.a. (Bündnis 90/Grüne)	Solid u.a. (PDS)
2000 (in DM)	3.884.015	4.491.667	965.819	472.380	47.183
2001 (in DM)	3.778.073	3.644.845	893.750	617.953	53.090
2002 (in €)	1.974.316	1.861.583	457.134	208.490	35.118
2003 (in €)	1.775.971	1.470.068	452.450	316.216	25.718

Abb. 19: Öffentliche Zuschüsse an politische Jugendorganisationen ³⁶⁹

Ausgehend von der Zahl für das Jahr 2003 erreichen die staatlichen Zuschüsse somit ein Volumen von etwa 4 Millionen Euro, von denen die Jungsozialisten und die Junge Union im Jahr 2003 mit über 3,2 Millionen Euro mehr als 80 % auf sich vereint haben.

5.3.3. Mobilisierung Jugendlicher zur Mitarbeit

In den vorangegangenen Teilkapiteln ging es neben strukturellen Aspekten insbesondere um die Rolle und Funktion parteipolitischer Jugendorganisationen – für ihre jeweiligen Mutterparteien aber auch als Angebot zur politischen Teilhabe von Schülern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen generell. Die Mitgliederentwicklung der letzten Jahre, insbesondere bei den großen Parteien, zeigt eine deutliche Verschiebung der Altersanteile hin zu älteren Jahrgängen.

³⁶⁹ Quelle: Veröffentlichungen der BT-Drucksachen 14/8022 vom 22.01.2002, 15/700 vom 20.03.2003, 15/2800 vom 25.03.2004 und 15/5550 vom 13.05.2005.

Befragt nach den gegenwärtigen Maßnahmen, mit denen Jugendliche angesprochen und für eine Mitarbeit gewonnen werden können, zeigen sich die Vertreter der Jugendorganisationen optimistisch und verweisen auf ein breites Spektrum an Informations- und Rekrutierungsmaßnahmen. Befragt nach den Aktivitäten zur Erlangung von Informationen über die heutige Lebenswelt von Jugendlichen wurden zusammengefasst folgende Antworten geliefert.

Organi- sation Aktivität	Junge Liberales (FDP)	Junge Union (CDU/CSU)	Jung- sozialisten (SPD)
Erlangung von Informationen über die jugendliche Lebenswelt	<ul style="list-style-type: none"> ■ Jugend- und Armuts- berichte der Bundesregierung ■ Kommissions- berichte (z.B. Enquête- Kommission, Rürup- Kommission) ■ Trend-Umfragen unter Jugendlichen ■ Wahl-Analysen (insbesondere Stimmverhalten von Erstwählern) ■ Medien-Analyse 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Berichte von Bundes- und Landesbehörden ■ Kommissions- berichte und Studien ■ Befragungen der eigenen Mitglieder ■ Schuldiskussionen ■ Veranstaltungen mit anderen Jugendverbänden ■ Medien-Analyse 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Jugendstudien (insbesondere Shell-Jugendstudie) ■ Untersuchungen des Deutschen Jugend- instituts (Dauerbeobachtung und Social Monitoring) ■ Befragung der neuen Mitglieder ■ Potenzialanalyse zur Ausgestaltung von Politikangeboten

Abb. 20: Informationsquellen politischer Jugendorganisationen ³⁷⁰

Im Vordergrund der Informationsquellen stehen jugendrelevante Studien und Kommissionsberichte sowie die Befragung eigener (Neu-)Mitglieder. Hierdurch bieten sich nach Aussage der Parteiverantwortlichen gute Gelegenheiten, viel über die Anreize Jugendlicher zu erfahren, die ausschlaggebend dafür sind, sich parteipolitisch zu engagieren.

³⁷⁰ Schriftliche Anfrage im Zeitraum März bis Mai 2006 an die Zentralen aller parteipolitischen Jugendorganisationen der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien zu ihren aktuellen und wichtigsten Informationsquellen und Rekrutierungsmaßnahmen. Geantwortet haben die „Jungen Liberalen“, die „Junge Union“ und die „Jungsozialisten“. Die Jugendorganisationen „Grüne Jugend“ und „solid“ haben keine Antworten geliefert.

Die Kenntnis der Interessen Jugendlicher ist eine wichtige Grundlage zur Gestaltung der Rekrutierung. Die Antworten der Jugendorganisationen auf die Frage nach konkreten Maßnahmen stellen sich zusammengefasst wie folgt dar.

Organi- sation Aktivität	Junge Liberales (FDP)	Junge Union (CDU/CSU)	Jung- sozialisten (SPD)
Maßnahmen zur Rekrutierung von Jugendlichen	<ul style="list-style-type: none"> ■ Mitglieder-Werbekampagne „Schon Juli?“ ■ Informationspakete bei Anfragen ■ Newsletter ■ Mitgliederzeitschrift ■ Informations-Flyer ■ Internet-Auftritt „www.julis.de“ ■ Internet-Präsenzen auf Landes- und Kreisebene ■ Durchführung bzw. Teilnahme an Podiumsdiskussionen (z.B. in Fernsehsendungen, bei Schulveranstaltungen) ■ Teilnahme an jugendrelevanten Messen (z.B. YOU-Messe) 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Image-Kampagne „Black is beautiful“ ■ Sportveranstaltungen ■ Partys ■ Informationsmaterial bei Anfragen ■ Internet-Auftritt „www.junge-union.de“ ■ Unterorganisation „Schüler-Union“ für Altersgruppe 12-21 Jahren 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Schulungs- und Bildungsangebote, z.B.: <ul style="list-style-type: none"> - Politdiplom - Sommerschule - Kongresse - Afrika-Kampagne - Mentoring-Programm (für junge Frauen) ■ Projektarbeit, z.B.: <ul style="list-style-type: none"> - Globalisierung - Wirtschaftspolitik - Soziale Sicherung - Soziales Europa ■ Broschüren und Newsletter zu verschiedenen Themen ■ Internet-Auftritt „www.jusos.de“

Abb. 21: Rekrutierungsmaßnahmen politischer Jugendorganisationen³⁷¹

Aus der Übersicht der Maßnahmen kann eine Gliederung der Aktivitäten in verschiedene Bereiche abgeleitet werden: Neben Print-Medien und Online-Angeboten gibt es eine Reihe von (Weiter-)Bildungsmöglichkeiten sowie die Durchführung von Diskussionen im Rahmen unterschiedlichster Veranstaltungen. Eine Priorisierung bestimmter Maßnahmen ist seitens der angesprochenen Parteivertreter nicht vorgenommen worden. Übereinstimmend wird die Meinung vertreten, dass die Aktivitäten miteinander verzahnt sind und im Verlauf der Zeit ineinander greifen.

³⁷¹ Ebd.

5.4. Zusammenfassung

Parteien bilden einen konstituierenden Mittelpunkt des demokratischen Systems. Ihnen kommt eine Schlüsselrolle bei der Wahrnehmung, Steuerung und Ausführung von politischer Herrschaft zu. Durch die Zuweisung von Funktionen wird die Doppelrolle von Parteien im Kontext von Staat und Gesellschaft dokumentiert.

Im vorausgegangenen Kapitel ist die Beteiligung in Parteien als ein Partizipationstyp eigener Art definiert worden. Dabei zeigt sich, dass dieses Spektrum sehr breit gefächert ist und in der wissenschaftlichen Diskussion von der potenziellen Bereitschaft zu parteipolitischer Beteiligung bis hin zu einer tatsächlichen zielgerichteten Handlung gesehen wird.

Im Hinblick auf die Motive, die Menschen bewegen, sich in einer Partei zu engagieren, wird deutlich, dass die im Sozialisationsprozess erlernten und übernommenen Werte und Normen eine wichtige Voraussetzung für politische Handlungsbereitschaft bilden. Darüber hinaus ist maßgeblich, ob ein Interessierter der Auffassung ist, dass er in einer Partei seine individuellen Ziele einbringen und durchsetzen kann und ob er glaubt, sich innerhalb des Parteigefüges weiter entwickeln zu können. Neben diesen individuellen Verhaltensdispositionen stehen die Parteien selbst mit anderen Beteiligungsformen in starker Konkurrenz um eine relativ geringe Anzahl potenzieller Mitglieder.

Besonders auffällig ist, dass die Parteien anscheinend den Prozess der Überalterung nicht aufhalten können. Viele Jugendliche haben kein Vertrauen und trauen den Parteien die Lösung ihrer Probleme nicht zu. Dabei stehen die Parteien vor dem Dilemma, dass sie in ihrem eigenen Interesse den Kontakt zu den Jugendlichen in der Bevölkerung nicht verlieren dürfen und zum anderen daran interessiert sind, die in der Regel ältere Wählerschaft nicht zu verstimmen. Gleichzeitig haben Parteien das Problem, dass ihnen der Nachwuchs zur

Besetzung politischer Ämter fehlt. Als Gründe für das Ausbleiben neuer junger Mitglieder kann zusammenfassend festgehalten werden, dass Jugendliche den Nutzen einer Parteimitgliedschaft nicht erkennen und somit auch keine Motivation verspüren, sich detaillierter mit dieser Form einer politischen Beteiligung auseinanderzusetzen.

Die Parteien stehen unter einem Reformdruck, der sich sowohl auf ihre Programmatik als auch auf ihre Organisation bezieht. Um Jugendliche zu gewinnen, werden Konzepte zur Strategiefähigkeit von Parteien entworfen, die eine Verbesserung der Rekrutierung junger Menschen zum Ziel haben. Die Parteien wollen das Konzept der Mitgliederpartei nicht aufgeben, sondern durch mannigfaltige Partizipationsanreize den Mehrwert von Parteimitgliedschaft für Jugendliche transparent machen. Ausschlaggebend für einen Erfolg wird sein, inwiefern Parteien es schaffen, sich inhaltlich und organisatorisch den Bedürfnissen der Jugendlichen zu öffnen ohne ältere Mitglieder zu verprellen.

Die Parteien versuchen dies in erster Linie über ihre politischen Jugendorganisationen. Sie bilden die Verbindung und das Sprachrohr zur jungen Generation. Einerseits können sich die Parteien durch die Jugendorganisationen über die jugendliche Lebenswelt informieren und andererseits bilden die Jugendorganisationen den institutionellen Rahmen, in dem Jugendliche ihren politischen Interessen Ausdruck verleihen. Gleichzeitig werden junge Menschen durch die Jugendorganisation strukturell an die Mutterpartei gebunden. Trotz zahlreicher Rekrutierungs- und Annäherungsversuche liegt der Schluss nahe, dass diese Aufgaben in der Vergangenheit von der Mutterpartei und den Jugendorganisationen nicht adäquat ausgefüllt worden sind.

Im Hinblick auf das Verhältnis von Parteien und Jugendlichen hat sich gezeigt, dass Parteiorganisationen nicht stagnieren dürfen, sondern ihre Organisation verbessern müssen, um in einer sich wandelnden Umwelt ihre unterschiedlichen Funktionen wahrnehmen und ausfüllen zu können.

6. Zwischenfazit und forschungsleitende Fragen

Nach der Auseinandersetzung mit den für die Problemstellung dieser Arbeit relevanten Gegenstandsbereichen werden in diesem Abschnitt die forschungsleitenden Fragen formuliert, um daraus Anhaltspunkte für den inhaltlichen Aufbau und den prozessualen Ablauf des eigenen Forschungsvorhabens ableiten zu können. Das Kapitel bildet damit den Übergang von theoretischer Grundlegung zur eigenen empirischen Untersuchung.

6.1. Theoretische Grundlegung

Die Bearbeitung der theoretischen Grundlagen konzentriert sich auf vier zentrale Themenfelder.

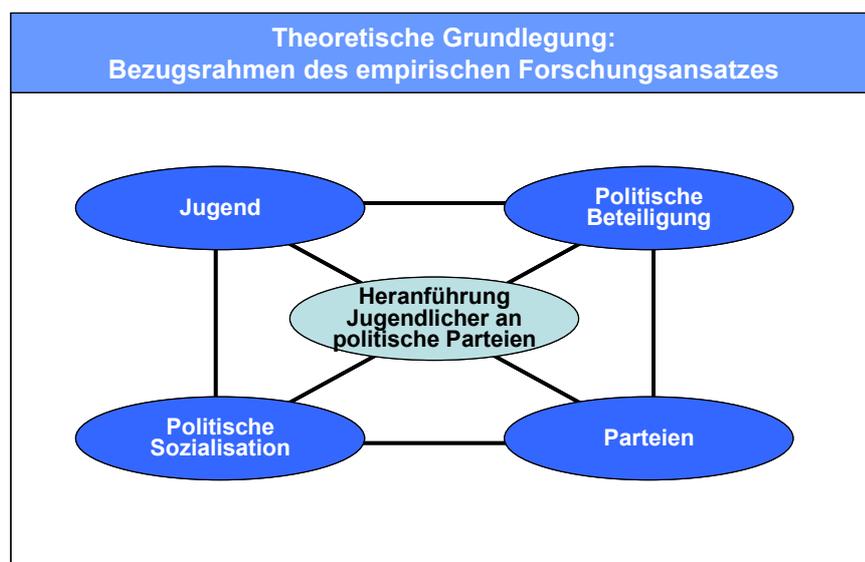


Abb. 22: Theoretische Grundlegung der Untersuchung

Den Ausgangspunkt bilden wesentliche Erkenntnisse über die Bevölkerungsgruppe, die im Mittelpunkt dieser Arbeit steht - die Jugendlichen. Der begrifflichen Klärung folgt eine Beschreibung differenzierter Altersabgrenzungen, die mit diesem Lebensabschnitt verbunden werden sowie die Beschreibung wesentlicher entwicklungspsychologischer und demographischer Aspekte. Daran anschließend wird aufgezeigt, welche Bedeutung politische Sozialisation für die Entwicklung von politischem Bewusstsein und für den Aufbau einer politischen Identität einnimmt und welche Sozialisationsinstanzen entsprechende Beiträge dazu liefern können. Aufbauend auf der Beschreibung politischer Sozialisationsprozesse werden die Dimensionen und Möglichkeiten politischer Beteiligung aufgezeigt, um abschließend zu verdeutlichen, wie die Parteien in dieses Beteiligungsspektrum eingeordnet werden können und wie sie gegenwärtig versuchen, Jugendliche zur Mitarbeit in ihren Organisationen zu gewinnen.

6.2. Verhältnis Jugendliche und politische Parteien: Erste Folgerungen

Die theoretische Grundlegung der Untersuchung hat eine Reihe von Ansatzpunkten hervorgebracht, denen in der zugrunde liegenden Literatur ein Einfluss auf die Bereitschaft Jugendlicher zur Mitarbeit in Parteien zugewiesen wird. Bevor mögliche Einflussfaktoren untersucht werden, die für die Beziehung der Jugendlichen zu politischen Parteien maßgeblich sind, ist zunächst der Frage nachzugehen, wie diese Beziehung überhaupt ausgeprägt ist.

6.2.1. Ausprägung der Beziehung

Die theoretische Grundlegung auf der Grundlage der Gegenstandsbereiche „Jugend“, „Politische Sozialisation“, „Politische Beteiligung“ und „Parteien“ hat ergeben, dass die Beziehung Jugendlicher zu politischen Parteien aus zwei Blickwinkeln betrachtet werden kann.

Erstens lässt sich die Ausprägung dieser Beziehung anhand des politischen Bewusstseins der Jugendlichen beschreiben. Um politisches Bewusstsein unter Jugendlichen auszumachen und einzuschätzen, bieten sich als Gradmesser die bereits beschriebenen Lernziele zur demokratischen Bildung an deutschen Schulen an. Sie umfassen den Kenntnisstand und die Akzeptanz politischer Werte ebenso wie ein bestimmtes Maß an politischer Analyse- und Handlungsfähigkeit bei Jugendlichen. Deshalb werden sie bei der Konzeption der eigenen empirischen Untersuchung berücksichtigt und dienen als Orientierung zur Beantwortung der Frage, in welchem Maß das politische Bewusstsein bei den Befragten ausgeprägt ist.

Der zweite Blickwinkel, aus dem die Beziehung Jugendlicher zu politischen Parteien betrachtet werden kann, umfasst die Erwartungen, die Jugendliche an Parteien stellen. Diese Erwartungen sind in Anlehnung an die vorliegenden theoretischen und empirischen Erkenntnisse auf drei Bereiche gerichtet: auf Werte und Normen, auf Programmangebote und auf die Organisation von Parteien, d.h. auf ihre Strukturen und Abläufe. Diese drei Erwartungsbereiche sind demzufolge auch für die Konzeption der eigenen empirischen Untersuchung relevant, wenn es darum geht, die Ausprägung der Beziehung Jugendlicher zu politischen Parteien zu beschreiben. Darüber hinaus wird zu prüfen sein, ob die drei genannten Erwartungsfelder (Werte und Normen, Programmangebot, Organisationsstruktur/-abläufe) durch die Aussagen der Befragten noch ergänzt werden.

Die Charakterisierung der Erwartungen in der empirischen Untersuchung darf aber nicht nur auf einer Beschreibung der Erwartungen beruhen, sondern muss auch der Frage nachgehen, wie diese Erwartungen nach Auffassung der Befragten von den Parteien selbst erfüllt werden. Es ist davon auszugehen, dass dieser Erfüllungsgrad auch Rückschlüsse darüber liefert, in welchem Ausmaß die Parteien ihre im Rahmen der theoretischen Grundlegung bereits geschilderten Funktionen wahrnehmen, und zwar primär mit Blick auf die Altersgruppe der jugendlichen Bevölkerung.

6.2.2. Einflussfaktoren

Die Zusammenfassung und Strukturierung der Parameter, die die Beziehung Jugendlicher zu politischen Parteien prägen, führt zu einem Bündel von vier Einflussfaktoren. Ihre nähere Betrachtung kann demzufolge wichtige Antworten auf die Beantwortung der Frage liefern, was Parteien tun können, um Jugendliche zur Mitarbeit in ihren Organisationen zu bewegen. Im Folgenden werden die vier Einflussfaktoren genauer beschrieben und die daraus resultierenden forschungsleitenden Fragen formuliert.

Parteiorganisation

Die vorangestellten theoretischen Grundlagen haben gezeigt, dass Parteien eine besondere Form der politischen Beteiligung darstellen. Diese Rolle resultiert einerseits aus der Breite von Politikfeldern, die von Parteien bearbeitet werden und aus ihrer langfristig und kontinuierlich angelegten Auseinandersetzung mit politischen Themen und Herausforderungen. Gerade der zweite Punkt führt in seiner Umsetzung zu Organisationen, Strukturen und Hierarchien. Diese Aspekte führen zu einem vielfältigen Gefüge an organisatorischen Parametern, die sich

auf die Motivation, in einer Partei mitzuarbeiten, auswirken können. Zwischen den Erwartungen und Ansprüchen der Jugendlichen und der Organisationswirklichkeit der Parteien scheint aber aufgrund bisheriger Erkenntnisse eine Diskrepanz zu bestehen.

Alternative Beteiligungsformen scheinen Jugendliche eher anzusprechen, da diese projektbezogener und problemorientierter ausgerichtet sind. Die offeneren Strukturen, die Kurzfristigkeit der Aktionen und die Transparenz der Prozesse stellen für Jugendliche eine attraktivere Partizipationsform dar. Zwar haben die Parteien versucht, mit einer Reihe von Partizipationsanreizen näher an die jugendliche Altersgruppe heranzurücken, es bleibt aber die Frage, ob diese Anstrengungen überhaupt von Jugendlichen wahrgenommen werden.

Die Betrachtung der entwicklungspsychologischen Aspekte hat deutlich gemacht, dass die Jugendlichen nur dann politisch agieren, wenn sie vom Nutzen und der Wirksamkeit des eigenen Engagements überzeugt sind. Gerade im Prozess der politischen Identitätsbildung agieren Jugendliche noch unsicher und sind schnell überfordert.³⁷² Dieser Überzeugungsprozess ist auch abhängig von der inhaltlichen und programmatischen Ausrichtung der Parteien und der Transparenz von Entscheidungen, Strukturen und Abläufen.

Vor dem Hintergrund der bisherigen Erkenntnisse über die Einflüsse von Parteistruktur und -organisation auf die Bereitschaft Jugendlicher zur Mitarbeit in Parteien, zielt die eigene empirische Forschung darauf, Antworten auf eine Reihe von Fragen zu liefern:

Forschungsleitende Fragen zum Faktor „Parteistruktur und -organisation“:

- Was stellen sich Jugendliche unter Parteien vor?
- Welche Meinung haben Jugendliche über Parteien allgemein?

³⁷² Vgl. Hurrelmann, K.: Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung, Weinheim 1999, S. 183.

- Welche Erwartungen haben Jugendliche von Parteistrukturen/-prozessen?
- Wie bewerten Jugendliche das persönliche Engagement in Parteien?
- Welche Möglichkeiten zur Mitarbeit gibt es nach Auffassung der Jugendlichen und wie werden diese beurteilt?

Vermittlung von Inhalten

Jugendliche entwickeln ihre Vorstellung und ihre Einstellung zur Politik in der Auseinandersetzung mit ihrer Umwelt. Dazu zählen insbesondere das Elternhaus, die Schule, das Umfeld an gleichaltrigen Freunden und Bekannten sowie die Medien. Dass durch den Sozialisationsprozess entstehende politische Interesse ist demzufolge eine zentrale motivationale Voraussetzung für politische Beteiligung.

Parteien spielen als Sozialisationsagent keine Rolle. Sie werden indirekt in den Sozialisationsprozess aufgenommen und durch Gespräche, Diskussionen und die Medien in den Alltag integriert. Somit findet keine direkte Kommunikation zwischen den Parteien und den Jugendlichen statt. Den Medien kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle zu. Das Wesen und die Inhalte von Politik und Parteien werden in erster Linie über die Massenmedien vermittelt. Aussagen und Botschaften in den Medien bilden die Hauptquelle politischer Information. Die Darstellung von Parteien in den Medien und die Nutzung der Medien als Sprachrohr der Parteien führt zu der Frage, ob junge Menschen in der Medienkonkurrenz das Auftreten der Parteien überhaupt wahrnehmen und welche Aussagen ankommen. Nicht zuletzt stehen die Parteien im Prozess der Vermittlung ihrer Interessen in Konkurrenz zu vielen anderen „Anbietern.“ Damit gibt es kaum eine Möglichkeit abzufragen, inwiefern die Kommunikation und das Wirken von Parteien die jungen Menschen beeinflusst und welche

Stellung sie damit im Sozialisationsprozess auf die Herausbildung von Kognitionen und Einstellungen haben.³⁷³

Mit Blick auf die Aspekte der Identitätsentwicklung im Jugendalter bedürfen Jugendliche einer ganz anderen Ansprache durch die Parteien. Junge Menschen erfahren Politik wesentlich emotionaler und besitzen dabei ein moralisch-idealisiertes Politikverständnis. Diese Aspekte müssen im politischen Stil und in der Methode berücksichtigt werden, will man junge Menschen erreichen. Inhaltlich steht in Anlehnung an die politische Identitätsentwicklung fest, dass jungen Menschen die Langfristigkeit von Politik auf Basis bestimmter Werthaltungen verdeutlicht werden muss.³⁷⁴

Die theoretische Grundlegung zeigt somit, dass die Art und Weise, wie parteirelevante Informationen an Jugendliche vermittelt werden, einen weiteren Faktor darstellt, der die Bereitschaft Jugendlicher zur Mitarbeit in Parteien beeinflusst. Aus dieser Erkenntnis resultieren eine Reihe untersuchungsrelevanter Fragen:

Forschungsleitende Fragen zum Faktor „Vermittlung von Informationen“:

- Welche Aussagen der Parteien nehmen Jugendliche wahr?
- Wie wird das Erscheinungsbild von Parteien beurteilt?
- Wie werden die Informationswege und -medien beurteilt?
- Welchen Informations- und Kommunikationsbedarf haben Jugendliche in Bezug auf Parteien?

³⁷³ Vgl. Kuhn, H.-P.: Mediennutzung und politische Sozialisation. Eine empirische Studie zum Zusammenhang zwischen Mediennutzung und politischer Identitätsbildung im Jugendalter, Opladen 2000, S. 138ff.

³⁷⁴ Vgl. Hurrelmann, K.: Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung, Weinheim 1999, S. 190.

Vorbildfunktion von Parteien

Jugendliche verbinden mit der Politik und den Parteien hohe moralische Wertmaßstäbe. Den Parteien und ihren Akteuren wird eine Vorbildfunktion zugewiesen, deren Ausübung die Gestaltung politischer Prozesse maßgeblich beeinflussen sollte. Den Parteien wird allerdings seitens der Jugendlichen nur wenig Vertrauen entgegengebracht. Jugendliche glauben nicht daran, dass Parteien Lösungen für ihre Probleme finden. Auf der Skala des Institutionen-Vertrauens erhalten die Parteien die niedrigsten Werte im Vergleich mit anderen staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen und Organen. Der DJI-Jugendsurvey aus dem Jahr 2000 zeigt, dass Jugendliche nicht an die Einlösung von Wahlversprechungen durch die Parteien glauben.³⁷⁵ Es muss demzufolge davon ausgegangen werden, dass die Vorbildfunktion von den Parteien nicht ausgefüllt wird und eine negative Einstellung Jugendlicher zu den Parteien bedingt.

Politische Skandale fördern zusätzlich das negative Image, das Parteien bei Jugendlichen haben. Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass auch die gesellschaftlichen Entwicklungen insgesamt die Erwartungen von Jugendlichen an die Parteien geprägt haben. Der soziale Wandel hat zu einer Auflösung der herkömmlichen Milieus geführt, so dass politische Einstellungen und Parteipräferenzen nicht mehr durch traditionelle Bindungen bestimmt sind.³⁷⁶ Daher ist zu untersuchen, in welchem Maße die Parteien für junge Menschen überhaupt noch eine Bedeutung haben.

Die Zusammenfassung der Erkenntnisse zur Vorbildfunktion der Parteien macht deutlich, dass an Parteien und Politiker Erwartungen gerichtet sind, deren Erfüllungsgrad die eigene politische Aktivität aus Sicht der Jugendlichen

³⁷⁵ Vgl. Gille, M./Krüger, W. (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29-Jährigen im vereinigten Deutschland, Opladen 2000.

³⁷⁶ Vgl. Hoffmann-Lange, U.: Jugend zwischen politischer Teilnahmebereitschaft und Politikverdrossenheit. In: Palentien, C./Hurrelmann, K. (Hrsg.): Jugend und Politik. Ein Handbuch für Forschung, Lehre und Praxis, 2. Aufl., Neuwied 1998, S. 179.

beeinflusst. Somit ist auch dieser Faktor bei der Ausrichtung des Forschungsansatzes zu berücksichtigen:

Forschungsleitende Fragen zum Faktor „Vorbildfunktion“:

- Welche Bedeutung messen Jugendliche den Parteien zu?
- Was erwarten Jugendliche von Parteien und ihren Repräsentanten?
- Wie werden diese Erwartungen in den Augen der Jugendlichen erfüllt?

Selbstbild Jugendlicher über ihre Bedeutung für Parteien

Der jugendlichen Bevölkerungsgruppe wird mitunter vorgeworfen, sich nicht für die Allgemeinheit zu engagieren. Angelehnt an diesen Vorwurf wird das fehlende Engagement der Jugendlichen als Nachfrageproblem aufgefasst. Bestätigt wird diese Auffassung durch die Ergebnisse der Jugendstudien. Sie weisen auf, dass die befragten Jugendlichen davon überzeugt sind, für die Parteien keinen Wert zu besitzen, weil sie sich einerseits intellektuell noch nicht reif fühlen und andererseits die Parteien keine Einstiegs- bzw. Aufstiegsmöglichkeiten aufweisen.

Die Studien zeigen auch, dass Jugendliche der Auffassung sind, Parteien hätten an ihnen kein Interesse, weil sie aufgrund fehlender Stimmberechtigung noch nicht effektiv genug zum politischen Erfolg beitragen können. Verbunden damit ist die Annahme der Jugendlichen, dass Erwachsene eher im Fokus des parteipolitischen Interesses stehen, da diese Gruppe eine größere Anzahl von Wahlstimmen umfasst.

Diese Auffassung unter Jugendlichen wird zum Bestandteil der politischen Identitätsentwicklung, denn die Erfahrungen des Einzelnen werden für die Übernahme oder das Ausbleiben einer politischen Rolle maßgeblich sein. Werden junge Menschen in ihrer politischen Entwicklung durch die Art des Agierens der Parteien gehemmt, so wird es zu keiner politischen Mitwirkung im

konventionellen institutionalisierten Raum kommen. Demzufolge ist es von großer Bedeutung, dass Parteien und ihre Jugendorganisationen insbesondere ihre Integrations- und Sozialisationsfunktionen erfüllen und den Jugendlichen auf diesem Weg deutlich machen, dass sie für die politische Arbeit wichtig sind.

Vor dem Hintergrund der Bedeutung, die den Jugendlichen aus Sicht der Parteien zukommt, wird es als notwendig angesehen, diesen Aspekt auch aus der Perspektive der Jugendlichen zu betrachten und deshalb bestimmten Fragen nachzugehen.

Forschungsleitende Fragen zum Faktor „Selbstbild Jugendlicher“:

- Welche Bedeutung glauben Jugendliche für die Parteien zu besitzen?
- Welche Einstellung und welches Verhalten der Jugendlichen resultiert daraus Parteien gegenüber?

Die dargestellten forschungsleitenden Fragen bilden den inhaltlichen Rahmen für die Konzeption des eigenen empirischen Forschungsansatzes. Die Untersuchung zielt darauf ab, die aus der theoretischen Grundlegung resultierenden Einflussfaktoren für die Mitarbeit Jugendlicher in Parteien zu überprüfen, um darauf basierend Ansatzpunkte zu erarbeiten, die dazu beitragen können, Jugendliche an Parteien heranzuführen und für die Mitarbeit in den jeweiligen Organisationen zu motivieren. Im Verlauf der eigenen empirischen Untersuchung ist daher zu klären, welche Bedeutung den aus der theoretischen Grundlegung abgeleiteten Einflussfaktoren zukommt und ob es darüber hinaus weitere Parameter gibt, die das bisherige Spektrum ergänzen und demzufolge zu berücksichtigen sind.

7. Die empirische Untersuchung

Die nachfolgenden Abschnitte umfassen sowohl den methodischen Aufbau der Untersuchung als auch die Beschreibung wesentlicher Untersuchungsergebnisse. Dazu wird der aus dem Forschungsinteresse heraus resultierende grundlegende Forschungsansatz skizziert und die relevanten Forschungsprinzipien vorgestellt. Die Ausführungen zum Untersuchungsverlauf selbst beinhalten die Überlegungen zur Stichprobenbildung, zur Erhebungsmethode sowie zur Durchführung und zur Auswertung der Befragung, um darauf basierend die Ergebnisse im Einzelnen vorzustellen.

7.1. Forschungsinteresse und methodischer Ansatz

Wie bereits in der Einleitung erwähnt, will die Forschungsarbeit die Frage in den Mittelpunkt stellen, unter welchen Umständen Jugendliche bereit wären, sich politisch in einer Partei zu engagieren. Es geht zum einen darum, die Jugendlichen in ihrer Lebenswelt abzuholen und sich ihre Sozialisation zu erschließen, um daraus mögliche Rückschlüsse auf das politische Interesse und Verhalten und die generelle Partizipationsbereitschaft zu ziehen. Zum anderen werden Folgerungen entwickelt, welche Anstrengungen Parteien tatsächlich unternehmen sollten, um Jugendliche zu erreichen und vermehrt an der politischen Willensbildung zu beteiligen. Somit geht die Arbeit auch der Frage nach, welche Erwartungen Jugendliche an die Parteien haben und in welcher Form Parteien überhaupt wahrgenommen werden.

Die dieser Forschungsarbeit zugrunde liegenden Fragen implizieren die Wahl qualitativer Forschungsmethoden. Es geht weniger darum, die bereits durch zahlreiche Studien und Projekte der Jugendforschung ausführlich erfassten empirischen Daten zum politischen Interesse und zur politischen Partizipation

Jugendlicher erneut quantitativ zu erfassen und zu überprüfen. Demgegenüber sollen vielmehr Einstellungen, Identifikationen und Orientierungen erschlossen werden, die zu Haltungen und sozialen wie politischen Handlungen der Jugendlichen geführt haben und die Hinweise zur programmatischen, strukturellen und kommunikativen Ausrichtung der Parteien liefern können.

Derartige Ergebnisse sind in der angestrebten Intensität mit einem standardisiert-quantitativen Forschungsansatz nur unzulänglich zu ermitteln.³⁷⁷ Die möglichst authentische und umfassende Ermittlung der Lebenswelten von Probanden ist bei einer quantitativen Vorgehensweise aufgrund der Standardisierung oft nicht möglich. Weder die Vielfalt und Besonderheit individueller Erinnerungen, Erfahrungen und Einstellungen noch die Komplexität und Diffusität möglicher politischer Orientierungen ist demzufolge mit standardisierten Methoden angemessen zu erfassen. Sie sind kaum zu antizipieren und deshalb auch nicht exakt zu konkretisieren, um sie daraufhin in einem standardisierten Fragebogen vorgeben zu können. Selbst bei der Vorgabe von differenzierten Antwortkategorien bestünde die Gefahr, subjektive Bedeutungen nicht zu erfassen und das entsprechende, individuelle Verständnis der Probanden nicht tief und detailliert genug ermitteln zu können. Die Wahl eines qualitativen Vorgehens in der vorliegenden Arbeit zielt somit darauf, den Befragten ausreichend Gelegenheit zu geben, in eigenen Worten und so ausführlich wie möglich auf die gestellten Fragen einzugehen, um ihre individuelle Sichtweise über die mit dem Untersuchungsthema verbundenen Aspekte authentisch erfassen zu können.

Die qualitative Forschung, die insbesondere durch ihre Heterogenität von grundlagentheoretischen Positionen und Verfahren gekennzeichnet ist, hat nach ihrer Etablierung als eigener Forschungsansatz in den 70er-Jahren in den USA³⁷⁸

³⁷⁷ Vgl. Mayer, H.: Interview und schriftliche Befragung, 2. Aufl., München 2004, S. 24.

³⁷⁸ Vgl. Filstead, W.J.: Qualitative Methodology. First Hand Involvement with the Social World, Chicago 1970; Bodgan, R./Taylor, S.J.: Introduction to Qualitative Research Methods. A Phenomenological Approach to the Social Sciences, New York 1975; Schwart, H./Jacobs, J.: Qualitative Sociology. A Method to the Madness, New

und, nach kritischer wissenschaftlicher Auseinandersetzung, auch in Deutschland³⁷⁹ in den letzten drei Jahrzehnten eine verstärkte Akzeptanz als Forschungsmethode gefunden. In der ersten Entwicklungsphase der qualitativen Sozialforschung geht es in erster Linie um die Abgrenzung zur quantitativen Methode und um die Erarbeitung einer theoretischen Begründung: „Zielt die konventionelle Methodologie darauf ab, Aussagen über Häufigkeiten, Lage-, Verteilungs- und Streuungsparameter zu erlangen, Maße und Sicherheit für Stärke von Zusammenhängen zu finden und theoretische Modelle zu überprüfen, so interessiert sich eine qualitative Methodologie primär für das ‘WIE’ dieser Zusammenhänge und deren innerer Struktur, vor allem aus der Sicht des jeweils Betroffenen.“³⁸⁰

Die Forschungsmethoden sind weiterentwickelt worden und finden, aufgrund der durch die Individualisierung entstandenen neuen Lebenslagen und Biografiemuster³⁸¹ und der neuen Unübersichtlichkeit³⁸² in der postmodernen Gesellschaft neue Zuwendungsbereiche: „Der rasche soziale Wandel und die resultierende Diversifikation von Lebenswelten konfrontieren Sozialforscher zunehmend mit sozialen Kontexten und Perspektiven, die für sie so neu sind, dass ihre klassischen deduktiven Methodologien – die Fragestellungen und Hypothesen aus deduktiven Modellen ableiten und Empirie überprüfen - an der Differenziertheit der Gegenstände vorbeiziele.“³⁸³

York 1979; Patton, M.Q.: *Qualitative Evaluation Methods*, Beverly Hills 1980; Becker, H.S./Geer, B.: *Teilnehmende Beobachtung: Die Analyse qualitativer Forschungsergebnisse*. In: Hopf, C./Weingarten, E. (Hrsg.): *Qualitative Sozialforschung*, Stuttgart 1984, S. 139-166.

³⁷⁹ Vgl. Hoffmann-Riem, C.: *Die Sozialforschung einer interpretativen Soziologie*. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 32/1980, S. 339-372; Mühlefeld, C./Windolf, P./Lampert, N./Krüger, H.: *Auswertungsprobleme offener Interviews*. In: *Soziale Welt*, Jhr. 32/1981, S. 325-352; Kleining, G.: *Umriss zu einer Methodologie qualitativer Sozialforschung*. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jhr. 34/1982, S. 224-253.

³⁸⁰ Kiefl, W./Lamnek, S.: *Qualitative Methoden in der Marktforschung*. In: *Planung und Analyse*, 11/12 1984, S. 474.

³⁸¹ Beck, U.: *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt 1986.

³⁸² Habermas, J.: *Die neue Unübersichtlichkeit*, Frankfurt 1985.

³⁸³ Flick, U.: *Qualitative Forschung. Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften*, Reinbek 2000, S. 10.

Somit lehnt die qualitative Forschung die in der quantitativen Vorgehensweise geforderte Trennung von Entdeckungs-, Begründungs- und Verwertungs-Zusammenhängen ab. Die prozessuale Dimension des Forschungsablaufs, in dem alle drei Perspektiven ineinander greifen, wird in den Vordergrund gestellt. Dieses Vorgehen ergibt sich auch aus der Auffassung, dass bestimmte Fragen z. T. erst während des Forschungsvorhabens generiert werden.³⁸⁴

Seit Mitte der 80er-Jahre kann die qualitative Sozialforschung als etabliert bezeichnet werden. Eine Kombination der qualitativen und quantitativen Forschungsmethoden im Sinne einer gegenseitigen Ergänzung zur vertieften Erkenntnisgewinnung rückt dabei immer mehr ins Zentrum des Forschungsinteresses.³⁸⁵

Die vorliegende Forschungsarbeit ist darauf ausgerichtet, durch inhaltliche Fragestellungen den Gegenstandsbereich der Untersuchung explorativ zu strukturieren. Der Forschungsansatz ist damit an die handlungs- und subjektorientierte Wissenschaftstradition angelehnt, die sich am interpretativen Paradigma orientiert. Das interpretative Paradigma ist ein wesentlicher Begriff zur Charakterisierung qualitativer Sozialforschung und entstand in erster Linie durch die wissenschaftlich notwendig gewordene Abgrenzung vom normativen³⁸⁶ Paradigma.³⁸⁷ „Der Grundgedanke ist, dass Menschen nicht starr nach kulturellen Rollen, Symbolen und Bedeutungen handeln (normatives

³⁸⁴ Vgl. Mayer, H.: Interview und schriftliche Befragung, 2. Aufl., München 2004, S. 25.

³⁸⁵ Vgl. Kelle, U./Erzberger, C.: Qualitative und quantitative Methoden: kein Gegensatz. In: Flick, U. (Hrsg.): Qualitative Forschung. Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften, Reinbek 2000, S. 229-309; Knobloch, H.: Zukunft und Perspektiven qualitativer Forschung. In: Flick, U.: Qualitative Forschung. Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften, Reinbek 2000, S. 623-632.

³⁸⁶ Das normative Paradigma zeichnet sich durch die Konstitution quantitativ-standardisierter Forschung aus und berücksichtigt eine außerhalb des Interpretationsrahmens existierende objektive Realität. Vgl. Lamnek, S.: Qualitative Sozialforschung – Lehrbuch, 4. Aufl., Basel 2005, S. 35.

³⁸⁷ Wilson, T.P.: Theorien der Interaktion und Modelle soziologischer Erklärung. In: Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen, Bd. 1/1973, S. 54-79; Wilson, T.P.: Qualitative „oder“ quantitative Methoden in der Sozialforschung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jhrg. 34/1982, S. 487-508.

Paradigma), sondern jede soziale Interaktion selbst als interpretativer Prozess aufzufassen ist: Der Mensch muss jede soziale Situation für sich deuten, muss sich klar werden, welche Rollen von ihm erwartet und ihm zugeschrieben werden und welche Perspektive er selber hat. Wenn soziales Handeln selbst schon Interpretation ist, dann muss der Wissenschaftler natürlich erst recht Interpret sein.³⁸⁸ Damit ist das interpretative Paradigma nicht in erster Linie als Wissenschaftstheorie zu verstehen, sondern ist zuvorderst eine grundlagentheoretische Position, die berücksichtigt, dass Interaktion im Rahmen eines interpretativen Prozesses verläuft. Menschen handeln auf der Basis von erworbenen Deutungsmustern, mit denen sie ihre materielle und soziale Umwelt erfassen.³⁸⁹

In Anlehnung an das interpretative Paradigma ist der Forschungsbereich des Sozialwissenschaftlers die durch Interpretationsprozesse erschaffene Realität. Gesellschaftliche Kontexte, die einer soziologischen Analyse unterworfen werden können, sind daher weder objektiv vorgegeben noch deduktiv erklärbare soziale Erscheinungen, sondern „Resultat eines interpretationsgeleiteten Interaktionsprozesses zwischen den Gesellschaftsmitgliedern.“³⁹⁰ Für den Forscher bedeutet dies, dass seine Daten vorinterpretiert sind und dass seine Schlüsse und Folgerungen „Konstruktionen von Konstruktionen“³⁹¹ sind, die so beschaffen sein müssen, „dass ein Handelnder in der Lebenswelt dieses typisierte Handeln ausführen würde, falls er völlig klares und bestimmtes Wissen von diesen Elementen hätte, die der Sozialwissenschaftler als für sein Handeln relevant voraussetzt, und falls er die konstante Neigung hätte, die angemessensten zur Verfügung stehenden Mittel zur Erreichung seiner vermittels Konstruktionen definierten Ziele einzusetzen.“³⁹² Dieses Verständnis bedingt den offenen Charakter qualitativer Forschung, der den ständigen

³⁸⁸ Mayring, Ph.: Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zu qualitativem Denken, München 1990, S. 2.

³⁸⁹ Matthes, J.: Einführung in das Studium der Soziologie, Reinbek 1976, S. 201.

³⁹⁰ Vgl. Lamnek, S: Qualitative Sozialforschung – Lehrbuch, 4. Aufl., Basel 2005, S. 34.

³⁹¹ Schütz, A.: Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt. Eine Einleitung in die verstehende Soziologie, 2. Aufl., Frankfurt 1981, S. 51.

³⁹² Ebd.

Austausch zwischen den erhobenen Daten und dem theoretischen Vorverständnis umfasst.

7.2. Forschungsprinzipien

Die wesentlichen Merkmale der qualitativen Sozialforschung haben sich in erster Linie durch die Kritikpunkte an der standardisierten quantitativen Vorgehensweise herauskristallisiert. Im Wesentlichen wird die qualitative Sozialforschung von sechs Prinzipien geleitet, die nachfolgend skizziert werden.

Offenheit

Das Prinzip der Offenheit betont die Explorationsfunktion der qualitativen Forschung. Dies beinhaltet im Gegensatz zur quantitativen Forschung die ausgeprägte Berücksichtigung von Merkmalen, die das Forschungsfeld betreffen. Die Untersuchungen sind so angelegt, dass die Informationsgewinnung nicht durch standardisierte und reduzierende Erhebungstechniken begrenzt und selektiert wird, sondern auch rudimentäre Merkmale generiert werden, um auch unerwartete und instruktive Informationen zu erhalten. In dieser Vorgehensweise wird auf eine Hypothesenbildung ex ante verzichtet.³⁹³ Somit zeichnet sich die qualitative Forschung durch eine induktive Vorgehensweise aus. Es geht nicht darum, Theorien und daraus abgeleitete Hypothesen aufzustellen und diese zu überprüfen, sondern es gilt, Hypothesen und Theorien aus empirischen Forschungen zu entwickeln und zu generieren. Somit wird aus den untersuchten

³⁹³ Hoffmann-Riem, C.: Die Sozialforschung einer interpretativen Soziologie. Der Datengewinn. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 32/1980, S. 339-372.

Einzelfällen induktiv auf allgemeingültige Hypothesen und Theorien geschlossen.

Dieser Prozess findet seinen Abschluss erst am Ende des Forschungszeitraums. Im Prozess der Untersuchung ist der Anspruch an den Wissenschaftler selbst gestellt, sich gegenüber Entwicklungen und Perspektiven so offen wie möglich zu zeigen, um neu gewonnene Erkenntnisse in die Definition von Hypothesen zu integrieren. Auch diese sind dann eher als ein vorläufiges Verständnis, das durch neue Informationen erweitert werden kann, zu verstehen und bieten keine letztendliche faktische Abbildung der Realität.³⁹⁴ „Das Vorverständnis über die zu untersuchende Gegebenheit soll als vorläufig angesehen werden und mit neuen, nicht kongruenten Informationen überwunden werden.“³⁹⁵ Die qualitative Forschung lehnt die Überprüfung von Hypothesen nicht generell ab, stellt sie aber nicht in den Fokus wie bei der deduktiven Ableitung von Hypothesen aus Theorien, die bei quantitativen Untersuchungen in Anlehnung zum Beispiel an den kritischen Rationalismus ihre Bedeutung finden.

Forschung als Kommunikation

Die qualitativen Forschungsmethoden bieten für die vorliegende Arbeit die Möglichkeit, durch ihre offene Datenerhebung die Beziehung zwischen Jugendlichen und Parteien transparent zu machen. Die soziale Wirklichkeit ist im Verständnis der qualitativen Sozialforschung kommunikativ bedingt.³⁹⁶ Dieser kommunikative Charakter von Forschung bildet das zweite wesentliche Prinzip der qualitativen Sozialforschung. Zum bereits beschriebenen Prinzip der Offenheit passt die kommunikative Beziehung zwischen Forscher und Probanden. Im Gegensatz zur quantitativen Forschung begreift die qualitative Forschung die Kommunikation als positiven und konstitutiven Aspekt des

³⁹⁴ Kleinig, G.: Umriss zu einer Methodologie qualitativer Sozialforschung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jhrg. 34, 1982, S. 231.

³⁹⁵ Ebd.

³⁹⁶ Vgl. Mayer, H.: Interview und schriftliche Befragung, 2. Aufl., München 2004, S. 22.

Forschungsprozesses³⁹⁷ und als notwendige Voraussetzung des Research Act.³⁹⁸ Die Kommunikation sollte von einer Anwendung der alltäglichen Kommunikationsregeln geprägt sein. Die Wirklichkeit wird durch die Sichtweisen der Menschen erst konstruiert und durch Kommunikationsprozesse ständig erneuert. Angelehnt an diese Auffassung „schaffen und verändern Menschen durch ihr Handeln die gesellschaftlichen Strukturen ständig selbst.“³⁹⁹ Durch Interaktion wird die Beziehung immer neu geprägt und durch das Vorwissen der Menschen beurteilt. Somit existiert keine „theorieunabhängige Beobachtungsaussage.“⁴⁰⁰ Dies gilt für den Forscher ebenso wie für die zu Untersuchenden. Die Definition von perspektivenabhängiger Wirklichkeit zwischen Forscher und Probanden rückt in den Fokus.

Prozesscharakter des Forschungsgegenstands

Die kommunikative Ausrichtung qualitativer Sozialforschung umfasst nicht nur den Forschungsakt und seinen Interpretationscharakter, sondern hat auch Einfluss auf den Forschungsprozess, der durch die Kommunikation dynamische Merkmale erhält. Diese werden durch das Definieren von Aussagen und Handlungen nicht als statische Repräsentation feststehender sozialer Wirkungsmechanismen gebildet, sondern als Begreifen von Prozessen der Reproduktion und Konstruktion sozialer Wirklichkeit.⁴⁰¹ Das Prinzip der Prozessualität in der qualitativen Sozialforschung stellt sicher, dass der Untersuchungsgegenstand im Kontext aller relevanten sozialen Phänomene betrachtet werden kann.

³⁹⁷ Vgl. Kuchler, M.: Qualitative Sozialforschung – ein neuer Königsweg? In: Garz, D./Kraimer, L. (Hrsg.): Brauchen wir andere Forschungsmethoden? Beiträge zur Diskussion interpretativer Verfahren, Frankfurt 1983, S. 9-30.

³⁹⁸ Vgl. Denzin, N.K.: The Research Act. A Theoretical Introduction to Sociological Methods, Mc Graw Hill 1978.

³⁹⁹ Ebd.

⁴⁰⁰ Dewe, B./Ferchhoff, W./Sünker, H.: Alltagstheorien. In: Eyfert, H./Thiersch, O.H. (Hrsg.): Handbuch der Sozialarbeit/Sozialpädagogik, Darmstadt 1984, S. 60.

⁴⁰¹ Vgl. Hopf, C./Weingarten, E. (Hrsg.): Qualitative Sozialforschung, Stuttgart 1984.

Reflexivität von Gegenstand und Analyse

Die Orientierung am interpretativen Paradigma bedingt ein weiteres forschungsleitendes Prinzip; die Reflexivität qualitativer Sozialforschung. Das interpretative Paradigma unterstellt den Ergebnissen von menschlichen Interaktionen eine prinzipielle Reflexivität,⁴⁰² die sowohl in sprachlichen als auch in nonverbalen Dimensionen zum Ausdruck kommt. Somit ist jede einzelne Handlung Teil des Ganzen und muss immer vor dem Hintergrund des symbolischen und sozialen Kontextes gesehen werden. Dies setzt die reflexive Kompetenz des Forschers und die Flexibilität der Untersuchungsmethode voraus: „Die Zirkularität des Forschungsgegenstandes entspricht der Zirkularität der Verstehensleistung.“⁴⁰³

Explikation

Das Prinzip der Explikation beinhaltet die Annahme, dass die im Forschungsprozess entstehenden Interpretationen keine garantierte Validität besitzen, sondern eher dem Aspekt der schlüssigen Nachvollziehbarkeit unterliegen. Demzufolge ist der Anspruch an den Forscher gestellt, die einzelnen Elemente des Forschungsvorgangs transparent zu machen. Diese Offenlegung der Einzelschritte betrifft sowohl den Erhebungsprozess als auch das kommunikative und interpretative Verfahren im Untersuchungsvorgang.⁴⁰⁴

In Anlehnung an das interpretative Paradigma gestaltet sich dieser Vorgang schwierig, da das Regelwissen im Sinne des interpretativen Paradigmas zumeist ein implizites Wissen ist und dem Anwender in der Regel nicht bewusst. Da dies auch für den Forscher gelten muss, ist das Prinzip der Explikation kaum

⁴⁰² Vgl. Lamnek, S.: Qualitative Sozialforschung – Lehrbuch, 4. Aufl., Basel 2005, S. 23.

⁴⁰³ Ebd. S. 24.

⁴⁰⁴ Ebd.

vollständig zu erfüllen. Es ist somit kein Garant für die Gültigkeit von Interpretationen, sichert aber zumindest ihre Nachvollziehbarkeit.

Flexibilität

Eng verknüpft mit dem Prinzip der Explikation ist das methodologische Kriterium der Flexibilität. Soziale Kontexte, Begriffe und Texte werden transparent gemacht und Ergebnisse und Daten können noch während der laufenden Untersuchung reflektiert und korrigiert werden.⁴⁰⁵ Im Laufe des Forschungsprozesses können Daten in den Vordergrund gelangen, die vorher nicht als relevant erachtet worden sind und zu einem erweiterten Verständnis und einer veränderten Einordnung des Gesamtkontextes führen. Das Prinzip der Flexibilität unterstützt das Bild einer trichterförmig verlaufenden Untersuchung, die mit einem weiten Blickfeld beginnt, das im Verlauf des Forschungsprozesses immer enger zuläuft und schließlich zugespitzt wird.⁴⁰⁶ Damit verbunden ist die Anpassung der Erhebungsinstrumente an den zu untersuchenden Kontext. Dies ist auch als entscheidender Unterschied zur quantitativen Methode anzusehen, da diese aufgrund ihrer standardisierten und starren Vorgehensweise keine Unterscheidung „hinsichtlich der Relevanz der untersuchten Faktoren ermöglicht.“⁴⁰⁷

Die dargestellten sechs Prinzipien der qualitativen Sozialforschung sind forschungsleitende Wegweiser jeder qualitativ ausgerichteten empirischen Untersuchung. Sie sind in ihrer Ausprägung und Kombination, je nach methodologischem Anwendungsbereich, entsprechend zu berücksichtigen bzw.

⁴⁰⁵ Kuckartz, U.: Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten, Wiesbaden 2005, S. 123 ff.

⁴⁰⁶ Gläser, J./Laudel, G.: Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse, Wiesbaden 2004, S. 31.

⁴⁰⁷ Lamnek, S.: Qualitative Sozialforschung – Lehrbuch, 4. Aufl., Basel 2005, S. 25.

miteinander zu kombinieren und stellen demnach eine Art Programmatik qualitativer Untersuchungsansätze dar.⁴⁰⁸

7.3. Struktur und Ergebnisse der Untersuchung

Der Aufbau der Untersuchung ist geprägt von der Zielsetzung, die forschungsleitenden Fragen, die auf der Basis der bisherigen theoretischen und empirischen Erkenntnisse formuliert wurden, zu überprüfen, um Ansatzpunkte für die Förderung der Bereitschaft Jugendlicher zur Mitarbeit in Parteien zu entwickeln. Die dazu gewählte Vorgehensweise wird in den nachfolgenden Abschnitten strukturiert. Daran anschließend erfolgt die Darstellung der wichtigsten Untersuchungsergebnisse. Neben einer Beschreibung der Phänomene, die das Verhältnis von Jugendlichen zur Politik und politischen Parteien verdeutlichen, werden auch die Faktoren erläutert, die dieses Verhältnis beeinflussen und damit Ansatzpunkte zur Entwicklung von Maßnahmen liefern.

7.3.1. Vorüberlegungen

Die Überprüfung forschungsleitender Fragen auf der Basis von Fall-Analysen reklamiert keinen universellen Geltungsanspruch. „Die Auswertung qualitativer Daten ist zeitaufwändiger als statistische Datenanalyse, und kein qualitatives Forschungsprojekt kann deshalb hinsichtlich der untersuchten Fallzahlen auch nur annähernd mit einer quantitativen Studie konkurrieren. Das Ziel der qualitativen Stichprobenziehung kann dementsprechend nicht statistische Repräsentativität sein, vielmehr kann es nur darum gehen, dass die im

⁴⁰⁸ Vgl. ebd. S. 20.

Untersuchungsfeld tatsächlich vorhandene Heterogenität in den Blickpunkt gerät.⁴⁰⁹ Demzufolge geht es auch in der vorliegenden Arbeit um die detaillierte Rekonstruktion sozialer Wirklichkeit und zwar anhand bewusst ausgewählter Einzelfälle und nicht auf Basis quantitativer Variablen, abgeleitet aus einer durch eine hohe Fallzahl charakterisierten Zufallsstichprobe.

Im Rahmen der Diskussion über Anspruch und Ausrichtung sozialwissenschaftlicher Methodik wird zum Teil davon ausgegangen, dass sich die qualitative Sozialforschung an einer „theoretischen Offenheit“ orientieren müsse.⁴¹⁰ Diese Auffassung bedeutet, „dass die theoretische Strukturierung des Forschungsgegenstandes zurückgestellt wird, bis sich die Strukturierung des Forschungsgegenstandes durch die Forschungssubjekte herausgebildet hat.“⁴¹¹ Diese Auffassung führt dazu, dass auf vorab formulierte Hypothesen als Grundlage zur Strukturierung des empirischen Forschungsprozesses bewusst verzichtet wird. Als bekannte Repräsentanten dieser Position gelten *Glaser* und *Strauss*, die mit ihrem als „grounded theory“ bezeichneten Forschungsansatz die These vertreten, den eigenen Untersuchungsgegenstand ohne im Vorfeld formulierte Theorien, Hypothesen und Konzepte zu untersuchen.⁴¹²

Die theoretischen Zusammenhänge ergeben sich in dem Ansatz der „grounded theory“ somit erst durch die Auseinandersetzung mit den empirischen Ergebnissen. Die Fragestellung des Forschers wird nur in geringem Ausmaß durch theoretische Vorüberlegungen und somit durch ein vorhandenes Vorverständnis beeinflusst. Deshalb wird dieser methodische Ansatz der qualitativen Sozialforschung als „grounded“ bezeichnet, da alle Interpretationsversuche der Daten immer wieder an das im Forschungsprozess

⁴⁰⁹ Kelle, U./Kluge, S.: Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung, Opladen 1999, S. 99.

⁴¹⁰ Bohnsack, R.: Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in die Methodologie und Praxis qualitativer Forschung, Opladen 1991, S. 21.

⁴¹¹ Hoffmann-Riem, C.: Die Sozialforschung einer interpretativen Soziologie. Der Datengewinn. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 32/1980, S. 343.

⁴¹² Vgl. Glaser, B.G./Strauss, A.L.: The discovery of grounded theory. Strategies for qualitative research, London 1967, S. 33.

gesammelte Datenmaterial herangetragen und dadurch immer wieder präzisiert, d. h. modifiziert und bestätigt werden.⁴¹³

Im Unterschied zu dieser Position lässt sich das im Rahmen dieser Arbeit ausgewählte empirische Vorgehen in Anlehnung an *Hopf, Rieker* und *Schmidt* als „theoretisch-orientierte qualitative Forschung“ beschreiben.⁴¹⁴ Dieser Ansatz ist im Gegensatz zur „grounded theory“ explizit darauf ausgerichtet, bereits vorliegende theoretische Konzepte bei der Gestaltung des empirischen Forschungsansatzes zu berücksichtigen. Somit tragen vorliegende Erkenntnisse und Aussagen, auf deren Basis forschungsleitende Fragen und Hypothesen formuliert werden, nicht zu einer Verengung der Forschungsperspektive bei, sondern bieten die Möglichkeit, im Untersuchungsfeld gezielter und genauer zu suchen und auch die Erhebungsinstrumente spezifischer auswählen und gestalten zu können. Somit eignet sich dieser qualitative Forschungsansatz sehr gut für Themengebiete mit bereits vorliegenden Erkenntnissen und Grundannahmen und bildet deshalb den methodischen Rahmen für die vorliegende Untersuchung.

7.3.2. Stichprobenbildung

Im Unterschied zum Ansatz des „theoretical sampling“, bei dem die Stichprobe einer Untersuchung parallel zum Interpretationsprozess gebildet und so lange

⁴¹³ Die deutsche Übersetzung des Begriffs ist nicht einheitlich; einige Autoren verwenden den Begriff der „gegenstandsnahen Theorien“ oder „gegenstandsbezogene Theoriebildung“ oder benennen den Begriff der „empirisch fundierten Theorie“. Vgl. Kelle, U./Erzberger, C.: Qualitative und quantitative Methoden: Kein Gegensatz. In: Flick, U. (Hrsg.): Qualitative Forschung. Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften, Reinbek 2000, S. 229-309.

⁴¹⁴ Hopf, C./Rieker, P./Schmidt, C.: Einleitung: Theoretischer Hintergrund - Fragestellungen - Methoden. In: Hopf, C./Rieker, P./Sanden-Marcus, M./Schmidt, C.: Familie und Rechtsextremismus. Familiäre Sozialisation und rechtsextreme Orientierungen junger Männer, Weinheim 1995, S. 23.

fortgeführt wird, bis keine neuen Aspekte mehr auftauchen,⁴¹⁵ ist in der vorliegenden Arbeit das so genannte „qualitative Sampling“ (auch „selektives Sampling“ genannt) durchgeführt worden. Bei diesem Vorgehen der Stichprobenbildung werden die relevanten Untersuchungssituationen, Zeitpunkte, Orte und Personen bereits vor der eigentlichen Feldphase festgelegt, weil - wie im vorliegenden Fall - bereits Kenntnisse und Arbeitshypothesen über das Untersuchungsfeld vorliegen.⁴¹⁶

Die für die Fallauswahl relevanten Merkmale ergeben sich aufgrund der Fragestellung, anhand theoretischer Vorüberlegungen und unter Zuhilfenahme des Vorwissens über das Untersuchungsfeld. Aus diesen Parametern resultieren als wichtigste Kriterien für die Auswahl der Interviewpartner das Alter, das Geschlecht und das Bildungsniveau der Jugendlichen. Die Fragestellung der Untersuchung ergibt bereits für sich allein genommen die Eingrenzung der Stichprobe auf die Gruppe der Jugendlichen, so dass die Gruppe der 16- bis 18-Jährigen in Frage kommt und alle anderen Altersgruppen ausgeschlossen werden konnten. Da mit dem Terminus „Jugendliche“ beide Geschlechter gemeint sind, geht es darum, weibliche und männliche Probanden zu gleichen Anteilen in das „Sampling“ zu integrieren. Daneben lässt die Bearbeitung der theoretischen Grundlagen vermuten, dass sich in Abhängigkeit vom jeweiligen Bildungsabschluss aussagekräftige Ergebnisse ergeben würden. Dies führt zu der Entscheidung, drei Schultypen in die Stichprobe einzubeziehen und diese zu ergänzen durch Interviewpartner, die sich in einer Ausbildung befinden, um durch dieses Spektrum die Heterogenität der Bildungsverläufe und -abschlüsse berücksichtigen zu können. Da im Rahmen der theoretischen Grundlegung der Studie der Sozialisationsfaktor Familie und die damit verbundenen Einflüsse auf die Bereitschaft Jugendlicher zur Mitarbeit in Parteien deutlich geworden sind, beschränkt sich die Stichprobe von vornherein auf Jugendliche, die bei ihren Eltern und nicht in Heimen oder bei Pflegeeltern aufgewachsen sind.

⁴¹⁵ Vgl. Glaser, B.G./Strauss, A.L.: Grounded Theory. Strategien qualitativer Forschung. Bern 1998, S. 53ff.

⁴¹⁶ Vgl. Kelle, U./Kluge, S.: Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung, Opladen 1999, S. 47.

Auf die Größe des Samples Einfluss genommen hat darüber hinaus die Überlegung, innerhalb jeder Bildungsgruppe die Geschlechter mindestens doppelt zu besetzen, um sich nicht auf einen einzigen Fall stützen zu müssen, sondern direkt gewisse Entsprechungen oder aber Kontrastierungen identifizieren zu können. Aus diesen Überlegungen zur Stichprobenbildung ergibt sich ein qualitatives Sample von 16 Jugendlichen, die in der Zeit von August bis Oktober 2005 im Rahmen des vorliegenden Forschungsprojekts befragt wurden. Die Jugendlichen im Alter zwischen 16 und 18 Jahren stammen aus dem Landkreis Osnabrück. Die Interviews haben an vier Schultypen (eine Hauptschule, eine Realschule, ein Gymnasium, eine Berufsbildende Schule) auf der Grundlage des qualitativen Stichprobenplanes stattgefunden.

Nach der Vorstellung des Forschungsvorhabens gegenüber den jeweiligen Schulleitern und einer Erläuterung der Auswahlkriterien für die Stichprobe sind die Schüler durch die Lehrer auf die Untersuchung und die damit zusammenhängenden Interviews angesprochen worden, verbunden mit dem Ziel, aus jedem Schultyp mindestens zwei Schülerinnen und zwei Schüler für die Befragung zu gewinnen. Entgegen der ursprünglichen Interessenbekundung von insgesamt 25 Schülerinnen und Schülern sind im Vorfeld der Untersuchung einige Jugendliche ausgeschieden, da sie in der Zwischenzeit ihre Meinung geändert hatten und sich einer länger andauernden Interviewsituation nicht aussetzen wollten.

Alle 16 Interviewpartner besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit und keine Parteizugehörigkeit. In Anlehnung an die Einteilung des Jugendalters in Perioden sind insgesamt fünf Jugendliche aus der Mitteladoleszenz interviewt und elf Gespräche mit älteren Jugendlichen geführt.⁴¹⁷ Die Stichprobe umfasst acht männliche und acht weibliche Interviewpartner, und lässt sich wie folgt zusammengefasst darstellen:

⁴¹⁷ Vgl. Hurrelmann, K.: Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung, 6. Aufl., Weinheim 1999, S. 38.

Alter	Geschlecht	Schul-/ Ausbildung	Abschluss (angestrebt/ erreicht)
18	männlich	Gymnasium	Abitur
17	weiblich	Gymnasium	Abitur
17	männlich	Gymnasium	Abitur
16	weiblich	Gymnasium	Abitur
17	weiblich	Realschule	Fachabitur
17	männlich	Realschule	Abitur
16	weiblich	Realschule	Abitur
16	männlich	Realschule	Realschulabschluss
17	weiblich	Hauptschule	Hauptschulabschluss
17	männlich	Hauptschule	Realschulabschluss
16	weiblich	Hauptschule	Hauptschulabschluss
16	männlich	Hauptschule	Realschulabschluss
18	weiblich	Erzieherin	Realschulabschluss
18	männlich	Industriekaufmann	Realschulabschluss
17	weiblich	Krankenschwester	Fachabitur
17	männlich	Metallschlosser	Hauptschulabschluss

Abbildung 23: Übersicht der Befragten

Da von der Annahme ausgegangen wird, dass politische Sozialisation besonders im Kontext der Familie stattfindet,⁴¹⁸ erfolgt an dieser Stelle ein kurzer Überblick über den familiären Hintergrund der Interviewpartner. Der schulische und berufliche Werdegang der Eltern ist sehr heterogen ausgeprägt. Wie unter den Probanden selbst, sind auch im Kreis der Eltern alle Schulabschlüsse vertreten. Die Berufsgruppen umfassen handwerkliche, soziale und kaufmännische Tätigkeiten, die sowohl im Angestelltenverhältnis als auch als Selbstständige ausgeübt werden. Zusammenfassend kann der schulische und berufliche Hintergrund wie folgt beschrieben werden:

⁴¹⁸ Vgl. Kreppner, K.: Sozialisation in der Familie. In: Hurrelmann, K./Ulich, D. (Hrsg.): Handbuch der Sozialisationsforschung, 5. Aufl., Weinheim 1998, S. 321-335.

Schulabschluss		Beruf	
Vater	Mutter	Vater	Mutter
Hauptschule	Hauptschule	Maschinenbaumeister	Arzthelferin
Abitur	Realschule	Industriemeister	Hausfrau
Abitur	Realschule	Bautechniker	Verwaltungsangestellte
Realschule	Realschule	Vertriebsmitarbeiter	Erzieherin
Hauptschule	Hauptschule	Küchenmeister	Krankenschwester
Hauptschule	Hauptschule	Betriebsschlosser	Verkäuferin
Abitur	Hauptschule	Manager	Friseurin
Hauptschule	keine Angabe	Kaufmann	Kauffrau
Hauptschule	Realschule	Logistik-Mitarbeiter	Steuerfachgehilfin
Abitur	Realschule	Chemiker	Hausfrau
Realschule	Realschule	Landwirt	Krankenschwester
Hauptschule	Realschule	Landwirt	Hauswirtschaftlerin
Realschule	Realschule	Kaufmann	Hebamme
Hauptschule	Hauptschule	Drucker	Friseurin
Abitur	Hauptschule	Lehrer	Med.-Techn. Assistentin
Fachabitur	Realschule	Sachbearbeiter	Masseurin

Abbildung 24: Schulischer und beruflicher Hintergrund der Eltern

Alle Probanden leben zum Zeitpunkt der Studie noch bei Ihren Eltern bzw. bei einem Elternteil, da drei der sechzehn Elternpaare geschieden sind. In zwölf Haushalten wohnen mindestens zwei Geschwister, d. h. vier Befragte sind als Einzelkinder aufgewachsen.

7.3.3. Erhebungsmethode

Die Erhebung der Daten ist auf der Grundlage des „problemzentrierten Interviews“ durchgeführt worden. Dies hat sich angeboten, da mit der Untersuchung des Verhältnisses zwischen Jugendlichen und Parteien ein relativ begrenzter Themenbereich untersucht worden ist.⁴¹⁹ Das „problemzentrierte

⁴¹⁹ Das Gegenteil ist bei einem weniger bekannten Untersuchungsgegenstand der Fall. Wenn beispielsweise ein weniger bekanntes Forschungsgebiet untersucht werden soll, bietet sich das narrative Interview an. Vgl. Burdewick, I.: Jugend-Politik-Anerkennung. Eine qualitative empirische Studie zur politischen Partizipation 11- bis 18-Jähriger, Bonn 2003, S. 56.

Interview“ ist ein Erhebungsverfahren, das an einen Leitfaden gekoppelt ist.⁴²⁰ Dieser Leitfaden ist durch theoriegeleitete Forschungsinteressen bestimmt und wurde in der vorliegenden Untersuchung durch verschiedene Expertengespräche und Probeinterviews überarbeitet und ergänzt.

Der Leitfaden dient dem Forscher als Unterstützung.⁴²¹ Die Fragen sind mehr oder weniger offen formuliert. Dadurch grenzt sich dieses Erhebungsverfahren deutlich von einem standardisierten Interview oder einem Fragebogen ab, da bei diesen Methoden die Antwortkategorien vorgegeben sind. Beim problemzentrierten Interview gibt es keine Kategorien, die eine Antwort vorstrukturieren, wenngleich die Fragestellung des Forschers mitunter eine suggestive Umgehensweise in der Fragesituation hervorrufen kann.

Der Forscher darf nicht zu eng am Leitfaden fragen, sondern soll den durch diese Erhebungsmethode vorhandenen Spielraum ausnutzen, da er sonst auf mögliche wichtige Kontextinformationen verzichten muss oder der Befragte den Mut verliert, auf die Fragen zu antworten.⁴²² Der Interviewer steht vor der Herausforderung, in der Interviewsituation laufend Entscheidungen zu treffen, die sich auf die Reihenfolge der Fragen, das Nachfragen und Vertiefen von Aspekten beziehen können.

Im Wissen um die Erkenntnisse der empirischen Jugendforschung zum Bereich „Jugend und Politik“ und „Jugend und Parteien“ ist ein themenzentrierter offener Leitfaden entwickelt worden.⁴²³ Er enthält zum einen Fragen zum politischen Interesse und zum politischen Wissen und darüber hinaus Fragen zu

⁴²⁰ Vgl. Flick; U.: Qualitative Forschung. Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften, Reinbek 2000. Andere Formen sind das halbstandardisierte Interview oder das Experteninterview.

⁴²¹ Vgl. Friebertshäuser, B.: Interviewtechniken - ein Überblick. In: Friebertshäuser, B./Prengerl, A. (Hrsg.): Handbuch qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft, Weinheim 1997, S. 380.

⁴²² Vgl. Hopf, C.: Die Pseudo-Exploration – Überlegungen zur Technik qualitativer Interviews in der Sozialforschung. In: Zeitschrift für Soziologie, 7. Jhrg., Heft 2/1978, S. 101.

⁴²³ Der Leitfaden findet sich im Anhang.

Einstellungen gegenüber Parteien, zur möglichen Partizipationsbereitschaft, zum parteipolitischen jugendrelevanten Angebot und zu etwaigen Novellierungsprozessen, wie z. B.:

- Wie müsste eine Partei sein, um dich als Mitglied zu gewinnen?
- Was wäre dir bei deiner politischen Arbeit wichtig?
- Was motiviert Jugendliche, sich in einer Partei zu engagieren?
- Wie ernst werden Jugendliche von älteren Parteimitgliedern genommen?

Ergänzend dazu ist auch das soziale und politische Umfeld der Jugendlichen thematisiert und die politische Bildungsarbeit in der Schule behandelt worden, z. B. über Fragen wie:

- Wie spricht ihr zu Hause in der Familie über Politik?
- Was halten Deine Eltern von politischen Parteien?
- Wie würden Freunde deine Mitgliedschaft in einer Partei finden?
- Wie beeinflusst der Politikunterricht dein politisches Interesse?

Die Fragen im Leitfaden sind wörtlich ausformuliert worden, um dem Befragter eine Formulierungshilfe zu geben, da es in der Interviewsituation schwierig sein kann, spontan Fragen in einer den Jugendlichen verständlichen Sprache zu stellen. Fehlen derartige Formulierungsvorschläge, besteht die Gefahr, dass der Interviewer seine Sprache zu wenig oder zu stark an die der Probanden anpasst und z. B. die Alltagssprache der Jugendlichen zu imitieren versucht.

Die Anordnung der Fragen im Leitfaden erfolgt nach bestimmten inhaltlichen Zusammenhängen, um einen Themenbereich im Interview in der interessierenden Breite und Tiefe behandeln zu können. Die Leitfäden bilden zudem ein Gerüst für die Überleitung zwischen den Themenfeldern. Die Reihenfolge der Fragen im Leitfaden liefert zwar erste Anhaltspunkte für die tatsächliche Reihenfolge der Fragen im Interview, diese Fragenfolge ist aber als nicht verbindlich angesehen worden. Dieses Gerüst soll vielmehr die

Gesprächsführung im Sinne einer Checkliste anregen, den Ablauf aber keinesfalls von vornherein festschreiben, um den Befragten möglichst viel Raum für ihre eigene Erzählstruktur zu lassen.

7.3.4. Durchführung der Befragung

Die Leitfadeninterviews mit den Probanden haben in Räumen der jeweiligen Schulen stattgefunden. Wenngleich alle Befragten bereits über den Hintergrund der Untersuchung informiert worden sind, erfolgte ergänzend dazu vor dem Beginn der Interviews eine kurze Vorstellung des Forschungsprojekts sowie eine thematische Vorausschau auf die Interviewinhalte, um auf noch bestehende Fragen der Probanden im Vorfeld der Befragung eingehen zu können. Darüber hinaus umfasst die Vorbereitung der Interviews den Hinweis auf die Aufzeichnung der Befragung und die Zusicherung der Anonymisierung aller Daten und Aussagen. Der sich anschließende Hauptteil der Befragung umfasst die inhaltlichen Themenfelder sowie abschließend die Erfassung einiger sozio-demographischer Daten über die Probanden sowie über ihr familiäres Umfeld.

Die Interviews haben eine durchschnittliche Dauer von etwa 90 Minuten, die im Einzelfall zwischen 60 Minuten und 2 Stunden variiert. Alle Befragungen sind mit einem Aufnahmegerät aufgezeichnet und vollständig transkribiert worden. Direkt im Anschluss an die Interviews erfolgt die Dokumentation persönlicher Eindrücke aus den jeweiligen Gesprächen. Sie enthalten Anmerkungen zur Gesprächsatmosphäre, zum Verlauf der Befragung und liefern Aussagen über die Schwerpunkte, die die Interviewpartner selber gesetzt haben. Darüber hinaus ist eine spontane Einschätzung des Einzelfalles notiert worden, um Hinweise für eine spätere Auswertung generieren zu können. Die Dokumentation der persönlichen Eindrücke des Interviewers in der Befragungssituation, die auch als

Postskripte bezeichnet werden,⁴²⁴ erleichtern bei der späteren Auswertung der Interviews den Nachvollzug der Befragungssituation.

Die Gespräche mit den einzelnen Befragten unterschieden sich zum Teil erheblich voneinander. Dies hängt mit den unterschiedlichen Persönlichkeitsprofilen und Interessenlagen ebenso zusammen wie mit den Fähigkeiten des Interviewers, auf die individuellen Situationen im Gespräch einzugehen. Die Schwankungen der Interviewlänge können vor allem mit dem jeweiligen Gesprächsverhalten der Jugendlichen erklärt werden. Zurückhaltende, eher wortkarge Jugendliche stehen sehr extrovertierten Probanden gegenüber, die sich im Verlauf der Befragung immer wieder selbst neue Stichworte gaben und auch ohne explizite Aufforderung mehrmals lange Monologe formulierten.

Aus Sicht der Interviewführung ist es wichtig gewesen, für jeden Interviewpartner den entsprechenden roten Faden zu finden, diesen für die Dauer des Gesprächs zu erhalten und dabei den eigens entwickelten Gesprächsleitfaden nicht aus den Augen zu verlieren. In allen Interviewsituationen sind Suggestivfragen vermieden worden, um den Befragten in seinen Antwortmöglichkeiten nicht von vornherein einzuschränken. Anmerkungen auf vermeintliche Widersprüche in den Aussagen der Interviewten sind ebenfalls nicht geäußert worden. Zum Stil der Interviewführung gehört auch der Verzicht darauf, als Interviewer eine eigene Meinung zu vertreten oder diese mit den Befragten zu diskutieren. Durch diese Zurückhaltung soll vermieden werden, dass die Befragten ihre Antworten an die Auffassung der fragenden Person anlehnen. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Befragten in den Interviews motiviert und konzentriert gewirkt haben und auch die in Einzelfällen kürzere Gesprächsdauer nicht dazu führten, bestimmte Themenfelder gar nicht oder kaum behandeln zu können.

⁴²⁴ Vgl. Witzel, A.: Auswertung problemzentrierter Interviews: Grundlagen und Erfahrungen. In: Strobl, R./Böttger, A.: Wahre Geschichten? Zu Theorie und Praxis qualitativer Interviews, Baden-Baden 1995, S. 57.

7.3.5. Auswertungsprozess und Resultate

Im Mittelpunkt der folgenden Abschnitte stehen die wichtigsten Aspekte zur Auswertung der Befragungsdaten sowie die Darstellung der Ergebnisse anhand von Fall-Übersichten und ausgewählter Einzelfälle.

7.3.5.1. Datenaufbereitung

Die Grundlage der Auswertung in der vorliegenden Arbeit bildet eine vollständige und anonymisierte Transkription des gesamten Interviewmaterials. Unter Transkription wird im Allgemeinen die schriftliche Dokumentation menschlicher Kommunikation verstanden, die zumeist auf der Grundlage elektronischer Gesprächsaufzeichnungen erfolgt.⁴²⁵ Während die Aufzeichnung von Befragungen inzwischen weitestgehend standardisiert abläuft, unterliegt die Transkription bislang keinem einheitlichen Regelwerk. Vielmehr existieren verschiedene Transkriptionsansätze nebeneinander, die auf unterschiedliche Art und Weise festlegen, wie gesprochene Sprache in eine fixierte Form übertragen wird. Die verschiedenen Ansätze unterscheiden sich vor allem dadurch, ob und wie verschiedene Gesprächsmerkmale (z. B. Lautstärke, Sprechpausen, Gestik, Mimik, Lachen) in der Transkription zu berücksichtigen sind. Somit richtet sich die Wahl des Transkriptionsansatzes nach der Art der geplanten Analyse. So stehen z. B. bei einer Konversationsanalyse mögliche Überlegens- und Sprechpausen viel stärker im Vordergrund als bei einer normalen Interviewstudie. Demzufolge sollte die Wahl der Transkriptionsregeln vor dem Hintergrund der Fragestellung „Sollen bestimmte aufgezeichnete Phänomene überhaupt interpretiert werden?“ erfolgen.⁴²⁶

⁴²⁵ Kuckartz, U.: Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten, Wiesbaden 2005, S. 40.

⁴²⁶ Vgl. ebd. S. 48.

In der vorliegenden Arbeit wird der Transkriptionsansatz von *Hoffmann-Riem* verwendet, da er die aus Sicht des Untersuchungszieles wichtigsten Regeln umfasst und bereits häufig zur Dokumentation von Interviews herangezogen wurde. Die nachfolgende Übersicht fasst die Regelinhalte zusammen:

Zeichen	Bedeutung
..	kurze Pause
...	mittlere Pause
....	lange Pause
.....	Auslassung
/eh/ehm/	Planungspausen
((Ereignis))	nicht-sprachliche Handlungen, z.B. ((Schweigen))
((lachend))	Begleiterscheinungen des Sprechens
sicher	auffällige Betonung, auch Lautstärke
s i c h e r	gedehntes Sprechen
()	unverständlich
(so schrecklich?)	nicht mehr genau verständlich, vermuteter Wortlaut

Abbildung 25: Transkriptionsregeln nach *Hoffmann-Riem*⁴²⁷

Für die Auswertung von transkribiertem Untersuchungsmaterial sind in den vergangenen Jahren neue computergestützte Techniken des Datenmanagements und der Datenanalyse entwickelt worden. Für derartige Programme haben sich analog zum englischen Sprachgebrauch die Bezeichnungen „QDA-Software“ bzw. „CAQDAS“ durchgesetzt. QDA ist die Abkürzung für „Qualitative Data Analysis“, CAQDAS steht für „Computer Assisted Qualitative Data Analysis Software“. Diese Programme können im Auswertungsprozess dazu genutzt werden, die erhobenen Textdaten methodisch kontrolliert auszuwerten. Je nachdem, ob es sich um bereits vorliegende Texte handelt oder durchgeführte Interviews noch in Textformate überführt werden müssen, lässt sich der Weg eines Textes in ein QDA-Programm in Anlehnung an *Kuckartz* wie folgt skizzieren:⁴²⁸

⁴²⁷ Quelle: Hoffmann-Riem, C.: Die Sozialforschung einer interpretativen Soziologie. Der Datengewinn. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 32/1980, S. 331.

⁴²⁸ Vgl. Kuckartz, U.: Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten, Wiesbaden 2005, S. 54.

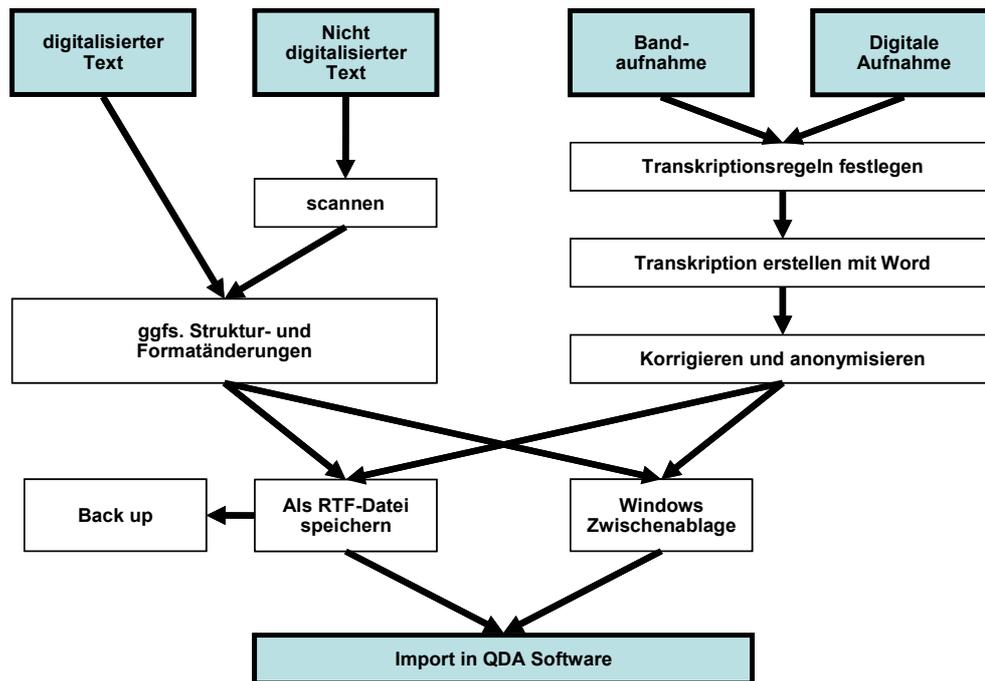


Abbildung 26: Schritte zur Überführung von Textdaten in Software

Für die Auswertung der Befragung auf Basis der transkribierten Interviews ist in dieser Arbeit das Computerprogramm MAXQDA genutzt worden. Es ist neben ATLAS.TI im deutschsprachigen Raum das am weitesten verbreitete Programm zur qualitativen Datenanalyse und verfügt über ein ausführliches Online-Tutorial, das den Einstieg in das Programm und die Nutzung der vorhandenen Funktionalitäten erleichtert.

MAXQDA verfügt über vier Hauptfenster, in denen die wesentlichen Arbeitsschritte zur Analyse von Text- und Interviewmaterial abgebildet werden. Alle vier Fenster können zusammengefasst oder getrennt voneinander dargestellt werden, so dass jeweils die Kombination gewählt werden kann, die für die eigene Arbeit optimal ist. Der nachfolgende Bildschirm-Ausschnitt verdeutlicht die Anordnung aller vier Hauptfenster des Programms:

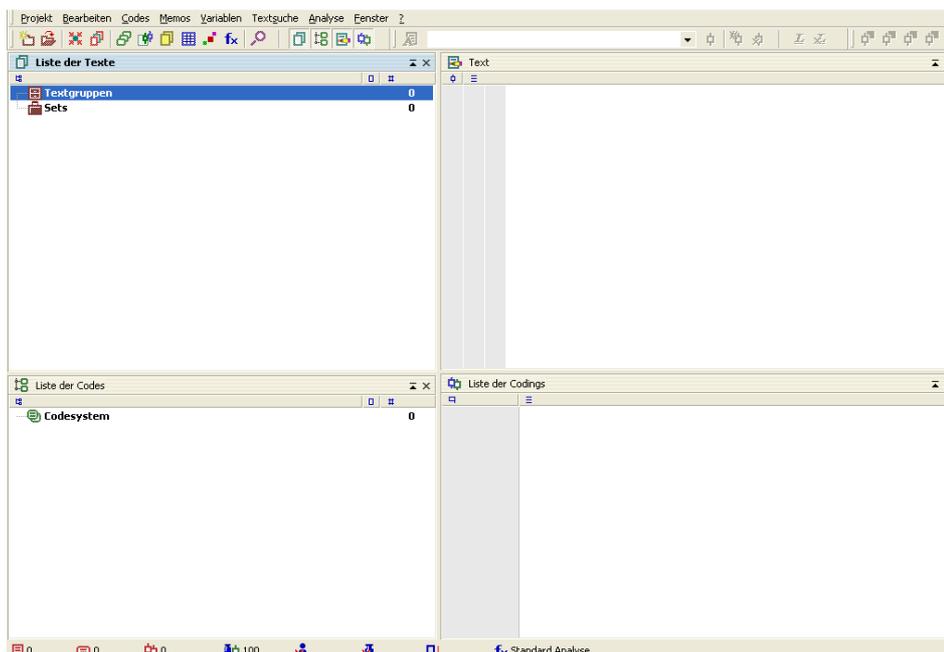


Abb. 27: Hauptfenster Software-Programm MAXQDA

Das Fenster „Liste der Texte“ enthält eine Übersicht aller Texte des jeweiligen Forschungsprojekts – im vorliegenden Fall somit die 16 Interviews mit den befragten Jugendlichen aus der Stichprobe. In dem Fenster „Liste der Codes“ wird das Kategoriensystem einer Untersuchung aufgeführt. Es wird als Baumstruktur dargestellt und ähnelt somit der Darstellung von Dateiordnern im Windows-Explorer. Die Codes bilden im späteren Verlauf der Untersuchung das Raster, in das entsprechende Textpassagen zugeordnet werden. Die Begriffe „Kategorie“ und „Code“ werden im weiteren Verlauf der Arbeit synonym verwendet. Es handelt sich hierbei um Ausdrücke zur Klassifizierung von Phänomenen, verbunden mit der Möglichkeit der Bildung von Unterklassen.⁴²⁹ Es kann sich um ein einzelnes Wort handeln oder auch um Mehrwortkombinationen.

In dem dritten Hauptfeld von MAXQDA, das mit „Text-Browser“ bezeichnet wird, kann ein ausgewählter Text aus der Liste der Texte angezeigt werden.

⁴²⁹ Vgl. ebd. S. 65.

Nach der Auswahl eines Textes für dessen Analyse können Textpassagen markiert und den entsprechenden Codes zugeordnet werden. Die „Liste der Codings“ schließlich bildet ein Resultatfenster, d. h. es umfasst die codierten Textsegmente für eine bestimmte Kategorie als Ergebnis einer Textanalyse.

Nach einer entsprechenden Einarbeitung in die Programminhalte sowie dem Abschluss der Transkriptionsarbeiten wurden einige Probecodierungen und Suchprozeduren vorgenommen. Diese Vorbereitungen bildeten die Grundlage für die Überführung der 16 Interviewtexte in das Software-Programm, um anschließend die Kategorisierung der Texte und weitere Auswertungsschritte vornehmen zu können.

7.3.5.2. Kategorisierung des Datenmaterials

Trotz des bereits beschriebenen Einsatzes der QDA-Software zur Analyse der Interviewtexte hat die intellektuelle Strukturierung und Analyse des Materials im Vordergrund gestanden. Hierzu sind alle 16 Interviewtexte kategorisiert bzw. codiert worden, d. h. Kategorien sind relevanten Textpassagen zugeordnet worden. Die Kategorisierung erfolgt somit nicht automatisch durch den Einsatz der Software, sondern ist das Ergebnis der Textanalyse auf Basis der bereits erarbeiteten Kenntnisse.

In den Sozialwissenschaften existieren eine Reihe von Ansätzen zur Kategorisierung und Codierung von Texten. Zur Auswertung des Interviewmaterials in dieser Arbeit ist auf das Konzept der theorie-orientierten qualitativen Forschung⁴³⁰ zurückgegriffen worden. Dieses Konzept kann deshalb

⁴³⁰ Vgl. Hopf, C.: Fragen der Hypothesenbildung und Hypothesenprüfung. In: Hopf, C./Schmidt, C.: Zum Verhältnis von innerfamilialen sozialen Erfahrungen, Persönlichkeitsentwicklung und politischen Orientierungen. Dokumentation und

als geeignet angesehen werden, weil die Vorgehensweise sehr stark auf die Integration von Vorwissen und theoretischen Ansätzen beruht und die Forschungsarbeit darauf abzielt, bereits als aussichtsreich geltende Theorien und Konzepte anhand der vertiefenden Analyse von Einzelfällen zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Diese Grundlagen liegen im vorliegenden Fall vor – zur Konzeption der empirischen Studie kann auf bereits vorliegendes Datenmaterial und theoretische Überlegungen zum Thema Jugend und Politik zurückgegriffen werden. Darüber hinaus ist das Ziel der Untersuchung die Auseinandersetzung mit den zum Untersuchungsthema bereits vorliegenden Annahmen und Aussagen sowie deren Fortführung, nicht aber die Entwicklung einer gänzlich neuen Theorie.

Das theorie-orientierte Konzept der qualitativen Forschung umfasst vier wesentliche Arbeitsschritte: die Entwicklung von Auswertungskategorien, die Codierung/Kategorisierung des Textmaterials, die Erstellung von Fallübersichten sowie die vertiefende Analyse ausgewählter Fälle. Diese Phasen bilden demzufolge auch den Rahmen für die Darstellung der eigenen Untersuchungsergebnisse.

7.3.5.2.1. Entwicklung der Auswertungskategorien

Den ersten Auswertungsschritt bildet die Erarbeitung von Auswertungskategorien für das erhobene Textmaterial. Diese Arbeit beginnt zeitgleich mit der Entwicklung des Interviewleitfadens. Den Hintergrund bilden die aus der theoretischen Grundlegung resultierenden forschungsleitenden Fragen, aus denen sich eine erste Kategorienstruktur ergeben hat. Darüber hinaus

ist geprüft worden, ob aus dem Material selbst weitere Kategorien abzuleiten sind.

Demzufolge orientiert sich die Kategorisierung im Sinne des theorie-orientierten Ansatzes der qualitativen Forschung an bereits vorhandenen Erkenntnissen und theoretischen Grundlagen, um erste Kategorie-„Entwürfe“ zu erhalten. Diese Entwürfe sind nicht als vorab fixierter, unveränderlicher Interpretationsrahmen betrachtet worden, sondern dienen als Leitfaden, verbunden mit der Möglichkeit, Änderungen und Ergänzungen aufgrund der Auswertung des eigenen empirischen Materials vornehmen zu können. Aufgrund der vorliegenden Erkenntnisse sind für den ersten Kategorien-Entwurf die Themenfelder Sozialisation, politisches Interesse und Erwartungen der Jugendlichen gebildet worden. Diese drei Kategorien konnten in sich weiter ausdifferenziert werden, so dass sich folgende Struktur als Grundlage für eine erste Analyse der Interviews ergibt:



Abb. 28: Auswertungskategorien Stufe 1

Dieses Kategorienschema bildet die konzeptionelle Grundlage für den zweiten Auswertungsschritt, der Codierung und Kategorisierung des gesamten Textmaterials.

7.3.5.2.2. Codierung und Kategorisierung der Interviews

Auf Basis der Auswertungskategorien ist für den nächsten Untersuchungsschritt ein Codierleitfaden erstellt worden. In jedem einzelnen Interview sind damit Passagen, die explizit oder implizit Informationen zu diesen Kategorien enthielten, identifiziert und der jeweiligen Kategorie zugeordnet worden. Mit diesem Vorgehen konnte zunächst eine grundlegende Informationsbasis hergestellt werden, auf deren Grundlage die detaillierte Betrachtung der Interviewaussagen erfolgt ist..

Die detaillierte Untersuchung des Textmaterials zielt im nächsten Schritt darauf ab, die Aussagen der Jugendlichen untereinander zu vergleichen, um mögliche Verdichtungen, aber auch Gegensätze in den Antworten zu finden. Aus dieser Analyse resultiert eine Ausrichtung des Kategorienschemas auf die Beziehung der Jugendlichen zur Politik und insbesondere zu den politischen Parteien, um damit einer Beantwortung der Forschungsfrage näher zu kommen: „Was können Parteien tun, um Jugendliche zur Mitarbeit zu motivieren?“.

In diesem Zusammenhang erweist sich die Nutzung des Textanalyse-Programms MAXQDA als sehr hilfreich. Die Textanalyse ist DV-gestützt verlaufen, so dass die Abbildung des Codesystems und die Zuordnung von Textpassagen zu den einzelnen Kategorien mit deutlich weniger Aufwand und einem Mehr an Analysemöglichkeiten verbunden gewesen ist, als dies eine rein manuelle Untersuchung der Interviews erlaubt hätte.

Der nachfolgende Bildschirmausschnitt verdeutlicht die Arbeitsweise mit MAXQDA auf Basis der 16 Interviews. Die Texte selbst sind im oberen linken Feld „Liste der Texte“ abgelegt. Im Text-Browser erscheint in diesem Beispiel das ausgewählte Interview Nr. 1, das wie alle anderen Texte bereits analysiert worden ist. Das Feld „Liste der Codes“ zeigt das Kategorienschema an, das aus der Analyse der Texte resultiert und im Feld „Liste der Codings“ sind alle

Textpassagen aus den Interviews aufgeführt, die zur Kategorie „Grundkenntnisse“ gehören.

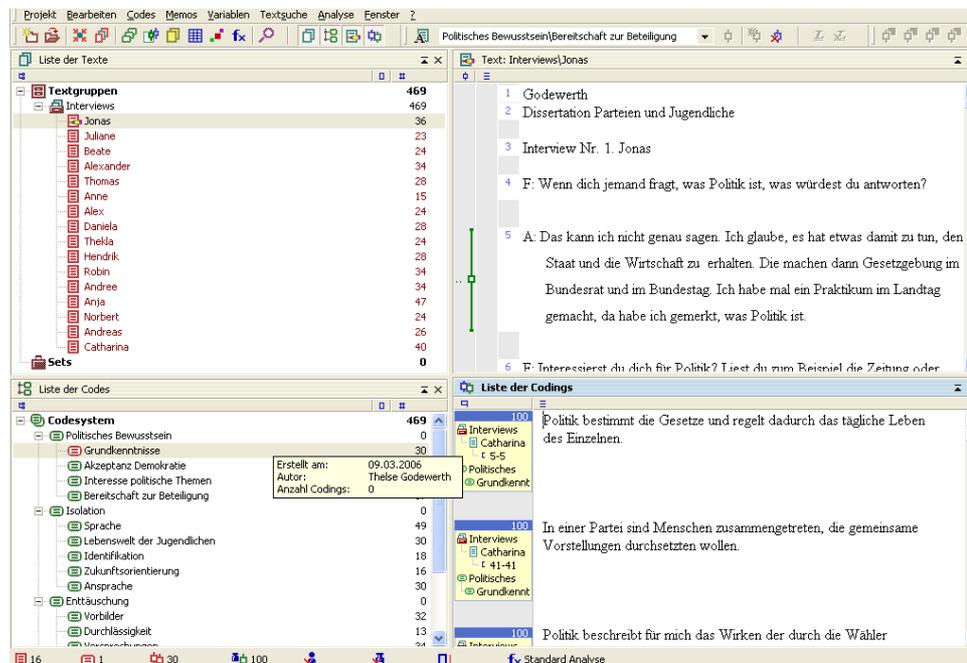


Abb. 29: Bildschirm-Ausschnitt MAXQDA mit analysierten Interview-Texten

Die Analyse der Beziehung Jugendlicher zur Politik und zu Parteien umfasst zum einen die Beschreibung der Ausprägungen dieser Beziehung, d. h. welche Phänomene lassen sich anhand der Interviews ablesen und wie sind sie ausgeprägt. Zum anderen sind auch die Einflussfaktoren zu identifizieren, die auf die Ausprägung dieser Beziehung einwirken, d. h. zu untersuchen, warum die Beziehung Jugendlicher zur Politik und zu politischen Parteien in einer bestimmten Form ausgeprägt ist. Die nachfolgende Abbildung spiegelt diesen Untersuchungsansatz zusammengefasst wider:



Abb. 30: Auswertungskategorien Stufe 2

Die ausführliche Darstellung der Phänomene und der mit ihnen verbundenen Einflussfaktoren steht im Mittelpunkt des nachfolgenden Kapitels.

7.3.5.2.3. Beziehungs-Phänomene und Einflussfaktoren

Im dritten Auswertungsschritt werden anhand der Interview-Ergebnisse die Phänomene charakterisiert, die das Verhältnis Jugendlicher zur Politik und zu den Parteien ausdrücken. Damit verbunden ist die Ableitung und Beschreibung von Einflussfaktoren, die die jeweiligen Beziehungs-Phänomene prägen und damit mögliche Ansatzpunkte für die Parteien liefern, die Beziehung zu Jugendlichen weiterzuentwickeln. Zunächst werden die Interview-Ergebnisse anhand übergreifender Fall-Übersichten vorgestellt, um darauf basierend ausgewählte Einzelfälle detailliert vorzustellen.

7.3.5.2.3.1. Fall-Übersichten

In der Übersicht aller vier Phänomene ist die Beziehung zu politischen Parteien unter den 16 Befragten wie folgt ausgeprägt:

Beziehungen der Befragten zu politischen Parteien: Übersicht der Phänomene				
Phänomene	Verteilung der Ausprägungen unter den Befragten			
	sehr hoch	eher hoch	eher gering	sehr gering
Politisches Bewusstsein	3	10	2	1
Isolation	3	9	3	1
Enttäuschung	4	9	1	2
Hemmungen	2	10	2	2

Abb. 31: Fall-Übersicht Phänomene

Aufgrund der Befragungsergebnisse ist bei mehr als 80% der Jugendlichen das **politische Bewusstsein** als sehr hoch bzw. eher hoch einzuschätzen. Die Antworten machen deutlich, dass die Jugendlichen sich mehrheitlich mit den Grundzügen der Politik und der Parteienlandschaft in Deutschland auskennen. Das Interesse als Grundpfeiler eines bestimmten Ausmaßes an politischem Bewusstsein ist bei der deutlichen Mehrheit der Befragten ebenfalls vorhanden. Neben den Interesse-Bekundungen durch die Befragten wird die Politik aufgrund ihrer Verantwortung für die Wahrung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung akzeptiert und geschätzt. Somit zeigen fast alle Jugendlichen eine durchweg positive Einstellung gegenüber der Politik.

Trotz des mehrheitlich ausgeprägten politischen Bewusstseins fühlen sich die meisten Befragten von der Politik und den Parteien ausgegrenzt. Drei Viertel aller Jugendlichen sind aufgrund ihrer Antworten in einer Gruppe zusammenzufassen, deren **Isolation** entweder als sehr hoch oder als eher hoch einzustufen ist. Den Parteien insbesondere wird vorgeworfen, fernab der

Lebenswelt von Jugendlichen zu agieren und kein Interesse für die Lebenssituation der Jugendlichen zu zeigen. Die Sprache der Politiker wird nicht verstanden, Politik und Parteien werden als langweilig empfunden und für die Befragten entsteht der Eindruck, nicht dazu zu gehören. Den Parteien wird vorgeworfen, Jugendlichen gegenüber nicht zeitgemäß zu sein und an starren Organisationen festzuhalten, die sie nicht verändern können und wollen. Hinzu kommt, dass die Jugendarbeit nicht als dauerhafte und regelmäßige Aufgabe der Parteien wahrgenommen wird, sondern aus Sicht der Befragten lediglich sporadischen Charakter hat. Dies erweckt unter den Befragten mehrheitlich den Eindruck, dass die Parteien Jugendliche nur als Mittel zum Zweck der Stimmenmaximierung benutzen zu wollen.

Neben dem Gefühl, isoliert zu sein, bringt die große Mehrheit in ihren Antworten ihre **Enttäuschung** zum Ausdruck. Im Mittelpunkt dieses Phänomens steht die von fast allen Befragten empfundene Unglaubwürdigkeit von Politikern und politischen Parteien. Die Jugendlichen sind der Auffassung, Politiker wie Parteien sollten sich an hohen moralischen Ansprüchen und Werthaltungen orientieren, sehen diese aber in der Realität als nicht erfüllt an. Parteien sind in den Augen der Befragten ausschließlich am Machterwerb bzw. am Machterhalt interessiert und nehmen dafür den Verlust an Gradlinigkeit und Berechenbarkeit in Kauf.

Drei Viertel der Befragten äußerten durch ihre Beiträge sehr bzw. eher hohe **Hemmungen** im Zusammenhang mit einer möglichen Mitarbeit in politischen Parteien. Die Mehrheit der Befragten zeigt aus zweierlei Gründen ein sehr geringes Interesse an einer Mitarbeit in Parteien: zum einen sehen sich die Jugendlichen selbst als zu wenig kompetent für eine Mitarbeit an und scheuen deshalb diesen Schritt, zum anderen werden bestimmte Strukturen, Abläufe, Regeln und Charaktere innerhalb von Parteiorganisationen vermutet, mit deren Ausprägungen sich die Jugendlichen nicht identifizieren und deshalb nicht gewillt sind, in Parteiorganisationen mitzuwirken.

In den folgenden Abschnitten werden die vier Phänomene zur Charakterisierung der Beziehung der Befragten zu politischen Parteien detailliert vorgestellt. Im ersten Schritt wird anhand der Fall-Übersicht die quantitative Ausprägung der Parameter zusammenfassend dargestellt, um daran anschließend anhand ausgewählter Zitate über die Zusammenfassung hinaus wichtige Hinweise zur Ausprägung der Parameter liefern zu können.

7.3.5.2.3.1.1. Politisches Bewusstsein

Die Analyse der Interview-Aussagen zum Phänomen politisches Bewusstsein führt zu vier Parametern, anhand derer die Ausprägung des politischen Bewusstseins der Befragten näher beschrieben werden kann. Diese vier Parameter umfassen das Vorhandensein politischer Grundkenntnisse, die Akzeptanz des demokratischen Systems, das Interesse an politischen Themen sowie die Bereitschaft der Befragten zur politischen Mitarbeit. In der Fall-Übersicht wird die Ausprägung dieser Parameter deutlich:

Beziehungen der Befragten zu politischen Parteien: Übersicht Phänomen "Politisches Bewusstsein"				
Parameter	Verteilung der Ausprägungen unter den Befragten			
	deutlich vorhanden	eher vorhanden	eher nicht vorhanden	deutlich nicht vorhanden
Grundkenntnisse über Politik	6	8	2	0
Akzeptanz demokratisches System	7	8	1	0
Interesse an politischen Themen	2	8	5	1
Bereitschaft zur Beteiligung	1	2	10	3

Abb. 32: Fall-Übersicht Phänomen „Politisches Bewusstsein“

Die Fall-Übersicht zum politischen Bewusstsein zeigt, dass die unter den Befragten vorhandenen Grundkenntnisse und die Akzeptanz des demokratischen Systems allein keine Voraussetzung dafür schaffen, sich für politische Themen zu interessieren bzw. sich politisch in einer bestimmten Weise zu beteiligen und aktiv zu werden.

Grundkenntnisse im Bereich der Politik sind bei mehr als 87% der Befragten eher bzw. deutlich vorhanden. Das demokratische System wird von fast 94% aller Befragten akzeptiert. Demgegenüber ist das Interesse an politischen Themen nur noch bei 63% der Interviewten eher bzw. deutlich vorhanden und die Bereitschaft, sich politisch zu engagieren reduziert sich auf drei von sechzehn Befragten, wobei nur ein Jugendlicher sehr deutlich zum Ausdruck bringt, dass er sich politisch engagieren möchte. Mit anderen Worten: Den durchaus vorhandenen Grundkenntnissen und der überwiegenden Akzeptanz des demokratischen Systems unter den befragten Jugendlichen steht ein schon nicht mehr in gleichem Maße ausgeprägtes Interesse an politischen Themen gegenüber und die Bereitschaft zur Beteiligung ist nahezu gegensätzlich, d. h. in sehr geringem Maße ausgeprägt.

Dieses quantitative Ergebnis der Befragung wird im Folgenden ergänzt durch eine Auswahl von Zitaten, die exemplarisch aufzeigen, wie die Jugendlichen ihre Auffassung zu den Parametern des politischen Bewusstseins zum Ausdruck gebracht haben.

Grundkenntnisse über Politik

Die Interviews mit den Jugendlichen zeigen Kenntnisse der strukturellen Grundzüge der Politik und der organisatorischen Zusammenhänge des Parteiflechts. Formulierungen machen deutlich, dass ein Basisverständnis bei den meisten Jugendlichen vorhanden ist.

Die Jugendlichen drücken ihr Verständnis dabei auf unterschiedliche Weise aus. Während Gymnasiasten bei der Frage nach dem Inhalt von Politik fast definitionsartige Antworten geben wie Thomas, 18 Jahre: *„Politik beschreibt für mich das Wirken der durch die Wähler legitimierten Volksvertreter (oder auch Vertreter eines Unternehmens) mit der theoretischen Vorgabe, dieses für das Gemeinwohl zu tun“* oder wie Anne, 17 Jahre: *„Politik stellt Rahmenbedingungen, die das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben regeln und organisieren und dabei im Interesse des Gemeinwohls ausgelegt sein sollen“*, stellen Real- und Hauptschüler oder Auszubildende eher persönliche und spezielle Formulierungen in den Vordergrund. Juliane, 17 Jahre, beantwortet die Frage mit der Gesetzgebung des Bundestages und des Bundesrates *„... die sich im Wesentlichen um die Finanzen kümmert“* oder Andreas, 18 Jahre, benennt an dieser Stelle eigene Erfahrungen mit den Worten *„Ich habe einmal ein Praktikum im Landtag gemacht und da habe ich gemerkt, was Politik ist.“* Andere Jugendliche beziehen Politik im Wesentlichen auf den wirtschaftlichen Aspekt. So meint Beate, 17 Jahre: *„Politik sind Regeln, die das wirtschaftliche Leben bestimmen und darüber entscheiden, wie viel Geld der Einzelne im Portemonnaie hat“* oder Alexander, 16 Jahre: *„Politik wird von Politikern gemacht, die versuchen, Arbeitsplätze zu schaffen“* und weiter *„... ich glaube, Politik hat viel damit zu tun, den Staat und die Wirtschaft zu erhalten.“* Es zeigt sich, dass Jugendliche, deren Eltern ein geringeres Bildungsniveau besitzen oder mit Arbeitslosigkeit konfrontiert sind, eher die wirtschaftliche Perspektive der Politik in den Vordergrund gestellt haben.

Den Antworten der Jugendlichen kann entnommen werden, dass sie sich je nach Lebenssituation und Lebensumstand auf das Thema Politik einlassen und aus dieser Perspektive heraus Politik als etwas Allgemeines formulieren oder aus einer Betroffenheitssituation heraus einen spezifischen Aspekt betonen.⁴³¹ Die

⁴³¹ Auf diesen Zusammenhang weist auch die Shell Studie 2000 hin: *„... wie die Belastung der eigenen Biografie – hier die Arbeitslosigkeit des Vaters – auf die eigene biografische Planung durchschlägt. Diese wird unklarer und richtet sich stärker auf Vergangenes, man sieht die Zukunft belastet, orientiert sich stärker an der Gegenwart ...“*

Jugendlichen, die einen allgemeinen Politikbegriff formulieren, scheinen neutral und emotionslos auf den Bereich Politik zu schauen. Sie bewerten in ihrer ersten Formulierung nicht, sondern stellen nüchtern einen Sachverhalt dar. Beispielhaft hierfür ist die Antwort von Thekla, 17 Jahre: *„Politik ist der Versuch unterschiedliche Meinungen zu bündeln und sie in Handlungen, Regeln und Gesetze umzuwandeln.“*

Anders dagegen wirken emotionale Aussagen⁴³² wie die von Beate, 17 Jahre: *„Politik ist (...), dass meine Mutter keine Arbeit findet und das ist schlimm. Außerdem habe ich Angst, dass ich nach meinem Hauptschulabschluss keine Lehrstelle bekomme und später keine Rente. Die Politik muss Regelungen treffen und sich um Zuschüsse und Versicherungen kümmern, sonst sieht es für mich später schlecht aus“* oder die Antwort von Thekla, 17 Jahre: *„Politik ist, dass die Steuern hoch gesetzt werden und meine Eltern damit belastet werden. Der ganze Bereich der Landwirtschaft wird von der Politik und der EU geregelt, das kriegen wir so was von direkt zu spüren. Außerdem ist Politik, dass ich als Jugendlicher ja auch durch die strengen Bestimmungen im Jugendschutz nur eingeschränkt werde. Die Politik tut viel, um mein persönliches Leben zu managen und dabei einzuschränken.“* Diese letzt genannten Jugendlichen assoziieren somit mit der Frage „Was ist Politik“ als erstes eigene Sorgen und Ängste. Diese stehen in erster Linie in Zusammenhang mit dem Verlust von finanzieller und materieller Versorgung, bedrohter beruflicher Lebensperspektive oder Determinierungen im täglichen Handeln.

Verglichen mit diesen gegenwärtigen Einstellungen der befragten Jugendlichen zählte *Inglehart* in seinen Untersuchungen in den 70er- und 80er-Jahren den Wert der ökonomischen und sozialen Sicherheit nicht zu den Hauptbedürfnissen

Aus diesem Hintergrund entwickelt sich auch ein negatives Bild von Politik ...“ Vgl. Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend 2000. 13. Shell Jugendstudie, Opladen 2000, S. 281.

⁴³² Politische Fragestellungen werden von Jugendlichen durchaus und regelmäßig emotional beurteilt. Vgl. Palentien, C./Hurrelmann, K. (Hrsg.) (1997): Jugend und Politik. Ein Handbuch für Forschung, Lehre und Praxis, Neuwied/Kriftel/Berlin, S. 22.

der Jugendlichen.⁴³³ Die Bedeutung postmaterialistischer Werte wie die Verbesserung der Lebensqualität oder die Mitbestimmung standen im Vordergrund und wurden auf der Basis relativer sozialer und ökonomischer Sicherheit eingefordert. Dieser Trend setzte sich auch in den 90er-Jahren fort. In einer Studie der Universität Bielefeld aus dem Jahre 1992⁴³⁴ ist die Angst vor Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrisen von den befragten Jugendlichen noch als letzter Punkt von politischen Problembereichen genannt worden. In der Bielefelder Studie ist das gesellschaftliche Vorhandensein des Themas Arbeitslosigkeit durchaus wahrgenommen, für den eigenen Lebensbereich der Jugendlichen aber als nicht relevant betrachtet worden. Entgegengesetzt zeigen die Antworten der Jugendlichen in der vorliegenden Befragung die Präsenz dieses Themas bei einem Teil der Befragten und den damit korrespondierenden Pessimismus.

Akzeptanz des demokratischen Systems

Die Politik erfährt unter den Befragten im Hinblick auf die Prinzipien der Demokratie durchaus Akzeptanz und Wertschätzung. Politik wird als verantwortliche Entscheidungsinstanz über das gesellschaftliche und persönliche Leben verstanden.⁴³⁵ Dies machen die Ausführungen von Robin, 16 Jahre, deutlich: *„Bei vielen schlimmen Dingen, die in der Welt so passieren, habe ich das Gefühl, dass unser politisches System und die Politiker mich irgendwie beschützen und gerecht sind. Vielleicht nicht so, wenn ich mir einzelne Sachen rauspicke, aber so allgemein. Ich meine, wir haben doch ein ganz gutes System, wo man wählen gehen kann und das Ganze mehr oder weniger zu durchschauen*

⁴³³ Vgl. Inglehart, R.: Wertewandel in den westlichen Gesellschaften. In: Klages, H./Kmieciak, P. (Hrsg.): Wertewandel und gesellschaftlicher Wandel. Frankfurt 1979, S. 24ff. und Inglehart, R.: Kultureller Umbruch, Frankfurt 1989, S. 65.

⁴³⁴ Vgl. Mansel, J. (Hrsg.): Reaktionen Jugendlicher auf gesellschaftliche Bedrohung, Weinheim 1992.

⁴³⁵ Vgl. Habermas, J./Friedeburg, L. von/Oehler, C./Weltz, F.: Student und Politik. Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewusstsein Frankfurter Studenten, Neuwied 1961, S. 70 ff.

ist. Außerdem wird das Ganze gut durch die Gerichte kontrolliert und man kann das Gefühl haben, dass nicht jeder macht, was er will. Außerdem glaube ich, dass wir hier relativ sicher leben. Das hat sich auch beim Irak-Krieg gezeigt. Oder diese ganzen Terroranschläge wie in London oder Madrid. Ich habe schon das Gefühl, dass uns so was in Deutschland nicht passieren kann. Das finde ich ganz schön gut und nicht unbedingt selbstverständlich.“ Dies wird unterstützt durch die Antwort von Andre, 17 Jahre: *„Vieles läuft in Deutschland bestimmt schief, aber tauschen wollen mit einem anderen Land, mit einem anderen System möchte ich auf keinen Fall. Irgendwie habe ich den Eindruck, dass alles mehr oder weniger berechenbar ist.“*

Somit zeigen sich die Anerkennung des politischen Systems und die Betrachtung der Politik als Wert an sich. Dieser Wert wird durch die grundsätzliche Annahme von physischer Sicherheit, Berechenbarkeit im Hinblick auf die Stabilität des Systems und die Kontrolle durch die Judikative formiert. Diese Bewertung auf einer allgemeinen Meta-Ebene steht im Gegensatz zur distanzierten Bewertung der Politik in ihren inhaltlichen Prozessen und Ausführungen durch Organisationen, Institutionen und Repräsentanten.

Interesse an politischen Themen

Von einem politischen Desinteresse der Jugendlichen kann aufgrund der Befragungsergebnisse nicht ausgegangen werden. Die Kenntnis von politischen Inhalten und Zusammenhängen wird als wichtig und notwendig erachtet. Dabei spielt es kaum eine Rolle, welchen Bildungsstand die Jugendlichen haben. Thomas, 18 Jahre, formuliert es so: *„Sich über politisches Geschehen zu informieren bedeutet für mich, ein bisschen weniger nur passives Mitglied in einer Gesellschaft zu sein“*. Anja, 18 Jahre, formuliert ähnlich: *„Durch Interesse an Politik und Information erhält man ein anderes Bild von Deutschland.“* und Juliane, 17 Jahre, führt dazu aus: *„Es ist wichtig, sich für Politik zu interessieren,*

weil man sonst abgeschnitten ist und dann die Dinge auch nicht mehr richtig beurteilen kann.“

Wenngleich die große Mehrheit der Befragten ein politisches Interesse bekundet, ist demgegenüber die Informationsaktivität eher zurückhaltend ausgeprägt. Zwar nennen die Jugendlichen die Möglichkeiten Fernsehen, Zeitung, Radio und das Internet,⁴³⁶ gleichzeitig wirkt dies aber wie eine theoretische Betrachtung von Zugangsmöglichkeiten zu politischer Information. Exemplarisch kann in diesem Zusammenhang die Aussage von Catharina, 17 Jahre, angeführt werden: *„Wenn ich gefragt werde, ob ich mich für Politik interessiere, dann würde ich immer antworten, dass dem so ist, weil ich irgendwo weiß, dass das auch die richtige Einstellung wäre. Eigentlich bedeutet das dann, dass ich es wichtig finde, sich für Politik zu interessieren. Wenn ich jetzt gefragt werde, wie ich mich informieren kann, dann weiß ich schon wie und wo das geht. Wenn ich dann aber ehrlich bin, informiere ich mich nicht regelmäßig und gebe schnell auf, wenn ich Dinge nicht verstehe. Somit informiere ich mich wohl nicht vertieft genug, um wirklich was zu wissen.“*

Bereitschaft zur Beteiligung

Zur grundsätzlich positiven Einstellung der Befragten zählt auch, dass sie das deutsche Wahlsystem und die damit gewonnene Legitimation des politischen Handelns anerkennen und positiv bewerten. Die Jugendlichen, die in der vorliegenden Untersuchung befragt worden sind, würden alle wählen gehen und begründen es wie z. B. Hendrike, 16 Jahre: *„Ich würde auf jeden Fall wählen*

⁴³⁶ Die Reihenfolge der Informationsquellen von Jugendlichen wird bei Oswald und Kuhn so ausgeführt, dass an erster Stelle die politischen Nachrichtensendungen im Fernsehen stehen. An zweiter und dritter Position stehen der Konsum von Nachrichten in Tageszeitungen, Magazin- oder anderen Diskussionsendungen. Als viertes wird der Unterricht in der Schule genannt, gefolgt von den Nachrichten im Radio. An den letzten Stellen der Informationsgewinnung rangieren die Gespräche über politische Themen und Aspekte im Familien- und Freundeskreis. Vgl. Oswald, H./Kuhn, H.-P.: Erstwähler in den neuen Bundesländern. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 15/2003, S. 8-13.

gehen. Das ist doch die einzige Möglichkeit etwas zu bewirken und sich Gehör zu verschaffen.“ Einige Jugendliche benennen die Wahlen als eine große Möglichkeit für die Jugendlichen auf sich aufmerksam zu machen.⁴³⁷ Robin, 16 Jahre, ist der Meinung: „Gerade wir Jugendlichen sollten wählen gehen. Auf einmal sind wir nämlich für die Politiker wichtig und sie müssen uns zuhören und sind außerdem gezwungen, Dinge anzubieten, die auch uns Jugendlichen wichtig sind. Ich glaube, bei den Wahlen können die Jugendlichen erst einmal richtig zeigen, was sie wollen.“ Beate, 17 Jahre, fordert sogar eine Verpflichtung von Jugendlichen zur Wahl zu gehen, um die Jugendlichen von Anfang an dazu zu bringen, sich an die demokratische Mitbestimmung zu gewöhnen: „Ich finde, dass alle Jugendlichen gezwungen werden sollten, zur Wahl zu gehen und das von Anfang an. Dann können die nämlich nicht rumreden, dass sie keine Ahnung haben und eh alles egal ist, sondern müssen sich auseinandersetzen und lernen so die Politik auch besser kennen.“

Bezogen auf Parteien ist wie bei der Politik allgemein ein Basisinteresse vorhanden und die Einordnung in das demokratische System bei den Jugendlichen möglich. Dies verdeutlicht z. B. die Aussage von Norbert, 18 Jahre: „Parteien sind politische Organisationen, die versuchen, eine Vorstellung von Politik durchzusetzen“ oder die Antwort von André, 17 Jahre: „Da setzen sich Menschen aufgrund gemeinsamer Ziele zusammen und verfolgen diese“ sowie die Auffassung von Andrea, 17 Jahre: „Eine Partei ist eine Gruppe von politisch denkenden und handelnden Menschen, die durch eigene politische Grundprinzipien und Leitlinien eine Gemeinschaft bilden.“⁴³⁸ Die generelle Bedeutung und Notwendigkeit der Parteien als handelnde Akteure im politischen System wird von den Jugendlichen in der Regel anerkannt. Jonas, 16 Jahre, formuliert: „Parteien sind für das politische Gefüge notwendig, ohne sie läuft

⁴³⁷ Oswald, Weiss und Kuhn zeigen in einer repräsentativen Längsschnittstudie, dass die Hälfte der befragten Jugendlichen schon früh entschlossen ist, wählen zu gehen. Vgl. Oswald, H./Weiss, K./Kuhn, H.-P.: Jugendliche Wähler in den neuen Bundesländern. Eine Längsschnittstudie zum Verhalten von Erstwählern bei der Bundestagswahl 1998, Opladen 2001.

⁴³⁸ An dieser Stelle sei noch einmal erwähnt, dass ausschließlich Jugendliche befragt wurden, die keine Mitglieder in einer politischen Partei sind.

nix.“ Dennoch zeigt sich, dass man mit der Frage nach dem Parteibegriff einen Bereich bei den Jugendlichen betritt, der nicht so leicht zu fassen und einzuordnen ist, wie der Politikbegriff. Es wird deutlich, dass viele Jugendliche bei der Antwort den neutralen Bereich verlassen und insbesondere negative Assoziationen verbinden wie Alexander, 16 Jahre: *„Was eine Partei ist, kann ich schon sagen. Da setzen sich Menschen aufgrund gemeinsamer Interessen zusammen, besprechen diese und verfolgen diese. Außerdem will da jeder besser sein als der andere und letztendlich geht es nach viel Hauen und Stechen nur darum, wer am Ende oben bleibt. Die vergessen immer, dass sie ja von den Menschen gewählt werde und eigentlich auch danach handeln sollten.“* Der Vergleich zur Frage nach dem Politikbegriff zeigt eine starke Tendenz zur emotionalen bzw. negativen Assoziation, die sachliche Dimension spielt unter den Befragten nur eine untergeordnete Rolle.

Anzunehmen ist, dass einem Teil der Jugendlichen die inhaltliche Ausgestaltung des politischen Arbeitsprozesses der Parteien fremd bleibt. Sie wissen um die Verankerung der Parteien im politischen System, können sich aber unter der politischen Umsetzung durch die Parteien nicht wirklich etwas vorstellen. Dies gilt weniger für die befragten Jugendlichen der gymnasialen Oberstufe, die wie Alex, 17 Jahre, betonen: *„Eigentlich kann man ziemlich genau wissen, was die Parteien machen. Strukturell erfährt man es durch den Politikunterricht in der Schule und wie das dann umgesetzt wird, kann man erkennen, wenn man regelmäßig die Nachrichten sieht oder die Zeitung liest.“* oder Anne, 17 Jahre, die meint: *„Ich finde es eigentlich nicht schwierig zu verstehen, wie Parteien arbeiten. Sogar deren Strategien und die Taktik sind leicht zu durchschauen.“* Diese Ansicht teilten andere Befragte ganz und gar nicht. Exemplarisch verdeutlicht das die Aussage von Jonas, 16 Jahre: *„Ich kann wohl sagen, was die Parteien sind, aber was sie machen und worin sich die verschiedenen Parteiengenau unterscheiden, kann ich nicht beantworten.“* oder Juliane, 17 Jahre: *„Ich kann mir ungefähr vorstellen, was die Parteien so machen und wofür sie sich auch einsetzen wollen. Ich glaube aber nicht, dass sie es tatsächlich auch machen. In der Regel versprechen Parteien alles und halten nichts davon.“*

Das ist eigentlich das Wichtigste, was ich von den Parteien weiß. Betreffen tut mich das aber wenig, da ich mit dem ganzen Parteizirkus ja noch nichts zu tun habe.“

Anzunehmen ist, dass die Parteien aus der Perspektive der Jugendlichen sehr weit weg erscheinen und in ihrem Handeln nicht erfasst werden können. Die Diskrepanz zwischen der Lebenswelt der Jugendlichen und der aus ihrer Sicht abstrakten Parteiwelt scheint sehr groß zu sein. Die Jugendlichen können nicht erkennen, warum Parteien unabhängig von ihrer generellen Anerkennung und Wertschätzung für ihr eigenes Leben eine Rolle spielen sollen. Dies ist umso verwunderlicher, da die Jugendlichen auf der Basis des Politikbegriffs und des Parteienbegriffs die Verantwortung der Politiker für die Ausgestaltung des persönlichen Lebens benannt haben.

Viele Antworten zeigen, dass die Arbeit von Parteien distanziert zum eigenen Lebens- und Wirkungskreis angesehen wird. Auf die Frage nach der Bereitschaft zur Mitarbeit in einer Partei gaben die befragten Jugendlichen in der Regel eine negative Antwort und begründeten dies (neben anderen Aspekten, die in den folgenden Kapiteln aufgegriffen werden) wie z. B. Anne, 17 Jahre: *„Ich kann mir nicht vorstellen, in einer Partei zu arbeiten. Ich engagiere mich ja schon. Ich bin hier in einer Bürgerbewegung bei uns in der Gemeinde tätig. Wir kümmern uns um die soziale Situation von Kindern hier vor Ort. Da geht auch viel Zeit bei drauf. Aber da weiß ich, dass meine Zeit den Kindern hier bei uns zugute kommt. Ich verschwende keine Zeit durch viel Reden oder durch so viele Querelen, sondern wir setzen alles hier direkt vor Ort um. Ich glaube nicht, dass ich das in einer Partei so machen könnte. Da ist man doch abhängiger und kann wohl nicht so gut erkennen, wozu das alles eigentlich gut ist und wer am Ende davon profitiert.“* Diese Aussage bestätigt den in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung⁴³⁹ angenommenen Zustand, dass die Teilhabe politisch aktiver Bürger am gesellschaftlichen Entwicklungsprozess auf verschiedenen

⁴³⁹ Vgl. Barnes, S.H./Kaase, M.: Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies, Beverly Hills 1979, S. 42.

Wegen angesteuert wird. Die Jugendlichen zeigen kein Interesse, ihre Anliegen im konventionellen institutionalisierten politischen Raum zu verwirklichen, sondern wählen den unkonventionellen, aber legal verfassten Bereich. Hier scheinen sie eher eine konkretere und fassbarere Vorstellung davon zu haben, wie man Ziele durch eine Mitarbeit in Handlungen umsetzen kann, die mitunter sogar zeitlich begrenzt ist.⁴⁴⁰

Norbert, 18 Jahre, betont in diesem Zusammenhang einen weiteren Aspekt: *„Ich könnte mir gar nicht vorstellen in eine Partei zu gehen. Das hat nicht einmal damit etwas zu tun, dass ich mich nicht für Politik interessiere und mir das alles egal ist. Ich kann mir nur nicht vorstellen, dass ich mich als Jugendlicher wohl fühlen würde. Die labern da immer nur rum. Da kommt nichts bei raus und dann fangen sie wieder von vorne an. Das ist doch total langweilig. Ich könnte das gar nicht aushalten.“* Diese Antwort macht deutlich, was auch schon andere Untersuchungen⁴⁴¹ beschrieben haben: Parteien gelten unter Jugendlichen als langweilig, die Auseinandersetzung mit ihnen macht keinen Spaß und die inhaltliche Arbeit erscheint den jungen Menschen wenig effektiv.

⁴⁴⁰ Wie bereits schon in Kap. 4 darauf hingewiesen worden ist, entsteht politische Beteiligung bei Jugendlichen durch die Verbindung von individuellen Merkmalen, der Einbindung des Einzelnen in sozialen Gruppen, des Auftretens konkreter politischer Ereignisse sowie gesellschaftlicher institutioneller Strukturen, in deren Rahmen sich Jugendliche aktiv in den unterschiedlichsten Formen der Politik beteiligen können. Diese Bedingungsfaktoren der politischen Beteiligung finden sich übereinstimmend in westlichen Demokratien und gehören zur Normalität des politischen Verhaltens. Vgl. Rudzio, W.: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, 4. Aufl., Opladen 1996, S. 526.

⁴⁴¹ Diese Ergebnisse werden auch im qualitativen Teil der Shell Studie benannt: „Die Beschäftigung mit dem, was man herkömmlicherweise unter Politik versteht, macht Jugendlichen in der Regel keinen Spaß – und Spaß ist ein hochbesetzter Wert, der mit Lebendigkeit, Gefühl, Erlebnis und Intensität verbunden wird. ‚Politik‘ gilt als trocken, langweilig, komplex, abstrakt, unüberschaubar, ohne klar vermittelte Orientierung und Werte, als mit großer Beliebigkeit. Langweilig und folgenlos erscheint Politik auch dadurch, dass Fortschritte in der Lösung existentiell bedeutsamer Probleme nicht zu erkennen sind, sondern nur über sie geredet und geredet wird.“ Vgl. Blank, R.: „Ich habe andere Sorgen als Politik.“ In: Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend '97 - Zukunftsperspektiven, gesellschaftliches Engagement, politische Orientierungen, Opladen 1997, S. 33-77.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der deutlichen Mehrheit der befragten Jugendlichen ein politisches Bewusstsein zugewiesen werden kann. Sie kennen sich mit den Grundzügen der Politik und den Parteien aus und bewerten die Politik in ihren Auseinandersetzungen und Ergebnissen für die eigene Lebenssituation als relevant. Die Politik erfährt im Hinblick auf die Prinzipien der Demokratie und die damit korrespondierende Verantwortung Akzeptanz und Wertschätzung und vermittelt den Jugendlichen den Eindruck von Sicherheit. Demgegenüber wird aber deutlich, dass die inhaltliche Ausgestaltung des politischen Prozesses dem Jugendlichen fremd bleibt und weit entfernt ist von seiner eigenen Lebenswelt. Die Wertschätzung von politischem Engagement im abgrenzten thematischen und zeitlichen Rahmen wird bejaht, nicht hingegen die Vorstellung einer dauerhaften Mitarbeit im institutionalisierten Rahmen einer Partei.

7.3.5.2.3.1.2. Isolation

Aus den Befragungen ergaben sich fünf Parameter, die herangezogen wurden, um das Phänomen Isolation detaillierter zu erfassen und zu beschreiben. Dabei handelt es sich um die Sprache der Politiker, die Wahrnehmung der jugendlichen Lebenswelt, die Identifikation mit Jugendlichen, die zukunftsorientierte Ausrichtung in der politischen Arbeit, sowie um die Form der Ansprache Jugendlicher durch die Parteien.

Im Hinblick auf die Fragestellung „Was können Parteien tun, um die Mitarbeit von Jugendlichen zu fördern?“ geht aus der Befragung hervor, dass die deutliche Mehrheit der Jugendlichen sich von Parteien isoliert und ausgegrenzt fühlen. Dieses Ergebnis zeigt sich anhand der Ausprägung der einzelnen Parameter und stellt sich in der zusammenfassenden Fall-Übersicht aller Befragten wie folgt dar:

Beziehungen der Befragten zu politischen Parteien: Übersicht Phänomen "Isolation"				
Parameter	Verteilung der Ausprägungen unter den Befragten			
	wird positiv beurteilt	wird eher positiv beurteilt	wird eher negativ beurteilt	wird negativ beurteilt
Sprache der Politiker	1	4	10	1
Wahrnehmung jugendliche Lebenswelt	1	3	10	2
Identifikation mit Jugendlichen	1	3	10	2
Zukunftsorientierung in politischer Arbeit	1	3	11	1
Ansprache der Jugendlichen	2	2	8	4

Abb. 33: Fall-Übersicht Phänomen „Isolation“

Die Fall-Übersicht macht deutlich, in welchem Ausmaß das Phänomen der Isolation unter den Befragten ausgeprägt ist. Drei Viertel der Jugendlichen beurteilen nahezu alle Parameter zur Charakterisierung des Phänomens Isolation negativ bzw. eher negativ. Dies bedeutet, dass sich die Mehrheit der Befragten sowohl inhaltlich (Wahrnehmung jugendlicher Lebenswelt, Identifikation mit Jugendlichen, Zukunftsorientierung in politischer Arbeit) als auch kommunikativ (Sprache der Politiker, Ansprache Jugendlicher durch Parteien) von den Parteien nicht angesprochen fühlt. Anhand der nachfolgend aufgeführten Zitate wird dieses Bild verdeutlicht.

Sprache der Politiker

Politik gilt unter der Mehrheit der Befragten als langweilig. Mitverantwortlich dafür ist in den Augen der Befragten die Art und Weise, wie Politik informiert. Alexander, 16 Jahre, benennt es so: *„Ich habe langsam keine Lust mehr, mir das Gerede von diesen Politikern anzuhören, die uralt sind. Die sollten mal jünger sein. Da hätte ich die Hoffnung, dass man auch was versteht. Zum Beispiel waren wir mit der Schule im Bundestag in Berlin und haben da auch so eine*

Führung bekommen. Schon von der Führung habe ich nichts verstanden, weil da nur mit Begriffen rumgeworfen wurde, die ich nicht verstanden habe. Im Anschluss hatten wir dann noch eine Parlamentssitzung besucht und durften von der Tribüne zuhören. Da war es noch schlimmer. Ich wäre fast eingeschlafen. Ich habe wirklich nicht verstanden, worüber die da überhaupt reden. Eigentlich hatte ich mich schon auf den Termin auf unserer Klassenfahrt gefreut, aber dann war alles so langweilig und so kompliziert. Die haben nur Fremdwörter benutzt. Ich meine, wenn die Politiker uns schon einladen, zu kommen, dann sollten die das doch auch so gestalten, dass wir Jugendlichen was davon haben.“

Alexander beklagt, dass er die Politiker nicht verstehen kann. Seine bisherigen Erfahrungen führten dazu, dass er eine gewisse Neugierde auf den Besuch im Parlament gehabt hat. Seine Erfahrungen auf der Klassenfahrt in Berlin zeigen aber, dass er mit dieser scheinbar abgegrenzten Welt nicht zu Recht kommt und sich isoliert fühlt. Sein Unvermögen, die Sprache der Politiker inhaltlich zu übersetzen, hinterlässt bei ihm einen sehr negativen Eindruck und er fühlt sich von der politischen Auseinandersetzung nicht berührt. Der Schüler hat den Eindruck, dass er zur Welt der Politik nicht dazugehört und dass auch nicht der Versuch unternommen wird, ihn dafür zu gewinnen. In ähnlicher Weise äußert sich Hendrik, 16 Jahre: *„Ich finde es insgesamt langweilig, den Politikern zuzuhören. Man versteht einfach zu wenig. Die reden da so Sachen, die ich einfach nicht nachvollziehen kann, viel zu viele Fremdwörter und so. Das führt schon zu Langeweile und zu wenig Lust, denen weiter zuzuhören. Dabei wäre es eigentlich schon so wichtig, aber was soll man machen, wenn die so unverständlich reden.“*

Wahrnehmung jugendliche Lebenswelt

Alexander, 16 Jahre, ist der Ansicht, dass in der Politik und in den Parteien nur ältere Menschen arbeiten und entscheiden. Dadurch ist es zwangsläufig, dass die Politik fernab der Lebenswelt der Jugendlichen agiert und sich nicht für ihre Lebenssituation interessiert. Alexander meint: *„Die Leute in den Parteien labern*

immer untereinander in ihrer, man hat fast den Eindruck, juristischen Sprache herum. Die sind alle schon mindestens 45 Jahre alt und ich glaube auch gar nicht, dass die ernsthaft daran interessiert wären, dass junge Menschen zu ihnen kommen würden. Allerdings frage ich mich dann, wie die junge Menschen verstehen wollen und wissen wollen, wie wir so leben wollen, wenn sie keine Jugendlichen in ihren eigenen Reihen haben“. Catharina, 17 Jahre, benennt es wie folgt: *„Die Parteien sollten die Dinge mal transparenter machen und eine Sprache sprechen, die auch Leute verstehen können, die nicht studiert haben. In der letzten Zeit haben die Parteien ja so ein paar Wahlprogramme vorgestellt und die habe ich echt nicht verstanden.“* In diesem Zusammenhang diagnostiziert Andrea, 17 Jahre, den Parteien ein taktisches und programmatisches Vorgehen. *„Ich glaube, wenn die Parteien sich für mich als Jugendlichen interessieren würden, dann nur deshalb, weil sie mich für ihre Quote bräuchten. Sicherlich würden die das dann cool finden wenn sie ein paar Jugendliche vorzeigen könnten, aber ernst nehmen würden die mich bestimmt nicht. Wahrscheinlich würden sie immer nur behaupten, dass sie als Erwachsene mehr Erfahrung haben und deshalb alles besser wissen. Außerdem kümmern die sich nur um Themen, die die Älteren angehen und da bräuchten sie mich gar nicht. Aber nach außen wäre das bestimmt gut für die Parteien und bestimmt haben die das auch irgendwo festgehalten, dass sie Jugendliche gewinnen wollen. Auf jeden Fall vor den Wahlen, wenn sie Stimmen brauchen.“* Andrea ist über dieses Verhalten, das sie bei den Parteien wahrnimmt, sehr verärgert und fühlt sich als Jugendliche ausgenutzt. Es entspricht nicht ihrer Erwartung, dass sie für die Parteien nur Mittel zum Zweck ist. Anders gesagt, dass die Jugendlichen dafür herhalten müssen, das Image der Partei aufzubessern, ohne von wirklicher Bedeutung zu sein. Auch in der Antwort von Anne, 17 Jahre, kommt diese Annahme zum Ausdruck: *„Ich glaube, dass die Parteien die Jugendlichen nicht wirklich brauchen, sondern nur für ihr Image. Ansonsten würden sie ihre ganzen Vorstellungen und Ziele einmal so formulieren, dass man sie auch versteht. Die Jugend bildet nur einen wirklich unbedeutenden geringen Teil des Parteiangebots.“*

In diesem Zusammenhang geht Robin, 17 Jahre, nicht davon aus, in einer Partei ernst genommen zu werden. *„In der Partei hätte man nichts zu melden, da bin ich sicher. Es gibt viel mehr alte Menschen in der Gesellschaft und die bringen bei den Wahlen auch mehr Stimmen. Da ist es doch völlig klar, dass die sich dann eher um die kümmern werden.“* Hier wird noch einmal deutlich, dass die Jugendlichen davon ausgehen, dass die Erwachsenen sie nur ernst nehmen, wenn es zum Nutzen der Partei ist. Es wird angenommen, dass die Parteien und ihr Umfeld nicht an den Belangen der Jugendlichen interessiert sind. Nach den Erfahrungen der befragten Jugendlichen wird ihnen - obwohl von den Parteien anders propagiert - keine ausreichende Anerkennung entgegengebracht.

Identifikation mit Jugendlichen

Weiterhin ist den Jugendlichen aufgefallen, dass niemand in der Politik und den Parteien sichtbar Verantwortung für die jungen Menschen übernimmt. Sie erkennen keine Ansprechpartner und keine Identifikationsfigur. Dies wurde bereits in den Bemerkungen von Alexander deutlich, der den Parteien nur wahrnehmbare „alte Gesichter“ zuschrieb. Juliane, 17 Jahre, weist in diesem Zusammenhang noch einmal auf das Wahlalter hin. *„Wir Jugendliche werden erst von den Parteien beachtet, wenn wir auch wählen gehen dürfen. Deshalb wäre ich dafür, dass man früher wählen gehen darf. Dann sind auch junge Leute in der Politik, die anderen Jugendlichen könnten sich dann ganz anders identifizieren. Viele hätten vielleicht dann sogar Lust, in der Politik mit zu machen.“*

Juliane, 17 Jahre ist der Auffassung, dass die Isolation der Jugendlichen von der Politik auch dadurch zustande kommt, dass jugendliche Vorbilder in der Politik fehlen. Sie glaubt einerseits, dass Jugendliche durch eine Senkung des Wahlalters mehr Anerkennung erfahren und ihnen die Politik und die Auseinandersetzung mit den Parteien auf eine praktische Weise Nahe gebracht werden. Zum anderen werden dadurch die Parteien aufgefordert, die

jugendlichen Interessen stärker zu berücksichtigen und ernst zu nehmen. Die Schülerin ist auch der Meinung, dass diese Herabsetzung des Wahlalters ein mögliches verstärktes Engagement zur Folge hat.⁴⁴²

Zukunftsorientierung in politischer Arbeit

Beate, 17 Jahre, nennt einen weiteren Aspekt. Für sie ist nicht erkennbar, dass die Politiker in den Parteien sichtbar Verantwortung für die Jugendlichen übernehmen. Diese Verantwortung drückt sich für sie zum einen darin aus, dass die Interessen der Jugendlichen in der politischen Arbeit berücksichtigt werden. Zum anderen kann sie nicht erkennen, dass die Entscheidungen, die sich auf das zukünftige Leben der heute jungen Generationen beziehen, verantwortungsbewusst getroffen werden. *„Ich finde die Parteien sollten bei ihrer Arbeit sehr streng im Auge behalten, dass sie eine Verantwortung für uns als Jugendliche haben. Die entscheiden über meine Zukunft und ich kann nicht mal mitreden. Dabei ist mir wichtig, dass die die wirtschaftliche Situation im Griff behalten und wir nicht vor einem riesigen Berg Schulden stehen, wenn wir erwachsen sind. Außerdem hoffe ich, dass frühzeitig versucht wird, die sozialen Systeme zu sichern und zu erhalten.“* Die Schülerin fühlt sich neben einer äußerlichen Isolierung auch inhaltlich ausgegrenzt und in Bezug auf die Gewährleistung ihrer Zukunft nicht ernst genommen. Dabei zweifelt sie an der Kompetenz der Parteien, für ihre Zukunft verantwortungsvolle Entscheidungen treffen zu können. Sie drückt ihr Misstrauen gegenüber der institutionellen

⁴⁴² Diese Forderung findet sich auch bei Hurrelmann: „Ein frühes Wahlalter wäre ein klares Signal unserer Gesellschaft an die junge Generation, dass sie von den lebenswichtigen politischen Zukunftsentscheidungen nicht ausgeschlossen wird.....Ein frühes Wahlalter würde nicht nur die Politiker und die Parteien dazu zwingen, sich direkt mit den politischen Themen zu beschäftigen, die Jugendliche bewegen und dabei auch auf den „ganzheitlichen“ stark emotionalen Politikstil einzugehen, den Jugendliche präferieren. Zugleich würde ein solcher Schritt auch das politische Interesse der Jugendlichen berühren. Vgl. Hurrelmann, K.: Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung, 6. Aufl., Weinheim 1999, S. 190.

Politik aus, den Interessen der Kinder und Jugendlichen und damit der zukünftigen Generation nicht gerecht zu werden.⁴⁴³

Norbert, 18 Jahre, formuliert in diesem Kontext eine klare Erwartung: *„Ich finde, die Parteien haben die Aufgabe, Optimismus zu verbreiten. Aber das tun die nicht. Sie geben einem eher das Gefühl, dass die die Sache nicht im Griff haben und man sich um die Zukunft ernsthafte Sorgen machen muss. Ich finde, die Parteien sollten den jungen Menschen mehr das Gefühl geben, dass sie sich keine Sorgen machen müssen.“* Damit wird deutlich, dass der Auszubildende von den Parteien erwartet, den Jugendlichen durch die Vermittlung einer positiven Zukunft näher zu kommen. Er meint, dass die Parteien das Verhältnis zu den Jugendlichen durch verantwortungsbewusste Entscheidungen verbessern können.

Ansprache der Jugendlichen

Ein weiteres Phänomen im Zusammenhang mit dem Aspekt der Isolation stellt die wahrgenommene Kommunikation der Parteien dar. Dabei erwecken die Parteien zum einen den Eindruck, nur in einem vermeintlich jugendrelevanten Rahmen zu agieren, der auf Annahmen beruht, die aus Sicht der Jugendlichen als nicht mehr zeitgemäß betrachtet werden. Dies zeigt sich insbesondere in der Art und Weise der Ansprache junger Menschen und der damit korrespondierenden Vorstellung von den Bedürfnissen und Lebensformen der Jugendlichen. Dies

⁴⁴³ In der Aussage der Interviewpartnerin finden sich auch Annahmen, die in den Ergebnissen der Shell-Studie 1997 und 2000 zusammengefasst worden sind: „in denen die Vernachlässigung der Jugend, ihrer Interessen und Bedürfnisse durch die Politik nachdrücklich beschrieben wird. Weder die Parteien [...], noch die Politiker [...], noch sonstige Personen oder Institutionen im politischen Raum [...] haben wirkliches Interesse an der Jugend, im Gegenteil, Eigenaktivitäten der Jugendlichen werden von Politikern, Politik und Verwaltung sogar unterdrückt. Die Jugend erscheint als ein Sparobjekt, über das leicht verfügt werden kann, und es steht zu erwarten, dass es ihr in den nächsten Jahren noch schlechter gehen wird [...], die Sicherheit der Renten kann diese Generation wohl auch abschreiben [...].“ Fischer, A.: Engagement und Politik. In: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.): Jugend '97 - Zukunftsperspektiven, gesellschaftliches Engagement, politische Orientierungen, Opladen 1997, S. 313.

machen die Bemerkungen von Daniela, 16 Jahre, deutlich: *„Manchmal kommt bei den Parteien schon mal so was wie jugendliches Interesse rüber. Warum die das machen weiß ich zwar nicht. Ich kann das auch nicht wirklich ernst nehmen. Politiker und Parteien sollten aufpassen, dass sie bei der Werbung um Jugendliche nicht anbiedernd und fehl platziert wirken, sondern deutlich machen, warum sie ein echtes Interesse an der Mitwirkung Jugendlicher in der Politik haben.“* Die Schülerin beschreibt in diesem Zusammenhang weiter: *„Werbung der Parteien sollte auch auf die Jugendlichen zugeschnitten sein. Die müssten erstens nicht so geschwollen reden und dann aber wäre es auch wichtig, dass die sich nicht lächerlich machen. Die meinen dann immer, sie sind jugendnah und cool, aber so ein Auftritt von Guido Westerwelle ist doch alles andere als das. Ich finde, die Parteien sollten sich auch dauerhaft mit den Jugendlichen auseinandersetzen und nicht nur so spontan. Manchmal hat man den Eindruck, da sitzt so ein Bürohengst, der sich mal wieder eine ganz tolle Idee oder Aktion ausgedacht hat, ohne überhaupt mal mit einem Jugendlichen zu sprechen.“* Die Schülerin benennt den Aspekt, dass sich die Jugendlichen von der Art und Weise, wie sie von den Parteien angesprochen werden, nicht ernst genommen fühlen. In den Augen der Jugendlichen bringen die Parteien damit eine Haltung zum Ausdruck, die den Jugendlichen von oben herab behandelt und als ein mit einfachsten Mitteln zu köderndes Subjekt degradiert. Die Parteien dokumentieren so ihr Unvermögen, sich über die wirkliche Lebenswelt der Jugendlichen zu informieren. Weiterhin lassen sich die Aussagen in der Weise interpretieren, dass den Parteien das gewisse Fingerspitzengefühl im Umgang und in der Ansprache der Jugendlichen fehlt. Die auf Jugendliche lächerlich wirkenden Aktionen machen die Kluft zwischen ihrer Lebenswelt und der Ausrichtung der Parteien deutlich. Nicht nur, dass solche Initiativen bei den Jugendlichen nicht ankommen. Die Jugendlichen nehmen darüber hinaus wahr, dass diese Aktionen vermehrt zu Wahlzeiten auftreten. Alexander, 17 Jahre, meint in diesem Zusammenhang: *„Die Parteien stellen sich vor Wahlen mit ihren Jüngern in die Fußgängerzonen und quatschen uns Jugendliche an. Manchmal haben die dann sogar Luftballons dabei. Als könnte man was damit anfangen. Wenn man die dann was fragt, können die einem auch keine Antwort*

geben, sondern sind festgelegt auf ihre allgemeinen Aussagen. Denen geht es nicht darum, sich wirklich mit uns zu unterhalten, sondern die wollen einfach nur gewählt werden.“ Damit wird nicht nur das generelle Gefühl von Desinteresse für jugendliche Belange seitens der Parteien verstärkt, sondern der Eindruck vertieft, dass es ihnen letztendlich nur um Stimmenmaximierung geht.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Jugendliche fühlen sich von der Politik und den Parteien wenig beachtet und ausgegrenzt. Sie werfen den Parteien vor, dass sie sich mit der Lebenswelt der Jugendlichen nicht genügend auseinandersetzen. Dies zeigt sich nach Aussagen der Befragten durch die Vormachtstellung älterer Erwachsener in der Politik. Des Weiteren wird die Sprache der Politiker und der Parteien nicht verstanden, so dass Politik als langweilig empfunden wird und der Eindruck entsteht, dass die Jugendlichen nicht dazu gehören und isoliert sind. Auch kritisieren die Jugendlichen, dass die Parteien in einem vermeintlich jugendrelevanten Rahmen agieren, der auf Annahmen und Vorstellungen beruht, die nicht mehr zeitgemäß sind. Hierbei entsteht der Eindruck starrer Organisationen, die sich nicht verändern können und wollen. Die Jugendarbeit der Parteien wirkt auf die Jugendlichen nicht strukturell, sondern nur sporadisch, was den Eindruck hinterlässt, nur Mittel zum Zweck zu sein.

7.3.5.2.3.1.3. Enttäuschung

Die Interviews mit den Jugendlichen führen zu drei Parametern, deren Ausprägung Hinweise darauf liefern, in welchem Umfang Jugendliche von Parteien enttäuscht sind und welche Gründe angeführt werden, die diese Enttäuschung auslösen. Detailliert untersucht sind die Parameter Vorbildfunktion von Politikern und Parteien, Durchlässigkeit des politischen Systems, d. h. die nach Auffassung der Befragten nur gering ausgeprägten Sanktionsmechanismen

für politische Fehlentscheidungen bzw. politisches Fehlverhalten sowie die Versprechungen von Politikern und Parteien.

Aus den Interviews geht hervor, dass die Mehrheit der Jugendlichen von Politikern und Parteien enttäuscht sind, was sich in der Fall-Übersicht aller Befragten wie folgt ausdrückt:

Beziehungen der Befragten zu politischen Parteien: Übersicht Phänomen "Enttäuschung"				
Parameter	Verteilung der Ausprägungen unter den Befragten			
	wird positiv beurteilt	wird eher positiv beurteilt	wird eher negativ beurteilt	wird negativ beurteilt
Vorbildfunktion von Politikern und Parteien	1	3	10	2
Durchlässigkeit im politischen System	1	0	10	5
Versprechungen von Politikern und Parteien	1	1	8	6

Abb. 34: Fall-Übersicht Phänomen „Enttäuschung“

Die Enttäuschung der befragten Jugendlichen über Politiker und politische Parteien kommt insbesondere in der Beurteilung der Durchlässigkeit des politischen Systems zum Ausdruck sowie in der Einschätzung der durch Parteien und Politiker gemachten Versprechungen. Fast alle Befragten bewerten diese beiden Aspekte negativ bzw. eher negativ. Die Vorbildfunktion von Politikern und Parteien wird im Vergleich dazu etwas weniger kritisch angesehen. Ein Viertel der Befragten beurteilen diese positiv bzw. eher positiv. Die nachfolgenden Zitate umfassen exemplarisch typische Aussagen der Befragten zu den drei Parametern.

Vorbildfunktion von Politikern und Parteien

Zahlreiche Befragte bringen ihre Enttäuschung über die Politiker und die Parteien klar zum Ausdruck. Thekla, 17 Jahre, äußert sich in diesem

Zusammenhang wie folgt: *„Ich verfolge das eigentlich schon lange. Die Politiker in den Parteien reden doch immer alle nur herum, aber die Sorgen der Menschen nehmen die gar nicht ernst. Die labern immer nur und tun nichts und helfen den Bürgern nicht. Sie kümmern sich um sich selbst. Dabei weiß ich ja, was die eigentlich für eine Verantwortung haben und diese ja auch ernst nehmen sollen.“* Die Schülerin zeigt durch ihre Aussage, dass sie den politischen Prozess verfolgt und sich mit der Politik auseinandersetzt. Die Interviewpartnerin fühlt sich von den Verantwortlichen in der Politik nicht gut genug vertreten und unterstellt den Politikern, dass sie ihr Mandat nicht effektiv einsetzen. Die Befragte vertritt die Ansicht, dass die Politiker ihre Verantwortung nur dazu nutzen, sich selber zu profilieren und in eigene Macht umzusetzen. Politiker sind egoistisch und täuschen die Menschen, indem sie das Interesse am gemeinen Wohl nur vorgeben, um selber zu profitieren. Hierbei wird erneut die Diskrepanz zwischen dem politischen Interesse einerseits und der Ablehnung der realen politischen Auseinandersetzung und Repräsentation deutlich. Dieses Phänomen wird bei Befragungen von Jugendlichen immer wieder ausgemacht.⁴⁴⁴

Zugrunde gelegt werden kann eine allgemein hohe Erwartungshaltung der Jugendlichen an Politiker und Parteien. Diese Erwartungen werden aus der Sicht der Jugendlichen nicht erfüllt. Thomas, 18 Jahre, meint: *„Ein guter Politiker in einer Partei sollte sich schon mal klar werden, welchen besonderen Job er da hat. Ich meine, die sind ja gewählt worden von den Menschen und die können dann auch erwarten, dass die da oben mit dieser Stimme dann gut umgehen. Außerdem sollte man sich dann auch an denen orientieren können. Die verdienen so viel Geld und müssen zwar viel arbeiten. Aber, da müssen die sich auch anstrengen und ihre Arbeit ernst nehmen. Wenn man zum Beispiel guckt, wenn da so Sitzungen im Bundestag sind. Gibt es da Themen, die nicht so interessant sind und wo man nicht mit ins Fernsehen kommt, dann sind da die*

⁴⁴⁴ Vgl. Borchers, A.: Interessensgebiete junger Menschen. In: Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung an der Universität Hannover (Hrsg.): Jugend und gesellschaftliche Mitwirkung. Der Jugendkompass Niedersachsen, Hannover 1995, S. 3-21.

Reihen ganz schön leer. Das wäre ja so, wenn ich eine langweilige Stunde in der Schule hätte und würde dann auch nicht kommen. Auch mit anderen Sachen, wie Steuerhinterziehung oder wenn es um die Erhöhung der Diäten geht. Ich erwarte schon, dass sie Politiker und die Parteien mit solchen Fragen mal so ein bisschen mehr mit Feingefühl rangehen.“ Die Antwort verdeutlicht die emotionalen und moralischen Ansprüche an Politiker und Parteien. Thomas erwartet aufgrund der Sonderstellung des Politikers auch die Wahrnehmung einer Vorbildfunktion. Seine Ausführungen können auch dahingehend interpretiert werden, dass er es deprimierend findet, wie wenig verantwortungsbewusst die Politiker mit ihrem Amt umgehen. Er unterstellt den Politikern, sich nur dann einzusetzen, wenn es für sie von eigenem Vorteil bezogen auf eine mögliche Öffentlichkeitswirksamkeit ist.

Durchlässigkeit im politischen System

„Ein Politiker, der in einer Partei arbeitet, muss gut reden und sich gut verkaufen können. Das ist, glaube ich, das Wichtigste, um diesen Job zu machen. Ich glaube, dass die gar nicht viel wissen, dafür haben die ihre Leute im Hintergrund. Manchmal merkt man auch, dass die überhaupt nicht schlau sind. Dann winden, die sich um die Antworten herum. Das finde ich schlimm.“ André, 16 Jahre, unterstellt Politikern, ihr Unwissen durch taktisches Vorgehen von vermeintlichen Kenntnissen zu überspielen. Der Jugendliche ist empört über dieses Vorgehen. Indirekt bringt er damit einen Anspruch an die moralische Integrität des Politikers und der Parteien zum Ausdruck. Er erwartet einen ehrlichen und transparenten politischen Austausch, der jegliches Vortäuschen verbietet. Diese wahrgenommenen öffentlichen Verfahrensweisen führen zu einer distanzierten Haltung des Jugendlichen zur Politik: *„Das finde ich schlimm.“* An dieser Stelle beanstandet Alexander, 16 Jahre, dass das politische System ein solches Verhalten ermöglicht. *„Die Politiker und die Parteien können tun und lassen, was sie wollen. Erst wenn es ganz schlimm wird, werden sie mal erwischt und auch zur Rechenschaft gezogen. Vorher nicht. Das liegt*

auch wohl daran, dass man das als Einzelner gar nicht verstehen kann und was unternehmen kann und dass es auch bestimmt schwer ist, die Politiker überhaupt mal dranzukriegen. Das darf ja eigentlich nicht so bleiben, aber solange die selber die Gesetze machen, kann man da wohl gar nichts machen.“

Versprechungen von Politikern und Parteien

Alexander, 16 Jahre ist verärgert über das Verhalten der Politiker und der Parteien, weil er glaubt, dass sich diese in ihrem Amt eine gewisse Narrenfreiheit herausnehmen. Der Jugendliche kann der Bühne Politik nur passiv zuschauen und fühlt sich nicht in der Lage, etwas gegen die von ihm wahrgenommenen zu lückenhaften Strukturen und fehlenden Konsequenzen zu unternehmen. Tendenziell ist er der Ansicht, dass etwas verändert werden müsste, zweifelt aber daran, dass persönliches Engagement mit Erfolg verbunden sein wird.

Mit dieser Antwort korrespondiert auch der Eindruck von Andrea, 17 Jahre, dass die Politiker und die Parteien vor den Wahlen Versprechen abgeben, die sie später nicht einlösen. *„Mit Parteien und Politikern verbinde ich, dass die vor den Wahlen immer versprechen, alles besser und anders zu machen und dass es dann hinterher immer heißt, dass die dann zu wenig Geld in den Kassen vorgefunden haben. Manchmal hat man bei dem einen oder anderen ja das Gefühl, dass der wirklich gut ist und Dinge so macht, wie er es versprochen hat, aber am Ende ist das dann auch eine Enttäuschung.“* Dieser Vorwurf der Unglaubwürdigkeit untermauert den Eindruck, sich als Jugendlicher von Politikern getäuscht zu fühlen. Aus Sicht der Mehrheit der Befragten stellen Politiker eine Gruppe dar, der nicht zu trauen ist und die ihre eigenen Versprechungen in der Regel nicht einhalten.

Aus dieser Enttäuschung heraus folgt letztendlich die negative Besetzung von Begriffen wie Politik und Partei in den Köpfen der Jugendlichen. Dies zeigt exemplarisch die Antwort von Hendrik, 16 Jahre: *„Ich finde nicht, dass die*

Arbeit von Politikern und Parteien Anerkennung verdient. In der Theorie vielleicht, wenn man hört wie viele Stunden die arbeiten müssen. Aber viele von denen führen ein abgedrehtes Leben, was nichts mehr mit dem wirklichen Leben zu tun hat. Die sind dann fünfmal verheiratet, sitzen in irgendwelchen Aufsichtsräten oder fliegen umsonst mit der Ehefrau nach Thailand.“ An dieser Stelle wird noch einmal deutlich, wie sehr der Jugendliche beklagt, dass der Politiker nicht „einer der ihren“ ist, sondern aufgrund seiner politischen Stellung die Möglichkeit hat, fernab der normalen Lebensweisen zu agieren und dies auch tatsächlich tut.

Zusammenfassend lässt sich am Ende dieses Kapitels festhalten: Jugendliche werfen den politischen Akteuren Unglaubwürdigkeit vor. Die Jugendlichen sind von der Art und Weise, wie Politiker arbeiten und auftreten enttäuscht. Zugrunde liegen ein hoher moralischer Anspruch und eine emotionale Erwartungshaltung an die Repräsentanten des politischen Systems. Auf der einen Seite findet das Amt eines Politikers in der theoretischen Vorstellung Anerkennung, aber die Jugendlichen sind mit der inhaltlichen und öffentlichen Ausgestaltung und Darstellung nicht zufrieden. Zudem fühlen sie sich den Machtinteressen der Parteien ohnmächtig und chancenlos gegenüber und glauben nicht, durch eigenes Engagement diese angenommenen Strukturen verändern zu können. Das Ergebnis ist eine grundsätzliche Skepsis den Parteien gegenüber, verbunden mit der Konsequenz, sich alternativen Organisationsformen zuzuwenden zu wollen.

7.3.5.2.3.1.4. Hemmungen

Neben den Faktoren, anhand derer die Phänomene der Isolation und der Enttäuschung aus Sicht der Jugendlichen beschrieben wurden, erbrachte die Befragung darüber hinaus Parameter, die die organisatorischen Rahmenbedingungen einer Mitarbeit in politischen Parteien zum Inhalt haben.

Zu diesen Parametern zählen die von den Jugendlichen wahrgenommene Geschlossenheit der etablierten Partei-Mitglieder untereinander, die vermuteten Kompetenz-Anforderungen an Partei-Neulinge, die Reaktion der eigenen Peergroup auf eine Beteiligung der Jugendlichen sowie die erforderliche Dauer einer Mitgliedschaft, die nach Ansicht der Befragten mit dem Start einer Parteimitgliedschaft verbunden ist.

Aus den Aussagen der Befragten geht hervor, dass die deutliche Mehrheit der Jugendlichen sich aufgrund eigener Erwartungen an organisatorische Abläufe oder aufgrund von Vermutungen über erforderliche Kompetenzen gehemmt fühlt, eine Mitarbeit in einer politischen Partei einzugehen. In der Fall-Übersicht stellen sich diese Hemmungen wie folgt dar:

Beziehungen der Befragten zu politischen Parteien: Übersicht Phänomen "Hemmungen"				
Parameter	Verteilung der Ausprägungen unter den Befragten			
	wirkt positiv	wirkt eher positiv	wirkt eher negativ	wirkt negativ
Geschlossenheit der Partei-Mitglieder	2	1	11	2
vermutete Kompetenzanforderungen an potenzielle Mitglieder	1	3	11	1
Einflussnahme eigener Peergroups	1	2	10	3
vermutete Bindungsdauer bei Partei-Mitgliedschaft	1	2	10	3

Abb. 35: Fall-Übersicht Phänomen „Hemmungen“

Aus der Fall-Übersicht wird deutlich, dass die überwiegende Mehrheit der Befragten die bereits aktiven Partei-Mitglieder als abgeschottete Einheit wahrnimmt. Sich in diese Einheit zu integrieren ist nach Auffassung der Jugendlichen nur aufgrund bestimmter Kompetenzen möglich. Dieses vermutete Kompetenz-Niveau ist den meisten Jugendlichen nach eigener Aussage zu hoch, so dass sie glauben, die Anforderungen nicht erfüllen zu können. Der Druck aus

dem eigenen Freundes- und Bekanntenkreis sowie die Vorstellung, sich über eine längere Zeit an eine Partei binden zu müssen, sind zwei weitere Hemmfaktoren, die einer Mitarbeit in einer politischen Partei aus Sicht der Befragten entgegenstehen. Die nachfolgenden Zitate zeigen exemplarisch, wie sich organisatorische und strukturelle Rahmenbedingungen der Parteien nach Auffassung der Jugendlichen auf ihre Bereitschaft zur Mitarbeit auswirken.

Geschlossenheit der Partei-Mitglieder

Exemplarisch für die Wahrnehmung der Geschlossenheit steht die Aussage von Robin, 17 Jahre: *„Aber ich glaube, dass die Parteien sich auch ganz doll abschotten und man gar nicht mit mitbekommen soll, was die da so machen. Das ist so ein eingefleischter Club von Leuten, wo man bestimmt nicht dazukommen darf.“* Der Schüler empfindet die Parteien und die Mitglieder als eine eigene abgeschottete Welt, mit der er nichts anfangen kann und von der er nichts weiß. Er sagt, dass man zu dieser Welt nicht hinzukommen *darf*, was den Eindruck von Distanz zu den Parteien mit dem Aspekt bewusster Ausgeschlossenheit ergänzt. Dem Jugendlichen wird der Eindruck vermittelt, dass es sich bei den Parteien um eine elitäre Gruppe handelt, zu der er nicht gehört und auch nicht gewollt ist, dass er hinzukommt. Der Ausdruck des „nicht Dürfens“ erweckt den Eindruck einer sehr distanzierten und nicht gleichberechtigten Beziehung, in der einer das Verhalten des anderen determiniert. Auch beinhaltet dieser Ausdruck die Sorge vor einer möglichen persönlichen Konsequenz, die dann eintritt, wenn die scheinbaren Regeln nicht eingehalten werden. Dies wirkt sich auch auf die Bereitschaft zur Beteiligung aus, denn der Jugendliche wird durch das wahrgenommene Verhalten der Parteien gehemmt und ist nicht motiviert, unter den aufgezeigten Umständen dort mitzuarbeiten.

Vermutete Kompetenzanforderungen an potenzielle Mitglieder

Deutlich wird durch die Aussage von Robin auch, dass man aus jugendlicher Sicht bestimmte Qualifikationen benötigt, um an einer Partei teilhaben zu können. Man muss sich die wahrgenommene notwendige Erlaubnis mitzumachen erst erarbeiten und bestimmte Eigenschaften besitzen, um ernst genommen zu werden. Dies macht auch die Antwort von Thekla, 17 Jahre, deutlich: *„Die Parteien sind eine Gruppe von gebildeten Menschen. Da würde ich mich nie trauen mitzumachen, weil ich nicht so schlau bin und so eine gute Allgemeinbildung habe. Ich bin mir sicher, dass da nur Menschen arbeiten, die auch Abitur haben. Ohne gute Bildung braucht man da oben gar nicht erst anzufangen, da man sonst dieses ganze lange und nichts bringende Gerede eh nicht versteht. Man muss einfach eine gute Bildung haben. Besonders in den Bereichen Politik, deutsche Geschichte, eventuell auch Soziologie. Es stimmt auch schon, dass nicht jeder dahergelaufene Mann oder Frau sich auf einen Stuhl in einer Partei setzt und meint, mitreden zu können.“* Aus Theklas Antwort werden verschiedene Dinge ersichtlich. Zum einen wird der Grad der sozialen Anerkennung einer Partei beschrieben. Erneut kommt zum Ausdruck, dass die Parteien als etwas Besonderes wahrgenommen werden und nicht vergleichbar sind mit anderen Beteiligungsalternativen. Parteipolitik wird von der Jugendlichen als eine Sache für gut ausgebildete Menschen bezeichnet. Entsprechend werden eigene Komplexe und Minderwertigkeitsgefühle der Jugendlichen deutlich, da sie diese Eigenschaften nicht für sich in Anspruch nimmt. Die Jugendliche ist der Auffassung, für die politische Teilhabe nicht genug zu wissen, sie fühlt sich inkompetent, woraus Hemmungen resultieren, sich überhaupt erst einmal mit der Idee einer Mitarbeit in Parteien auseinanderzusetzen.

Die Politiker in den Parteien werden räumlich als abgehobene Gruppe wahrgenommen. Diese Wahrnehmung zeigt die Distanz zu den Menschen auf, die sich in der Politik engagieren. Gleichzeitig wird deutlich, dass der Bereich der politischen Arbeit für den Jugendlichen nicht näher zu erfassen ist und zu

dem er keinen Bezug besitzt.⁴⁴⁵ Die Jugendlichen lehnen demzufolge auch den Kontakt zu Politikern ab - dieser setzt einen gleichberechtigten Umgang miteinander voraus, der aber in ihrer Wahrnehmung nicht existiert.

Einflussnahme eigener Peergroups

Diese Unkenntnis über die Politik in Parteien führt dazu, dass die Jugendlichen, die sich in einer Partei engagieren, als Exoten wahrgenommen werden. Dies macht die Antwort von Alexander, 16 Jahre, deutlich: *„Mein Nachbar ist in einer Partei. Der und seine Freunde finden sich ja so cool und sind so eingebildet. Was machen die denn schon Tolles? Die labern rum und treffen sich am Wochenende in ihren tollen Gruppen. Manchmal kommt der dann so an und fragt mich, ob ich nicht auch mitmachen will und gibt mir dann auch so Werbebriefchen mit. Die sind dann so extra jugendlich aufgemacht und sollen auch so ganz locker erscheinen. Das ist doch Quatsch. Meine Freunde würden das ganz schön lächerlich finden, wenn ich bei dem Verein mitmachen würde, denn die finden Politik ja noch langweiliger als ich und wenn ich dann auch noch auf dem nächsten Straßenfest irgendwelche Kugelschreiber verteilen müsste, würde es ja noch peinlicher werden.“*

Der Jugendliche beschreibt die ihm bekannten jugendlichen Parteimitglieder als eingebildet und bringt seine Ablehnung zum Ausdruck. Gleichzeitig beschreibt er die Konsequenzen, für den Fall, dass er partizipieren würde. Seine politikdesinteressierten Freunde könnten diesen Schritt nicht nachvollziehen. Hierbei wird die Bedeutung der Gleichaltrigengruppe angesprochen. Zum einen versuchen die jugendlichen Parteimitglieder die Gleichaltrigengruppe als Multiplikator für die eigenen politischen Interessen zu nutzen, indem sie andere

⁴⁴⁵ Ähnliche Ergebnisse zeigt die Studie von Burdewick: „Je geringer der Bezug zu bestimmten Phänomenen und Bereichen erscheint, desto niedriger ist auch in der Regel die Motivation, sich darüber genauere Informationen zu verschaffen und je größer der Mangel an Kenntnissen ist, desto ausgeprägter wird die Distanz erlebt.“ Vgl. Burdewick, I.: Jugend-Politik-Anerkennung. Eine qualitative empirische Studie zur politischen Partizipation 11- bis 18-Jähriger. Bonn 2003, S. 95ff.

Jugendliche von ihrem politischen Engagement überzeugen wollen. Zum anderen macht die Aussage deutlich, dass die Bereitschaft, sich politisch zu engagieren, von der Haltung des Freundeskreises abhängt.⁴⁴⁶ Der Jugendliche hat die Befürchtung, dass man sich mit dem Wunsch in einer Partei zu engagieren, bei seinen Freunden lächerlich macht. Verbunden damit ist die Sorge, bei einem abweichenden Verhalten zur Peergroup die Akzeptanz innerhalb des Freundeskreises oder der Gleichaltrigengruppe zu verlieren.⁴⁴⁷

Aus der Antwort des Jugendlichen wird auch deutlich, dass ihn die Art und Weise, wie er die Ansprache von den Parteien wahrnimmt, als sehr irritierend empfindet. Er fühlt sich als Jugendlicher in dieser Situation unwohl. Dies wird auch durch die Antwort von Catharina, 17 Jahre, deutlich: *„Ich werde öfters mal in der Fußgängerzone von so Leuten an Ständen von den Parteien angesprochen. Das ist mir dann immer ganz unangenehm, weil ich dann das Gefühl habe, dass mich jeder anguckt. Außerdem habe ich dann Angst, dass die mich dann was fragen, was ich nicht weiß. Wenn ich rechtzeitig sehe, dass jemand auf mich zukommt, versuche ich schnell, auf die andere Straßenseite zu wechseln.“* Die Jugendliche fühlt sich durch die Ansprache der Parteien gehemmt. Einerseits hat sie Angst, dass sie dabei gesehen wird, wenn sie mit einem Vertreter der Parteien öffentlich redet. Sie fühlt sich inkompetent mit den Vertretern zu reden und hat den Eindruck, dass sie bestimmtes Wissen benötigt, um sich an einem Gespräch aktiv zu beteiligen. Insgesamt empfindet sie die

⁴⁴⁶ Ähnliche Ergebnisse finden sich bei Schmid: „Zwischen dem politischen Interesse der Jugendlichen und ihrer Übereinstimmung mit Gleichaltrigen zeigt sich ein (...) Zusammenhang. Politisch schwach und politisch stark interessierte Jugendliche stimmen stärker mit den Gleichaltrigen überein als politisch mittel interessierte Jugendliche. ... Die politisch stark interessierten Jugendlichen scheinen darüber hinaus nicht nur andere Quellen, sondern zusätzlich die Gleichaltrigengruppe aktiv für ihre Meinungsbildung zu nutzen ...“ Vgl. Schmid, C.: Politisches Interesse von Jugendlichen. Eine Längsschnittuntersuchung zum Einfluss von Eltern, Gleichaltrigen, Massenmedien und Schulunterricht, Potsdam 2004, S. 36.

⁴⁴⁷ Die Gruppe der Gleichaltrigen nimmt eine große Bedeutung in Bezug auf die Identitätsentwicklung und die Übernahme einer sozialen Rolle ein. „Jugendliche, die sich vor dem Hintergrund der im Jugendalter einsetzenden Selbstreflexion als etwas Besonderes empfinden würden, bedürfen eines Gegenübers, mit dem sie sich austauschen können.“ Vgl. Burdewick, I.: Jugend-Politik-Anerkennung. Eine qualitative empirische Studie zur politischen Partizipation 11- bis 18-Jähriger, Bonn 2003, S. 119.

öffentliche Ansprache als befremdlich und möchte ihr in jedem Fall ausweichen. Andererseits macht ihre Aussage auch deutlich, dass sie die Art und Weise, wie sich die Parteien den Jugendlichen nähern, nicht unterstützen kann. Sie unterstellt, dass die Parteien in der Ansprache von Jugendlichen über keine zeit- und jugendgemäße Kommunikation verfügen und somit jugendliches Lebensgefühl und konventionelle Parteipolitik nicht zueinander passen.⁴⁴⁸

Vermutete Bindungsdauer bei Partei-Mitgliedschaft

Daniela, 16 Jahre, weist in diesem Zusammenhang noch auf einen anderen Aspekt hin. *„Ich weiß ja gar nicht, wie das bei einer Partei alles so funktioniert. Das kommt mir vor wie ein riesiger lustloser Organisationsapparat, in dem jeder mal so ein bisschen mitreden will, aber von außen kann man das alles gar nicht nachvollziehen. Das bringt auch oft nichts, da mit zu reden, bis die da mal eine Entscheidung treffen. Was mir wichtig wäre, würde da vielleicht gar nicht berücksichtigt werden. Außerdem würde ich mich sowieso nicht trauen, mich da zu engagieren, nachher muss ich da ganz lange mitmachen und komme nicht mehr raus und ich weiß doch gar nicht, was später ist.“* Die Jugendliche bringt zum Ausdruck, dass sie nicht in der Lage ist, die Strukturen der institutionalisierten Politik nachzuvollziehen und einzuordnen. Sie fühlt sich angesichts der Intransparenz und Unkenntnis sehr gehemmt und hat das Gefühl, nicht genug informiert zu sein. Gleichzeitig beschreibt sie die Arbeit der Parteien als wenig effektiv, da ihrer Meinung nach die Themen, die sie als jungen Menschen betreffen, nicht ausreichend angesprochen werden.

⁴⁴⁸ Unterstützung finden diese Ergebnisse auch bei Sarcinelli, U.: Vom Traditionsverein zur Eventagentur. Anmerkungen zur jugendrelevanten Modernisierung der Parteien in der Mediengesellschaft. In: Alemann, U. von/Marschall, S.: Parteien in der Mediendemokratie, Wiesbaden 2002, S. 360ff.; Gebhard, W./Hitzler, R./Pfadhauer, M.: Einleitung, In: Dies. (Hrsg.): Events. Soziologie des Außergewöhnlichen, Opladen, S. 10; Wiesendahl, E.: Keine Lust mehr auf Parteien? Zur Abwendung Jugendlicher von den Parteien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10, S. 7-19.

Mit der Beteiligung in einer Partei verbindet sie eine längerfristig erforderliche Mitgliedschaft und zeigt Bedenken vor einem nicht zu revidierenden endgültigen Schritt. Die Jugendliche spricht an, dass sie sich in einem zeitlich begrenzten Rahmen engagieren will und sich nicht auf eine lebenslange Bindung einlassen möchte.⁴⁴⁹ Hierbei betont sie, dass eine dauerhafte Festlegung nicht zu ihrer Lebenssituation passt, weil sie noch nicht absehen kann, wie ihr biografischer Verlauf aussehen wird. In dieser Aussage wird deutlich, dass die Partizipationsansprüche der Jugendlichen sich einer Wandlung unterzogen haben. Sie erwarten Mitsprachemöglichkeit und jugendliche Problemorientierung von den Parteien. Dabei geht es aus der Perspektive der Jugendlichen auch darum, das jugendliche Lebensgefühl zu berücksichtigen.⁴⁵⁰ In diesem Kontext vermissen die Jugendlichen bei den Parteien emotionale Elemente. Sie empfinden die Verfahrensweisen der Parteien als normative Regeln, nach denen sie sich zu richten haben, die ihnen aber fremd und abgehoben erscheinen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die befragten Jugendlichen den Parteien vorwerfen, distanziert und abgehoben zu agieren. Die Parteien selber stellen aus Sicht der Jugendlichen eine intransparente Glitzerwelt dar, in der man besonders geschickt, intelligent und rhetorisch kompetent sein muss, um

⁴⁴⁹ Vgl. auch Kießling: „Die Orientierung an der Politik erscheint punktuell, situativ, kontextabhängig, erlebnis- und betroffenenorientiert. Die politische Partizipationsbereitschaft ist von der Suche nach direkt Erfolg versprechenden Beteiligungsformen gekennzeichnet, die mit zeitlich begrenztem Engagement die Möglichkeit bieten, eigene Interessen individuell einzubringen. Kießling, A.: Politische Kultur und Parteien in Deutschland. Sind die Parteien reformierbar? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10/1999, S. 31.

⁴⁵⁰ Entsprechend diagnostiziert die Deutsche Shell in den qualitativen Elementen der Untersuchung zum Kontext von Jugend und Politik: „Die Beschäftigung mit dem, was man herkömmlicherweise als Politik versteht, macht den Jugendlichen keinen Spaß – und Spaß ist ein hochbesetzter Wert, der mit Lebendigkeit, Gefühl, Erlebnis und Intensität verbunden wird. `Politik` gilt als trocken, langweilig, komplex, abstrakt, unübersehbar, ohne klar vermittelte Orientierung und Werte. Langweilig und folgenlos erscheint Politik auch dadurch, dass Fortschritte in der Lösung existentiell bedeutsamer Probleme nicht zu erkennen sind, sondern dass über sie geredet und geredet wird.“ Vgl. Blank, R.: „Ich habe andere Sorgen als Politik. Qualitative Studie „Jugend `97““. In: Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend `97 - Zukunftsperspektiven, gesellschaftliches Engagement, politische Orientierungen, Opladen 1997, S. 42.

partizipieren zu können. Die Jugendlichen bringen zum Ausdruck, dass sie für die Arbeit in einer Partei zu wenig Kompetenz besitzen und sich darüber hinaus nicht wirklich vorstellen können, was eine Partei inhaltlich ausmacht. In diesem Zusammenhang wirkt die prozessuale parteiinterne Auseinandersetzung uneffektiv und nicht vertrauenswürdig. Die Jugendlichen können nicht erkennen, dass sie in der Partei einen Ansprechpartner haben, da das Bild geprägt wird von Erwachsenen. Gleichzeitig wird die Möglichkeit für eigenes Handeln nicht gesehen. Eine große Distanz ist die Folge. Dies wirkt sich auf die Partizipationsbereitschaft aus, da die Jugendlichen zum einen nicht das Gefühl vermittelt bekommen, ihre Mitarbeit sei erwünscht und notwendig. Zum anderen üben die Organisations- und Verfahrensweisen der Parteien keine Anziehungskraft auf die jungen Menschen aus. Die von ihnen angenommene langfristige Bindung in einer Partei reduziert zusätzlich die Handlungsbereitschaft.

7.3.5.2.3.2. Ausgewählte Einzelfälle

Im Folgenden wird auf drei der geführten Interviews im Besonderen eingegangen, da die Antworten dieser Jugendlichen das Verhältnis zu den Parteien im Hinblick auf die Fragestellung sehr exemplarisch beschreiben. Gleichzeitig betrachten diese Jugendlichen das Thema Politik aus verschiedenen Perspektiven: *Jonas, 16 Jahre* ist nicht politisch interessiert, benennt aber klare Gründe, warum dies der Fall ist. *Thomas, 18 Jahre* ist politisch sehr interessiert und könnte sich vorstellen, einer Partei beizutreten. *Anja, 18 Jahre* hingegen engagiert sich bereits im sozialen Bereich und zeigt auf, warum sie dieses Engagement der Mitarbeit in einer Partei vorzieht. Die differenzierte Darstellung dieser drei Interviewpartner gibt Aufschluss über deren biografische Hintergründe und deren Binnenstruktur, die im Hinblick auf die Fragestellungen

angewandt wird.⁴⁵¹ Das Verfahren der Darstellung ausgewählter Einzelfälle stellt ein anerkanntes Verfahren der qualitativen Sozialforschung dar und wird als Möglichkeit angesehen, die soziale Wirklichkeit der Jugendlichen konkreter zu beleuchten und ihrer Alltagssituation möglichst nahe zu kommen.⁴⁵²

Jonas

Jonas gehört zu den Jugendlichen, die im Interview deutlich machten, dass sie sich nicht für Politik interessieren. Politik spielt in seinem Alltag keine Rolle: *„Ich interessiere mich nicht für Politik. Ab und zu sehe ich zwar die Nachrichten im Fernsehen, aber die Zeitung lese ich nie. Ich finde es sehr langweilig, die Zeitung zu lesen oder richtige politische Nachrichten zu sehen, weil ich sowieso nichts verstehe. Wahrscheinlich habe ich deshalb auch kein großes Interesse an Politik. Da kann man dann eben auch nichts dran ändern. Wenn ich mir Reden von Politikern anhöre, schalte ich sofort ab. Die Politiker können gar nicht anders reden als kompliziert und wahrscheinlich müssen diese Sachen auch so ablaufen. Die haben so viel zu regeln und zu verantworten, dass es wahrscheinlich sogar richtig ist, das so zu machen. Aber mir wurde das eben nie erklärt. In der Schule reden wir auch nicht über Nachrichten und zu Hause auch nicht.“*

Jonas findet keinen Zugang zur Politik und zu Parteien, weil er nicht in der Lage ist, die Themenfelder und Prozesse nachzuvollziehen. Er weist darauf hin, dass er *„nichts versteht“*, dass ihm die Inhalte nicht verständlich sind und er nicht in

⁴⁵¹ Ergänzend zu den groß angelegten quantitativen Jugendstudien stellen einzelne Portraits Jugendlicher eine ganzheitliche Herangehensweise dar. Ziel ist „die Herstellung eines Textes, der das individuelle Selbstverständnis des Jugendlichen von seiner jetzigen Lebenssituation, seiner bisherigen Lebensführung und seiner biographischen Lösungsansätze für die Zukunft ausführlich erzählend abbildet.“ Vgl. Fuchs, D.: Biographische Portraits: Einführung. In: Fischer, A./Fuchs-Heinritz, W./Zinnecker, J. (Hrsg.): Jugend '81. Lebensentwürfe, Alltagskulturen, Zukunftsbilder, 3 Bände, Hamburg 1981, S. 9.

⁴⁵² Vgl. Lamnek, S.: Qualitative Sozialforschung – Lehrbuch, 4. Aufl., Basel 2005, S. 322.

der Lage ist, die Informationen in einen Kontext einzuordnen. Diesen Zustand sieht er als gegeben und nicht veränderbar an. Er ist von der Politik gelangweilt und akzeptiert die Situation so wie sie ist. Eine Änderung kann er sich nicht vorstellen, er hat sich mit diesem Zustand abgefunden.

Auch zeigt die Aussage von Jonas, dass er seine Distanz zur Politik unter anderem damit begründet, dass Politiker in seiner Wahrnehmung verantwortungsvolle Aufgaben bewältigen müssen. Hierbei bringt der Jugendliche zum Ausdruck, dass er die Politiker als Autoritäten respektiert.⁴⁵³ Gleichzeitig wird aber deutlich, dass der Jugendliche eine Überlegenheit⁴⁵⁴ der politisch Verantwortlichen wahrnimmt und sich dieser widerstandslos aussetzt. In der Konsequenz bedeutet dies, dass zwischen dem Jugendlichen und dem Themenfeld Politik kein Prozess der Annäherung oder Identifikation stattfindet. Der Jugendliche kann sich nur noch gelangweilt und passiv verhalten und findet keinen Ansatz zur Veränderung der Situation. Diese wird auch durch die Äußerung *„das kann man eben nicht ändern“* unterstrichen. Jonas signalisiert, dass er Hilfe bräuchte, um die Inhalte und Prozesse der Politik zu verstehen. Dabei weist er darauf hin, dass weder in der Schule noch im Elternhaus diese Hilfestellung geleistet wird.

Auch zu den Parteien empfindet Jonas eine große Distanz. Dies bezieht er zum einen auf sein Unvermögen, die parteipolitischen Prozesse nachzuvollziehen, auf der anderen Seite glaubt er, dass er als Jugendlicher für eine Partei keine

⁴⁵³ Der Begriff der Autorität im Zusammenhang mit politisch Verantwortlichen wird auch bei Burdewick untersucht. Sie führt in diesem Zusammenhang eine Definition von Arendt an. Hier kann Autorität „sowohl die Eigenschaft einer Person sein - es gibt persönliche Autorität, z. B. in der Beziehung von Eltern und Kindern, von Lehrern und Schülern – als einem Amt zugehören, wie etwa dem Senat in Rom (auctoritas in senatu) oder den Ämtern der katholischen Hierarchie (auch ein betrunkenen Priester kann vermöge der Autorität des Amtes gültige Absolution erteilen). [...]Autorität bedarf zu ihrer Erhaltung und Sicherung des Respekts entweder vor der Person oder dem Amt.“ Vgl. Burdewick, I.: Jugend-Politik-Anerkennung. Eine qualitative empirische Studie zur politischen Partizipation 11- bis 18-Jähriger, Bonn 2003, S.171.

⁴⁵⁴ Vgl. dazu die Anmerkungen von Popitz; H: Phänomene der Macht. Autorität – Herrschaft – Gewalt – Technik, Tübingen 1986, S. 14: „Wer anderen Autorität über sich gibt, erkennt eine Überlegenheit des anderen an. Er sieht als Unterlegener zu ihm auf. Der andere, so können wir auch sagen, hat für ihn Prestige.“

Bedeutung hat: *„Ich kann mir gar nicht vorstellen, in einer Partei mitzumachen. Ich käme mir sehr komisch vor, weil da nur Erwachsene sind. Ich meine, das kann dann ja auch gar nicht funktionieren, wenn da so viele Leute mit unterschiedlichem Alter zusammen sind. Jeder will doch dann etwas anderes. Dann ist das so eine feste Gruppe und wenn man da als Jugendlicher dazu käme, wären das schon sehr verschiedene Welten. Das sage ich jetzt so, wie ich das sehe. Ich habe mich aber auch noch nicht richtig damit beschäftigt und bisher wollte auch noch keiner meine Meinung dazu hören.“*

Jonas glaubt, dass in den Parteien eine große Kluft zwischen den älteren Mitgliedern und potentiellen jungen neuen Mitgliedern besteht. Dabei stellt er die Struktur von Parteien in Frage, da er glaubt, dass vollkommen unterschiedliche Interessen zwischen beiden Gruppen vorherrschen, die sich auch nicht miteinander verbinden lassen. Gleichzeitig zeigt seine Antwort auch, dass er sich nicht wirklich vorstellen kann, wie sein Platz innerhalb einer Partei aussehen könnte und wie er in den inhaltlichen Prozess integriert werden könnte. Er fühlte sich bisher nicht dazu aufgefordert, sich mit Parteiarbeit zu beschäftigen, denn *„bisher wollte auch noch keiner meine Meinung dazu hören.“* Hier wird eine Zurückweisung deutlich verbunden mit der Konsequenz, dass der Jugendliche sich nicht als adäquater Partner der Politik und der Parteien versteht.⁴⁵⁵

Auf die Frage, was ihm bei seiner politischen Arbeit wichtig wäre, sagte Jonas: *„Erst mal muss ich meinen Schulabschluss machen, dann muss ich versuchen, dass sich meine persönliche Situation verbessert, zum Beispiel wenn ich nach der Schule eine Arbeitsstelle brauche. Dann könnte ich daran denken, auch etwas für die Situation hier im Ort zu tun. Aber eigentlich kann ich gleich sagen,*

⁴⁵⁵ An dieser Stelle ist auf die Studie von Burdewick zu verweisen, die in ihrer Untersuchung zum Verhältnis von Jugend-Politik-Anerkennung konstatiert: „... dass bei Jugendlichen auf Grund der von ihnen erlebten mangelnden Anerkennung im Bereich der konventionellen Politik eine zunehmende Distanzierung vom politischen Bereich zu beobachten ist.“ Burdewick, I.: Jugend-Politik-Anerkennung. Eine qualitative empirische Studie zur politischen Partizipation 11- bis 18-Jähriger, Bonn 2003, S. 288.

dass ich nicht glaube, dass eine Partei da der richtige Ort ist. Ich glaube eher, dass man das dann in anderen Vereinen oder Gruppen machen kann. Da kenne ich die Leute und da wird mir auch zugehört. Im letzten Jahr wollten die hier von der Gemeinde das Jugendzentrum zu machen. Da haben alle Schüler von unserer Schule demonstriert und dann ist das auch nicht zu gemacht worden. Ich glaube nicht, dass eine Partei da hätte so einen Druck machen können.“

Jonas stellt bei dem Gedanken, in einer Partei mitzuarbeiten, persönliche Motivationsgründe in den Vordergrund. Er möchte erst die Schule abschließen, dann könnte er sich vorstellen, etwas „für die Situation hier im Ort“, also für die Allgemeinheit zu tun. Dabei stellt sich heraus, dass er dann eher die Möglichkeit sieht, sich in einer Bürgerinitiative zu engagieren als in einer Partei. Damit unterstellt er der Initiative eine erfolgreichere Effektivität in der Sache. Diese Annahme bezieht er aus einer persönlichen Erfahrung, die er in seinem Ort gemacht hat, als es um den Erhalt des Jugendzentrums ging. Nicht nur in Bezug auf die inhaltliche Effizienz, sondern auch in seiner persönlichen Stellung glaubt der Befragte, dass er in einer Initiative einen größeren Einfluss ausüben kann, als durch die Mitarbeit in einer Partei.

Damit scheinen Parteien für Jonas mit der Vorstellung von geringer Effizienz verbunden zu sein und bilden aus seiner Perspektive keinen lohnenswerten Raum, sich politisch zu engagieren. Dieser Einstellung liegt zugrunde, dass Jonas den Parteien keine Lösungen für seine Probleme zutraut und er das Gefühl hat, die Dinge selbst in die Hand nehmen zu müssen bzw. sich eher im für ihn transparenten Umfeld einer Bürgerinitiative zu beteiligen.⁴⁵⁶

⁴⁵⁶ Zum Themenkontext stellt Offe fest, dass die Parteien „gegenüber Mitgliedern und der Öffentlichkeit viel von ihrer umfassenden Orientierungsfunktion verloren“ haben. Offe, C.: Wider scheinradikale Gesetze. In: Hoffmann, G./Perger, W.A. (Hrsg.): Die Kontroverse, Frankfurt 1992, S. 134.

Thomas

Thomas ist ein Interviewpartner, der sich selbst als Jugendlicher mit einem hohen politischen Interesse beschreibt und auf die Frage, ob er sich für Politik interessiert, antwortet: *„Ja sehr. Ich finde es sehr interessant und informiere mich regelmäßig. Ich bin zwar kein Parteimitglied, lese aber oft die Informationen der Jungen Liberalen, bei denen viele meiner Freunde Mitglied sind. Sie sind schon vor einiger Zeit eingetreten, als es darum ging, einen jungen Bürgermeisterkandidaten in unserer Gemeinde zu unterstützen. Meine Freunde sind sehr engagiert. Manchmal gehe ich auch mit zu Veranstaltungen, das ist dort immer sehr interessant. Ich kann eine Menge dazu lernen, das ist auch für die Schule recht hilfreich und es ist immer auch eine gute Stimmung. Außerdem bringt es auch etwas für das Selbstbewusstsein, wenn man merkt, dass man da integriert ist und auf meine Argumente eingegangen wird. Ich überlege eigentlich auch, dass ich dort eintreten werde. Eigentlich ist das schon klar. Daneben informiere ich mich auch jeden Tag durch die Zeitung und sehe die Nachrichten. Außerdem reden wir in der Schule auch viel über politische Zusammenhänge, da ist es dann gut, wenn man Bescheid weiß.“*

Thomas erweist sich als ein Jugendlicher, der auf Grund seines Interesses an politischen Medien und kommunikativem Austausch über Politik seiner Meinung nach über einen guten politischen Überblick verfügt. Er äußert keine Probleme, der politischen Berichterstattung zu folgen und sieht sich durch die Gespräche in der Schule dazu motiviert, sich intensiv mit der Politik auseinanderzusetzen.

Thomas hat schon sehr konkrete Erfahrungen mit der Politik und mit der Arbeit von Jugendlichen in einer Partei gemacht. Durch das Engagement seiner Freunde in einer politischen Partei hat er eine positive Einstellung zur Partizipation von Jugendlichen in Parteien bekommen. Er hat am Beispiel der Unterstützung eines Kandidaten für das Bürgermeisteramt festgestellt, dass politisches Engagement von Nutzen sein kann und konnte sich damit auch über die potenziellen

Wirkungsmöglichkeiten von Parteien informieren. Dies hat dazu geführt, dass er offensichtlich an einer Erweiterung seines politischen Engagements interessiert ist, indem er nicht nur seine Freunde zu Parteiveranstaltungen begleitet, sondern sich auch zu einer Mitgliedschaft entschließt. Dabei verbindet er mit der Partei eine gute Atmosphäre, die er zusammen mit seinen Freunden gestalten kann.⁴⁵⁷

Neben der gemeinsamen Zeit mit seinen Freunden stellen die Erfahrungen in der Partei für den Jugendlichen eine Möglichkeit dar, sich politisch zu bilden. Er ist davon überzeugt, dass die Mitarbeit in einer Partei seine persönliche Entwicklung unterstützt. Einerseits bekommt er Informationen, die er möglicherweise für die Arbeit in der Schule einsetzen kann. Andererseits wirken sich die Erfahrungen positiv auf sein Selbstwertgefühl aus. Er findet innerhalb der Partei Unterstützung und positives Feedback für seine Argumente und fühlt sich dadurch motiviert, sich für seine Belange einzusetzen. Dabei scheint die soziale Anerkennung, die er durch seine Gleichaltrigen erfährt, eine bedeutende Rolle zu spielen. Diese wirkt sich dann auch auf anderen Gebieten aus: *„Man merkt das schon, dass meine Freunde und ich durch die Mitarbeit in der Partei uns in manchen Fächern besser beteiligen können und auch von den Lehrern anders wahrgenommen werden. Ich meine, ich bin zwar noch kein Mitglied, aber man kriegt ja auch so viel mit und ich glaube, dass die Lehrer das am Ende gar nicht unterscheiden können, ob man nun Mitglied ist oder nicht. Man merkt einfach, dass man sich mündlich in der Schule gut beteiligen kann, weil man gewohnt ist, vor einer großen Gruppe zu sprechen. Im Politikunterricht wird man dann manchmal sogar vom Lehrer zu bestimmten Dingen gefragt. Unseren Mitschülern gehen wir manchmal auf die Nerven, aber irgendwie akzeptieren die das dann doch.“*

⁴⁵⁷ Wie auch bereits im Kap. 3.4.3. erwähnt, haben Heranwachsende eine enge Bindung zu Gleichaltrigen. In dieser Zeit werden Aspekte der sozialen Identität wie Kooperation oder die Übernahme von Perspektive nicht nur im informalen Rahmen der Freundschaftsbeziehung, sondern auch im formalen Rahmen wie der der Schule und der organisierten Gruppenaktivität eingegangen. Im Alter von 14 bis 20 Jahren stellt die Gruppe der Gleichaltrigen den Ort dar, an dem die meiste Freizeit verbracht wird. Vgl. auch Buhl, M.: Jugend, Familie, Politik. Familiäre Bedingungen und politische Orientierungen im Jugendalter, Opladen 2001, S. 56.

Thomas fühlt sich in seinem Interesse für Politik und seiner Affinität für Parteiarbeit durch sein Umfeld bestätigt. Insbesondere seine Lehrer scheinen sein Engagement zu würdigen und im Unterricht wird ihm durch das Nachfragen des Lehrers bei spezifischen Themen Kompetenz und Anerkennung zugesprochen. Gleichzeitig wird auch benannt, dass seine Mitschüler sich nicht sehr positiv über sein Engagement äußern. Darüber hinaus werden diejenigen, die sich gemeinsam neben der Schule in einer Partei engagieren von den Mitschülern als eigenständige Gruppe wahrgenommen und mit bestimmten Attributen behaftet.⁴⁵⁸

Thomas nennt im Zusammenhang mit seiner positiven Einstellung zur Parteiarbeit noch weitere Aspekte. *„Ich kann mir das wirklich sehr gut vorstellen, in der Partei mitzuarbeiten. Hier im Ort ist das auch für junge Leute gar nicht so schwierig, weil es ein sehr junger Ortsverein ist. Bei der letzten Kommunalwahl wurden sogar einige junge Leute auf die vorderen Listenplätze gesetzt, so dass die wirklich eine Chance hatten und nun im Gemeinderat sind. Außerdem sprechen viel Politiker mit den Jugendlichen. Letzte Woche erst hatten wir eine Diskussion mit Politikern in der Schule ...“*

Der Jugendliche hat seine positive Einstellung zur Politik und den Parteien auch durch den Aspekt gewonnen, dass in der Gemeinde in seinen Augen viel für die Integration junger Menschen in den politischen Prozess getan wird. Dabei benennt er zum einen die Ausstrahlung des Ortsvereins, zum anderen auch die Etablierung der jungen Politiker in die politische Verantwortlichkeit. Diese Vorgehensweise zeigt dem Jugendlichen, dass junge Menschen ernst genommen werden und dass ihnen zugetraut wird, ein Mandat zu übernehmen. Dabei weist

⁴⁵⁸ Diese Wahrnehmung meines Interviewpartners kann durch ein Interview, das an derselben Schule geführt worden ist, bestätigt werden. So antwortete Beate (Interview 3) auf die Frage, ob sie Freunde habe, die Mitglied in einer Partei sind: *„In meiner Schule sind einige, die bei den Jungen Liberalen sind. Die sind ziemlich anstrengend, weil sie jedem ihre Meinung sagen wollen. Ich komme ganz gut mit denen aus, aber ich weiß, dass viele meiner Mitschüler die ganz schön eingebildet finden und weil die auch hier in der Schule als Gruppe auftreten, fühlen sich manche auch ausgeschlossen und sind insgesamt vom Thema Parteien ziemlich abgenervt.“*

er darauf hin, dass diese Mandatsübernahme dadurch positiv unterstützt wurde, dass den jungen Politikern durch die Partei Listenplätze zugeteilt worden sind, die ihnen einen sicheren Einzug in den Gemeinderat gewährleistet haben. Die Aussagen des Befragten zeigen auch, dass es seiner Meinung nach kaum Hemmschwellen für junge Leute gibt, sich politisch zu engagieren, denn *„hier im Ort ist das für junge Leute auch nicht so schwierig.“*⁴⁵⁹

Anja

In Anjas Leben spielen Politik und Parteien keine große Rolle. *„Eigentlich interessiere ich mich schon für Politik. Ich gucke die Nachrichten, aber ehrlicherweise muss ich zugeben, dass ich nicht alles so genau weiß. [...] Ich habe neben der Ausbildung eine Menge zu tun, da kann ich mir gar nicht vorstellen, mich noch woanders zu beteiligen. Ich bin sehr beim Roten Kreuz aktiv, außerdem arbeite ich im ökologischen Forum in unserer Gemeinde. Hier kümmere ich mich um den Naturschutz. Hier kann ich mich für die Menschen in meiner Nähe einsetzen, außerdem muss ich ganz klar sagen, dass ich mir in einer Partei sehr fehl am Platze vorkäme, was aber sicherlich damit zu tun hat, dass ich nicht genug informiert bin und auch nicht weiß, was da so passiert. Auf der anderen Seite glaube ich aber auch, dass eine Partei die unterschiedlichen Probleme der Menschen nicht lösen kann und ich bin mir auch nicht sicher, ob die bei ihren Versuchen auch an die Zukunft der jetzt jungen Menschen denken. Parteien haben für mein Leben bisher keine Bedeutung gehabt. Ich habe auch bei der letzten Wahl nicht gewählt, weil ich einfach nicht genug gewusst habe, was jede einzelne Partei so macht und die politischen Debatten oftmals nicht verstehe.“*

⁴⁵⁹ Hurrelmann weist im Kontext der verstärkten Partizipation Jugendlicher am politischen Prozess darauf hin: „Jugendliche benötigen realistische Möglichkeiten der Beteiligung an politischen Prozessen, die auf allen Ebenen der Politik ansetzen müssen [...] und eine gute Basis in der Schule und Gemeinde haben. Hurrelmann, K.: Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung, 6. Aufl., Weinheim 1999, S. 190.

Die Interviewpartnerin steht der Politik und den politischen Parteien nicht desinteressiert oder ablehnend gegenüber. Allerdings spielen diese Bereiche in ihrem Leben keine Rolle. Dabei führt sie aus, dass sie die politischen Parteien nicht wirklich wahrnimmt, weil sie zeitlich in andere Aktivitäten eingebunden ist. Anja weist ein großes Interesse an einem Engagement in ihrem direkten sozialen Umfeld auf.⁴⁶⁰ Hier kann sie sich zu einem überschaubaren Thema engagieren und sie ist der Meinung, dass ihre Arbeit einen wirksamen Beitrag für die Gemeinschaft liefert. Durch das Eingebundensein in ihr direktes soziales Umfeld wird ihr soziales Wirken und Handeln direkt zurück gespiegelt.

Anjas Aussagen zeigen aber auch, dass sie keinen Zugang zu einer Partei hat, weil sie keinen Ansprechpartner erkennen kann. Sie käme sich in einer Partei „*fehl am Platze*“ vor, was impliziert, dass sie die Mitglieder einer Partei nicht einschätzen kann und nicht einordnen kann, „*was das so passiert*“. Dies ist ein Verweis darauf, dass sie keine Informationen bekommt. Dieses Informationsdefizit hat sich soweit ausgeprägt, dass sie bei der letzten Wahl auf ihre Stimmabgabe verzichtet hat. Diese Tatsache zeigt das verantwortungsvolle Herangehen der jungen Frau an das Thema Partizipation. Zum anderen offenbart es eine unzureichende Ansprache und Aufklärung seitens der Parteien. Hierbei deutet sie darauf hin, dass der politische Diskurs an ihr vorbei geht und für sie nicht nachvollziehbar ist. Sie bezeichnet damit ein Gefühl des

⁴⁶⁰ Dies scheint ein spezielles Phänomen bei Mädchen und Frauen zu sein. Hurrelmann merkt an: „Offenbar zeigen Mädchen in ihrem unmittelbaren sozialen ‚Nahbereich‘ ein stärkeres Interesse und Engagement, doch dominieren Jungen dort, wo es um gesellschaftspolitische Fragen geht.“ Hurrelmann, K.: Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung, 6. Aufl., Weinheim 1999, S. 186. Und auch die Ausführungen des Deutschen Jugendsurveys unterstreichen den Unterschied zwischen der Beteiligung von Männern und Frauen: „Gleichzeitig zeigt sich im Jugendsurvey wie auch in anderen Studien, dass das gesellschaftliche Engagement der Frauen stärker auf das engere soziale Umfeld und weniger stark auf alltagfernes politisches Handeln hin orientiert ist. Von daher liegt ihnen auch eine Beteiligung an den neuen sozialen Bewegungen und an unkonventionellen politischen Aktionsformen, wie z. B. die Teilnahme an Bürgerinitiativen, näher als konventionelle politische Partizipationsformen wie politische Diskussion oder die Mitarbeit in politischen Parteien.“ Gille, M.: Wertorientierungen und Geschlechtsrollenorientierung im Wandel. In: Hoffmann-Lange, U. (Hrsg.): Jugend und Demokratie in Deutschland. DJI-Jugendsurvey 1., Opladen 1995, S. 154.

Ausgeschlossenenseins, dass sie auf das Informationsdefizit zurück führt und das die Parteien ihrer Meinung nach zu verantworten haben, indem sie sich nicht um die Jugendlichen als potenzielle Wähler und Mitglieder kümmern.

7.3.6. Zusammenfassung

Aus der Befragung der Jugendlichen konnten vier Phänomene abgeleitet werden, die das Verhältnis der Befragten zu politischen Parteien charakterisieren.

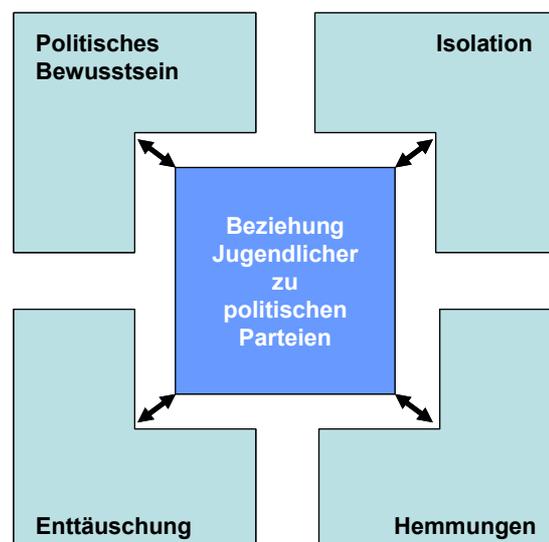


Abb. 36: Übersicht der Phänomene

Ausgehend von diesen vier Phänomenen lässt sich das Verhältnis der Jugendlichen zu politischen Parteien in sieben Kernaussagen zusammenfassen:

1. Das politische Bewusstsein ist bei der überwiegenden Mehrheit der befragten Jugendlichen vorhanden. Sie kennen sich mit den Grundzügen der Politik und der Parteienlandschaft in Deutschland aus, zeigen Interesse an

politischen Themen und akzeptieren die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Somit zeigen fast alle Jugendlichen eine durchweg positive Einstellung gegenüber der Politik.

2. Trotz eines durchaus vorhandenen politischen Bewusstseins fühlen sich die meisten Befragten von Politik und Parteien isoliert. Insbesondere den Parteien wird vorgeworfen, die Lebenswelt von Jugendlichen nicht zu kennen und höchstens ein vorgeschobenes und oberflächliches Interesse an der Lebenssituation von Jugendlichen zu äußern.
3. Politik und Parteien werden als langweilig empfunden. Um politische Anliegen und Sachverhalte zu kommunizieren wird eine Ausdrucksweise benutzt, die von den Jugendlichen nicht verstanden wird. Darüber hinaus wird die umfassende Auseinandersetzung mit jugendrelevanten Themen vermisst, so dass der Eindruck entsteht, dass Jugendliche eher im Abseits der Parteien-Programmatik stehen und ausgeschlossen sind.
4. Die Parteien machen den Jugendlichen zu wenig attraktive Beteiligungsangebote und halten an starren Organisationsstrukturen fest. Hinzu kommt, dass Parteien in den Augen der Befragten die Jugendarbeit lediglich sporadisch und punktuell betreiben, was den Eindruck erweckt, Parteien benutzen Jugendliche nur zum Zweck der Stimmenmaximierung.
5. Die Befragten fühlen sich mehrheitlich nicht nur ausgegrenzt, sondern sind zudem von Parteien enttäuscht. Parteien gelten als unglaubwürdig und erfüllen nicht die an sie gestellten moralischen Erwartungen. Sie streben ausschließlich den Machterwerb bzw. Machterhalt an, der konsequent verfolgt wird, und zwar auf Kosten von Gradlinigkeit und Berechenbarkeit.

6. Die Mehrheit der Befragten steht vor großen Hemmschwellen, wenn es um die potenzielle Mitarbeit in einer Partei geht. Sie schätzen ihre eigene Kompetenz als zu gering ein, um in einer Partei mit zu agieren und darüber hinaus identifizieren sich die Jugendlichen weder mit Struktur und Abläufen noch mit den Personen und Persönlichkeitsprofilen, die sie glauben, in Parteiorganisationen anzutreffen.
7. Aufgrund der Aussagen in den Interviews kann keine Reihenfolge in der Bedeutung der Phänomene abgeleitet werden. Demgegenüber ist vielmehr von einer Verbundwirkung der Phänomene auszugehen, die sich untereinander beeinflussen und die in ihrer Gesamtheit die Beziehung Jugendlicher zur Politik und zu politischen Parteien ausmachen.

Diese Kernaussagen charakterisieren nicht nur das Verhältnis der Jugendlichen zu politischen Parteien, sondern lassen auch Rückschlüsse zu über die Wahrnehmung der Funktionen, die den Parteien zukommen, insbesondere mit Blick auf die Altersgruppe der Jugendlichen.

Die Parteien nehmen ihre Partizipationsfunktion nur unzureichend wahr, da aufgrund einer mangelnden Einbindung von Jugendlichen in die Parteiarbeit das Prädikat einer Förderung der repräsentativen Demokratie zumindest in Frage gestellt werden muss. Damit eng verbunden sind Abstriche an der Transmissionsfunktion festzustellen, da die Bündelung der gesellschaftlichen Erwartungen und Interessen eben nicht vollständig erfolgt, wenn eine ganze Altersgruppe in der Ausrichtung von Parteien und in ihren Organisationen unterrepräsentiert ist.

Die mangelnde Bereitschaft zur Beteiligung weist auf Rekrutierungsprobleme gegenüber Jugendlichen hin, so dass auch die Selektionsfunktion der Parteien nur unzureichend wahrgenommen wird. Wird nicht genügend Nachwuchs aufgebaut, führt dies automatisch zu der Frage, wie die Parteien ihre Sozialisations- und Integrationsfunktionen wahrnehmen wollen. Wenn keine

Bereitschaft zur Teilnahme vorliegt, ist die Chance zur Prägung politischer Werte kaum gegeben und eine Verknüpfung von Interessen sowie deren Einbindung in politische Strukturen und Prozesse nicht möglich.

Auch die Selbstregulation, d. h. die Etablierung von Netzwerken und Strukturen zur Sicherung der eigenen Existenz ist kritisch zu bewerten, da es den Parteien auf Dauer nicht gelungen ist, die Altersgruppe der Jugendlichen zu integrieren. Dadurch wird auch die Legitimationsfunktion der Parteien untergraben, d. h. mit ihren Aktivitäten zum Erhalt eines demokratischen Systems erreichen sie nur einen Bruchteil der jugendlichen Altersgruppe, die inmitten ihres politischen Sozialisationsprozesses steht und gerade deshalb besondere Aufmerksamkeit genießen sollte.

Zur Ausprägung der Beziehung zwischen Jugendlichen und politischen Parteien lässt sich zusammenfassend festhalten: Die in der theoretischen Grundlegung formulierten zwei Blickwinkel zur Charakterisierung des Verhältnisses von Jugend und Parteien werden durch die Befragungsergebnisse untermauert. Zum einen ist das politische Bewusstsein der Jugendlichen als Phänomen ebenso erkennbar wie andererseits die Erwartungen der Befragten an die politischen Parteien. Diese Erwartungen beziehen sich auf Programminhalte, Werte und Normen sowie auf die Parteistrukturen. Aufgrund der unzureichenden Programmatik fühlen sich die Befragten isoliert, die mangelnde Verkörperung von Werten und Normen hinterlässt Enttäuschung bei den Jugendlichen und die starren Parteistrukturen wirken hemmend auf eine mögliche Beteiligung in einer Partei. Aus der mangelnden Erfüllung der genannten Erwartungen kann darüber hinaus abgeleitet werden, dass die Parteien ihre Funktionen gegenüber Jugendlichen nur unzureichend wahrnehmen.

Zur Frage, warum die Phänomene, die die Erwartungen der Jugendlichen an politische Parteien kennzeichnen, in der beschriebenen Form ausgeprägt sind, hat die Befragung einen Großteil der in der theoretischen Grundlegung aufgeführten Einflussfaktoren bestätigt. Aufgrund der zugrunde liegenden theoretischen und empirischen Erkenntnisse wurden im Vorfeld der Befragung vier Blöcke

mutmaßlicher Einflussfaktoren identifiziert: die Parteistruktur und -organisation, die Vermittlung von Inhalten durch die Parteien, die Vorbildfunktion von Parteien sowie das Selbstbild Jugendlicher über ihre eigene Bedeutung für die Parteien. Aufgrund der eigenen Befragung konnten diese vier Faktoren-Blöcke konkretisiert und mit Einflussfaktoren hinterlegt werden.

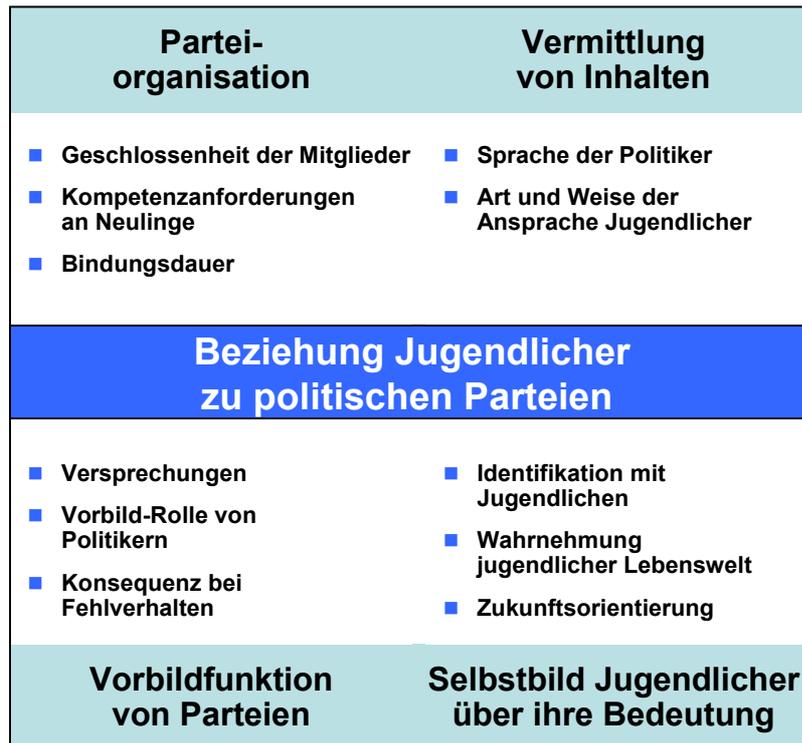


Abb. 37: Einflussfaktoren auf die Beziehung Jugendlicher zu Parteien

- Die „Parteiorganisation“ umfasst die aus Sicht der Jugendlichen empfundene Geschlossenheit der Parteimitglieder, die aus ihrer Sicht notwendigen Kompetenzanforderungen an eine mögliche Mitarbeit sowie die vermutete lange Dauer einer Parteimitgliedschaft, die mit einem Parteieintritt verbunden wird.
- Die „Vermittlung von Inhalten“ kommt in der Befragung zum einen durch das Kriterium der Sprache der Politiker zum Ausdruck. Sie ist in den Augen der Jugendlichen wichtig zur Darstellung und für das

Verständnis politischer Sachverhalte und Argumente. Den zweiten Einflussfaktor in diesem Zusammenhang bildet das Methodenspektrum, das die Parteien nutzen, um Jugendliche anzusprechen.

- Die „Vorbildfunktion von Parteien“ machen die Befragten an den Versprechungen fest, die von Parteien und von Politikern ausgesprochen werden, an der Vorbild-Rolle, die Politiker aus Sicht der Jugendlichen einnehmen sowie an der Art und Weise, wie konsequent Parteien mit einem Fehlverhalten ihrer Mitglieder umgehen.
- Das „Selbstbild der Jugendlichen über ihre eigene Bedeutung für die Parteien“ gliedert sich aufgrund der Befragungsergebnisse in drei Einflussfaktoren: Erstens in die Identifikation, d. h. in welchem Ausmaß Parteien bereit sind, sich aus Sicht der Befragten mit jugendadäquaten Themen zu beschäftigen, zweitens in die Wahrnehmung der jugendlichen Lebenswelt, d. h. wie nah Parteien an die Belange, die Jugendliche bewegen, herankommen können und drittens in die Zukunftsorientierung, d. h. in welchem Ausmaß die Parteien die Themen der jungen Generation in ihre politischen Ziele aufnehmen und konsequent verfolgen.

Aus der empirischen Untersuchung können somit elf Einflussfaktoren abgeleitet werden, die maßgeblich zur Beantwortung der Frage beitragen, mit welchen Ansätzen Jugendliche für eine Beteiligung in politischen Parteien gewonnen werden können. Damit bilden diese Einflussfaktoren auch die Grundlage für einen Modell-Ansatz, der im nachfolgenden Kapitel vorgestellt und erläutert wird.

8. Folgerungen und Modellentwicklung

Die theoretische Grundlegung dieser Arbeit hat deutlich gemacht, dass die Parteien in einem demokratischen System eine zentrale Möglichkeit der politischen Beteiligung bilden. Sie formen und kanalisieren die politische Willensbildung, sie rekrutieren Personal für die Besetzung politischer Ämter, sie beeinflussen aktiv die politischen Auseinandersetzungen in Regierungen und Parlamenten. Trotz dieser Rolle und Bedeutung geht die Einbindung des Einzelnen zurück. Insbesondere die Beziehung zwischen Jugendlichen und Parteien scheint nachhaltig gestört zu sein. Vorliegende Studien und auch die eigene Befragung machen deutlich, dass die Parteien gegenüber der jugendlichen Altersgruppe an Orientierung und Vertrauen verloren haben.

Ein Grund für die Abwendung und Loslösung gerade der jugendlichen Altersgruppe sind die alternativen Beteiligungsmöglichkeiten, die mit dem Aufkommen der Protestkultur und den sozialen Bewegungen Ende der 70er-Jahre verbunden waren. Waren es die Parteien zunächst selbst, die vom partizipatorischen Protest der Bürger profitierten, hat sich dieses Bild zunehmend verschoben zugunsten unkonventioneller Beteiligungsformen. Somit waren die Parteien einmal der zentrale Ausdruck politischen Engagements. Heute stehen sie im Wettbewerb mit einer Fülle politischer Partizipationsmöglichkeiten, die für viele Jugendliche attraktiver erscheinen als die Mitarbeit in einer Partei.

Gerade aufgrund dieser Konstellation müssen sich die Parteien fragen, ob die geschilderten Interessens- und Beteiligungsdefizite nur aus der veränderten Motivlage junger Menschen resultieren oder auch die Beteiligungsangebote der Parteien dafür verantwortlich sind. Damit ist die Parteienverdrossenheit nicht allein aus einem Nachfrageproblem der jugendlichen Altersgruppe heraus zu begründen, sondern hängt auch mit einer Angebotsschwäche der Parteien zusammen. Demzufolge ist es zu kurz gegriffen, die Gründe für sinkende Mitgliederzahlen und geringe Wahlbeteiligung ausschließlich als Problem

mangelnder Nachfrage zu sehen. Auch die Angebotsseite muss beleuchtet werden, um dem Ziel näher zu kommen, Jugendliche wieder verstärkt für eine Mitarbeit in politischen Parteien gewinnen zu können.

8.1. Modellstruktur

Vor dem Hintergrund der vorliegenden Erkenntnisse ist ein Struktur-Modell entwickelt worden, das die verschiedenen Betrachtungsebenen integriert. Dieses Modell stellt einen ganzheitlichen Ansatz dar, um das Engagement Jugendlicher in politischen Parteien zu fördern und zielt darauf ab, die Nachfrage- und Angebotsebenen miteinander zu verbinden.

Um die Ganzheitlichkeit des Ansatzes sicherzustellen, wird an dieser Stelle auf das angelsächsische Verständnis des Politik-Begriffes Bezug genommen. Dieses Verständnis drückt die verschiedenen Dimensionen des Politik-Begriffes anhand der drei Termini polity, politics und policy⁴⁶¹ aus:

- Der Begriff „polity“ beschreibt den politischen Handlungsrahmen eines Systems, der z. B. geprägt ist durch die Verfassung, durch Gesetze, Normen und Regeln sowie durch politische Organisationen und Institutionen wie z. B. Parteien.
- Mit dem Begriff der „politics“ ist die Politik als Prozess gemeint. Damit wird beschrieben, wie politische Entscheidungen zustande kommen, wer daran beteiligt ist und wie politische Auseinandersetzungen ausgetragen werden.

⁴⁶¹ Vgl. Nohlen, D.: Wörterbuch Staat und Politik, Bonn 1998, S. 68.

- Unter den Begriff „policy“ werden die politischen Inhalte gefasst. Hierbei geht es um den politischen Gestaltungsraum, d. h. um welche Aufgabenbereiche kümmert sich die Politik und welche Maßnahmen werden eingeleitet.

Dieses Verständnis des Politikbegriffs bildet eine von drei Modell-Ebenen. Den Politik-Dimensionen zugeordnet sind die aus der Untersuchung resultierenden vier Faktoren-Bündel, die das Verhältnis der Jugendlichen zu politischen Parteien beeinflussen und die demzufolge wesentliche Handlungsfelder für die Parteien bilden. Auf der dritten Modell-Ebene schließlich wird das Maßnahmen-Spektrum abgebildet, dessen Umsetzung Beiträge dazu liefern soll, Jugendliche für die Mitarbeit in politischen Parteien zu gewinnen.

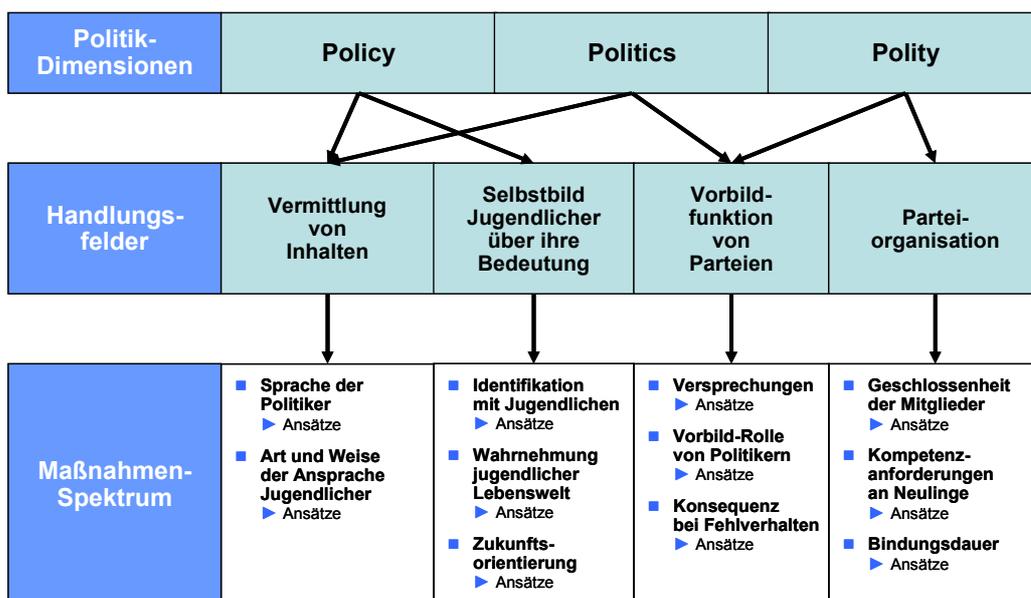


Abb. 38: Förderung der Beteiligung Jugendlicher in Parteien: Modell-Ebenen

Die Modell-Abbildung macht deutlich, dass bei der Suche nach Ansatzpunkten zur Förderung der Beteiligung Jugendlicher in Parteien alle drei Politik-Dimensionen von Bedeutung sind.

Die „policy“ als inhaltlicher Teil der Politik wird zum einen repräsentiert über die Art und Weise, wie politische Sachverhalte und Aussagen vermittelt werden. Darüber hinaus kommt diese Dimension in der Programmatik der Parteien zum Ausdruck, wenn es darum geht, in welchem Maß jugendrelevante Themen Berücksichtigung finden. Auch zwischen der Ebene der „politics“ und den Handlungsfeldern bestehen Zusammenhänge. Der politische Prozess wird zum einen durch die Vermittlung von Informationen durch die Parteien selbst geprägt. Er ist aber auch dadurch charakterisiert, wie politische Parteien die ihnen zugewiesene Vorbildfunktion ausüben und durch entsprechendes Handeln dokumentieren. Das Handeln der Parteien steht auch im Zusammenhang mit der „polity“, d.h. politische Rahmenbedingungen werden dadurch geprägt, wie sich Parteien organisieren und nach welchen Normen und Regeln sie agieren.

Die aufgezeigten Zusammenhänge zwischen den Politik-Ebenen und den Handlungsfeldern machen deutlich, dass die Ansatzpunkte zur Förderung der Beteiligung Jugendlicher in Parteien auf Basis der aus der Untersuchung hervorgegangenen Einflussfaktoren alle drei Politik-Ebenen berühren. Diese Ganzheitlichkeit des Modells wird als notwendig erachtet, um die Nachfrage nach und das Angebot zur politischen Beteiligung Jugendlicher in Parteien erfolgreich aufeinander abzustimmen.

8.2. Ansatzpunkte

Das Modell umfasst vier Handlungsfelder mit dazugehörigen Maßnahmen, die aus den in der Untersuchung ermittelten Einflussfaktoren abgeleitet worden sind.

8.2.1. Vermittlung von Inhalten

Parteien stehen im Wettbewerb zu anderen Freizeitangeboten. Daraus resultiert die Herausforderung, Jugendliche zu erreichen, sie in einem zweiten Schritt inhaltlich zu überzeugen und darüber hinaus für eine Mitarbeit zu gewinnen. Verläuft die Ansprache der jugendlichen Zielgruppe nicht erfolgreich, kann eine inhaltliche Überzeugungsarbeit gar nicht erst stattfinden. Gleichzeitig motiviert eine erfolgreiche Ansprache Jugendliche nicht automatisch zur Mitarbeit, sondern allenfalls zu einer näheren Beschäftigung mit der politischen Partei als eine der möglichen „Freizeitalternativen.“

Der Prozess der Gewinnung junger Mitglieder stellt für die Parteien eine kommunikative Herausforderung dar. Die Ergebnisse der theoretischen Betrachtung und die Aussagen der interviewten Jugendlichen machen den besonderen Anspruch der jugendlichen Altersgruppe an die Kommunikation politischer Inhalte deutlich. Da Jugendliche im Bereich des komplexen Denkens nicht voll entwickelt agieren, muss die Ansprache der Parteien auf den Bereich des formal-logischen Denkens abzielen. Entsprechend sind die Aussagen der Jugendlichen zu bewerten, die darauf aufmerksam gemacht haben, dass sie die Sprache der Politiker und Parteien nicht verstehen und es somit zu keiner Auseinandersetzung mit politischen Inhalten kommt bzw. die anderen Angebote des Freizeitbereichs vorgezogen werden.

Sprache der Politiker

Dieser Punkt umfasst die Forderung einer zielgruppenadäquaten Kommunikation. Jugendliche Menschen für die Mitarbeit in der Politik zu gewinnen, bedeutet ihren Wunsch nach einer emotionalen Auseinandersetzung und lebendigem Umgang mit politischen Strukturen und Themen zu berücksichtigen. Die damit verbundene besondere Art des politischen Lernens in der Jugendphase stellt die Parteien vor die Herausforderung, ihre Inhalte und das

entsprechende Vorgehen klar und präzise darzustellen und kontinuierlich zu erklären. Gleichzeitig müssen auch die Ergebnisse des politischen Prozesses den Jugendlichen mitgeteilt werden. Die Berücksichtigung der entwicklungspsychologischen Erkenntnisse und der Aussagen der Jugendlichen in den Interviews zeigen, dass Politik so vermittelt und erklärt werden muss, dass Jugendliche diese Aussagen in ihren Erfahrungsbereich und in ihre Lebenswelt einordnen können.

Die dargestellten Bemühungen und Maßnahmen der Parteien lassen diese doch so einfachen Hinweise unberücksichtigt. Kampagnen, Mitgliederzeitschriften oder Newsletter sind eher an die Jugendlichen gerichtet, die sich bereits politisch interessieren. Wollen Parteien auch die anderen Jugendlichen erreichen, müssen sie in der alltäglichen Politikvermittlung eine jugendrelevante Sprache einsetzen und eine für die Jugendlichen nachvollziehbare Struktur der politischen Aussagen gewährleisten, die darauf ausgerichtet ist, über eine Situationsbeschreibung die Zielsetzung und das politische Vorgehen abzuleiten, um dadurch Transparenz und Verständnis für das politische Handeln zu schaffen und zu fördern.

Ansprache der Jugendlichen

Die Vermittlung von Politik seitens der Parteien muss geprägt sein von einem ernsthaften Interesse der Parteien an den Jugendlichen - es darf nicht um den bloßen Verkauf von Politik gehen. Gleichzeitig heißt dies nicht, dass die Parteien sich gänzlich jugendlichen Bedürfnissen anpassen sollen. Vielmehr muss eine Form der Ansprache gefunden werden, die Jugendliche aktiviert und die in ihrer Ausgestaltung ältere Mitglieder nicht verprellt. Dazu eignen sich jugendtypische Instrumente, durch die sich junge Menschen über Politik informieren oder sogar daran beteiligen können.

Die Maßnahmen der Parteien zeigen, dass sie dem Internet und den neuen Techniken dabei eine gewichtige Rolle beimessen. Die Etablierung von Online-Foren oder virtuellen Ortsverbänden ist von Parteien zum Teil bereits vorgenommen worden. Diese ermöglicht zeitunabhängig und konkurrenzresistent eine individuelle Auseinandersetzung. Die empirischen Ergebnisse der vorliegenden Arbeit zeigen in diesem Zusammenhang, dass die Online-Auseinandersetzung und -Diskussion auch in die inhaltliche Ausgestaltung der Partei integriert werden muss und dass es nicht nur darum gehen darf, den Jugendlichen eine politische Spielwiese im Internet zur Verfügung zu stellen.

Darüber hinaus vermissen Jugendliche eine konkrete Ansprache durch Parteien in Alltagssituationen. Sie möchten, dass Vertreter der Parteien in ihre Schule, ihre Jugendgruppe oder ihren Sportverein kommen und sich dort erklären und bekannt machen. Sie erwarten mehr Transparenz auf der kommunalen Ebene. Gelingt dieser Prozess, wird Neugierde ausgelöst, weiterentwickelt und kann daraufhin in eine Parteimitgliedschaft münden.

Erst wenn eine persönliche Ansprache durch die Ortsverbände auf der kommunalen Ebene erfolgreich stattgefunden hat, erzeugen auch die übergeordneten Instrumente und Kampagnen Wirkung und können die Bereitschaft zur Mitarbeit in politischen Parteien beeinflussen. Jugendliche brauchen einen konkreten Hinweis auf jugendspezifische Aktionen der Parteien, die sich durch ihre Verbindlichkeit und Integration auszeichnen müssen.

8.2.2. Selbstbild Jugendlicher über ihre Bedeutung

Neben der Art und Weise, wie Politik vermittelt wird, ist die Bereitschaft Jugendlicher, sich in Parteien politisch zu engagieren, auch davon abhängig, wie

die eigene Wirksamkeit des politischen Engagements beurteilt wird. Die Erkenntnisse aus der theoretischen Grundlegung und die eigenen Befragungsergebnisse haben deutlich gemacht, dass Jugendliche und junge Erwachsene durchaus Interesse an politischer Aktivität zeigen und dieses Interesse, neben anderen Faktoren, auch davon abhängig ist, welche Bedeutung dem eigenen Handeln seitens der Parteien beigemessen wird. Der Grad der Identifikation von Parteien mit der Altersgruppe der Jugendlichen, die Bemühungen von Parteien, die jugendliche Lebenswelt wahrzunehmen sowie die Integration jugendpolitischer Anliegen in die programmatische Ausrichtung von Parteien sind die zentralen Kriterien, anhand derer Jugendliche ihre eigene Bedeutung für die Parteien bemessen, um Antworten auf die Frage zu erhalten, was dafür spricht, sich in Parteien zu engagieren.

Identifikation

Parteien können die geäußerten Zweifel an ihrer Identifikation mit Anliegen und Bedürfnissen Jugendlicher einerseits programmatisch abbauen. Parallel dazu kann die Berücksichtigung der Belange Jugendlicher noch stärker als bislang über Persönlichkeiten in der Partei vermittelt werden. Parteimitglieder mit einer entsprechenden Prominenz und Außenwirkung könnten als *Anwälte* für die Interessen der Jugendlichen fungieren, so dass die Partei nach außen sichtbar deutlich macht, wie wichtig ihr die Altersgruppe der Jugendlichen ist. Bislang fehlt den Jugendlichen eine derartige Identifikationsfigur in den politischen Parteien. Dieses Vakuum wird durch die Jugendorganisationen und ihre Führungsriege nicht ausreichend genug ausgefüllt – es bedarf an dieser Stelle eines prominenten Parteivertreters, der die Rolle authentisch und mit breiter Öffentlichkeitswirksamkeit ausüben kann.

Wahrnehmung jugendlicher Lebenswelt

Bei der Erlangung von Informationen über Themen, die Jugendliche bewegen, greifen die Parteien bereits heute auf eine breite Basis an Berichten, Umfragen und Analysen zurück. Die Befragungen der Parteien zu ihren Aktivitäten machen deutlich, dass sie es bei der Ausgestaltung von Politikangeboten nicht bei der Auswertung von Wahl-Statistiken belassen. Neben dem Versuch, allgemeine Jugend-Trends in darauf ausgerichteten Studien frühzeitig zu ermitteln, versuchen die Parteien auch auf der individuellen Ebene durch die Befragung neuer Mitglieder einen Eindruck darüber zu gewinnen, was junge Menschen bewegt und welche Erwartungen an die Politik und an Parteien gerichtet werden. Die Aktivitäten zur Wahrnehmung der jugendlichen Lebenswelt sind, so umfangreich und breit gefächert sie auch sein mögen, aber nur dann sinnvoll angelegt, wenn hieraus auch Erkenntnisse für die programmatische Ausrichtung der jugendrelevanten Politik der Parteien abgeleitet werden. Bleiben programmatische Konsequenzen aus oder sind diese für Jugendliche nicht ersichtlich, sind die Informations-Bemühungen der Parteien nicht wirklich zielführend und bekommen den Charakter einer bloßen Alibi-Funktion.

Zukunftsorientierung

Die Aktivitäten der Parteien zur Wahrnehmung jugendlicher Lebenswelten allein reichen nicht aus, um unter den Jugendlichen die Auffassung zu fördern, sie besäßen eine hohe Bedeutung für die zukünftige politische Ausrichtung der Parteien. Die aus der Wahrnehmung resultierenden Ergebnisse müssen sich demzufolge auch niederschlagen in zukunftsorientierten Aussagen und in einem attraktiven Angebot, das die Parteien den Jugendlichen über die eigentliche Programmatik hinaus machen können. Dieses Angebot umfasst jugendrelevante Serviceleistungen ebenso wie Veranstaltungen in Bereichen wie z. B. Bildung, Kultur und Sport. Die Parteien sind aufgefordert, darüber nachzudenken, wie politischer Ernst einerseits und jugendliches Lebensgefühl andererseits

miteinander verbunden werden können. Beide Aspekte, die inhaltliche Verankerung jugendrelevanter, zukunftsorientierter Themen sowie die Schaffung eines zeitgemäßen Angebotspakets für Jugendliche dürfen nicht zu einer Umwandlung von Parteien in reine Spaßorganisationen führen.

8.2.3. Vorbildfunktion von Parteien

Den Parteien kommt in der Gesellschaft nach Auffassung der Befragten eine herausgehobene Rolle zu. Parteien beeinflussen neben anderen Instanzen die Initiierung und Steuerung gesellschaftlicher Prozesse, sie wirken auf die Gestaltung von Gemeinwohl und Ausgewogenheit ein und sind aufgefordert, Beiträge zur Gestaltung eines sozialen Miteinanders zu liefern. Aufgrund dieser Funktionen werden hohe Erwartungen an die Parteien herangetragen, zu denen in den Augen der Befragten vor allem Berechenbarkeit und Kontinuität zählen. Die Befragungsergebnisse machen deutlich, dass Politiker und Parteien in den Augen von Jugendlichen gerade in diesen Punkten Defizite haben, die eher dazu führen, sich von Parteien abzuwenden als sich aktiv mit ihnen auseinanderzusetzen.

Versprechungen

Die Interviews mit den Jugendlichen haben gezeigt, dass die Aussagen von Parteien sehr ernst genommen werden. Sie werden überwiegend als Versprechungen wahrgenommen, die dann nach Wahlen nicht gehalten werden. Diese Wahrnehmung kommt auch in Jugendstudien zum Ausdruck, die wie beschrieben einen großen Mangel an Vertrauen in die Parteien aufzeigen. In diesem Zusammenhang kommt es darauf an, dass die Aussagen der Parteien ihren Versprechungscharakter verlieren müssen. Parteien müssen Strategien mit einem hohen Grad an Eintrittswahrscheinlichkeit entwickeln. Die Aussagen

sollten eingehalten werden können, d. h. sie sollten machbar und realistisch sein. Dabei gilt grundsätzlich, auch solche Themen zu berücksichtigen, die die aktuelle Situation Jugendlicher betreffen und die einer angemessenen verantwortungsvollen Reaktion bedürfen. Jugendliche erhalten durch diesen Prozess der Etablierung politischer Glaubwürdigkeit Anerkennung und Wertschätzung und werden in den politischen Prozess integriert. Aus entwicklungspsychologischer Perspektive kann sich die erteilte Anerkennung zum einen in einem deutlichen Vertrauenszuwachs in die Parteien ausdrücken. Andererseits kann der Jugendliche ein politisches Selbstbewusstsein und Selbstverständnis entwickeln, das sich auf die Entwicklung der eigenen politischen Identität, aber auch auf die Unterstützung des politischen Systems auswirkt. Letztendlich kann dadurch ein positiver Zyklus von Anerkennung, Identität und Unterstützung entstehen.

Vorbild-Rolle der Politiker

Die Ergebnisse der empirischen Untersuchung zeigen, dass Jugendliche von Politikern und Parteien ein vorbildliches Verhalten erwarten. Dazu zählt für sie in erster Linie Ehrlichkeit, die Übernahme von Verantwortung und das Eintreten für die Interessen des Gemeinwohls. Begründet wird dieser Anspruch mit der Übertragung von Macht durch die Wahl.

Aufgrund ihrer moralischen Urteilsfähigkeit sind Jugendliche in der Lage, persönliche Einstellungen und gesellschaftliche Entwicklungen miteinander abzugleichen und zu verbinden. Seitens der Jugendlichen wird eine bestimmte Werthaltung zum Ausdruck gebracht, die neben den theoretischen Ergebnissen auch in den Aussagen der befragten Jugendlichen zum Ausdruck kommt: Die unzureichende Übernahme der Vorbild-Rolle schafft eine denkbar schlechte Ausgangssituation für die Bereitschaft, sich politisch zu engagieren.

Entsprechend den Ausführungen zum Aspekt der Versprechen zeigt sich auch in Bezug auf die Vorbild-Rolle von Politikern, dass die Glaubwürdigkeit für Jugendliche eine hohe Bedeutung hat. Aufgrund des beschriebenen moralisch-idealistischen Politikverständnisses und dem emotionalen Umgang mit Politik, werden Jugendliche von Defiziten in diesem Bereich besonders stark betroffen. Diesen Zusammenhang sollten sich Politiker und Parteien immer wieder bewusst machen und bei ihren programmatischen Aussagen insbesondere Jugendlichen gegenüber besonders stark berücksichtigen.

Konsequenz bei Fehlverhalten

Ein weiterer Ansatzpunkt, um die Vorbildfunktion von Parteien zu dokumentieren, bildet die Art und Weise des Umgangs mit Parteimitgliedern, die sich nicht regelkonform verhalten oder moralische Wertvorstellungen nur unzureichend erfüllen. Jugendliche vermissen gegenwärtig eine konsequente Sanktion derartiger Verhaltensmuster und gehen eher von einer hohen Toleranz innerhalb der Parteien aus. In diesem Zusammenhang ist denkbar, die Zustimmung gegenüber Mandatsträgern in der Partei nicht allein auf Wahlen beruhen zu lassen, sondern darüber hinaus über eine Einführung von Beurteilungsinstrumenten nachzudenken, wie dies in Wirtschaftsunternehmen bereits seit geraumer Zeit der Fall ist. Übertragen auf eine politische Partei ist hiermit nicht die Top-Down-Beurteilung der Parteimitglieder durch die Führungsriege, sondern die Bottom-Up-Bewertung von Funktionsträgern durch die jeweilige Partei-Basis gemeint, ob auf der lokalen Ebene des Ortsverbandes oder auf übergeordneter Ebene von Landes- oder Bundespartei. Mit der Bewertung eines bestimmten Kriterien-Sets erhalten die Parteimitglieder über den Wahlmechanismus und die Parteitage hinaus die Möglichkeit, ihr persönliches politisches Führungspersonal zu bewerten. Nach innen verschafft ein derartiges Verfahren den politisch Verantwortlichen ein Feedback über ihre Führungsarbeit, nach außen wird deutlich gemacht, dass die Parteien neben den Wahlen und Parteitagen weitere Instrumente nutzen, um sich kontinuierlich

weiterzuentwickeln und damit auch Fehlverhalten nicht erst nach Ablauf von Legislaturperioden durch Wahlen sanktionieren zu können.

8.2.4. Parteiorganisation

Parteien werden aus Sicht von Jugendlichen nicht nur aufgrund ihrer programmatischen Aussagen oder aufgrund ihrer Informations- und Kommunikationsaktivitäten beurteilt. Parteien haben auch ein Innenleben, das durch Strukturen und Abläufe geprägt wird. Dazu zählen vorhandene Statuten und Regelwerke ebenso wie informelle Prozesse. In den Augen der Jugendlichen werden aktive Parteimitglieder als geschlossene Gruppe wahrgenommen, die den Eindruck hinterlassen, unter sich bleiben zu wollen. Darüber hinaus glauben viele Jugendliche, dass eine Mitarbeit in Parteien nur auf Basis eines hohen Bildungsniveaus erfolgen kann und ziehen aus diesem Grund eine Beteiligung nicht in Betracht. Die Vermutung, sich längerfristig an Parteien binden zu müssen, um aktiv mitarbeiten zu können, ist ein weiteres Merkmal, das seitens der Jugendlichen mit Parteien in Verbindung gebracht wird. Aus diesen Annahmen resultiert eine Ausstrahlung der Parteien auf Jugendliche, die ihre Beziehung zu Parteiorganisationen prägt und damit auch ihre Überlegungen einer potenziellen Mitarbeit beeinflusst.

Geschlossenheit

Parteien können den Eindruck der Geschlossenheit in zweierlei Hinsicht verändern. Innerparteilich wird es darauf ankommen, die jugendlichen Altersgruppen angemessen in Parteiarbeit und Entscheidungen einzubinden und dieses auch nach außen hin zu dokumentieren. Es kommt darauf an, Jugendlichen und der jeweils nachfolgenden Generation junger Erwachsener

politische Kompetenz zuzutrauen und ihnen daraus resultierend tatsächliche Mitsprache- und Mitentscheidungsrechte zu übertragen. Parteien arbeiten somit an der Auflösung der Geschlossenheit der älteren gegenüber jüngeren Altersgruppen. Nach außen hin gilt es, den Eindruck der Cliques-Bildung abzubauen. Parteimitglieder dürfen nicht als geschlossene Zirkel erscheinen, sondern müssen sich als offene Gruppen präsentieren, die zur Mitarbeit einladen und neugierig auf Einstellungen und Ideen Anderer sind. Die Möglichkeit zur Gestaltung von Politik, das schlichte „Mitmachen“ muss in den Vordergrund gerückt werden und steht eindeutig vor parteipolitischer Etikette und den damit verbundenen formellen und informellen Regelungen.

Kompetenzanforderungen

In diesem Punkt können Parteien daran arbeiten, den Jugendlichen die Sorge zu nehmen, bestimmten Qualifikationsanforderungen an die Mitarbeit nicht gewachsen zu sein. Herausgestellt werden sollte in diesem Zusammenhang, dass eine politische Beteiligung in Parteien eher mit der inhaltlichen Übereinstimmung in politischen Fragen, dem Interesse an der Mitarbeit und der Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme zu tun hat, als ausschließlich mit dem Bildungsabschluss.

Dauer Parteimitgliedschaft

Die mit der Mitarbeit in einer Partei verbundene Annahme einer langen Bindungsdauer untermauert den bereits in der Vergangenheit von den Parteien eingeschlagenen Weg der Erweiterung von Möglichkeiten zur Beteiligung. Mit einer derartigen Öffnung sind somit Ansätze gemeint, mit denen eine Senkung des Verpflichtungscharakters verbunden ist. Dies betrifft verschiedene Formen der zeitlich befristeten Beteiligung jugendlicher Nicht-Mitglieder, z. B. im Rahmen von „Schnupper-Mitgliedschaften“ ohne formellen Parteieintritt, über

den Weg beitragsfreier Gastmitgliedschaften oder auch durch das Angebot, in Parteiprojektgruppen und Arbeitsgemeinschaften mitzuarbeiten, ohne bereits Parteimitglied zu sein. Mit diesen alternativen Beteiligungsformen wird den Jugendlichen die Möglichkeit eingeräumt, sich der „Institution Partei“ in Teilschritten zu nähern und nicht von vornherein ein Verpflichtungsbekennnis ablegen zu müssen. Die Entscheidung eines Parteieintritts wird verlagert, im Vordergrund steht zunächst das „Mitmachen“ und „Gestalten können“, um dadurch die Zutrittsschwellen zu reduzieren und überhaupt erst einmal interessierte Jugendliche dafür gewinnen zu können, sich mit politischen Themenstellungen aktiv auseinander zu setzen.

8.3. Zusammenfassung

Das Modell zur Förderung der Bereitschaft junger Menschen, sich in politischen Parteien zu engagieren, umfasst in Anlehnung an die theoretischen und empirischen Ergebnisse vier zentrale Handlungsfelder: die *Vermittlung von Inhalten*, das *Selbstbild der Jugendlichen*, die *Vorbildfunktion der Parteien* und die *Parteistruktur/-organisation*. Aus diesen Handlungsfeldern resultiert ein Bündel von Maßnahmen mit Ausrichtung auf die Zielgruppe der Jugendlichen. Das Modell ist ganzheitlich angelegt, d. h. es berücksichtigt die drei grundlegenden Dimensionen von Politik – die Rahmenbedingungen („polity“), die Prozesse („politics“) und die Inhalte („policy“).

Aus den Handlungsfeldern und den damit zusammenhängenden Maßnahmen leitet sich eine zentrale Überlegung bezogen auf die Positionierung und die Rolle der Parteien im gesellschaftlichen Kontext ab. Die Affinität oder die Distanz zu politischem Handeln und zum Interesse an Politik wird über die bewussten und unbewussten Auseinandersetzungen im Sozialisationsprozess herausgebildet. Individuelles Handeln erfolgt auf der Grundlage konkreter Anforderungen und

durch im Sozialisationsprozess erlernte Erfahrungen, aus denen Einstellungen und Reaktionsmuster gebildet werden. Allerdings gehen die zugrunde gelegten Werte und Normen zurück, wenn sie keine nachhaltige, kontinuierliche Bestätigung erfahren. Dies bedeutet, dass sich politisches Denken bereits frühzeitig im Lebensbereich junger Menschen etablieren sollte. Aufgabe der Parteien muss deshalb sein, sich stärker als bislang neben der Familie, der Schule, den Peergroups und den Medien als weitere Instanz im Prozess der Sozialisation zu etablieren bzw. als eine Einflussgröße auf diese Instanzen wirken zu können. In Anlehnung an die, im Rahmen der theoretischen Grundlegung bereits thematisierten Sozialisationsfunktion von Parteien, wird es darum gehen, dass diese stärker als Ansprechpartner für die Vermittlung politischer Bildung und politischen Wissens zu Verfügung stehen. Vor diesem Hintergrund ist es Aufgabe der Politik und der Parteien, den Jugendlichen einerseits die Möglichkeit zu bieten, in konkreten politischen Projekten das umzusetzen, was ihnen wichtig ist und andererseits die politische Identitätsentwicklung des Einzelnen dadurch zu ermöglichen, dass Parteien ihrer Rolle als politische Sozialisationsinstanz gerecht werden.

9. Fazit

Die politischen Parteien nehmen in Deutschland eine wichtige Rolle zur Aufrechterhaltung und Gestaltung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ein. Sie bringen die Interessen und Bedürfnisse der Bürger zum Ausdruck, sie rekrutieren und qualifizieren das politische Personal und formulieren konkrete politische Angebote. Damit bündeln Parteien gesellschaftliche Vielfalt als Grundlage für den nachfolgenden politischen Entscheidungsprozess. Dieser herausragenden Stellung steht seit geraumer Zeit innerhalb der Bevölkerung ein zurückgehendes Interesse an einer Beteiligung in politischen Parteien gegenüber. Auch die Altersgruppe der Jugendlichen ist Teil dieser Entwicklung, die aber kein Indikator für ein generell zurückgehendes Interesse junger Menschen ist.

Die Bereitschaft, sich mit politischen Sachverhalten auseinanderzusetzen ist durchaus vorhanden, nur die Beteiligungsform hat sich verändert. Politische Parteien stehen einer Vielzahl inzwischen etablierter Organisationen, Gruppen und Bewegungen gegenüber. Damit hat sich das Spektrum an Beteiligungsmöglichkeiten vergrößert und politische Partizipation kommt nicht wie früher, nur über Parteien zum Ausdruck, sondern erfolgt verstärkt über unkonventionelle Beteiligungsformen, wie z.B. Bürgerbegehren oder Demonstrationen.

Für das Ausmaß und die weitere Entwicklung des politischen Bewusstseins in Deutschland muss diese Entwicklung keinen Rückschritt bedeuten, da von einer generellen Politikverdrossenheit unter den Jugendlichen nicht auszugehen ist. Für das demokratische System hingegen führen die Wanderungsbewegungen - „weg“ von der Partei und „hin“ zu anderen Beteiligungsformen – allerdings zu der Frage, wie die politischen Parteien wieder erfolgreicher darin werden, junge Menschen für sich zu begeistern und an sich zu binden. Die Einbindung von Jugendlichen in Parteien ist für eine Gesellschaft wichtig, um Neuerungen in den Anforderungen und Erwartungen an das politische System frühzeitig erkennen

zu können. Daher dürfen derartige Bedürfnisse nicht allein über unkonventionelle Beteiligungsformen zum Ausdruck gebracht werden, sondern müssen auch in den Parteien aufgegriffen werden, denn sie sind die zentralen Akteure der politischen Willensbildung.

Vor dem Hintergrund der Bedeutung der Bindungsfähigkeit von Parteien gegenüber Jugendlichen, ist die vorliegende Untersuchung gezielt der Frage nachgegangen, welche Anstrengungen Parteien tatsächlich unternehmen können und sollten, um Jugendliche vermehrt einzubinden und an der Parteiarbeit zu beteiligen. Die theoretische Grundlegung umfasst die wesentlichen inhaltlichen Gegenstandsbereiche, die für den Aufbau eines empirischen Forschungsansatzes als notwendig angesehen werden: Jugend, politische Sozialisation, politische Beteiligung und die Parteien selbst.

Die Bewältigung der jugendlichen Lebensphase folgt keinem klaren, einheitlichen Muster, sondern unterliegt zahlreichen Einflüssen. Dies wirkt sich auf das Agieren von Jugendlichen in persönlichen und gesellschaftlichen Lebensbereichen aus und beeinflusst auch die Entstehung politischer Einstellungen. Entwicklungspsychologische Gesichtspunkte zeigen, dass Jugendliche Schritt für Schritt ihre Identität finden und Fähigkeiten zur Übernahme von Entwicklungsaufgaben erlangen. Das formal-logische Denken ist beim Menschen bereits im Jugendalter auf dem Höhepunkt, so dass Denkleistungen im eigenen Lebensbereich voll erbracht werden können. Obwohl es den Jugendlichen noch an Lebenserfahrung mangelt und sie im Bereich des komplexen Denkens gegenüber Erwachsenen zurückliegen, bilden sie dennoch für die Politik eine wertvolle Zielgruppe: Aufgrund ihres entwicklungspsychologischen Stands können sie unvoreingenommen und kreativ an politische Themenstellungen herangehen. Sie sind damit in der Lage, Strukturen, Prozesse und Inhalte konventioneller Politik zu hinterfragen und können dadurch Beiträge zur Weiterentwicklung liefern.

Demgegenüber zeigt die demographische Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, dass der Anteil der jungen Generation an der Gesamtbevölkerung immer stärker zurückgeht. Junge Menschen stehen bei der Artikulation ihrer Interessen einer immer größer werdenden Gruppe von Erwachsenen gegenüber. Diese Entwicklung bringt die Parteien in ein Dilemma: Einerseits soll die Integration Jugendlicher mit ihren Themen und Bedürfnissen in die Parteien gefördert werden, andererseits umfasst die erwachsene Bevölkerung die weitaus größeren Stimmenpotenziale. Für die Parteien erfordert dieses Spannungsfeld eine hohe Sensibilität im Umgang mit ihren Zielgruppen: den Erwartungen der jungen Altersgruppe mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit der Partei gerecht zu werden, ohne die angestammte erwachsene Klientel zu verlieren.

Die Untersuchung der politischen Sozialisation als Teil der theoretischen Grundlegung hat gezeigt, dass politisches Erfahrungslernen in den Bereichen der Familie, der Schule, der Peergroup und durch die Medien stattfindet. Erfahrungen und Eindrücke werden bei den jungen Menschen unterschiedlich verarbeitet und fließen zu einem Konstrukt zusammen. Neben den politischen Rahmenbedingungen beeinflussen die unterschiedlichen Sozialisationsinstanzen das Gelingen des Sozialisationsprozesses. Maßgeblich ist hierbei nicht eine Instanz allein, sondern das Zusammenspiel von Familie, Schule, Peergroups und Medien. Das über Sozialisationsprozesse angeeignete politische Wissen ist nicht statisch zu sehen, sondern sehr wohl weiter entwicklungsfähig, was die zentrale Aufgabe der politischen Bildung im Jugendalter unterstreicht. Politische Sozialisation schafft damit die Grundlagen zur Herausbildung politisch mündiger Bürger. Dieser Prozess umfasst neben der Aneignung politischen Wissens auch die Entwicklung politischen Interesses und das Bekunden von Loyalität zum politischen System, so dass daraus auch eine Bereitschaft bezogen auf die Mitarbeit in politischen Parteien resultieren kann.

Die Darstellung politischer Beteiligungsmöglichkeiten in der Bundesrepublik Deutschland zeigt ein breites Spektrum an Alternativen. Deutlich wird, dass Politik nicht erst dort beginnt, wo der Einflussbereich der Parteien sichtbar wird.

Die Koexistenz von Beteiligungsmöglichkeiten ist dabei nicht Schwachpunkt einer Demokratie, sondern ermöglicht dem Bürger auf vielfältige Weise am gesellschaftlichen und politischen Rahmen zu partizipieren und bestehende Verhältnisse zu konterkarieren. Vor dem Hintergrund der Fragestellung in dieser Arbeit wird deutlich, dass Parteien eine starke Konkurrenz haben, wenn es um die Rekrutierung von Mitgliedern geht. Insbesondere junge Menschen verbinden mit dem Interesse an Politik und dem Ausdruck von politischem Handeln nicht automatisch ein persönliches Engagement in politischen Parteien und wenn, dann ist diese Assoziation in der Regel mit negativen Aspekten verbunden. Jugendliche distanzieren sich aus mehreren Gründen von der etablierten Politik und ihren institutionalisierten Organisationsformen. Sie zeigen sich enttäuscht von Verhaltensmustern politisch Verantwortlicher, sie verbinden mit Parteien geschlossene Zirkel, die sich bewusst abgrenzen, sie vermissen die Zukunftsorientierung in der Programmatik und sie glauben nicht an die Umsetzbarkeit ihrer politischen Ideen in derart ausgerichteten Institutionen. Dem gegenüber gewinnen alternative Beteiligungsmöglichkeiten an Bedeutung. Diese Partizipationsformen entsprechen stärker einer zeit- und jugendgerechten Lebensart, da zumindest aus Sicht der Jugendlichen Aspekte wie Offenheit, Flexibilisierung und eine an ihrer Lebenswelt orientierten Politik deutlich stärker in den Vordergrund gerückt werden, als es die Parteien deutlich werden lassen.

Die Konkurrenz mit anderen Beteiligungsformen um eine relativ geringe Anzahl potenzieller Mitglieder geht auch aus der Untersuchung der Parteien selbst hervor. Deutlich sichtbar wird dieser Wettbewerb anhand des Mitgliederrückgangs in den großen Parteien, der zu einer sukzessiven Überalterung der Mitgliederstruktur führt. Insbesondere diese Parteien stehen aufgrund dieser Entwicklung unter einem Reformdruck, der neben ihrer Programmatik auch ihre Organisation umfasst. Ausschlaggebend für einen positiven Erfolg der Bemühungen wird sein, inwiefern es den Parteien gelingt, inhaltlich und organisatorisch den Bedürfnissen jüngerer Altersgruppen entgegenzukommen, ohne andere Altersgruppen zu verlieren.

Die Parteien versuchen diesen Spagat in erster Linie über ihre politischen Jugendorganisationen zu überbrücken. Einerseits informieren sie sich durch die Jugendorganisationen über die jugendliche Lebenswelt, andererseits bieten Jugendorganisationen eine Plattform, die junge Menschen zum Ausdruck ihrer politischen Interessen nutzen können. Trotz dieser „verlängerten Arme“ der Mutterparteien hat sich die Altersstruktur seit 1990 in den großen Parteien zugunsten der älteren Parteimitglieder verschoben, so dass die Frage, was diese Parteien tun können, um junge Menschen zur Mitarbeit zu bewegen, nichts an Brisanz verloren hat. Deshalb zielte der empirische Forschungsansatz darauf ab, die aus der theoretischen Grundlegung resultierenden Einflussfaktoren zu überprüfen, um daraufhin Ansatzpunkte zur Förderung der Beteiligung Jugendlicher in Parteien ableiten zu können. Der empirischen Untersuchung hat ein qualitatives Forschungs-Design zugrunde gelegen. Hierdurch konnte das in bisherigen, mehrheitlich quantitativ ausgerichteten Jugendstudien erfasste Interesse an Politik und das Vertrauen in Institutionen durch das Erfassen individueller Einstellungen und Haltungen ergänzt werden.

Auf Basis der theoretischen Grundlegung und der empirischen Untersuchung lässt sich das Verhältnis Jugendlicher zur Politik und zu den Parteien charakterisieren. Demzufolge stehen Jugendliche der Politik insgesamt positiv gegenüber. Sie kennen sich mit den Grundzügen der Politik und der Parteienlandschaft in Deutschland aus, zeigen Interesse an politischen Themen und akzeptieren die freiheitlich-demokratische Grundordnung.

Trotz eines durchaus vorhandenen politischen Bewusstseins haben die Jugendlichen den Eindruck, dass Parteien ihre Lebenswelt nicht kennen und auch keine glaubwürdigen Versuche unternehmen, diesen Zustand zu verändern. Politik und Parteien gelten unter Jugendlichen als langweilig. Gefördert wird diese Einstellung durch eine Kommunikation politischer Inhalte, die von Jugendlichen nicht verstanden wird. Darüber hinaus wird die umfassende Auseinandersetzung der Parteien mit jugendrelevanten Themen vermisst, was dazu führt, dass Jugendliche sich nicht mit Programm-Inhalten identifizieren

können. Parteien machen den Jugendlichen zu wenig attraktive Beteiligungsangebote und halten zu sehr an ihren traditionellen Organisationsstrukturen fest. Selbst wenn in dieser Hinsicht bereits Veränderungen eingeleitet worden sind, so haben sie das Bild der Jugendlichen über Parteien noch nicht verändern können.

Jugendliche machen aber mit Blick auf Parteien nicht nur auf inhaltliche und programmatische Defizite aufmerksam, sondern sind darüber hinaus auch unter moralisch-ethischen Gesichtspunkten von ihnen enttäuscht. Parteien gelten als unglaubwürdig. Machterwerb bzw. Machterhalt ist die oberste Maxime, die konsequent verfolgt wird, was in den Augen der Jugendlichen zu Lasten von Gradlinigkeit und Berechenbarkeit geht. Ergänzend dazu empfinden Jugendliche persönliche Hemmungen, wenn es um eine mögliche Beteiligung in einer Partei geht. Sie schätzen ihre eigene Kompetenz als zu gering ein, um in einer Partei mit zu agieren und darüber hinaus identifizieren sie sich weder mit Struktur und Abläufen, noch mit den Personen und Persönlichkeitsprofilen, von denen sie glauben, sie typischerweise in Parteiorganisationen anzutreffen.

Aus der mangelnden Erfüllung der genannten Erwartungen wird ersichtlich, dass sich insbesondere die großen Parteien bei der Wahrnehmung ihrer Funktionen im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung noch verbessern können und dies auch müssen, wenn der Anspruch verfolgt wird, alle Altersgruppen zu vertreten und die zunehmende Überalterung der Mitgliederstrukturen zu stoppen.

An dieser Stelle wird noch einmal ausdrücklich die Rolle der Partei im Prozess der Sozialisation hervorgehoben. Parteien müssen ergänzend zu Familie, Freunden, Schule und Medien als eigene Sozialisationsinstanz wirken. Sie haben mit daran zu arbeiten, gesellschaftliche Erwartungen und Interessen zu bündeln, was dann erfolgreich verlaufen kann, wenn die Altersgruppen in der Ausrichtung von Parteien und in ihren Organisationen entsprechend repräsentiert sind. Ohne Nachwuchs können Parteien nicht als Sozialisationsinstanz wirken, d.h. wenn keine Bereitschaft zur Teilnahme vorliegt, reduzieren sich die Möglichkeiten zur

Prägung politischer Werte und die frühzeitige Einbindung in politische Strukturen und Prozesse findet nicht mehr statt.

Um die Sozialisationsfunktion der Parteien zu stärken, konnte basierend auf den theoretischen Grundlagen und den empirischen Ergebnissen ein Modell entwickelt werden, das einen Beitrag dazu liefern soll, die Mitarbeit von Jugendlichen in Parteien zu fördern. Das Modell und die damit zusammenhängenden Maßnahmen in den Handlungsfeldern der jugendadäquaten Vermittlung politischer Informationen, einer verbesserten Wahrnehmung der Vorbildfunktion durch die Parteien, der Veränderung des Selbstbildes Jugendlicher über ihre Bedeutung für die Parteien sowie der Öffnung von Parteistrukturen soll Parteien dabei unterstützen, ihr Verhältnis zur Altersgruppe der Jugendlichen weiterzuentwickeln und entsprechende parteiinterne Wandlungs- und Veränderungsprozesse in Gang setzen, die eine aktivere Partizipation von Jugendlichen in Parteien möglich werden lässt.

Mit allen Ansätzen verbunden sein, muss das Ziel einer Herausbildung von (politischer) Identität und der Schaffung von Möglichkeiten zur Übernahme der Rolle des (politisch) mündigen Bürgers. Durch das Gelingen dieses Prozesses wird die Stabilität des politischen und gesellschaftlichen Systems nachhaltig unterstützt und dauerhaft auf eine breitere Basis gestellt.

Literaturverzeichnis

Achatz, J./Gaiser, W./Gille, M./Kleinert, C./Krüger, W./de Rijke, J.: Heranwachsen im vereinigten Deutschland: Lebensverhältnisse und private Lebensformen. In: Gille, M./Krüger, W. (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29-Jährigen im vereinigten Deutschland, Opladen 2000, S. 33-81.

Ackermann, P.: Das Schulfach „Politische Bildung“ als institutionalisierte politische Sozialisation. In: Claußen, B./Geißler, R. (Hrsg.): Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch, Opladen 1996, S. 91-100.

Alemann, U. von (Hrsg.): Partizipation - Demokratisierung - Mitbestimmung. Problemstellung und Literatur in Politik, Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft. Eine Einführung, 2. Aufl., Opladen 1978.

Alemann, U. von: Parteien und Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Rekrutierung, Konkurrenz und Responsivität. In: Mitzel, A./Oberreuter, H. (Hrsg.): Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1982, S. 89-130.

Alemann, U. von/Loss, K./Vowe, G. (Hrsg.): Politik. Eine Einführung, Opladen 1994.

Alemann, U. von: Parteien und Interessensorganisationen in der pluralistischen Demokratie. In: Alemann, U. von/Loss, K./Vowe, G. (Hrsg.): Politik. Eine Einführung, Opladen 1994, S. 225-317.

Alemann, U. von /Marschall, S. (Hrsg.): Parteien in der Mediendemokratie, Wiesbaden 2002.

Alemann, U. von: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, 3. Aufl., Opladen 2003.

Alemann, U. von/Godewerth, Th.: Die Parteiorganisation der SPD. Erfolgreiches Scheitern? In: Schmidt, J./Zolleis, U.: Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen, Wiesbaden 2005, S. 158-172.

Alemann, U. von/Morlok, M./Godewerth, Th. (Hrsg.): Jugend und Politik. Möglichkeiten und Grenzen politischer Betätigung der Jugend, i.E.

Allerbeck, K./Kaase, M./Klingemann, H.-D.: Politische Ideologie, politische Beteiligung und politische Sozialisation. Politische Vierteljahresschrift 20/1980 (Teil 1), S. 357-378.

Allerbeck, K./Kaase, M./Klingemann H.-D.: Politische Ideologie, politische Beteiligung und politische Sozialisation. Politische Vierteljahresschrift 21/1980 (Teil 2), S. 88-96.

Allmendinger, J./ Hinz, T. (Hrsg.): Soziologie der Organisationen, Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Köln 2002.

Almond, G./Verba, S.: The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Princeton 1963.

Almond, G./Verba, S.: The Civic Culture Revisited. An Analytic Study, Princeton 1980.

Almond, G./Powell, B. G.: Comparatives Politics. System, Process and Policy, Boston 1996.

Arnim, H.-H. von: Der Parteienstaat. In: Hartwich, H.-H./Wewer, G.(Hrsg.): Regieren in der Bundesrepublik Deutschland III, Opladen 1991, S. 99-117.

Arnim, H.H. von: Demokratie ohne Volk. Plädoyer gegen Staatsversagen, Machtmissbrauch und Politikverdrossenheit, München 1993.

Arzheimer, K.: Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs, Wiesbaden 2002.

Baake, D./Ferchhoff, W.: Jugend und Kultur. In: Krüger, H.-H. (Hrsg.): Handbuch der Jugendforschung, 2. Aufl., Opladen 1993, S. 403-447.

Baake, D.: Jugend und Jugendkulturen. Darstellung und Deutung, Weinheim 1997.

Baker, K.L.: Political Participation, Political Efficacy and Socialization in Germany. Comparative Politics 6/ 1973, S. 73-98.

Baltes, P.B.: The aging mind: Potential and limits. The Gerontologist 33/1993, S. 580-594.

Barnes, S. H./Kaase, M. (Hrsg.): Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies, Beverly Hills 1979.

Bartscher, M: Partizipation von Kindern in der Kommunalpolitik, Freiburg 1998.

Beck, U.: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt 1986.

Beck, U.: Kinder der Freiheit, Frankfurt 1997.

Becker, H.S./Geer, B.: Teilnehmende Beobachtung: Die Analyse qualitativer Forschungsergebnisse. In Hopf, C./Weingarten, E. (Hrsg.): Qualitative Sozialforschung, Stuttgart 1984, S. 139-166.

Beisheim, M./Zürn, M.: Transnationale Nicht-Regierungsorganisationen. Eine Antwort auf die Globalisierung? In: Klein, A. (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven, Opladen 1999. S. 306-319.

Bell, R.: Die Teilkultur der Jugendlichen. In: Friedeburg, L. von (Hrsg.): Jugend in der modernen Gesellschaft, Köln 1965, S. 121-159.

Berg, Th.(Hrsg.): Moderner Wahlkampf-Blick hinter die Kulissen, Opladen 2002.

Berger, P./Luckmann, Th.: Modernität, Pluralismus und Sinnkrise, Gütersloh 1995.

Berg-Schlosser, D./Schissler, J. (Hrsg.): Politische Kultur in Deutschland. Sonderheft 18 der Politischen Vierteljahresschrift, Opladen 1987.

Berg-Schlosser, D./Müller-Rommel, F. (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft, Opladen 1997.

Beyme, K. von: Die politische Klasse im Parteienstaat, Frankfurt 1993.

Beyme, K. von: Parteien in westlichen Demokratien, München 1994.

Beyme, K. von: Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu professionalisierten Wählerparteien, Wiesbaden 2000.

Biedermann, H.: Junge Menschen an der Schwelle politischer Mündigkeit. Partizipation: Patentrezept politischer Identitätsfindung?, Münster 2006.

Blank, R.: „Ich habe andere Sorgen als Politik.“ In: Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend '97-Zukunftsperspektiven, gesellschaftliches Engagement, politische Orientierungen, Opladen 1997, S.33-77.

Bodgan, R./Taylor, S.J.: Introduction to Qualitative Research Methods. A Phenomenological Approach to the Social Sciences, New York 1975.

Böge, W.: Empirische Bestandsaufnahmen zur Partizipationsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger in den alten Bundesländern, Bonn 2001.

Borchers, A.: Interessensgebiete junger Menschen. In: Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung an der Universität Hannover (Hrsg.): Jugend und gesellschaftliche Mitwirkung. Der Jugendkompass Niedersachsen, Hannover 1995, S. 3-21.

Brand, K.-W.: Neue soziale Bewegungen, Opladen 1982.

Brandstädter, J.: Entwicklungen in Handlungskontexten. Aussichten für die entwicklungspsychologische Theoriebildung und Anwendung. In: Lenk, H. (Hrsg.): Handlungstheorien interdisziplinär. Band 3, zweiter Halbband, München 1984, S. 848-878.

Brim, O.G./Kagan J. (Hrsg.): Constancy and change in human development, Cambridge 1980.

Bruner, C. F./Winkelhofer, U./Zinser, C: Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommune. Ergebnisse einer bundesweiten Erhebung, Berlin 1999.

Buhl, M: Jugend, Familie, Politik. Familiäre Bedingungen und politische Orientierungen im Jugendalter, Opladen 2001.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familien und kinderfreundliches Verwaltungshandeln - hin zu demokratischen Strukturen. Zehnter Kinder- und Jugendbericht, Bonn 1998.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommune. Ergebnisse einer bundesweiten Erhebung, Bonn 1999.

Buse, M.J./Nelles, W.: Formen und Bedingungen der Partizipation im politisch administrativen Bereich. In: Alemann, U. von (Hrsg.): Partizipation - Demokratisierung - Mitbestimmung. Problemstellung und Literatur in Politik, Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft. Eine Einführung, 2.Aufl., Opladen 1978, S. 41-111.

Burdewick, I.: Jugend-Politik-Anerkennung. Eine qualitative empirische Studie zur politischen Partizipation 11-18-Jähriger, Bonn 2003.

Burkey, S.: People First. A Guide to Self-Reliant, Participatory Rural Development, London 1993.

Claußen, B./Wasmund, K. (Hrsg.): Handbuch der politischen Sozialisation, Braunschweig 1982.

Claußen, B./Geißler, R. (Hrsg.): Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch, Opladen 1996.

Claußen, B.: Die Politisierung des Menschen und die Instanzen der politischen Sozialisation. Problemfelder gesellschaftlicher Alltagspraxis und sozialwissenschaftlicher Theoriebildung. In: Claußen, B./Geißler, R. (Hrsg.): Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch, Opladen 1996, S. 15-48.

Combe, A./Helsper, W. (Hrsg.): Hermeneutische Jugendforschung. Theoretische Konzepte und methodologische Ansätze, Opladen 1995.

Connell, R. W.: The Child's Constructions of Politics, Melbourne 1971.

Conway, M.M.: Political Participation in the United States. 2.Aufl., Washington 1991.

Dalton, R./Wattenberg, M.P.: Parties without partisans. Political change in advanced industrial democracies, Oxford 2000.

Denzin, N.K.: The Research Act. A Theoretical Introduction to Sociological Methods, Mc Graw Hill 1978.

Detterbeck, K.: Der Wandel politischer Parteien in Westeuropa, Opladen 2002.

Detterbeck, K.: Die strategische Bedeutung von Mitgliedern für moderne Parteien. In: Schmid, J./Zolleis, U.: Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen, Wiesbaden 2005, S. 63-76.

Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend '92. Lebenslagen, Orientierungen und Entwicklungsperspektiven im vereinigten Deutschland, Opladen 1992.

Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend '97-Zukunftsperspektiven, gesellschaftliches Engagement, politische Orientierungen, Opladen 1997.

Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend 2000. 13. Shell Jugendstudie, Opladen 2000.

Deutsche Shell (Hrsg.), Jugend 2002. Zwischen pragmatischen Idealismus und robustem Materialismus, Frankfurt 2002.

Dewe, B./Ferchhoff, W./Sünker, H.: Alltagstheorien. In: Eyfert, H./Thiersch, O.H. (Hrsg.): Handbuch der Sozialarbeit/Sozialpädagogik, Darmstadt 1984, S. 56-72.

Dittrich, K.-H.: Das Bild der Parteien im vereinten Deutschland. Für welche Bevölkerungsgruppen setzen sie sich ein? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 34-35/1992, S. 26-35.

Dörner D./Kreuzig, H.W./Reither, F./Stäudel, Th.: Lohausen, Bern 1983.

Döring, H.: Aspekte des Vertrauens in Institutionen. Westeuropa im Querschnitt der internationalen Wertstudie. Zeitschrift für Soziologie 19/2, 1990, S. 73-89.

Döring, H./Smith, G. (Hrsg.): Party Government and Political Culture in Germany, New York 1981.

Downs, A.: An economic theory of democracy, New York 1957.

Dyson, K.: Party Government and Party State. In: Döring, H./Smith, G. (Hrsg.): Party Government and Political Culture in Germany, New York 1981, S. 77-100.

Easton, D.: A Re-Assessment of the Concept of Political Support. In: The British Journal of Political Science 5/1968, S. 435-457.

Easton, D./ Dennis, J.: Children in the political system. Origins of Political Legitimacy, New York 1969.

Easton, D.: A System Analysis of Political Life, New York 1979.

Ehrhard, C./Sandschneider, E.: Politikverdrossenheit: Kritische Anmerkungen zur Empirie, Wahrnehmung und Interpretation abnehmender politischer Partizipation. In: ZParl 3/94, S. 441-458.

Eldersveld, S.J.: Political Parties: A Behavioral Analysis, Chicago 1964.

Epstein, L.: Political Partys in Western Democracies, New York 1967.

Erikson, E.H.: Childhood and society, New York 1950.

Erikson, E.H.: Identität und Lebenszyklus, Frankfurt 1966.

Erikson, E.H.: Jugend in der Krise. Die Psychodynamik im sozialen Wandel, Frankfurt 1981.

Eyfert, H./Thiersch, O.H. (Hrsg.): Handbuch der Sozialarbeit/Sozialpädagogik, Darmstadt 1984.

Fatke, R./Nikowitz, M.: „Den Kindern eine Stimme geben.“ Partizipation von Kindern in der Schweiz, Zürich 2003.

Fend, H.: Sozialgeschichte des Aufwachsens. Bedingungen des Aufwachsens und Jugendgestalten im 20 Jahrhundert, Frankfurt 1988.

Fend, H.: Identitätsentwicklung in der Adoleszenz. Lebensentwürfe, Selbstfindung und Weltaneignung in beruflichen, familiären und politisch weltanschaulichen Bereichen, Band I, Bern 1991.

Fend, H.: Identitätsbildung in der Adoleszenz. Lebensentwürfe, Selbstfindung und Hineinwachsen in die Kultur. Entwicklungspsychologie der Adoleszenz in der Moderne, Band II, Stuttgart 1991.

Fend, H.: Entwicklungspsychologie des Jugendalters. Ein Lehrbuch für pädagogische und psychologische Berufe, Opladen 2000.

Filstead, W.J.: Qualitative Methodology. First Hand Involvement with the Social World, Chicago 1970.

Fischer, A./Fuchs-Heinritz, W./Zinnecker, J. (Hrsg.): Jugend '81. Lebensentwürfe, Alltagskulturen, Zukunftsbilder, 3 Bände, Hamburg 1981.

Fischer, A.: Engagement und Politik. In: Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend '97-Zukunftsperspektiven, gesellschaftliches Engagement, politische Orientierungen, Opladen 1997, S. 303-343.

Fischer, A.: Jugend und Politik. In: Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend 2000. 13. Shell Jugendstudie, Opladen 2000, S. 261-282

Flanagan, C.A./Faison, N.: Youth Civic Development: Implications of Research for Social Policy and Programs, Social Policy Report 15, 1982, S. 3-15.

Flanagan, C.A./Sherrod, L.R.: Youth Political Development: An Introduction, Journal of Social Issues, 54/3, 1984, S. 447-456.

Flick, U.: Qualitative Forschung. Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften, Reinbek 2000.

Flohr, H.: Parteiprogramme in der Demokratie. Ein Beitrag zur Theorie rationaler Politik, Göttingen 1968.

Florack, M./Grunden, T./Korte, K.-R.: Strategien erfolgreicher Mitgliederrekrutierung der politischen Parteien. In: Schmid, J./Zolleis, U.: Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen, Wiesbaden 2005, S. 96-114.

Friedeburg, L. von (Hrsg.): Jugend in der modernen Gesellschaft, Köln 1965.

Friebertshäuser, B./Prengerl, A. (Hrsg.): Handbuch qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft, Weinheim 1997.

Friebertshäuser, B.: Interviewtechniken - ein Überblick. In: Friebertshäuser, B./Prengerl, A. (Hrsg.): Handbuch qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft, Weinheim 1997, S. 371-395.

Friedrichs, J./Jagodzinski, W. (Hrsg.): Soziale Integration, Sonderheft 39/1999 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen 1999.

Fuchs, D.: Biographische Portraits: Einführung. In: Fischer, A./Fuchs-Heinritz, W./Zinnecker, J. (Hrsg.): Jugend '81. Lebensentwürfe, Alltagskulturen, Zukunftsbilder, 3 Bände, Hamburg 1981, S. 6-17.

Fuchs, D.: Demokratie und Beteiligung in der modernen Gesellschaft: Einige demokratiethoretische Überlegungen. In: Niedermayer, O./Westle, B. (Hrsg.): Demokratie und Partizipation, Festschrift für Max Kaase, Wiesbaden 2000, S. 250-280.

Gabriel, O.: Demokratiezufriedenheit und demokratische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B22/1987, S. 32-45.

Gabriel, O.: Institutionenvertrauen im vereinten Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B43/1993, S. 3-12.

Gabriel, O./Falter, J. (Hrsg.): Wahlen und politische Einstellungen in westlichen Demokratien, Opladen 1996.

Gabriel, O. (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinten Deutschland, Opladen 1997.

Gabriel, O./Holtmann, E. (Hrsg.): Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland, München 1997.

Gabriel, O. (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, KSPW Beiträge 3.3., Opladen 1998.

Gabriel, O.: Integration durch Institutionenvertrauen? Struktur und Entwicklung des Verhältnisses der Bevölkerung zum Parteienstaat und zum Rechtsstaat im vereinten Deutschland. In: Friedrichs, J./Jagodzinski, W. (Hrsg.): Soziale Integration, Sonderheft 39/1999 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen 1999, S. 199-235.

Gabriel, O./Niedermayer, O./Stöss, R.: Parteiendemokratie in Deutschland, Bonn 2001.

Gabriel, O./Niedermayer, O.: Entwicklung der Sozialstruktur von Parteimitgliedschaften. In: Gabriel, O./Niedermayer, O./Stöss, R.: Parteiendemokratie in Deutschland, Bonn 2001, S. 274-297.

Gabriel, O.: Bürgerbeteiligung in den Kommunen, München 2002.

Gaiser, W./ Rijke, J. de: Partizipation und politisches Engagement. In: Gille, M./Krüger, W. (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16-29jährigen im vereinten Deutschland, Wiesbaden 2000, S. 267-325.

Gaiser, W./ Rijke, J. de: Gesellschaftliche Beteiligung der Jugend. Handlungsfelder, Entwicklungstendenzen, Hintergründe. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B44/2001, S. 8-16.

Garz, D./Kraimer, L. (Hrsg.): Brauchen wir andere Forschungsmethoden? Beiträge zur Diskussion interpretativer Verfahren, Frankfurt 1983.

Gaskin, K./Smith, J.D.: A New Civic Europe? A Study of the Extent and Role of Volunteering, London 1996.

Geulen, D.: Das vergesellschaftete Subjekt. Zur Grundlegung der Sozialisierungstheorie, Frankfurt 1977.

Geulen, D./Hurrelmann, K.: Zur Programmatik einer umfassenden Sozialisierungstheorie. In: Hurrelmann, K./Ulich, D.(Hrsg.): Handbuch der Sozialisierungsforschung, 5. Aufl., Weinheim 1998, S. 51-67.

Geißler, R.: Politische Sozialisierung in der Familie. In: Claußen, B./Geißler, R. (Hrsg.): Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisierung. Ein Handbuch, Opladen 1996, S. 51-70.

Geißler, R. (Hrsg.): Soziale Schichtung und Lebenschancen in Deutschland, Stuttgart 1996.

Geißler, R.: Politische Ungleichheit. Soziale Schichtung und Teilhabe an Herrschaft. In: Geißler, R. (Hrsg.): Soziale Schichtung und Lebenschancen in Deutschland, Stuttgart 1996, S. 74-110.

Gille, M.: Wertorientierungen und Geschlechtsrollenorientierung im Wandel. In: Hoffmann-Lange, U. (Hrsg.): Jugend und Demokratie in Deutschland, DJI-Jugendsurvey 1, Opladen 1995, S. 109-159.

Gille, M./Krüger, W. (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- 29jährigen im vereinigten Deutschland, Opladen 2000.

Gille, M./Krüger, W./Rijke, J. de: Politische Orientierungen. In: Gille, M./Krüger, W. (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- 29jährigen im vereinigten Deutschland, Opladen 2000, S. 205-258.

Gläser, J./Laudel, G.: Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse, Wiesbaden 2004.

Glaser, B./Strauss, A.: The discovery of grounded theory. Strategies for qualitative research, Chicago 1967.

Glaser, B./Strauss, A.: Grounded Theory. Strategien qualitativer Forschung, Bern 1998.

Godewerth, Th: Jugend und Politik. In: Alemann, U. von/Morlok, M./Godewerth, Th. (Hrsg.): Jugend und Politik. Möglichkeiten und Grenzen politischer Betätigung der Jugend, i.E.

Greenstein, F.: Political Sozialisierung. In: Sills, D. (Hrsg.): International Encyclopedia of the Social Sciences, Band 14, New York 1968.

Greenstein, F.: Children and Politics. 6 Aufl., New Haven 1976.

Greiffenhagen, M./ Greiffenhagen, S. (Hrsg.): Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2002.

Greiffenhagen, S.: Politische Sozialisation. In: Greiffenhagen, M./ Greiffenhagen, S. (Hrsg.): Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2002, S. 408-418.

Greven, M.: Parteien und politische Herrschaft. Zur Interdependenz von innerparteilicher Ordnung und Demokratie in der BRD, Meisenheim 1977.

Griese, H.: Von der Notwendigkeit des Wahlkampfmanagements. In: Berg, Th. (Hrsg.): Moderner Wahlkampf-Blick hinter die Kulissen, Opladen 2002, S. 81-95.

Grunden, T.: Einflusspotentiale der parteipolitischen Jugendorganisationen. Jungsozialisten und Junge Union im Vergleich. In: Alemann, U. von/Morlok, M./Godewerth, Th. (Hrsg.): Jugend und Politik. Möglichkeiten und Grenzen politischer Betätigungen der Jugend, i.E.

Grunert, C./Krüger, H.-H.: Zum Wandel von Jugendbiographien im 20. Jahrhundert. In: Sander, U./Vollbrecht, R. (Hrsg.): Jugend im 20. Jahrhundert, Neuwied 2000, S. 192-210.

Guggenberger, B.: Demokratie-Demokratietheorie. In: Nohlen, D. (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik, Bonn 1998, S. 80-90.

Habermas, J./Friedeburg, L. von/Oehler, Chr./ Weltz, F.: Student und Politik. Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewusstsein Frankfurter Studenten, Neuwied 1961.

Habermas, J.: Theorie des kommunikativen Handelns, 2. Band, Frankfurt 1981.

Habermas, J.: Die neue Unübersichtlichkeit, Frankfurt 1985.

Hallermann, A.: Partizipation in politischen Parteien. Vergleich von fünf Parteien in Thüringen, Jena 2003.

Hartwich, H.-H./Wewer, G. (Hrsg.): Regieren in der Bundesrepublik Deutschland III, Opladen 1991.

Haungs, P.: Parteiendemokratie in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1980.

Havighurst, R.J.: Development Task and Education, New York 1972.

Heitmeyer, W./Olk, Th.(Hrsg.): Individualisierung von Jugend. Gesellschaftliche Prozesse, subjektive Verarbeitungsformen, jugendpolitische Konsequenz, Weinheim 1990

Heitmeyer, W./Jacobi, J. (Hrsg.): Politische Sozialisation und Individualisierung. Perspektiven und Chancen politischer Bildung, Weinheim 1991.

Hengst, H.: Kinder an die Macht! Der Rückzug des Marktes aus dem Erziehungsprojekt der Moderne. In: Zeiher, H./Büchner, P./Zinnecker, J. (Hrsg.): Kinder als Außenseiter? Umbrüche in der gesellschaftlichen Wahrnehmung von Kindern und Kindheit, Weinheim 1996, S. 117-133.

Hengst, H./Zeiher, H.(Hrsg.): Kindheit soziologisch, Wiesbaden 2005.

Hess, R.D./Tourney, J.V.: The Development of Political Attitudes in Children, 2. Aufl., Chicago 1970.

Hiegemann, W./Swoboda, H. (Hrsg.): Handbuch der Medienpädagogik, Opladen 1994.

Hoecker, B.: Handbuch politische Partizipation von Frauen in Europa, Opladen 1998.

Hoffmann, G./Perger, W.A. (Hrsg.): Die Kontroverse, Frankfurt 1992.

Hoffmann-Lange, U. (Hrsg.): Jugend und Demokratie und Deutschland, DJI-Jugendsurvey 1, Opladen 1995.

Hoffmann-Lange, U.: Politische Grundorientierungen. In: Hoffmann-Lange, U. (Hrsg.): Jugend und Demokratie in Deutschland. DJI-Jugendsurvey 1, Opladen 1995, S. 159-193

Hoffmann-Lange, U.: Jugend zwischen politischer Teilnahmebereitschaft und Politikverdrossenheit. In: Palentien, C./Hurrelmann, K. (Hrsg.): Jugend und Politik. Ein Handbuch für Forschung, Lehre und Praxis, 2. Aufl., Neuwied 1998, S. 178-206.

Hoffmann-Riem, C.: Die Sozialforschung einer interpretativen Soziologie. Der Datengewinn. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 32/1980, S. 339-372.

Hopf, C.: Die Pseudo-Exploration – Überlegungen zur Technik qualitativer Interviews in der Sozialforschung. In: Zeitschrift für Soziologie, 7. Jg., Heft 2/1978, S. 99-115.

Hopf, C./Weingarten, E. (Hrsg.): Qualitative Sozialforschung, Stuttgart 1984.

Hopf, C./Schmid, C. (Hrsg.): Zum Verhältnis von innerfamiliären Erfolgen, Persönlichkeitsentwicklung und politischen Orientierungen. Dokumentation und Erörterung des methodischen Vorgehens in einer Studie zu diesem Thema. Institut für soziale Wissenschaften der Uni Hildesheim, Mai 1993.

Hopf, C./Rieker, P./Sanden-Marcus, M./Schmidt, C.: Familie und Rechtsextremismus. Familiäre Sozialisation und rechtsextreme Orientierungen junger Männer, Weinheim 1995.

Hopf, C./Rieker, P./Schmidt, C.: Einleitung: Theoretischer Hintergrund - Fragestellungen - Methoden. In: Hopf, C./Rieker, P./Sanden-Marcus, M./Schmidt, C.: Familie und Rechtsextremismus. Familiäre Sozialisation und rechtsextreme Orientierungen junger Männer, Weinheim 1995, S. 23.

Hopf, C./ Hopf, W.: Familie, Persönlichkeit, Politik. Eine Einführung in die politische Sozialisation, Weinheim 1997.

Horn, J.L./Donaldson G.: Cognitive development in adulthood. In: Brim O.G./Kagan J. (Hrsg.): Constancy and change in human development. Cambridge 1980, S. 445-529.

Hradil, S.: Soziale Ungleichheit in Deutschland, 7. Aufl., Opladen 1999.

Hurrelmann, K./Mürmann, M./Wissinger J.: Persönlichkeitsentwicklung als produktive Realitätsverarbeitung. In: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie 6, 1986 S. 91-109.

Hurrelmann, K./Ulich D. (Hrsg.): Handbuch der Sozialisationsforschung, 5. Aufl., Weinheim 1998.

Hurrelmann, K.: Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung, 6. Aufl., Weinheim 1999.

Hurrelmann, K.: Warum die junge Generation politisch stärker partizipieren muss. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B44/2001, S. 3-7.

Imhof, K./Schulz, P. (Hrsg.): Kommunikation und Revolution, Zürich 1998.

Infas (Hrsg.): Infas Report. Parteiensoziologische Untersuchungen, Bad Godesberg 1977.

Infratest dimap: Umfrage vom Januar 2000. In: Centrum für angewandte Politikforschung (Hrsg.): Führung und Vertrauen in der Politik. Kolloquium zu Gesellschaft, Politik und Kultur, München 2000.

Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung Universität Hannover (Hrsg.): Jugend und gesellschaftliche Mitwirkung. Der Jugendkompass Niedersachsen, Hannover 2003.

Inglehart, R.: The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Postindustrial Societies. In: American Political Science Review 65, 1971, S. 991-1017.

Inglehart, R.: Wertewandel in den westlichen Gesellschaften. In: Klages, H./Kmieciak, P. (Hrsg.): Wertewandel und gesellschaftlicher Wandel. Frankfurt 1979, S.43-61.

Inglehart, R.: Kultureller Umbruch, Wertewandel in der westlichen Welt. Frankfurt 1989.

Inglehart, R.: Modernization and Postmodernization. Culture, Economics, and Political Change in 43 Societies, Princeton 1997.

Inglehart, R.: Modernisierung und Postmodernisierung. Kultureller, wirtschaftlicher und politischer Wandel in 43 Gesellschaften, Frankfurt 1998.

Ingrisch, M.: Politisches Wissen, politisches Interesse und politische Handlungsbereitschaft bei Jugendlichen aus den alten und den neuen Bundesländern. Eine Studie zum Einfluss von Medien und anderen Sozialisationsbedingungen, Regensburg 1997.

Jaun, T.: „Durch Identifikation zu Verantwortungsbewusstsein.“ Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen als Chance für eine nachhaltige Entwicklung. In: Kaufmann-Hayoz, R. /Künzli, C. (Hrsg.): „...man kann ja nicht einfach aussteigen.“ Kinder und Jugendliche zwischen Umweltangst und Konsumlust, Zürich 1999, S. 199-263.

Jennings, M.K./Langton, K.P.: Mothers Versus Fathers. The Formation of Political Orientations Among Youth Americans. In: The Journal of Politics, 31/1969, S.329-358.

Jennings, M.K./Niemi, R.G.: The Political Character of Adolescence. The Influence of Families and Schools, Princeton 1974.

Jennings, M.K./van Deth, J.W.(Hrsg.): Continuities in Political Action: A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies, Berlin 1990.

Jesse, E./Mittag, A.: Die Gestaltung der deutschen Einheit, Bonn 1992.

Kaase, M./Marsh, A.: A Theoretical Perspective. In: Barnes, S.H./Kaase, M. u.a.: Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies, Beverly Hills/London 1979, S. 179-216.

Kaase, M.: Mass Participation. In: Jennings, M.K./van Deth, J.W.(Hrsg.): Continuities in Political Action. A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies, Berlin 1990, S. 23-64.

Kaase, M.: Partizipation. In Nohlen, D. (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik, Bonn 1991, S. 40-51.

Kaase, M.: Vergleichende Politische Partizipationsforschung. In: Berg-Schlosser, D./Müller-Rommel, F. (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft, Opladen 1997, S.117.

Kaase, M.: Zur Entwicklung von konventionellen und unkonventionellen Formen politischer Beteiligung in westlichen Demokratien. In: Kleinfeld, R./Luthardt, W.: Westliche Demokratien und Interessenvermittlung. Zur aktuellen Entwicklung nationaler Parteien- und Verbändesysteme, Marburg 1998, S. 17-31.

Kammerer, B. (Hrsg.): Beteiligung von Kindern für Kinder mit Kindern, Nürnberg 2001.

Katz, R./Maier, P.: Changing Models of Party Organization and Party Democracy. The Emergence of the Cartel Party. In: Party Politics 1/1989, S. 5-28.

Katz, R.S.: Party as linkage. A vestigial function? In: European Journal of Political Research 18, S. 143-161 und Mair, P.: Party system change. Approaches and interpretations, Oxford 1997.

Kaufmann-Hayoz, R. /Künzli, C. (Hrsg.): „...man kann ja nicht einfach aussteigen.“ Kinder und Jugendliche zwischen Umweltangst und Konsumlust, Zürich 1999.

Kelle, U./Erzberger, C.: Qualitative und quantitative Methoden: Kein Gegensatz. In: Flick, U.(Hrsg.): Qualitative Forschung. Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften, Reinbek 2000, S. 229-309.

Kelle, U./Kluge, S.: Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung, Opladen 1999.

Keniston, K.: The Young Radicals. Notes on Committed Youth, New York 1968.

Kiefl, W./Lamnek, S.: Qualitative Methoden in der Marktforschung. In: Planung und Analyse 11/12 1984, S. 474-480.

Kießling, A.: Politische Kultur und Parteien im vereinten Deutschland. Determinanten der Entwicklung des Parteiensystems. In: Schriftenreihe der Forschungsgruppe Deutschland, Bd. 11, München 1999.

Kießling, A.: Politische Kultur und Parteien in Deutschland. Sind die Parteien reformierbar? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10/1999, S. 31.

King, A.: Political Partys in Western Democracies. In: Polity 2/1969, S. 112-141.

Kirchheimer, O.: Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems. In: Politische Vierteljahresschrift 6 /1991, S. 20-41.

Klages, H./Kmieciak, P. (Hrsg.): Wertewandel und gesellschaftlicher Wandel, Frankfurt 1979.

Klatt, H.: Die Parteienstruktur in den neuen Ländern. In: Politische Studien Sonderheft 4/1993, S. 34-51.

Klein, I.: Die Bundesrepublik Deutschland als Parteienstaat. Zur Mitwirkung der Parteien an der politischen Willensbildung des Volkes 1945-1949, Frankfurt 1990.

Klein, A./Schmalz-Bruns, R. (Hrsg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen, Bonn 1997.

Klein, A. (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven, Opladen 1999.

Kleinfeld, R./Luthardt, W.: Westliche Demokratien und Interessenvermittlung. Zur aktuellen Entwicklung nationale Parteien- und Verbändesysteme, Marburg 1998.

Kleining, G.: Umriss zu einer Methodologie qualitativer Sozialforschung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Jg. 34/1982, S. 224-253.

Klingemann, H.-D.: Die Entwicklung der deutschen Parteien im Prozeß der Vereinigung. In: Jesse, E./Mittag, A.: Die Gestaltung der deutschen Einheit, Bonn 1992, S. 189-214.

Knapp, P.H. (Hrsg.): The expression of emotion, New York 1963.

Knutson, N.L. (Hrsg.): Handbook of Political Psychology, San Francisco 1973.

Knobloch, H.: Zukunft und Perspektiven qualitativer Forschung. In: Flick, U. (Hrsg.): Qualitative Forschung. Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften, Reinbek 2000, S. 623-632.

Kohl, E.: Partizipation als Anspruch von Bildung: zwischen Ideologie und Illusion in der Entwicklungszusammenarbeit, Wien 1993.

Kohli, M.: Lebenslauftheoretische Ansätze in der Sozialisationsforschung. In: Hurrelmann, K./Ulich, D.: Neues Handbuch der Sozialisationsforschung, 5. Aufl., Weinheim 1998, S. 303-319.

Krampen, G./Ebel, B.: Zur Bedeutung primärer Bezugspersonen in der politischen Sozialisation von Sekundarstufenschülern, Bd. 18/1, Trier 1991.

- Krappmann, L.: Soziologische Dimensionen der Identität, Stuttgart 1969.
- Kreppner, K.: Sozialisation in der Familie. In: Hurrelmann, K./Ulich, D. (Hrsg.): Handbuch der Sozialisationsforschung, 5. Aufl., Weinheim 1998, S. 321-335.
- Krüger, H.-H. (Hrsg.): Handbuch der Jugendforschung, 2. Aufl., Opladen 1993.
- Krüger, W.: Vertrauen in Institutionen. In: Hoffmann-Lange, U. (Hrsg.): Jugend und Demokratie und Deutschland, DJI-Jugendsurvey 1, Opladen 1995, S. 245-274.
- Küchler, M.: Qualitative Sozialforschung – ein neuer Königsweg? In: Garz, D./Kraimer, L. (Hrsg.): Brauchen wir andere Forschungsmethoden? Beiträge zur Diskussion interpretativer Verfahren, Frankfurt 1983, S.9-30.
- Kuckartz, U.: Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten, Wiesbaden 2005.
- Kuhn, H.-P.: Mediennutzung und politische Sozialisation. Eine empirische Studie zum Zusammenhang zwischen Mediennutzung und politischer Identitätsbildung im Jugendalter, Opladen 2000.
- Lamnek, S.: Qualitative Sozialforschung – Lehrbuch, 4. Aufl., Basel 2005.
- Lave, J./Wenger, E.: Situated Learning: Legitimate Peripheral Participation, Cambridge 1991
- Lazarsfeld, P.F./Berelson B. /Gaudet, H.: The Peoples' Choice. How the Voter makes up his Mind in a Presidential Campaign, 3.Aufl., New York 1968.
- Leibholz, G.: Strukturprobleme einer modernen Demokratie, 3. Aufl., Karlsruhe 1967.
- Leighley, J.E.: Attitudes, Opportunities and Incentives. A Field Essay on Political Participation. In: Political Research Quarterly 48/1995, S. 181-209.
- Lenk, H.(Hrsg.): Handlungstheorien interdisziplinär, Band 3, zweiter Halbband, München 1984.
- Linnemann, R.: Die Parteien in den neuen Bundesländern. Konstituierung, Mitgliederentwicklung, Organisationsstrukturen, Münster 1994.
- Lipset, S.M./Rokkan, S. (Hrsg.): Party, Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives, New York.
- Lipset, S.M./Rokkan, S.: Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. In: dies. (Hrsg.): Party, Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives, New York 1969, S. 1-64.

Lorenzer, A.: Über den Gegenstand der Psychoanalyse oder Sprache und Interaktion, Frankfurt 1973.

Mahler, M.S./Pine, F./Bergmann, A.: The psychological birth of the human infant, New York 1975.

Maier, J.: Politikverdrossenheit in der Bundesrepublik Deutschland. Dimensionen-Determinanten-Konsequenzen, Opladen 2000.

Mair, P./Biezen, I.: Party-membership in Twenty European Democracies, 1980-2000. In: Party Politics 7/2001, S. 5-21.

Marsh, D.: Political Socialization and Intergenerational Stability in Political Attitudes. In: British Journal of Political Science, 5/1975, S. 509-515.

Marsh, A./Kaase, M.: Measuring Political Action. In: Barnes, S.H./Kaase, M. u.a.: Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies, Beverly Hills/London 1979, 57-96.

Matthes, J.: Einführung in das Studium der Soziologie, Reinbek 1976.

Maurer, H.: Die Rechtsstellung der deutschen Parteien. In: JuS 1991, S. 991-999.

Maurer, H.: Staatsrecht, 2. Aufl. 2001, §11 Rn. 12ff.

May, J.: Opinion structure of political parties. The special law of curvilinear disparity. In: Political Studies 2/1989, S. 135-151.

Mayall, B.: Der moralische Status der Kindheit. In: Hengst, H./Zeiber, H. (Hrsg.): Kindheit soziologisch, Wiesbaden 2005, S. 135-159.

Mayer, H.: Interview und schriftliche Befragung, 2. Aufl., München 2004.

Mayring, P.: Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zu qualitativem Denken, München 1990.

Melzer, W.: Jugend und Politik in Deutschland, Opladen 1992.

Melzer, W./Liegle, L./Heitmeyer, W./Zinnecker, J. (Hrsg.): Osteuropäische Jugend im Wandel. Ergebnisse vergleichender Jugendforschung in der Sowjetunion, Polen, Ungarn und ehemaliger DDR, Weinheim 1991.

Mertens, W.: Psychoanalytische Theorien und Forschungsbefunde. In: Hurrelmann, K./Ulich, D. (Hrsg.): Handbuch der Sozialisationsforschung, 5. Aufl., Weinheim 1998, S. 77-99.

Meulemann, H. (Hrsg.): Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung, Opladen 1998.

- Milbrath, L.W./Goel, M.L.: Political Participation, 2.Aufl., Chigago 1977.
- Mitzel, A./Oberreuter, H. (Hrsg.): Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1982.
- Morlok, M.: Grundgesetz Kommentar. In: Dreier, H. (Hrsg.): Grundgesetz Kommentar, Band II 1998, 2. Aufl., Art. 21 Rn 115-134.
- Mühlefeld, C./Windolf, P./Lampert, N./Krüger H.: Auswertungsprobleme offener Interviews. In: Soziale Welt, Jg. 32/1981, S. 325-352.
- Muller, E.N.: An Explanatory Model for Differing Types of Participation, In: European Journal of Political Research 10/1982, S. 1-16.
- Münchmeier, R.: Die Lebenslage junger Menschen. In: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.): Jugend '97-Zukunftsperspektiven, gesellschaftliches Engagement, politische Orientierungen, Opladen 1997, S. 277-301.
- Nave-Herz, R./Markefka, M.(Hrsg.): Handbuch der Familien- und Jugendforschung, Neuwied 1998.
- Naßmacher, H.: Politikwissenschaft, München 1994.
- Niclauß, K.: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, 2. Aufl., Paderborn 2002.
- Niedermayer, O./Stöss, R. (Hrsg.): Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Opladen 1993.
- Niedermayer, O./Westle, B. (Hrsg.): Demokratie und Partizipation, Festschrift für Max Kaase, Wiesbaden 2000.
- Niedermayer, O.: Beweggründe für das Engagement in politischen Parteien. In: Gabriel, O./Niedermayer, O./Stöss, R.: Parteiendemokratie in Deutschland, Bonn 2001, S. 323-338.
- Niedermayer, O.: Stand der Parteimitgliedschaften. [http://: polwiss.fu-berlin.de/osz/dokumente/PDF/mitglied.pdf](http://polwiss.fu-berlin.de/osz/dokumente/PDF/mitglied.pdf). Stand 12.12.2005.
- Niemi, R.G.: Political Socialization. In: Knutson, N.L. (Hrsg.): Handbook of Political Psychology, San Francisco 1973, S. 117-144.
- Nohlen, D.: Wörterbuch Staat und Politik. Bonn 1998.
- Nohlen, D.: Wahlrecht und Parteiensystem, Stuttgart 2004.
- Nullmeyer, F./Saretzki, T. (Hrsg.): Jenseits des Regierungsalltags. Strategiefähigkeit politischer Parteien, Frankfurt 2002.

Oberreuter, H.: Politische Parteien: Stellung und Funktion im Verfassungssystem der Bundesrepublik. In: Mitzel, A./Oberreuter, H.: Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1990, S. 15-39.

Oerter, R./Hofmann, W.: Dialektisches Denken bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Beitrag zum Symposium „Jenseits des formal-logischen Denkens-Komplementäres und dialektisches Denken“, 8. Tagung Entwicklungspsychologie, Bern 1987.

Oerter, R.: Können Jugendliche politisch mitentscheiden? In: Palentien, C./Hurrelmann, K. (Hrsg.): Jugend und Politik. Ein Handbuch für Forschung, Lehre und Praxis. 2. Aufl., Neuwied 1997, S. 32-46.

Oerter, R./Montada, L. (Hrsg.): Entwicklungspsychologie. Ein Lehrbuch, 4. Aufl., München 1998.

Oerter, R./Dreher E.: Jugendalter. In Oerter, R./Montada, L.: (Hrsg.): Entwicklungspsychologie. Ein Lehrbuch, 4. Aufl., München 1998, S. 310-395.

Oerter, R./Höfling, S.: Mitwirkung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen, München 2001.

Oesterreich, D.: Die politische Handlungsbereitschaft von deutschen Jugendlichen im internationalen Bereich. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 50/2001, S. 1-8.

Oesterreich, D.: Politische Bildung von 14-Jährigen in Deutschland. Studien aus dem Projekt Civic Education, Opladen 2002.

Offe, C.: Wider scheinradikale Gesetze. In: Hoffmann, G./Perger, W.A. (Hrsg.): Die Kontroverse, Frankfurt 1992, S. 126-142.

Olbricht, I.: Alles psychisch? Der Einfluß der Seele auf unsere Gesundheit, München 1990.

Oser, F./Reichenbach, R.: Politische Bildung in der Schweiz: Schlussbericht, Bern 2000.

Oswald, H.: Was verdanken die Jungen dem Elternhaus, was den Gleichaltrigen? In: Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend '92. Lebenslagen, Orientierungen und Entwicklungsperspektiven im vereinigten Deutschland, Opladen 1992, S. 287-298.

Oswald, H./Kuhn, H.-P.: Erstwähler in den neuen Bundesländern. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15/2003, S. 8-13.

Oswald, H.: Political Socialisation in the New States of Germany. In: Yates, M./Youniss, J. (Hrsg.): Roles of Civic Identity. International Perspectives on Community Service and Activism in Youth, New York 1999, S. 97-113.

- Ottersbach, M.: Kinder und Jugendforen als Beispiel neuer Formen der politischen Jugendarbeit. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B44/2001, S. 17-23.
- Padgett, S.: *Parties and Systems in the New Germany*, Aldeshot 1993.
- Palentien, C./Hurrelmann, K. (Hrsg.): *Jugend und Politik. Ein Handbuch für Forschung, Lehre und Praxis*. 2. Aufl., Neuwied 1997.
- Panbianco, A.: *Political Parties: organization and power*, Cambridge 1988.
- Parsons, T.: *The social system*, New York 1951.
- Parsons, T./Bales, F./Shils, E.A.: *Working papers in the theory of action*, New York 1951.
- Parsons, T./Platt, G.M.: *The American university*, Cambridge 1973.
- Parsons, T.: *Sozialstruktur und Persönlichkeit*, Frankfurt 1979.
- Parry, G./Moyser, G./Day, N.: *Political Participation and Democracy in Britain*, Cambridge 1992.
- Patton, M.Q.: *Qualitative Evaluation Methods*, Beverly Hills 1980.
- Peccei, A.: Das menschliche Dilemma. Zukunft lernen. In: *Bericht an den Club of Rome*, Wien 1979, S. 29-46.
- Piaget, J.: *Psychologie der Intelligenz*, Zürich 1966.
- Piaget, J.: *Psychologie der Intelligenz*, 3. Aufl., Freiburg 1992.
- Pickel, G./Walz, D.: Nicht staatsverdrossen, aber desillusioniert. Politische Einstellungen junger Erwachsener in den neuen und alten Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland 1996. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 4/97, S. 592-604.
- Pickel, G./Jacobs, J.: *Einstellungen zur Demokratie und zur Gewährleistung von Rechten und Freiheiten in den jungen Demokratien Mittel- und Osteuropas*, Frankfurt 2001.
- Pickel, G.: *Jugend und Politikverdrossenheit. Zwei politische Kulturen im vereinten Deutschland nach der Vereinigung ?*, Opladen 2002.
- Poguntke, T.: *Parteiorganisationen im Wandel. Gesellschaftliche Verankerung und organisatorische Anpassung im europäischen Vergleich*, Wiesbaden 2000.

Poguntke, T.: Parteien ohne (An)bindung. Verkümmern die organisatorischen Wurzeln der Parteien? In: Schmid, J./Zolleis, U. (Hrsg.): Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen, Wiesbaden 2005, S. 43-63.

Popitz; H: Phänomene der Macht. Autorität – Herrschaft – Gewalt – Technik, Tübingen 1986.

Pöttker, H.: Politische Sozialisation durch Massenmedien: Aufklärung, Manipulation und ungewollte Einflüsse. In Claußen, B./Geißler, R. (Hrsg.): Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch, Opladen 1996, S. 149-158.

Preiser, S.: Überzeugungen und Einstellungen: Weltanschauliche, religiöse und politische Glaubenssysteme. In: Schneewind, K. (Hrsg.): Psychologie der Erziehung und Sozialisation, Göttingen 1994, S. 345-373.

Putnam, R./Pharr, S.: Disaffected democracies-what's troubling the trilateral countries?, Princeton 2001.

Raschke, J.: Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß, Bonn 1987.

Raschke, Joachim: Die Zukunft der Grünen. So kann man nicht regieren, Frankfurt 2001.

Renshon, S.A.: Handbook of Political Socialisation. Theory and Research, New York 1977.

Rosar, U.: Policy-Orientierung und Systemstabilität 1991-1995. Die Bedeutung der politischen Agenda für das Vertrauen in rechtsstaatliche und politische Institutionen. In: Meulemann, H. (Hrsg.): Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung, Opladen 1998, S. 129-155.

Rucht, D.: Soziale Bewegungen als demokratische Produktionskraft. In: Klein, A./Schmalz-Bruns, R. (Hrsg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen, Bonn 1997, S. 382-403.

Rucht, D: Wendepunkte der Protestgeschichte Deutschlands. In: Imhof, K./Schulz, P. (Hrsg.): Kommunikation und Revolution, Zürich 1998, S. 382-310.

Rübenkönig, J.: Die Rechenschaftspflicht der politischen Parteien nach Art. 21 Absatz 1 Satz 4 GG, 2003.

Sander, U./Vollbrecht, R. (Hrsg.): Jugend im 20. Jahrhundert, Neuwied 2000.

Sander, U./Vollbrecht, R.: Wirkungen der Medien. Wirkungen der Medien im Spiegel der Forschung. Ein Überblick über Theorien, Konzepte und Entwicklungen der Medienforschung. In: Hiegemann, W./Swoboda, H. (Hrsg.): Handbuch der Medienpädagogik, Opladen 1994, S. 361-385.

Sarcinelli, U.: Politikvermittlung in der Demokratie. Zwischen kommunikativer Sozialtechnik und Bildungsauftrag. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 33/1984, S. 3-13.

Sarcinelli, U.: Vom Traditionsverein zur Eventagentur? Anmerkungen zur jugendrelevanten Modernisierung der Parteien in der Mediengesellschaft. In: Alemann, U. von/Marschall, S.: Parteien in der Mediendemokratie, Wiesbaden 2002, S. 347-363.

Sartori, G.: Parties and Party Systems. A Framework for Analysis, Cambridge 1976.

Scarrow, S.E.: Parties without members? Party organization in a changing electoral environment. In: Dalton, R./Wattenberg, M.P. (Hrsg.): Parties without partisans. Political change in advanced industrial democracies, Oxford 2000, S.79-101.

Schäfers, B.: Jugendsoziologie, Opladen 2001.

Schenk, M.: Medienwirkungsforschung , 2.Aufl., Tübingen 2002.

Schimank, U.: Organisationen, Akteurskonstellationen, korporative Akteure, Sozialsysteme. In: Allmendinger, J./ Hinz, T. (Hrsg.): Soziologie der Organisationen, Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Köln 2002, S. 29-54.

Schmid, J./Zolleis, U. (Hrsg.): Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen, Wiesbaden 2005.

Schmitt, G.(Hrsg.): Individuum und Gesellschaft in der politischen Sozialisation, Tutzing 1980.

Schmitt, U.: Die Parteienlandschaft im Deutschland der Vereinigung. In: Gegenwartskunde 40/1991, S. 515-544.

Schneekloth, U.: Demokratie, ja-nein? Einstellungen Jugendlicher zur Politik. In: Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend 2002. Zwischen pragmatischen Idealismus und robustem Materialismus, Frankfurt 2002, S. 91-137.

Schneewind, K. (Hrsg.): Psychologie der Erziehung und Sozialisation, Göttingen 1994.

Schneider, H.: Politische Partizipation. Zwischen Krise und Wandel. In: Hoffmann-Lange, U.: Jugend und Demokratie in Deutschland, DJI-Jugendsurvey 1, Opladen 1995, S. 275-335.

Schorb, B./Mohn, E./Theunert, H.: Sozialisation durch Massen-Medien. In: Hurrelmann, K./Ulich D. (Hrsg.): Handbuch der Sozialisationsforschung, 5. Aufl., Weinheim 1998, S. 129-144.

Schröder, R.: Kinder reden mit! Beteiligung an Politik, Stadtplanung und –gestaltung. Weinheim 1995.

Schütz, A.: Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt. Eine Einleitung in die verstehenden Soziologie, 2. Aufl., Frankfurt 1981.

Schulze, G.: Zum Verhältnis manifester und latenter politischer Sozialisation. In: Schmitt, G.(Hrsg.): Individuum und Gesellschaft in der politischen Sozialisation, Tutzing 1980, S. 71-91.

Schulze, G.: Die Familie als Sozialisationsfaktor. Zur Strukturierung politischer Aktivitätsbereitschaft in der Bundesrepublik Deutschland. In: Wurzbacher, G. (Hrsg.): Die Familie als Sozialisationsfaktor, Stuttgart 1977, S. 309-337.

Schulze, H.-J./Kürzel, J.: Funktionalistische und systemtheoretische Ansätze in der Sozialisationsforschung. In: Hurrelmann, K./Ulich, D. (Hrsg.): Handbuch der Sozialisationsforschung, 5. Aufl., Weinheim 1998, S. 121-137.

Schwartz, H./Jacobs, J.: Qualitative Sociology. A Method to the Madness, New York 1979.

Schweda, B.: Dynamisch und machtlos? Podiumsdiskussion mit jungen Abgeordneten. In: Das Parlament, 50. Jhrg., Nr. 28, Wochenzeitung vom 07.07.2000.

Seiring, K.: Jugendliche im Transformationsprozess. Vorbedingungen, Probleme und Chancen zur Integration ostdeutscher Jugendliche im vereinten Deutschland, Berlin 1994.

Silbereisen R.K./Eyferth K./Rudinger G.: Development as action in context. Problem behavior and normal youth development, New York 1986.

Sills, D. (Hrsg.): International Encyclopedia of the Social Sciences, Band 14, New York 1968.

Spitz, R.: Ontogenesis. The proleptic function of emotion. In: Knapp, P.H. (Hrsg.): The expression of emotion, New York 1963, S. 23-189.

Statistisches Bundesamt: www.destatis.de/basis/d/bevoe/bevoegra2.php. Stand: 08.09.2005.

Steffani, W.: Parteien als soziale Organisationen. Zur politologischen Parteianalyse. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen vom 19.4.1988, S. 549-560.

Torney, J.V./Oppenheim, A.N./Farnen, R.F.: Civic Education in Ten Countries. An Empirical Study, New York. 1975.

Tourney-Purta, J./Schwille, J./Amadeo, J.A. (Hrsg.): Civic Education Across Countries. Twenty-four National Case-Studies from the IEA Civic Education, Delft 1999.

Tourney-Purta, J./Lehmann, R./Oswald, H./Schulz, W.: Citizenship and Education in Twenty-eight Countries. Civic Knowledge and Engagement at Age Fourteen, Amsterdam 2001.

Tsatsos, D./Morlok, M.: Parteienrecht. Eine verfassungsrechtliche Einführung, Opladen 1992.

Uehlinger: H.-M.: Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Strukturen und Erklärungsmodelle, Opladen 1988.

Unicef Bericht zu politischen Rechten von Kindern:
<http://www.unicef.de/fileadmin/mediathek/download/D0011.pdf>. Stand 12.01.1006.

Verba, S./Nie, N.H./Kim, J.: The Models of Democratic Participation. A Cross-National Comparison, Beverly Hills 1971.

Verba, S./Nie N.H.: Participation in America: Social Equality and Political Democracy, New York 1972.

Verba S./Nie, N.H.: Political Participation. In: Greenstein F./Polsby, N. (Hrsg.): Handbook of Political Science, Vol. 4/1975, Nongovernmental Politics, Reading, S. 49-79.

Verba, S./Nie, N.H./Kim, J.: Participation and Political Equality. A Seven-Nation Comparison, Chicago 1978.

Verba, S./Schlozmann K./ Lehmann, R./Brady H.E: Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics, Cambridge 1995.

Verfassungsschutzbericht:
http://www.verfassungsschutz.de/download/SHOW/vsbericht_2004.pdf; Stand 12.10.2005.

Veröffentlichungen der BT-Drucksachen 14/8022 vom 22.01.2002, 15/700 vom 20.03.2003, 15/2800 vom 25.03.2004 und 15/5550 vom 13.05.2005.

Volkman, U.: Die Jugendorganisationen der Parteien-Struktur, rechtliche Stellung, Finanzierung. In: Alemann, U. von/Morlok, M./Godewerth, Th. (Hrsg.): Jugend und Politik. Möglichkeiten und Grenzen politischer Betätigungen der Jugend, i.E.

Walz, D.: Parteienidentifikation, Institutionenvertrauen und Systemunterstützung in Ost- und Westdeutschland. In: Gabriel, O./Falter, J. (Hrsg.): Wahlen und politische Einstellungen in westlichen Demokratien, Opladen 1996, S. 43-75.

Walz, D.: Vertrauen in die Institutionen in Deutschland zwischen 1991 und 1995. In: ZUMA-Nachrichten 38/1996, S. 70-89.

Walz, D.: Einstellungen zu den politischen Institutionen. In: Gabriel, O. (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinten Deutschland, Opladen 1997, S. 112-149.

Wasmund, K.: Ist der politische Einfluss der Familie ein Mythos oder Realität? In: Claußen, B./Wasmund, K. (Hrsg.): Handbuch der politischen Sozialisation, Braunschweig 1982, S. 23-63.

Wasmund, K.: Was wird wie und wann im Prozeß der politischen Sozialisation gelernt? In: Claußen, B./Wasmund, K. (Hrsg.): Handbuch der politischen Sozialisation, Braunschweig 1982, S. 143-153.

Weidenfeld, W./Zimmermann, H. (Hrsg.): Deutschland-Handbuch, Bonn 1989.

Wessels, B.: Politisierung entlang neuer Konfliktlinien. In: Klein, A./Schmalz-Bruns, R. (Hrsg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen, Bonn 1997, S. 205-230.

Wiesendahl, E.: Parteien und Demokratie. Eine soziologische Analyse paradigmatischer Ansätze der Parteienforschung, Opladen 1980.

Wiesendahl, E.: Parteien in Perspektive: Theoretische Ansichten der Organisationswirklichkeit politischer Parteien, Wiesbaden 1998.

Wiesendahl, E.: Keine Lust mehr auf Parteien. Zur Abwendung Jugendlicher von den Parteien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B10/2001, S. 7-19.

Wilson, T.P.: Theorien der Interaktion und Modelle soziologischer Erklärung. In: Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen (Hrsg.), Bd. 1./1973, S. 54-79.

Wilson, T.P.: Qualitative „oder“ quantitative Methoden in der Sozialforschung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 34/1982, S. 487-508.

Winkler, M.: Diesseits der Macht. Partizipation in „Hilfen zur Erziehung“-Annäherung an ein komplexes Problem. In: Neue Sammlung. 40 Jhrg., Heft 2/2000, S. 187-209.

Wurzbacher, G. (Hrsg.): Die Familie als Sozialisationsfaktor, Stuttgart 1977.

Yates, M./Youniss, J. (Hrsg.): Roles of Civic Identity. International Perspectives on Community Service and Activism in Youth, New York 1999.

Youniss, J./Yates, M.: Community Service and Social Responsibility in Youth, Chicago 1997.

Zängle, M.: Einführung in die Sozialisationsforschung, Paderborn 1978.

Zapf, W.: Sozialstruktur und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik Deutschland. In: Weidenfeld, W./Zimmermann, H. (Hrsg.): Deutschland-Handbuch, Bonn 1989, S. 101-123.

Zeiger, H./Büchner, P./Zinneker, J. (Hrsg.): Kinder als Außenseiter? Umbrüche in der gesellschaftlichen Wahrnehmung von Kindern und Kindheit, Weinheim 1996.

Zinneker, J.: Jugend als Bildungsmoratorium. Zur Theorie des Wandels der Jugendphase in west- und osteuropäischen Gesellschaften. In: Melzer, W./Liegler, L./Heitmeyer, W./Zinneker, J. (Hrsg.): Osteuropäische Jugend im Wandel. Ergebnisse vergleichender Jugendforschung in der Sowjetunion, Polen, Ungarn und ehemaliger DDR, Weinheim 1991, S. 9-24.

Zinneker, J. (Hrsg.): Jugend '92. Im Spiegel der Wissenschaften, Bd. 2, Opladen 1992.

Zinneker, J.: Zur Modernisierung von Jugend in Europa. Adoleszente Bildungsgeschichten im Gesellschaftsvergleich. In: Combe, A./Helsper, W. (Hrsg.): Hermeneutische Jugendforschung. Theoretische Konzepte und hermeneutische Ansätze, Opladen 1995, S. 71-98.

- Anhang A: Themen der schriftlichen Befragung
politischer Jugendorganisationen
- Anhang B: Gesprächsleitfaden zur Durchführung
der persönlichen Interviews mit Jugendlichen

Anhang A:

Themen der schriftlichen Befragung
politischer Jugendorganisationen

Schriftliche Befragung politischer Jugendorganisationen in Deutschland
zum Thema

„Jugend und Parteien:
Wie können Parteien die Partizipation Jugendlicher fördern?“

- 1. Über welchen Zugang und über welche Wege erhalten Parteien Einblick in die jugendliche Lebenswelt?**
- 2. Mit welchen konkreten Rekrutierungsmaßnahmen wird versucht, Jugendliche für die Partei zu gewinnen? (bitte Maßnahmen nennen und kurz beschreiben)**
- 3. Welchen Maßnahmen wird die größte Bedeutung zugemessen und falls möglich, welche Reihenfolge in der Bedeutung haben die einzelnen Maßnahmen?**

Anhang B:

Gesprächsleitfaden zur Durchführung
der persönlichen Interviews mit Jugendlichen

**Gesprächsleitfaden zur Durchführung persönlicher Interviews
mit Jugendlichen
zum Thema**

„Jugend und Politik: Wie können Parteien die Partizipation Jugendlicher fördern?“

Interview vom: _____

Persönliche Daten:

Name: _____

Alter: _____

Geschlecht: _____

Staatsangehörigkeit: _____

Geschwister: _____

Schulbildung/bzw.
Schulabschluss: _____

Gewünschter
Schulabschluss: _____

Berufsausbildung: _____

Angaben zur Familie des Interviewpartners:

Mutter

Schulabschluss: _____

Beruf: _____

Familienstand: _____

Vater

Schulabschluss: _____

Beruf: _____

Familienstand: _____

1. Wenn dich jemand fragt, was Politik ist, was würdest du antworten?
2. Wie sehr interessierst du Dich für Politik? Liest du zum Beispiel die Zeitung oder verfolgst du die Nachrichten im Fernsehen oder im Internet?
3. Redest du mit deinen Eltern oder Geschwistern über Politik?
4. Wie denkt dein Freundeskreis über Politik? Redest du mit deinen Freunden über das aktuelle politische Geschehen?
5. Viele Jugendliche finden, dass Politik langweilig ist. Was sagst du dazu? Findest du, dass es sinnvoll ist über das politische Geschehen informiert zu sein?
6. Glaubst du, dass das Handeln von Politikern und Parteien dein persönliches Leben beeinflusst und falls ja, auf welche Art und Weise?
7. Bist du Mitglied in einem Verein? (Sportverein, Feuerwehr, Kirchengruppe etc.)
8. Warst du schon mal auf einer Demonstration und wenn ja, wofür bzw. wogegen hast du demonstriert?
9. Sprecht ihr in der Schule über Politik und das politische System in der Bundesrepublik Deutschland? Falls ja, wie wird dadurch dein politisches Interesse beeinflusst?
10. Würdest du wählen gehen? Hast du schon einmal bei einer Kommunalwahl, Landtagswahl oder Bundestagswahl gewählt?
11. In einigen Bundesländern darf man bei Kommunalwahlen schon mit 16 Jahren wählen. Glaubst du, dass es das politische Interesse von Jugendlichen beeinflussen würde, wenn man bereits mit 16 Jahren auch an Landtags- oder Bundestagswahlen teilnehmen dürfte?
12. Viele sagen, dass Mädchen weniger an Politik interessiert sind als Jungen. Wie ist deine Meinung dazu?
13. Könntest du dir vorstellen, politisch mitzuarbeiten?
14. Was wäre dir bei deiner politischen Arbeit wichtig, was würdest du erreichen wollen?

15. Wie müsste für dich ein guter Politiker oder eine gute Politikerin sein?
16. Manche Leute meinen, dass man Politikern und Politikerinnen nicht vertrauen kann. Wie siehst du das? Verdient die Arbeit von Politikern Anerkennung?
17. Welche Wünsche hättest du an die Politik?
18. In welchem Maß werden deiner Meinung nach in der der Politik die Interessen und Wünsche von Jugendlichen berücksichtigt?
19. Wenn dich jemand fragt, was eine Partei ist und was sie macht, was würdest du antworten? Welche Rolle spielen die Parteien deiner Meinung nach in Deutschland?
20. Kennst du Möglichkeiten, wie du dich über Parteien informieren kannst oder hast du dich schon einmal über die Arbeit einer Partei informiert?
21. Kennst du Politiker oder Politikerinnen, die sich in deiner Gemeinde für eine Partei engagieren?
22. Wie sollten Jugendliche deiner Meinung nach von Parteien angesprochen werden? Wie würdest du reagieren, wenn dich ein Mitglied in der Fußgängerzone über die Arbeit seiner Partei informieren möchte?
23. Findest du, dass die Arbeit in Parteien Respekt und Anerkennung verdient?
24. Wie findest du es, wenn sich junge Menschen politisch engagieren? Was motiviert deiner Meinung nach diese Jugendlichen?
25. Wie stark glaubst du, kann man als junges Mitglied in einer Partei etwas verändern?
26. Wofür setzen sich Parteien deiner Meinung nach ein? Kennst du Ziele und Programme von Parteien?
27. Was weißt Du über die Organisation und die Abläufe in Parteien und welche Meinung hast du darüber?

28. Oft sprechen die Parteien davon, dass sie Jugendliche für ihre Arbeit gewinnen wollen. Warum glaubst du, werben Parteien um Jugendliche? Bist du der Meinung, dass Parteien auch jugendliche Mitglieder zwischen 16 und 20 Jahren brauchen?
29. Wie müsste eine Partei sein, damit du dich zu einer Mitgliedschaft entschließen könntest? Für welche Ziele und Bereiche würdest du dich innerhalb einer Partei einsetzen wollen?
30. Glaubst du, dass du als Jugendlicher innerhalb einer Partei von den anderen Mitgliedern ernst genommen würdest?
31. Bist du der Meinung, dass man zur Mitarbeit in einer Partei bestimmte Voraussetzungen benötigt? (Bildung, Alter, etc.)
32. Sind deine Eltern Mitglied in einer politischen Partei? Hast du Freunde, die Mitglieder einer politischen Partei sind?
33. Wie würden deine Freunde es finden, wenn du dich zum Eintritt in eine Partei entscheidest und dort mitmachst? Glaubst du, dass du eher in eine Partei eintreten würdest, wenn deine Freunde auch Mitglieder wären?
34. Wie glaubst du, könnten Parteien jugendliche Mitglieder gewinnen? Manche Politiker zeigen sich in Jugendsendungen oder Jugendveranstaltungen. Wie findest du das?
35. Manchmal gehen Politiker oder Politikerinnen auch in Schulen, um ihre Vorstellungen deutlich zu machen. Wie ist deine Meinung dazu? Sollte dieses Engagement verstärkt werden?
36. Wie stellst du dir deine Zukunft vor? Weißt du schon, welchen Beruf du später erlernen möchtest? Möchtest du eine Familie gründen? Möchtest du hier im Kreis wohnen bleiben?